

# **Italienisches Zivilgesetzbuch**

(Königliches Dekret vom 16. März 1942, Nr. 262)

## **Deutsche Ausgabe**

Übersetzer:

Dr. Max W. Bauer

Rechtsanwalt i.R. in Bozen

Dr. Bernhard Eccher

o. Universitätsprofessor in Innsbruck

Dr. Bernhard König

o. Universitätsprofessor in Innsbruck

Dr. Josef Kreuzer

Oberlandesgerichtsrat i. R. in Bozen

Dr. Heinz Zanon

Präsident des Landesgerichts Bozen

Stand: 31. Mai 2010

Die Übersetzung in die deutsche Sprache erfolgte im Auftrag der Südtiroler Landesregierung und ist somit Eigentum der Autonomen Provinz Bozen (Art. 11 des Gesetzes vom 22. April 1941, Nr. 633).

Bei jeglicher Form der Veröffentlichung oder Zitierung müssen die Namen der Übersetzer angeführt werden.

#### **2242. (Verpflegung, Unterkunft und Fürsorge)**

Der Arbeitnehmer, der in die Familiengemeinschaft aufgenommen ist, hat außer der Entlohnung in Geld Recht auf Verpflegung, auf Unterkunft und bei Krankheiten von kurzer Dauer auf Pflege und ärztliche Betreuung.

Die Parteien müssen an die Einrichtungen der Vorsorge und Fürsorge in den Fällen und in der Art und Weise, die vom Gesetz festgesetzt sind, Beiträge leisten.

#### **2243. (Ruhezeit)**

Der Arbeitnehmer hat außer der wöchentlichen Arbeitsruhe gemäß den Gebräuchen nach einem Jahr ununterbrochenen Dienstes<sup>1)</sup> Anspruch auf einen bezahlten Urlaub, der nicht weniger als acht Tage betragen darf.

- - - - -

1) Das Urteil des VfGH. vom 17.2.1969, Nr. 16, erklärt diesen Artikel insofern für verfassungswidrig, als er von »nach einem Jahr ununterbrochenen Dienstes spricht«.

#### **2244. (Rücktritt)**

Auf den Vertrag über die Arbeit im Haushalt sind die in den Artikeln 2118 und 2119 festgesetzten Vorschriften über den freiwilligen Rücktritt und den Rücktritt aus wichtigem Grund anwendbar.

Die Kündigungsfrist darf nicht unter acht Tagen oder, wenn das Dienstalter mehr als zwei Jahre beträgt, unter fünfzehn Tagen liegen.

#### **2245. (Abfertigung)**

Bei Beendigung des Vertrags steht dem Arbeitnehmer außer im Fall der Entlassung aus seinem Verschulden oder einer freiwilligen Kündigung<sup>1)</sup> eine Entschädigung zu, die im Verhältnis zu den Dienstjahren steht.

Die Höhe der Entschädigung wird auf der Grundlage der letzten Entlohnung in Geld bestimmt, und zwar im Ausmaß der Entlohnung für acht Tage für jedes Dienstjahr.<sup>2)</sup>

Wenn es die Gebräuche festsetzen, gebührt die Entschädigung auch im Fall einer freiwilligen Kündigung.<sup>3)</sup>

- - - - -

1) Diese Ausnahme erscheint durch Artikel 17 des Gesetzes vom 2.4.1958, Nr. 339, der den Anspruch auf Abfertigung im Falle der Entlassung oder der Kündigung durch den Arbeitnehmer anerkannt hat, stillschweigend geändert. Das Urteil des VfGH. vom 4.5.1972, Nr. 85, erklärt Artikel 17 insofern für verfassungswidrig, als er das Recht auf Abfertigung im Falle einer fristlosen Entlassung ausschließt.

2) Stillschweigend geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 2.4.1958, Nr. 339.

3) Stillschweigend aufgehoben durch Artikel 17 des Gesetzes vom 2.4.1958, Nr. 339.

#### **2246. (Dienstzeugnis)**

Bei Beendigung des Vertrags hat der Arbeitnehmer das Recht auf Ausstellung eines Zeugnisses, das die Art der verrichteten Tätigkeiten und den Zeitraum, in dem der Dienst geleistet wurde, auszuweisen hat.

### **5. Titel**

## **Gesellschaften<sup>1)</sup>**

1) Siehe Artikel 205 ff ÜbgB.

### **1. Abschnitt**

## **Allgemeine Bestimmungen**

#### **2247. (Gesellschaftsvertrag)<sup>1)</sup>**

Mit dem Gesellschaftsvertrag bringen zwei oder mehrere Personen Sachen

oder Dienstleistungen zur gemeinsamen Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit mit dem Zweck ein, den daraus erzielten Gewinn zu teilen.

- - - - -

1) Fassung dieser Überschrift laut Artikel 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 3.3.1993, Nr. 88.

#### **2248. (Nutzungsgemeinschaft)**

Die zu dem alleinigen Zweck der Nutzung einer oder mehrerer Sachen begründete oder aufrechterhaltene Gemeinschaft wird von den Vorschriften des 7. Titels des 3. Buches geregelt.

#### **2249. (Gesellschaftsformen)**

Die Gesellschaften, die die Ausübung einer Handelstätigkeit zum Gegenstand haben, müssen in einer der im 3. und den folgenden Abschnitten dieses Titels geregelten Formen begründet werden.

Die Gesellschaften, die die Ausübung einer anderen Tätigkeit zum Gegenstand haben, werden von den Bestimmungen über die einfache Gesellschaft geregelt, es sei denn, dass die Gesellschafter die Gesellschaft in einer der übrigen im 3. und den folgenden Abschnitten dieses Titels geregelten Formen begründen wollten.

Unberührt bleiben die Bestimmungen, die die Genossenschaften betreffen, und jene der Sondergesetze, die für die Ausübung besonderer Gruppen von Unternehmen die Gründung der Gesellschaft in einer bestimmten Form vorschreiben.

#### **2250. (Angabe in den Urkunden und im Schriftverkehr)**

Bei in den Urkunden und im Schriftverkehr der Gesellschaften, die in das Handelsregister einzutragen sind, muss der Sitz der Gesellschaft und das Handelsregisteramt, bei dem sie eingetragen ist, und die Zahl der Eintragung angegeben werden.<sup>1)</sup>

Das Kapital der Aktiengesellschaften, der Kommanditgesellschaften auf Aktien und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist in den Urkunden und im Schriftverkehr mit dem Betrag anzugeben, der tatsächlich eingezahlt wurde und sich aus der letzten Bilanz ergibt.

Nach der Auflösung der im ersten Absatz vorgesehenen Gesellschaften ist in den Urkunden und im Schriftverkehr ausdrücklich anzugeben, dass sich die Gesellschaft in Liquidation befindet.

In den Urkunden und im Schriftverkehr der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die nur einen Gesellschafter haben, muss dieser Umstand angegeben werden.<sup>2)</sup>

Die Urkunden von Gesellschaften, die in einer der in den Abschnitten V, VI und VII dieses Titels geregelten Form gegründet worden sind und für welche die Eintragung oder Hinterlegung vorgeschrieben ist, können auch in einer anderen Amtssprache der Europäischen Gemeinschaften zusammen mit einer von einem Fachmann beeideten Übersetzung in einer eigenen Abteilung des Handelsregisters veröffentlicht werden.<sup>3)</sup>

Im Falle der Nichtübereinstimmung mit der in italienischer Sprache veröffentlichten Urkunden können die gemäß dem fünften Absatz in einer anderen Sprache veröffentlichten Urkunden Dritten nicht entgegengehalten werden, es sei denn, die Gesellschaft weist nach, dass ihnen deren Fassung in italienischer Sprache bekannt war; Dritte können sich jedoch auf diese Urkunden berufen.<sup>3)</sup>

Die im fünften Absatz angeführten Gesellschaften, die über eine an ein öffentlich zugängliches Teleinformationsnetz angeschlossene elektronische Seite für Mitteilungen verfügen, erteilen auf diesem Weg alle im ersten, zweiten, dritten und vierten Absatz vorgesehenen Informationen.<sup>3)</sup>

- - - - -

1) Die Worte und die Zahl der Eintragung am Ende des ersten Absatzes wurden durch Artikel 1

- des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 29.12.1969, Nr. 1127, eingefügt.
- 2) Fassung dieses durch Artikel 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 3.3.1993, Nr. 88, hinzugefügten Absatzes laut Art. 6 Abs. 3 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 6.2.2004, Nr. 37.
  - 3) Dieser Absatz wurde durch Artikel 42 Abs. 1 des Gesetzes vom 7.7.2009, Nr. 88, hinzugefügt.

## 2. Abschnitt **Einfache Gesellschaft**

### 1. Teil **Allgemeine Bestimmungen**

#### **2251. (Gesellschaftsvertrag)**

Der Vertrag über eine einfache Gesellschaft ist an keine besonderen Formen gebunden, außer an jene, die wegen der Art der eingebrachten Güter vorgeschrieben sind.

#### **2252. (Änderungen des Gesellschaftsvertrags)**

Der Gesellschaftsvertrag kann, wenn nichts anderes vereinbart wurde, nur mit Einwilligung aller Gesellschafter geändert werden.

### 2. Teil **Rechtsbeziehungen zwischen den Gesellschaftern**

#### **2253. (Einlagen)**

Der Gesellschafter ist verpflichtet, die im Gesellschaftsvertrag bestimmten Einlagen vorzunehmen.

Sind die Einlagen nicht bestimmt, so wird vermutet, dass die Gesellschafter verpflichtet sind, alle zu gleichen Teilen das einzubringen, was zur Erreichung des Gesellschaftszwecks erforderlich ist.

#### **2254. (Gewährleistung und Gefahrtragung für die Einlagen)**

Hinsichtlich der zu Eigentum eingebrachten Sachen werden die vom Gesellschafter geschuldete Gewährleistung und der Übergang der Gefahr von den Vorschriften über den Kauf geregelt.

Die Gefahr der zur Nutzung eingebrachten Sachen trägt weiterhin der Gesellschafter, der sie eingebracht hat. Die Gewährleistung für die Nutzung wird von den Vorschriften über den Bestandvertrag geregelt.

#### **2255. (Einbringung von Forderungen)**

Der Gesellschafter, der eine Forderung eingebracht hat, haftet für die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners in den von Artikel 1267 für den Fall der vertraglich übernommenen Gewährleistung angegebenen Grenzen.

#### **2256. (Unrechtmäßiger Gebrauch von Sachen der Gesellschaft)**

Der Gesellschafter darf sich ohne Einwilligung der anderen Gesellschafter der zum Gesellschaftsvermögen gehörenden Sachen nicht zu gesellschaftsfremden Zwecken bedienen.

#### **2257. (Einzelverwaltung)**

Vorbehaltlich einer anderen Abmachung steht die Verwaltung der Gesellschaft jedem einzelnen der Gesellschafter unabhängig von den übrigen zu.

Steht die Verwaltung mehreren Gesellschaftern einzeln zu, hat jeder geschäftsführende Gesellschafter das Recht, gegen eine Handlung, die ein anderer vornehmen will, bis zu ihrer Vornahme Widerspruch zu erheben.

Über den Widerspruch entscheidet die Mehrheit der Gesellschafter, die nach dem jedem Gesellschafter zustehenden Gewinnanteil bestimmt wird.

#### **2258. (Gesamtverwaltung)**

Steht die Verwaltung mehreren Gesellschaftern gemeinsam zu, ist zur Vornahme von Handlungen für die Gesellschaft die Einwilligung aller verwaltungsbefugten Gesellschafter erforderlich.

Wurde vereinbart, dass für die Verwaltung oder für bestimmte Rechtshandlungen die Einwilligung der Mehrheit erforderlich ist, so bestimmt sich diese gemäß dem letzten Absatz des vorhergehenden Artikels.

In den von diesem Artikel vorgesehenen Fällen können die einzelnen Geschäftsführer allein keine Rechtshandlung vornehmen, außer wenn es zur Vermeidung eines Schadens für die Gesellschaft dringend erforderlich ist.

#### **2259. (Widerruf der Verwaltungsbefugnis)**

Die Abberufung eines im Gesellschaftsvertrag bestellten Verwalters ist wirkungslos, wenn nicht ein wichtiger Grund vorliegt.

Der mit einer gesonderten Rechtshandlung bestellte Verwalter kann nach den Vorschriften über den Auftrag abberufen werden.

Die Abberufung aus wichtigem Grund kann in jedem Fall von jedem Gesellschafter gerichtlich beantragt werden.

#### **2260. (Rechte und Pflichten der Verwalter)**

Die Rechte und Pflichten der Verwalter werden durch die Vorschriften über den Auftrag geregelt.

Die Verwalter haften als Gesamtschuldner gegenüber der Gesellschaft für die Erfüllung der ihnen durch das Gesetz und den Gesellschaftsvertrag auferlegten Pflichten. Die Haftung erstreckt sich jedoch nicht auf jene, die nachweisen, dass sie kein Verschulden trifft.

#### **2261. (Kontrolle der Gesellschafter)**

Die Gesellschafter, die nicht an der Verwaltung teilnehmen, haben das Recht, von den Verwaltern über die Abwicklung der Geschäfte der Gesellschaft unterrichtet zu werden, in die Urkunden, die die Verwaltung betreffen, Einsicht zu nehmen und nach Abschluss der Geschäfte, für die die Gesellschaft begründet wurde, die Rechnungslegung zu erhalten.

Dauert die Durchführung der Geschäfte der Gesellschaft mehr als ein Jahr, so haben die Gesellschafter das Recht, am Ende eines jeden Jahres, sofern der Vertrag nicht eine andere Frist festsetzt, die Rechnungslegung über die Verwaltung zu erhalten.

#### **2262. (Gewinn)**

Vorbehaltlich einer gegenteiligen Abmachung hat jeder Gesellschafter das Recht, seinen Anteil am Gewinn nach Genehmigung der Rechnungslegung zu erhalten.

#### **2263. (Verteilung der Gewinne und Verluste)**

Es wird vermutet, dass die den Gesellschaftern zustehenden Anteile an den Gewinnen und Verlusten im Verhältnis zu den Einlagen stehen. Ist der Wert der Einlagen im Vertrag nicht bestimmt, wird vermutet, dass sie gleich sind.

Der Anteil, der dem Gesellschafter zusteht, der seine Arbeit eingebracht hat, wird, wenn er im Vertrag nicht bestimmt ist, vom Gericht nach Billigkeit festgesetzt.

Ist im Vertrag nur der Anteil eines jeden Gesellschafters an den Gewinnen bestimmt, so wird vermutet, dass die Beteiligung an den Verlusten in derselben Höhe zu bestimmen ist.

**2264. (Beteiligung an den Gewinnen und Verlusten, deren Bestimmung einem Dritten überlassen ist)**

Die Bestimmung des Anteils eines jeden Gesellschafters an den Gewinnen und Verlusten kann einem Dritten überlassen werden.

Die Bestimmung durch den Dritten kann nur in den von Artikel 1349 vorgesehenen Fällen und innerhalb der Frist von drei Monaten ab dem Tag angefochten werden, an dem der Gesellschafter, der behauptet, dadurch geschädigt worden zu sein, davon Mitteilung erhalten hat. Die Anfechtung kann von dem Gesellschafter nicht vorgenommen werden, der freiwillig die Bestimmung des Dritten ausgeführt hat.

**2265. (Leoninische Abmachung)**

Die Abmachung, mit der einer oder mehrere Gesellschafter von jeder Beteiligung am Gewinn oder an Verlusten ausgeschlossen werden, ist nichtig.

3. Teil

**Rechtsbeziehungen zu Dritten**

**2266. (Vertretung der Gesellschaft)**

Die Gesellschaft erwirbt Rechte und übernimmt Verbindlichkeiten durch die zu ihrer Vertretung befugten Gesellschafter und tritt durch sie vor Gericht auf.

Bei Fehlen einer anderslautenden Vertragsbestimmung steht die Vertretungsmacht jedem verwaltungsbefugten Gesellschafter zu und erstreckt sich auf alle Rechtshandlungen, die vom Gesellschaftszweck umfasst sind.

Die Änderungen und das Erlöschen der Vertretungsbefugnisse werden durch Artikel 1396 geregelt.

**2267. (Haftung für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft)**

Die Gläubiger der Gesellschaft können ihre Rechte auf das Gesellschaftsvermögen geltend machen. Für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften überdies persönlich und als Gesamtschuldner die Gesellschafter, die im Namen und für Rechnung der Gesellschaft gehandelt haben und, vorbehaltlich einer gegenteiligen Abmachung, die übrigen Gesellschafter.

Die Abmachung muss Dritten mit geeigneten Mitteln zur Kenntnis gebracht werden; andernfalls kann die Beschränkung der Haftung oder der Ausschluss der Gesamtschuldnerschaft denjenigen gegenüber, die davon keine Kenntnis hatten, nicht eingewendet werden.

**2268. (Vorherige Betreibung in das Gesellschaftsvermögen)**

Der zur Zahlung von Gesellschaftsschulden herangezogene Gesellschafter kann, auch wenn sich die Gesellschaft in Liquidation befindet, die vorherige Betreibung in das Gesellschaftsvermögen verlangen, wobei er die Güter anzugeben hat, aus denen sich der Gläubiger leicht befriedigen kann.

**2269. (Haftung eines neuen Gesellschafters)**

Wer in eine bereits gegründete Gesellschaft eintritt, haftet mit den übrigen Gesellschaftern für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die vor dem Erwerb der Gesellschafterstellung entstanden sind.

#### **2270. (Privatgläubiger des Gesellschafters)**

Der Privatgläubiger eines Gesellschafters kann seine Rechte, solange die Gesellschaft besteht, auf den dem Schuldner zustehenden Gewinn geltend machen und Rechtshandlungen zur Sicherung hinsichtlich des Anteils vornehmen, der diesem aus der Liquidation zusteht.

Wenn die übrigen Güter des Schuldners nicht ausreichen, seine Forderungen zu befriedigen, kann der Privatgläubiger des Gesellschafters außerdem zu jeder Zeit die Auszahlung des Anteils seines Schuldners verlangen. Der Anteil muss innerhalb von drei Monaten ab dem Antrag ausbezahlt werden, es sei denn, dass die Auflösung der Gesellschaft beschlossen wird.

#### **2271. (Ausschluss der Aufrechnung)**

Zwischen der Schuld, die ein Dritter gegen die Gesellschaft hat, und der Forderung, die er gegen einen Gesellschafter hat, ist eine Aufrechnung nicht zulässig.

### **4. Teil**

## **Auflösung der Gesellschaft**

#### **2272. (Auflösungsgründe)**

Die Gesellschaft wird aufgelöst:

- 1) durch Zeitablauf;
- 2) durch Erreichung des Gesellschaftszwecks oder durch die nachfolgende Unmöglichkeit, ihn zu erreichen;
- 3) durch den Willen aller Gesellschafter;
- 4) wenn eine Mehrzahl von Gesellschaftern nicht mehr vorhanden ist und diese nicht innerhalb der Zeit von sechs Monaten wiederhergestellt wird;
- 5) durch andere im Gesellschaftsvertrag vorgesehene Gründe.

#### **2273. (Stillschweigende Verlängerung)**

Die Gesellschaft wird stillschweigend auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn nach Ablauf der Zeit, für die sie begründet wurde, die Gesellschafter fortfahren, Handlungen für die Gesellschaft vorzunehmen.

#### **2274. (Befugnisse der Verwalter nach der Auflösung)**

Nach Auflösung der Gesellschaft behalten die verwaltungsbefugten Gesellschafter solange eine auf dringende Geschäfte beschränkte Verwaltungsbefugnis, bis die für die Liquidation notwendigen Verfügungen getroffen werden.

#### **2275. (Liquidatoren)**

Sieht der Vertrag nicht die Art der Liquidation des Gesellschaftsvermögens vor und sind sich die Gesellschafter nicht einig, sie zu bestimmen, erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren, die mit Einwilligung aller Gesellschafter oder bei Uneinigkeit durch den Präsidenten des Landesgerichts bestellt werden.

Die Liquidatoren können mit Willen aller Gesellschafter und in jedem Fall aus wichtigem Grund auf Antrag eines oder mehrerer Gesellschafter vom Landesgericht abberufen werden.

#### **2276. (Pflichten und Haftung der Liquidatoren)**

Die Pflichten und die Haftung der Liquidatoren werden durch die für die Verwalter festgesetzten Bestimmungen geregelt, soweit von den folgenden Vorschriften oder vom Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt wird.

**2277. (Inventar)**

Die Verwalter haben den Liquidatoren die Güter und die Urkunden der Gesellschaft zu übergeben und ihnen die Abrechnung über die Geschäftsführung für die Zeit nach der letzten Rechnungslegung vorzulegen.

Die Liquidatoren haben die Güter und die Urkunden der Gesellschaft in Empfang zu nehmen und gemeinsam mit den Verwaltern ein Inventar zu errichten, aus dem der Aktivstand und der Passivstand des Gesellschaftsvermögens hervorgeht. Das Inventar ist von den Verwaltern und den Liquidatoren zu unterfertigen.

**2278. (Befugnisse der Liquidatoren)**

Die Liquidatoren können die zur Liquidation erforderlichen Rechtshandlungen vornehmen und können, wenn die Gesellschafter nichts anderes bestimmt haben, die Güter der Gesellschaft in Bausch und Bogen verkaufen und Vergleiche und Schiedsverträge abschließen.

Sie vertreten die Gesellschaft auch vor Gericht.

**2279. (Verbot neuer Geschäfte)**

Die Liquidatoren dürfen keine neuen Geschäfte eingehen. Bei Übertretung dieses Verbots haften sie persönlich und als Gesamtschuldner für die eingegangenen Geschäfte.

**2280. (Zahlung der Schulden der Gesellschaft)**

Die Liquidatoren dürfen die Güter der Gesellschaft auch nicht teilweise auf die Gesellschafter aufteilen, solange die Gläubiger der Gesellschaft nicht bezahlt oder die für ihre Bezahlung erforderlichen Beträge zurückgestellt worden sind.

Erweisen sich die verfügbaren Mittel als zur Zahlung der Schulden der Gesellschaft unzureichend, so können die Liquidatoren von den Gesellschaftern die auf die jeweiligen Anteile noch geschuldeten Einzahlungen und, wenn notwendig, die erforderlichen Beträge in den Grenzen der jeweiligen Haftung und im Verhältnis zum Anteil eines jeden an den Verlusten verlangen. Im selben Verhältnis wird die Schuld eines zahlungsunfähigen Gesellschafters unter die Gesellschafter aufgeteilt.

**2281. (Rückgabe der zur Nutzung eingebrachten Güter)**

Die Gesellschafter, die Sachen zur Nutzung eingebracht haben, haben das Recht, sie in dem Zustand, in dem sie sich befinden, zurückzuerhalten. Sind die Sachen aus einem von den Verwaltern zu vertretenden Grund untergegangen oder verschlechtert worden, so haben die Gesellschafter Anspruch auf Ersatz des Schadens zu Lasten des Gesellschaftsvermögens, unbeschadet des Klagsanspruchs gegen die Geschäftsführer.

**2282. (Aufteilung der Aktiven)**

Die nach Tilgung der Schulden der Gesellschaft verbleibenden Aktiven sind zur Rückerstattung der Einlagen bestimmt. Ein allfälliger Überschuss wird zwischen den Gesellschaftern im Verhältnis zum Anteil eines jeden an den Gewinnen aufgeteilt.

Die Höhe der Einlagen, die nicht Geldbeträge zum Gegenstand haben, wird nach der im Vertrag für sie vorgenommenen Bewertung oder bei deren Fehlen, nach dem Wert zum Zeitpunkt ihrer Einbringung bestimmt.

**2283. (Aufteilung der Güter in Natur)**

Wurde vereinbart, dass die Aufteilung der Güter in Natur zu erfolgen hat, sind die Bestimmungen über die Teilung gemeinschaftlicher Sachen anzuwenden.



5. Teil  
**Auflösung des Gesellschaftsverhältnisses  
nur hinsichtlich eines Gesellschafters**

**2284. (Tod eines Gesellschafters)**

Vorbehaltlich einer gegenteiligen Bestimmung des Gesellschaftsvertrags haben im Fall des Todes eines der Gesellschafter die übrigen den Anteil an die Erben auszuzahlen, es sei denn, dass sie es vorziehen, die Gesellschaft aufzulösen oder sie mit den Erben selbst fortzusetzen und diese dem zustimmen.

**2285. (Austritt des Gesellschafters)**

Jeder Gesellschafter kann aus der Gesellschaft austreten, wenn diese auf unbestimmte Zeit oder für die Lebenszeit eines der Gesellschafter vereinbart worden ist.

Er kann überdies in den vom Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Fällen oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes austreten.

In den vom ersten Absatz vorgesehenen Fällen ist der Austritt den übrigen Gesellschaftern unter Einhaltung einer Vorankündigungsfrist von mindestens drei Monaten mitzuteilen.

**2286. (Ausschluss)**

Der Ausschluss eines Gesellschafters kann wegen schwerwiegender Verletzungen der sich aus dem Gesetz oder dem Gesellschaftsvertrag ergebenden Verpflichtungen sowie wegen voller oder beschränkter Entmündigung des Gesellschafters oder wegen seiner Verurteilung zu einer mit dem auch nur zeitweiligen Verbot der Ausübung öffentlicher Ämter verbundenen Strafe erfolgen.

Der Gesellschafter, der seine Arbeit oder die Nutzung einer Sache in die Gesellschaft eingebracht hat, kann überdies wegen nachfolgender Untauglichkeit, die einzubringende Arbeit zu leisten oder wegen des Untergangs der Sache, der nicht auf einen von den Verwaltern zu vertretenden Grund zurückzuführen ist, ausgeschlossen werden.

In gleicher Weise kann der Gesellschafter ausgeschlossen werden, der sich verpflichtet hat, als Einlage das Eigentum an einer Sache zu übertragen, wenn diese untergegangen ist, bevor die Gesellschaft das Eigentum daran erworben hat.

**2287. (Ausschlussverfahren)**

Der Ausschluss wird von der Mehrheit der Gesellschafter beschlossen, wobei bei der Zahl der Gesellschafter der auszuschließende Gesellschafter nicht mitgezählt wird, und wird nach Ablauf von dreißig Tagen ab dem Tag der Mitteilung an den ausgeschlossenen Gesellschafter wirksam.

Innerhalb dieser Frist kann der ausgeschlossene Gesellschafter Widerspruch beim Landesgericht erheben, das den Ausschluss aussetzen kann.

Besteht die Gesellschaft aus zwei Gesellschaftern, wird der Ausschluss eines von ihnen vom Landesgericht auf Antrag des anderen ausgesprochen.

**2288. (Ausschluss kraft Gesetzes)**

Der Gesellschafter, über den der Konkurs eröffnet wird<sup>1)</sup>, ist kraft Gesetzes ausgeschlossen.

In gleicher Weise ist der Gesellschafter kraft Gesetzes ausgeschlossen, dessen Privatgläubiger die Auszahlung des Anteils gemäß Artikel 2270 erwirkt hat.

- - - - -

1) Vgl. Artikel 72 ff. Konkursgesetz.

**2289. (Auszahlung des Anteils des ausscheidenden Gesellschafters)**

In den Fällen, in denen das Gesellschaftsverhältnis nur hinsichtlich eines Gesellschafters aufgelöst wird, hat dieser oder seine Erben nur das Recht auf einen Geldbetrag, der dem Wert des Anteils entspricht.

Die Bewertung des Anteils erfolgt auf Grund der Vermögenslage der Gesellschaft an dem Tag, an dem die Auflösung eintritt. Sind noch Geschäfte im Gang, nimmt der Gesellschafter oder seine Erben an Gewinn und Verlust, die mit diesen Geschäften verbunden sind, teil.

Vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 2270 hat die Auszahlung des dem Gesellschafter zustehenden Anteils innerhalb von sechs Monaten ab dem Tage, an dem die Auflösung des Rechtsverhältnisses eintritt, zu erfolgen.

#### **2290. (Haftung des ausscheidenden Gesellschafters oder seiner Erben)**

In den Fällen, in denen das Gesellschaftsverhältnis nur hinsichtlich eines Gesellschafters aufgelöst wird, haftet dieser oder seine Erben gegenüber Dritten für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft bis zu dem Tag, an dem die Auflösung eintritt.

Die Auflösung ist den Dritten mit geeigneten Mitteln zur Kenntnis zu bringen; andernfalls kann sie Dritten gegenüber, die davon ohne Verschulden keine Kenntnis hatten, nicht eingewendet werden.

### **3. Abschnitt**

#### **Offene Handelsgesellschaft**

#### **2291. (Begriff)**

Bei der offenen Handelsgesellschaft haften alle Gesellschafter als Gesamtschuldner und unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

Eine gegenteilige Abmachung hat Dritten gegenüber keine Wirkung.

#### **2292. (Firma der Gesellschaft)**

Die offene Handelsgesellschaft handelt unter einer Firma, die aus dem Namen eines oder mehrerer Gesellschafter und der Bezeichnung des Gesellschaftsverhältnisses gebildet wird.

Die Gesellschaft kann in der Firma den Namen eines ausgetretenen oder verstorbenen Gesellschafters beibehalten, wenn der ausgetretene Gesellschafter oder die Erben des verstorbenen Gesellschafters dem zustimmen.

#### **2293. (Anwendbare Vorschriften)**

Die offene Handelsgesellschaft wird von den Vorschriften dieses Abschnitts und, soweit diese nichts bestimmen, von den Vorschriften des vorhergehenden Abschnitts geregelt.

#### **2294. (Geschäftsunfähiger)**

Bei Beteiligung eines Geschäftsunfähigen an einer offenen Handelsgesellschaft sind in jedem Fall die Bestimmungen der Artikel 320, 371, 397, 424 und 425 zu beachten.

#### **2295. (Gründungsvertrag)**

Im Gründungsvertrag der Gesellschaft sind anzugeben:

- 1) der Zuname und der Vorname, der Ort und der Tag der Geburt, das Domizil und die Staatsbürgerschaft der Gesellschafter;
- 2) die Firma der Gesellschaft;
- 3) die Gesellschafter, welche die Verwaltung und die Vertretung der Gesellschaft innehaben;

- 4) der Sitz der Gesellschaft und die allfälligen Zweigniederlassungen;
- 5) der Zweck der Gesellschaft;
- 6) die Einlagen eines jeden Gesellschafters, der ihnen beigemessene Wert und die Art der Bewertung;
- 7) die Leistungen, zu denen die Gesellschafter verpflichtet sind, die ihre Arbeitskraft einbringen;
- 8) die Vorschriften, nach denen der Gewinn zu verteilen ist, und der Anteil eines jeden Gesellschafters am Gewinn und Verlust;
- 9) die Dauer der Gesellschaft.

#### **2296. (Veröffentlichung)**

Der mit der beglaubigten Unterschrift der Vertragsteile versehene Gründungsvertrag oder, wenn die Vereinbarung in einer öffentlichen Urkunde getroffen wurde, eine beglaubigte Abschrift des Gründungsvertrags ist von den Verwaltern innerhalb von dreißig Tagen zur Eintragung bei jenem Handelsregisteramt zu hinterlegen, in dessen Sprengel der Sitz der Gesellschaft festgelegt wird.

Nehmen die Verwalter die Hinterlegung innerhalb der im vorhergehenden Absatz angegebenen Frist nicht vor, kann sie jeder Gesellschafter auf Kosten der Gesellschaft vornehmen oder die Verwalter zu ihrer Vornahme verurteilen lassen.

Ist die Vereinbarung in einer öffentlichen Urkunde getroffen worden, ist auch der Notar verpflichtet, die Hinterlegung vorzunehmen.<sup>1)</sup>

- - - - -

- 1) Zur Anpassung der Fristen für die öffentliche Bekanntmachung von Rechtshandlungen, die im Ausland vorgenommen werden, siehe den einzigen Artikel des Gesetzes vom 13.3.1980, Nr. 73, der lautet: Für die im Ausland aufgenommenen oder beglaubigten Urkunden beginnen die Fristen, die in den Artikeln 2296, 2300, 2330, 2383, 2400, 2411, 2436, 2450bis, 2519 und 2671 des Zivilgesetzbuches vorgesehen sind, ab dem Tag zu laufen, an dem die Hinterlegung gemäß Artikel 106 Z. 4 des Gesetzes vom 16.2.1913, Nr. 89, i.d.g.F. vorzunehmen ist.

#### **2297. (Unterbleiben der Registrierung)**

Solange die Gesellschaft nicht im Handelsregister eingetragen ist, werden die Rechtsbeziehungen zwischen der Gesellschaft und Dritten unbeschadet der unbeschränkten und gesamtschuldnerischen Haftung aller Gesellschafter von den Bestimmungen über die einfache Gesellschaft geregelt.

Es wird jedoch vermutet, dass jeder Gesellschafter, der für die Gesellschaft handelt, die Vertretungsmacht für die Gesellschaft, und zwar auch vor Gericht, innehat. Die Abmachungen, die die Vertretungsmacht nur einem oder einigen der Gesellschafter erteilen oder die die Vertretungsbefugnisse beschränken, können Dritten gegenüber nicht eingewendet werden, wenn nicht bewiesen wird, dass diese davon Kenntnis hatten.

#### **2298. (Vertretung der Gesellschaft)**

Der Verwalter, der die Vertretung der Gesellschaft innehat, kann alle Rechtshandlungen vornehmen, die zum Gesellschaftszweck gehören, vorbehaltlich der Beschränkungen, die sich aus dem Gründungsvertrag oder aus der Vollmacht ergeben. Die Beschränkungen können Dritten gegenüber nicht eingewendet werden, wenn sie nicht im Handelsregister eingetragen sind oder wenn nicht bewiesen wird, dass die Dritten davon Kenntnis hatten.<sup>1)</sup>

- - - - -

- 1) Ein ursprünglicher Absatz 2 wurde durch Artikel 33 Abs. 1 des Gesetzes vom 24.11.2000, Nr. 340, aufgehoben.

#### **2299. (Zweigniederlassungen)**

Ein Auszug des Gründungsvertrags ist zur Eintragung bei dem Handelsregisteramt zu hinterlegen, in dessen Sprengel die Gesellschaft Zweigniederlassungen mit einer ständigen Vertretung errichtet, und zwar innerhalb von dreißig Tagen

ab der Errichtung dieser Zweigniederlassungen.

Im Auszug ist das Registeramt, bei dem die Gesellschaft eingetragen ist, und der Tag der Eintragung anzugeben.

Die Gründung von Zweigniederlassungen ist innerhalb derselben Frist auch beim Registeramt des Ortes, an dem die Gesellschaft eingetragen ist, zur Eintragung anzumelden.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Ein ursprünglicher Absatz 3 wurde durch Artikel 33 Abs. 1 des Gesetzes vom 24.11.2000, Nr. 340, aufgehoben.

### **2300. (Änderungen des Gründungsvertrags)**

Die Verwalter haben innerhalb der Frist von dreißig Tagen beim Handelsregisteramt die Eintragung der Änderungen des Gründungsvertrags und der anderen die Gesellschaft betreffenden Tatsachen, deren Eintragung zwingend vorgeschrieben ist, zu beantragen.

Ergibt sich die Änderung des Gründungsvertrags aus einem Beschluss der Gesellschafter, ist dieser in beglaubigter Abschrift zu hinterlegen.

Die Änderungen des Gründungsvertrags können, solange sie nicht eingetragen sind, Dritten gegenüber nicht eingewendet werden, wenn nicht bewiesen wird, dass diese davon Kenntnis hatten.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Siehe Fußnote 1 zu Artikel 2296.

### **2301. (Wettbewerbsverbot)**

Ein Gesellschafter kann ohne Einwilligung der übrigen Gesellschafter weder für eigene noch für fremde Rechnung eine Tätigkeit ausüben, die zu jener der Gesellschaft im Wettbewerb steht, und sich auch nicht als unbeschränkt haftender Gesellschafter an einer anderen mit der Gesellschaft im Wettbewerb stehenden Gesellschaft beteiligen.

Die Einwilligung wird vermutet, wenn die Ausübung der Tätigkeit oder die Beteiligung an der anderen Gesellschaft vor dem Abschluss des Gesellschaftsvertrags bereits vorlag und die übrigen Gesellschafter davon Kenntnis hatten.

Im Falle der Nichtbeachtung der Bestimmungen des ersten Absatzes hat die Gesellschaft vorbehaltlich der Anwendung des Artikels 2286 das Recht auf Ersatz des Schadens.

### **2302. (Rechnungsunterlagen)**

Die Verwalter haben die von Artikel 2214 vorgeschriebenen Bücher und sonstigen Rechnungsunterlagen zu führen.

### **2303. (Grenzen der Verteilung des Gewinns)**

An die Gesellschafter kann nur der tatsächlich erzielte Gewinn verteilt werden. Tritt ein Verlust am Gesellschaftskapital ein, können Gewinne solange nicht verteilt werden, bis das Kapital wieder ergänzt oder im entsprechenden Ausmaß herabgesetzt wird.

### **2304. (Haftung der Gesellschafter)**

Die Gläubiger der Gesellschaft können, auch wenn sich die Gesellschaft in Liquidation befindet, nur nach vorheriger Betreuung in das Gesellschaftsvermögen Zahlung von den einzelnen Gesellschaftern verlangen.

### **2305. (Privatgläubiger des Gesellschafters)**

Der Privatgläubiger des Gesellschafters kann, solange die Gesellschaft besteht, nicht die Auszahlung des Anteils des schuldnerischen Gesellschafters verlangen.

### **2306. (Herabsetzung des Kapitals)**

Der Beschluss über die Herabsetzung des Kapitals durch Rückerstattung der eingezahlten Anteile an die Gesellschafter oder durch deren Befreiung von der Pflicht zu weiteren Einzahlungen kann erst nach Ablauf von drei Monaten ab dem Tag der Eintragung in das Handelsregister durchgeführt werden, sofern innerhalb dieser Frist kein bereits vor der Eintragung vorhandener Gläubiger der Gesellschaft Widerspruch erhoben hat.

Ungeachtet des Widerspruchs kann das Landesgericht nach vorheriger Leistung einer geeigneten Sicherheit durch die Gesellschaft die Durchführung anordnen.

### **2307. (Fortsetzung der Gesellschaft)**

Der Privatgläubiger eines Gesellschafters kann innerhalb von drei Monaten ab der Eintragung des Beschlusses über die Fortsetzung in das Handelsregister Widerspruch gegen die Fortsetzung der Gesellschaft erheben.

Wird dem Widerspruch stattgegeben, hat die Gesellschaft innerhalb von drei Monaten ab der Zustellung des Urteils den Anteil des Gesellschafters, der Schuldner desjenigen ist, der Widerspruch erhoben hat, auszus zahlen.

Im Fall einer stillschweigenden Fortsetzung kann jeder Gesellschafter jederzeit nach Vorankündigung gemäß Artikel 2285 aus der Gesellschaft austreten und kann der Privatgläubiger eines Gesellschafters die Auszahlung des Anteils seines Schuldners gemäß Artikel 2270 beantragen.

### **2308. (Auflösung der Gesellschaft)**

Die Gesellschaft wird außer wegen der in Artikel 2272 angegebenen Gründe durch Verfügung der Regierungsbehörde in den vom Gesetz festgesetzten Fällen sowie durch Eröffnung des Konkurses aufgelöst, wenn die Gesellschaft eine Handelstätigkeit zum Gegenstand hat.

### **2309. (Veröffentlichung der Bestellung der Liquidatoren)**

Der Beschluss der Gesellschafter oder das Urteil, das die Liquidatoren bestellt, und jede spätere Rechtshandlung, die eine Änderung in der Person der Liquidatoren mit sich bringt, sind auf Veranlassung der Liquidatoren innerhalb von dreißig Tagen ab der Kenntnis der Bestellung in beglaubigter Abschrift zur Eintragung beim Handelsregisteramt zu hinterlegen.<sup>1)2)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 33 Abs. 4 des Gesetzes vom 24.11.2000, Nr. 340.

2) Absatz 2 wurde durch Artikel 33 Abs. 1 des Gesetzes vom 24.11.2000, Nr. 340, aufgehoben.

### **2310. (Vertretung der in Liquidation befindlichen Gesellschaft)**

Ab der Eintragung der Bestellung der Liquidatoren steht die Vertretung der Gesellschaft auch vor Gericht den Liquidatoren zu.

### **2311. (Letzter Jahresabschluss der Liquidation und Verteilungsplan)**

Nach Abschluss der Liquidation haben die Liquidatoren den letzten Jahresabschluss zu errichten und den Gesellschaftern einen Verteilungsplan vorzuschlagen.

Der von den Liquidatoren unterfertigte Jahresabschluss und der Verteilungsplan sind mit Einschreiben den Gesellschaftern mitzuteilen und gelten als genehmigt, wenn sie nicht innerhalb der Frist von zwei Monaten ab der Mitteilung angefochten worden sind.

Im Falle der Anfechtung des Jahresabschlusses und des Verteilungsplans kann der Liquidator beantragen, dass die die Liquidation betreffenden Fragen getrennt von den die Teilung betreffenden Fragen, mit denen sich der Liquidator nicht befassen muss, geprüft werden.

Mit der Genehmigung des Jahresabschlusses werden die Liquidatoren den Gesellschaftern gegenüber befreit.

#### **2312. (Löschung der Gesellschaft)**

Nach Genehmigung der Liquidationsschlussbilanz haben die Liquidatoren die Löschung der Gesellschaft im Handelsregister zu beantragen.

Ab der Löschung der Gesellschaft können die Gläubiger der Gesellschaft, die nicht befriedigt worden sind, ihre Forderungen den Gesellschaftern gegenüber und, wenn die unterbliebene Zahlung von den Liquidatoren verschuldet wurde, auch diesen gegenüber geltend machen.

Die Rechnungsunterlagen und Urkunden, die nicht einzelnen Gesellschaftern zustehen, sind bei der von der Mehrheit bestimmten Person zu hinterlegen.

Die Rechnungsunterlagen und Urkunden sind zehn Jahre lang, gerechnet ab der Löschung der Gesellschaft im Handelsregister, aufzubewahren.

### **4. Abschnitt Kommanditgesellschaft**

#### **2313. (Begriff)**

Bei der Kommanditgesellschaft haften die Komplementäre als Gesamtschuldner und unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft und haften die Kommanditisten beschränkt auf den eingebrachten Anteil.

Die Anteile, mit denen die Gesellschafter beteiligt sind, können nicht durch Aktien verkörpert werden.

#### **2314. (Firma der Gesellschaft)**

Die Gesellschaft handelt vorbehaltlich der Bestimmung des zweiten Absatzes des Artikels 2292 unter einer Firma, die aus dem Namen wenigstens eines der Komplementäre und der Bezeichnung Kommanditgesellschaft besteht.

Der Kommanditist, der zustimmt, dass sein Name in der Firma enthalten ist, haftet gegenüber Dritten unbeschränkt und gesamtschuldnerisch mit den Komplementären für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

#### **2315. (Anwendbare Vorschriften)**

Auf die Kommanditgesellschaft sind die Bestimmungen über die offene Handelsgesellschaft anzuwenden, soweit sie mit den folgenden Vorschriften vereinbar sind.

#### **2316. (Gründungsvertrag)**

Im Gründungsvertrag sind die Komplementäre und die Kommanditisten anzugeben.

#### **2317. (Unterbleiben der Registrierung)**

Solange die Gesellschaft nicht in das Handelsregister eingetragen ist, sind auf die Rechtsbeziehungen zwischen der Gesellschaft und Dritten die Bestimmungen des Artikels 2297 anzuwenden.

Für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften jedoch die Kommanditisten beschränkt auf ihren Anteil, es sei denn, dass sie an Geschäften für die Gesellschaft teilgenommen haben.

#### **2318. (Komplementäre)**

Die Komplementäre haben die Rechte und die Pflichten der Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft.

Die Verwaltung der Gesellschaft kann nur an Komplementäre übertragen werden.

#### **2319. (Bestellung und Abberufung der Verwalter)**

Bestimmt der Gründungsvertrag nichts anderes, sind für die Bestellung der Verwalter und für ihre Abberufung in dem im zweiten Absatz des Artikels 2259 angeführten Fall die Einwilligung der Komplementäre und die Genehmigung durch so viele Kommanditisten, dass sie die Mehrheit des von den Kommanditisten gezeichneten Kapitals vertreten, erforderlich.

#### **2320. (Kommanditisten)**

Die Kommanditisten können weder Verwaltungshandlungen vornehmen noch im Namen der Gesellschaft über Geschäfte verhandeln oder solche abschließen, wenn sie nicht mit einer besonderen Vollmacht für einzelne Geschäfte ausgestattet sind. Der Kommanditist, der dieses Verbot verletzt, haftet gegenüber Dritten für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft unbeschränkt und gesamtschuldnerisch und kann gemäß Artikel 2286 ausgeschlossen werden.

Die Kommanditisten können jedoch unter der Leitung der Verwalter Arbeit leisten und, wenn es der Gründungsvertrag zulässt, Genehmigungen und Stellungnahmen für bestimmte Geschäfte abgeben und Handlungen zur Überprüfung und Überwachung vornehmen.

In jedem Fall haben sie das Recht auf jährliche Mitteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie das Recht, deren Richtigkeit durch Einsicht in die Bücher und die anderen Urkunden der Gesellschaft zu überprüfen.

#### **2321. (In gutem Glauben bezogener Gewinn)**

Die Kommanditisten sind nicht zur Rückgabe des Gewinns verpflichtet, den sie in gutem Glauben auf Grund des ordnungsgemäß genehmigten Jahresabschlusses bezogen haben.

#### **2322. (Übertragung des Anteils)**

Der Anteil, mit dem der Kommanditist beteiligt ist, ist von Todes wegen übertragbar.

Vorbehaltlich einer anderen Bestimmung im Gründungsvertrag kann der Anteil mit Einwilligung der Gesellschafter, die die Mehrheit des Kapitals vertreten, mit Wirkung gegenüber der Gesellschaft abgetreten werden.

#### **2323. (Auflösungsgründe)**

Die Gesellschaft wird außer wegen der in Artikel 2308 vorgesehenen Gründe aufgelöst, wenn nur Komplementäre oder nur Kommanditisten verbleiben, sofern nicht innerhalb der Frist von sechs Monaten der weggefallene Gesellschafter ersetzt worden ist.

Fallen alle Komplementäre weg, bestellen die Kommanditisten für den im vorhergehenden Absatz angeführten Zeitraum einen vorläufigen Verwalter zur Vornahme der Rechtshandlungen der ordentlichen Verwaltung. Der vorläufige Verwalter erwirbt nicht die Eigenschaft eines Komplementärs.

#### **2324. (Rechte der Gläubiger der Gesellschaft nach der Liquidation)**

Unbeschadet des im zweiten Absatz des Artikels 2312 vorgesehenen Rechtes gegenüber den Komplementären und den Liquidatoren können die Gläubiger der Gesellschaft, die bei der Liquidation der Gesellschaft nicht befriedigt worden sind, ihre Forderungen auch gegenüber den Kommanditisten begrenzt auf den Liquidationsanteil geltend machen.

## 5. Abschnitt

### **Aktiengesellschaft<sup>1)</sup>**

- 1) Fassung dieses Abschnittes (Artikel 2325 bis 2451) laut Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 17.1.2003, Nr. 6, unter Berücksichtigung der im Amtsblatt der Republik veröffentlichten Berichtigungen und laut Artikel 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 6.2.2004, Nr. 37.

## 1. Teil

### **Allgemeine Bestimmungen**

#### **2325. (Haftung)**

Bei der Aktiengesellschaft haftet für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft nur die Gesellschaft mit ihrem Vermögen.

Im Fall der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft haftet für Gesellschaftsverbindlichkeiten, die in dem Zeitraum entstanden sind, in dem die Aktien einer einzigen Person gehörten, diese Person unbeschränkt, sofern die Einlagen nicht so erfolgt sind, wie es in Artikel 2342 vorgesehen ist, oder solange die in Artikel 2362 vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachung nicht vorgenommen worden ist.

#### **2325bis. (Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen)**

Für die Anwendung des vorliegenden Titels gelten als Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, jene Gesellschaften, die Aktien ausgeben, die in geregelten Märkten notiert werden oder sich in erheblichem Ausmaß im Streubesitz befinden.

Die Vorschriften dieses Titels finden auf Gesellschaften mit Aktien Anwendung, die in geregelten Märkten notiert werden, sofern durch andere Vorschriften dieses Gesetzbuchs oder von Sondergesetzen nichts anderes bestimmt wird.

#### **2326. (Firma der Gesellschaft)**

Die Firma der Gesellschaft hat, wie immer sie gebildet wird, die Bezeichnung Aktiengesellschaft zu enthalten.

#### **2327. (Mindestbetrag des Kapitals)**

Die Aktiengesellschaft muss mit einem Kapital von mindestens hundertzwanzigtausend Euro gegründet werden.

#### **2328. (Gründungsakt)**

Die Gesellschaft kann durch Vertrag oder durch einseitige Rechtshandlung gegründet werden.

Der Gründungsakt muss in einer öffentlichen Urkunde abgefasst werden und muss angeben:

1) den Zunamen und den Vornamen oder die Firma, den Tag und den Ort der Geburt oder den Staat der Gründung, das Domizil oder den Sitz, die Staatsbürgerschaft der Gesellschafter und der allfälligen Gründer sowie die Anzahl der einem jeden von ihnen zugewiesenen Aktien;

2) die Firma und die Gemeinde, in der sich der Sitz der Gesellschaft und die allfälligen Zweigniederlassungen befinden;

3) die Tätigkeit, die den Zweck der Gesellschaft bildet;

4) die Höhe des gezeichneten und des eingezahlten Kapitals;

5) die Anzahl und den allfälligen Nennwert der Aktien, ihre Eigenschaften und die Art und Weise der Ausgabe und des Umlaufs;

6) den Wert, der den Forderungen und Gütern, die in Natur eingebracht werden, zuerkannt wird;



- 7) die Vorschriften, gemäß denen der Gewinn verteilt werden muss;
- 8) die Begünstigungen, die allenfalls den Gründern oder den Gründungsgesellschaften zuerkannt werden;
- 9) das gewählte System der Verwaltung, die Anzahl der Verwalter und ihre Befugnisse, wobei jene Verwalter anzugeben sind, welche die Gesellschaft vertreten;
- 10) die Anzahl der Mitglieder des Überwachungsrats;
- 11) die Bestellung der ersten Verwalter und Mitglieder des Überwachungsrats oder Aufsichtsrats und, sofern dies vorgesehen ist, jener Person, die mit der Abschlussprüfung beauftragt ist;<sup>1)</sup>
- 12) den wenigstens ungefähr bezifferten Gesamtbetrag des Gründungsaufwands, den die Gesellschaft zu tragen hat;
- 13) die Dauer der Gesellschaft oder, wenn die Gesellschaft auf unbestimmte Zeit gegründet wird, jenen Zeitraum, nach dessen Ablauf der Gesellschafter austreten kann, wobei dieser Zeitraum ein Jahr nicht übersteigen darf.

Die Satzung, welche die Vorschriften über die Arbeitsweise der Gesellschaft enthält, bildet einen integrierenden Bestandteil des Gründungsakts auch dann, wenn sie Gegenstand einer eigenen Urkunde ist. Im Fall eines Widerspruchs zwischen Bestimmungen des Gründungsakts und solchen der Satzung gehen die zweitgenannten vor.

- - - - -

1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 37 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

### **2329. (Bedingungen für die Gründung)**

Zur Gründung der Gesellschaft ist es erforderlich:

- 1) dass das Gesellschaftskapital zur Gänze gezeichnet ist;
- 2) dass die Vorschriften der Artikel 2342, 2343 und 2343ter über die Einlagen eingehalten werden;<sup>1)</sup>
- 3) dass die Genehmigungen und die anderen Bedingungen vorliegen, die von Sondergesetzen für die Gründung der Gesellschaft im Hinblick auf ihren besonderen Zweck verlangt werden.

- - - - -

1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 1 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 4.8.2008, Nr. 142.

### **2330. (Hinterlegung des Gründungsakts und Eintragung der Gesellschaft)**

Der Notar, der den Gründungsakt aufgenommen hat, muss diesen innerhalb von zwanzig Tagen beim Handelsregisteramt, in dessen Sprengel der Sitz der Gesellschaft festgelegt worden ist, hinterlegen und die Urkunden zum Nachweis des Vorliegens der in Artikel 2329 vorgesehenen Bedingungen beilegen.

Wenn der Notar oder die Verwalter die Hinterlegung in der im vorhergehenden Absatz bezeichneten Frist nicht vornehmen, kann diese jeder Gesellschafter auf Kosten der Gesellschaft vornehmen.

Die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister ist zugleich mit der Hinterlegung des Gründungsakts zu beantragen. Das Handelsregisteramt trägt, nachdem es die Richtigkeit der Urkunden in formaler Hinsicht überprüft hat, die Gesellschaft in das Register ein.

Wenn die Gesellschaft Zweigniederlassungen errichtet, findet Artikel 2299 Anwendung.

### **2331. (Wirkungen der Eintragung)**

Mit der Eintragung im Register erwirbt die Gesellschaft die Rechtspersönlichkeit.

Für die vor der Eintragung im Namen der Gesellschaft vorgenommenen Geschäfte haften Dritten gegenüber jene unbeschränkt und als Gesamtschuldner, die

sie vorgenommen haben. Darüber hinaus haften als Gesamtschuldner und unbeschränkt der einzige Gründungsgesellschafter und jene Gesellschafter, die im Gründungsakt oder in einer eigenen Urkunde die Vornahme des Geschäftes beschlossen, genehmigt oder gebilligt haben.

Hat die Gesellschaft nach der Eintragung ein im vorhergehenden Absatz vorgesehenes Geschäft genehmigt, haftet auch die Gesellschaft und ist verpflichtet, jene, die das Geschäft vorgenommen haben, zu entlasten.

Die gemäß dem zweiten Absatz des Artikels 2342 hinterlegten Beträge dürfen den Verwaltern nur dann übergeben werden, wenn sie die erfolgte Eintragung der Gesellschaft in das Register nachweisen. Wenn innerhalb von neunzig Tagen ab der Errichtung des Gründungsakts oder ab der Erteilung der in Ziffer 3 des Artikels 2329 vorgesehenen Genehmigungen die Eintragung nicht erfolgt ist, sind diese Beträge den Zeichnern zurückzuerstatten und verliert der Gründungsakt seine Wirksamkeit.

Vor der Eintragung in das Register ist die Ausgabe von Aktien verboten und diese können außer im Wege eines öffentlichen Angebots zur Zeichnung gemäß Artikel 2333 nicht Gegenstand eines an die Allgemeinheit gerichteten Angebots von Finanzprodukten sein.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.3.2007, Nr. 51.

### **2332. (Nichtigkeit der Gesellschaft)**

Die Nichtigkeit der Gesellschaft kann nach erfolgter Eintragung in das Handelsregister nur in folgenden Fällen ausgesprochen werden:

- 1) wenn der Gründungsakt nicht in Form einer öffentlichen Urkunde errichtet worden ist;
- 2) bei Unerlaubtheit des Zwecks der Gesellschaft;
- 3) wenn im Gründungsakt jegliche Angabe über die Firma der Gesellschaft oder die Einlagen oder die Höhe des Gesellschaftskapitals oder den Zweck der Gesellschaft fehlt.

Die Feststellung der Nichtigkeit beeinträchtigt die Wirksamkeit der im Namen der Gesellschaft nach der Eintragung in das Handelsregister vorgenommenen Rechtshandlungen nicht.

Die Gesellschafter sind von der Verpflichtung zur Einlage solange nicht befreit, bis die Gläubiger der Gesellschaft befriedigt worden sind.

Im Urteil, mit dem die Nichtigkeit festgestellt wird, werden die Liquidatoren bestellt.

Die Nichtigkeit kann nicht mehr festgestellt werden, wenn ihr Grund beseitigt worden ist und dies durch Eintragung in das Handelsregister öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Der Spruch des Urteils, mit dem die Nichtigkeit festgestellt wird, muss auf Veranlassung der Verwalter oder der gemäß dem vierten Absatz bestellten Liquidatoren in das Handelsregister eingetragen werden.

## **2. Teil**

### **Gründung durch öffentliche Zeichnung**

### **2333. (Programm und Zeichnung der Aktien)**

Die Gesellschaft kann auch durch öffentliche Zeichnung auf der Grundlage eines Programms gegründet werden, das den Gegenstand und das Kapital, die grundlegenden Bestimmungen des Gründungsakts und der Satzung, die allfällige Gewinnbeteiligung, die sich die Gründer vorbehalten, und die Frist, innerhalb der der Gründungsakt errichtet werden muss, angibt.

Das Programm mit den beglaubigten Unterschriften der Gründer ist vor der Veröffentlichung bei einem Notar zu hinterlegen.

Aktienzeichnungen müssen aus einer öffentlichen Urkunde oder aus einer beglaubigten Privaturkunde hervorgehen. Die Urkunde muss den Zunamen und den Vornamen oder die Firma, das Domizil oder den Sitz des Zeichners, die Anzahl der gezeichneten Aktien und den Tag der Zeichnung angeben.

#### **2334. (Einzahlungen und Einberufung der Versammlung der Zeichner)**

Nach dem Eingang der Zeichnungen müssen die Gründer mit Einschreiben oder in der im Programm vorgesehenen Form den Zeichnern eine Frist von nicht mehr als dreißig Tagen zur Vornahme der im zweiten Absatz des Artikels 2342 vorgeschriebenen Einzahlung setzen.

Nach ungenutztem Ablauf dieser Frist sind die Gründer befugt, die säumigen Zeichner zu klagen oder sie von der übernommenen Verpflichtung zu entbinden. Wenn die Gründer von dieser zuletzt genannten Befugnis Gebrauch machen, kann die Gründung der Gesellschaft erst dann vorgenommen werden, wenn die Aktien, die jene gezeichnet haben, untergebracht sind.

Setzt das Programm keine andere Frist fest, so müssen die Gründer innerhalb von zwanzig Tagen nach Ablauf der Frist für die im ersten Absatz dieses Artikels vorgeschriebene Einzahlung die Versammlung der Zeichner mit Einschreiben einberufen, wobei die Einberufung jedem von ihnen wenigstens zehn Tage vor dem für die Versammlung festgesetzten Tag unter Angabe der Verhandlungsgegenstände zuzusenden ist.

#### **2335. (Versammlung der Zeichner)**

Die Versammlung der Zeichner:

1) stellt das Vorliegen der für die Gründung der Gesellschaft erforderlichen Bedingungen fest;

2) beschließt über den Inhalt des Gründungsakts und der Satzung;

3) beschließt über den Vorbehalt der Gewinnbeteiligung, den die Gründer zu ihren Gunsten vorgesehen haben;

4) bestellt die Verwalter, die Mitglieder des Überwachungsrats oder Aufsichtsrats und, sofern dies vorgesehen ist, jene Person, die mit der Abschlussprüfung beauftragt ist.<sup>1)</sup>

Die Versammlung ist dann beschlussfähig, wenn die Hälfte der Zeichner anwesend ist.

Jedem Zeichner steht unabhängig von der Anzahl der gezeichneten Aktien das Recht auf eine Stimme zu, und zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

Für Änderungen der im Programm festgesetzten Bedingungen ist jedoch die Einwilligung aller Zeichner erforderlich.

- - - - -

1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 37 Abs. 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2336. (Errichtung und Hinterlegung des Gründungsakts)**

Nach Durchführung dessen, was im vorhergehenden Artikel vorgeschrieben ist, errichten die Versammlungsteilnehmer auch in Vertretung der abwesenden Zeichner den Gründungsakt, der gemäß Artikel 2330 zur Eintragung in das Handelsregister hinterlegt werden muss.

**2337. (Gründer)**

Gründer sind diejenigen, die bei der Gründung durch öffentliche Zeichnung das Programm gemäß dem zweiten Absatz des Artikels 2333 unterschrieben haben.

**2338. (Pflichten der Gründer)**

Die Gründer haften Dritten gegenüber als Gesamtschuldner für Verbindlichkeiten, die zur Gründung der Gesellschaft eingegangen worden sind.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Gründer von den eingegangenen Verbindlichkeiten zu entlasten und ihnen die gemachten Aufwendungen zu ersetzen, wenn sie zur Gründung der Gesellschaft notwendig gewesen oder von der Versammlung genehmigt worden sind.

Kommt es aus irgendeinem Grund nicht zur Gründung der Gesellschaft, können sich die Gründer nicht bei den Zeichnern der Aktien schadlos halten.

**2339. (Haftung der Gründer)**

Die Gründer haften als Gesamtschuldner der Gesellschaft und Dritten gegenüber:

- 1) für die vollständige Zeichnung des Gesellschaftskapitals und für die zur Gründung der Gesellschaft erforderlichen Einzahlungen;
- 2) für das Vorhandensein der Einlagen in Natur in Übereinstimmung mit dem in Artikel 2343 bezeichneten beeideten Bericht;
- 3) für die Wahrhaftigkeit der von ihnen aus Anlass der Gründung der Gesellschaft an die Öffentlichkeit gerichteten Mitteilungen.

Desgleichen haften der Gesellschaft und Dritten gegenüber auch jene als Gesamtschuldner, auf deren Rechnung die Gründer gehandelt haben.

**2340. (Grenzen der den Gründern vorbehaltenen Begünstigungen)**

Die Gründer können sich unabhängig von ihrer Gesellschafterstellung im Gründungsakt eine Beteiligung an den in der Bilanz ausgewiesenen Reingewinnen in einem Ausmaß von insgesamt nicht mehr als einem Zehntel und für eine Höchstdauer von fünf Jahren vorbehalten.

Andere Begünstigungen zum eigenen Vorteil können sie nicht vereinbaren.

**2341. (Gründungsgesellschafter)**

Die Bestimmung des ersten Absatzes des Artikels 2340 findet auch auf Gesellschaften Anwendung, die bei der Einheitsgründung oder bei Gründung durch öffentliche Zeichnung den Gründungsakt errichten.

**3bis. Teil****Gesellschaftsrechtliche Nebenvereinbarungen****2341bis. (Gesellschaftsrechtliche Nebenvereinbarungen)**

Die in welcher Form auch immer abgeschlossenen Vereinbarungen, die zum Zweck der Absicherung der Eigentümerrechte oder der Führung der Gesellschaft:

- a) die Ausübung des Stimmrechts in Aktiengesellschaften oder in Gesellschaften, die diese Aktiengesellschaften beherrschen, zum Gegenstand haben;
- b) Beschränkungen für die Übertragung der entsprechenden Aktien oder der Beteiligungen an Gesellschaften, die diese Aktiengesellschaften beherrschen, festlegen;
- c) die eine auch gemeinsame Ausübung eines beherrschenden Einflusses auf solche Gesellschaften zum Gegenstand haben oder bewirken, können nur für eine Dauer von nicht mehr als fünf Jahren abgeschlossen werden und gelten auch dann als für diese Dauer abgeschlossen, wenn die Parteien einen längeren Zeit-

raum vorgesehen haben; die Vereinbarungen können bei ihrem Ablauf erneuert werden.

Sieht die Vereinbarung eine Gültigkeitsdauer nicht vor, ist jeder Vertragspartner berechtigt, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einhundertachtzig Tagen zurückzutreten.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf Vereinbarungen, die Verträgen zur Zusammenarbeit bei der Produktion oder beim Austausch von Gütern oder Dienstleistungen dienlich sind und sich auf Gesellschaften beziehen, die zur Gänze im Besitz der Vertragspartner stehen.

#### **2341ter. (Öffentliche Bekanntmachung der gesellschaftsrechtlichen Nebenvereinbarungen)**

Bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, müssen die gesellschaftsrechtlichen Nebenvereinbarungen der Gesellschaft mitgeteilt und am Beginn jeder Gesellschafterversammlung offengelegt werden. Die Offenlegung muss im Protokoll festgehalten werden, und dieses muss beim Handelsregisteramt hinterlegt werden.

Im Fall des Fehlens der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Offenlegung können die Besitzer der Aktien, auf die sich die gesellschaftsrechtliche Nebenvereinbarung bezieht, das Stimmrecht nicht ausüben und die mit ihrer Stimme zu Stande gekommenen Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können gemäß Artikel 2377 angefochten werden, sofern die Stimme ausschlaggebend war.

### **4. Teil Einlagen**

#### **2342. (Einlagen)**

Wenn im Gründungsakt nichts anderes festgesetzt ist, ist die Einlage in Geld vorzunehmen.

Bei der Unterfertigung des Gründungsakts müssen wenigstens fünfundzwanzig Prozent der Einlagen in Geld oder im Fall der Gründung durch einseitige Rechts-handlung ihr gesamter Betrag bei einer Bank eingezahlt sein.

Für Einlagen in Natur und in Form von Forderungen sind die Bestimmungen der Artikel 2254 und 2255 zu beachten. Die solchen Einlagen entsprechenden Aktien müssen im Zeitpunkt der Zeichnung vollständig eingelöst sein.

Wenn die Gesellschaftermehrheit verloren geht, müssen die noch geschuldeten Einzahlungen innerhalb von neunzig Tagen vorgenommen werden.

Arbeitsleistungen oder Dienstleistungen können nicht Gegenstand einer Einlage sein.

#### **2343. (Schätzung der Einlagen in Natur und in Form von Forderungen)**

Wer eine Einlage in Natur oder in Form von Forderungen tätigt, muss den beeideten Bericht eines Sachverständigen vorlegen, der vom Landesgericht, in dessen Sprengel die Gesellschaft ihren Sitz hat, bestimmt wird und der Bericht muss die Beschreibung der eingebrachten Güter oder Forderungen, die Bestätigung, dass deren Wert wenigstens jenem entspricht, der ihnen zum Zweck der Bestimmung des Gesellschaftskapitals und des allfälligen Aufgeldes zuerkannt worden ist, sowie die herangezogenen Bewertungsrichtlinien enthalten. Der Bericht muss dem Gründungsakt beigefügt werden.

Der Sachverständige haftet für die der Gesellschaft, den Gesellschaftern und Dritten verursachten Schäden. Die Bestimmungen des Artikels 64 der Zivilprozessordnung finden Anwendung.

Eintragung der Gesellschaft die in dem im ersten Absatz bezeichneten Bericht enthaltenen Bewertungen überprüfen und, wenn begründete Bedenken bestehen,

eine Nachschätzung vornehmen. Bis die Bewertungen überprüft worden sind, sind die den Einlagen entsprechenden Aktien unveräußerlich und müssen bei der Gesellschaft hinterlegt bleiben.

Wenn sich ergibt, dass der Wert der eingebrachten Sachen oder Forderungen mehr als ein Fünftel geringer als jener war, zu dem die Einlage erfolgt ist, muss die Gesellschaft das Gesellschaftskapital verhältnismäßig herabsetzen und die Aktien vernichten, die sich als nicht gedeckt erweisen. Der Gesellschafter, der die Einlage erbracht hat, kann jedoch den Unterschiedsbetrag in Geld einzahlen oder aus der Gesellschaft austreten; der austretende Gesellschafter hat Anspruch auf Rückerstattung der Einlage, wenn möglich, zu Gänze oder teilweise in Natur. Der Gründungsakt kann vorsehen, dass infolge der in diesem Absatz vorgesehenen Vernichtung der Aktien eine andere Aufteilung der Aktien zwischen den Gesellschaftern stattfindet, freilich in jedem Fall vorbehaltlich dessen, was im fünften Absatz des Artikels 2346 bestimmt ist.

#### **2343bis. (Erwerbsgeschäfte der Gesellschaft mit Gründern, Gründungsgesellschaftern, Gesellschaftern und Verwaltern)**

Erwirbt die Gesellschaft innerhalb von zwei Jahren ab der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister für einen Gegenwert von einem Zehntel des Gesellschaftskapitals oder mehr Güter oder Forderungen von Gründern, Gründungsgesellschaftern, Gesellschaftern oder Verwaltern, so muss dies von der ordentlichen Gesellschafterversammlung genehmigt werden.

Der Veräußerer hat den beeideten Bericht eines Sachverständigen vorzulegen, der vom Landesgericht, in dessen Sprengel die Gesellschaft ihren Sitz hat, bestimmt worden ist, und der Bericht muss die Beschreibung der Güter oder Forderungen, den diesen einzeln beigemessenen Wert und die herangezogenen Bewertungsrichtlinien sowie die Bestätigung enthalten, dass dieser Wert nicht unter jenem der Gegenleistung liegt, die jedenfalls angegeben sein muss.

Der Bericht muss am Sitz der Gesellschaft während der fünfzehn Tage, die der Gesellschafterversammlung vorausgehen, aufliegen. Die Gesellschafter können in diesen Bericht Einsicht nehmen. Das Protokoll der Gesellschafterversammlung, dem der Bericht des vom Landesgericht bestimmten Sachverständigen beigelegt ist, muss auf Veranlassung der Verwalter innerhalb von dreißig Tagen ab der Genehmigung beim Handelsregisteramt hinterlegt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auf Ankäufe, die zu gewöhnlichen Bedingungen im Bereich der laufenden Geschäfte der Gesellschaft durchgeführt werden, und auf jene, die in geregelten Märkten oder unter Aufsicht einer Gerichtsbehörde oder Verwaltungsbehörde stattfinden, keine Anwendung.

Im Fall der Verletzung der Bestimmungen dieses Absatzes haften die Verwalter und der Veräußerer als Gesamtschuldner für die der Gesellschaft, den Gesellschaftern und Dritten verursachten Schäden.

#### **2343ter. (Einlagen in Natur oder in Form von Forderungen ohne Bericht über die Bewertung)**

Im Fall der Einbringung von Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten bedarf es des in Artikel 2343, erster Absatz, genannten Berichts dann nicht, wenn der ihnen zum Zweck der Bestimmung des Gesellschaftskapitals und des allfälligen Überpreises zugemessene Wert gleich oder geringer ist als der gewichtete Durchschnittspreis, zu dem diese auf einem oder mehreren geregelten Märkten in den sechs der Einbringung vorhergehenden Monaten gehandelt worden sind.

Der in Artikel 2343, erster Absatz, genannte Bericht ist weiters dann nicht erforderlich, wenn der Wert, der den Einlagen in Natur oder in Form von anderen als den im ersten Absatz genannten Forderungen zum Zweck der Bestimmung des Gesellschaftskapitals und des allfälligen Überpreises zugemessen wird, jenem angemessenen Wert entspricht, der

a) aus einem vor nicht mehr als einem Jahr genehmigten Jahresabschluss hervorgeht, sofern dieser der gesetzlichen Abschlussprüfung unterzogen worden ist

und sofern der Bericht des Prüfers keine Beanstandungen hinsichtlich der Bewertung der Güter enthält, die den Gegenstand der Einbringung bilden, oder

b) sich aus einer Bewertung ergibt, die nicht früher als sechs Monate vor der Einbringung erfolgt ist und die gemäß den für die Art der einzubringenden Güter allgemein anerkannten Bewertungsgrundsätzen und Bewertungsmaßstäben von einem Sachverständigen vorgenommen worden ist, der von demjenigen, der die Einbringung vornimmt, und von der Gesellschaft unabhängig ist und der mit angemessener und anerkannter Fachkenntnis ausgestattet ist.

Wer Güter oder Forderungen im Sinn des ersten und zweiten Absatzes einbringt, hat Unterlagen vorzulegen, aus denen sich der Wert, der den Einlagen zugeschrieben wird, und bei den im zweiten Absatz genannten Einlagen das Vorliegen der dort verlangten Bedingungen ergibt. Die Unterlagen sind dem Gründungsakt beizuschließen.

Der im zweiten Absatz, Buchstabe b), genannte Sachverständige haftet der Gesellschaft, den Gesellschaftern und Dritten gegenüber für die verursachten Schäden.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Dieser Artikel wurde durch Artikel 1 Abs. 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 4.8.2008, Nr. 142, eingefügt.

### **2343quater. (Außergewöhnliche oder erhebliche Umstände, welche die Bewertung beeinflussen)**

Gesellschaft, ob in der Zeit nach dem in Artikel 2343ter, erster Absatz, genannten Zeitpunkt außergewöhnliche Umstände eingetreten sind, die den Preis der eingebrachten Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente derart beeinflusst haben, dass sie den Preis dieser Güter zum tatsächlichen Zeitpunkt der Einbringung erheblich verändert haben, und dies auch in jenen Fällen, in denen der Markt für diese Wertpapiere oder Instrumente illiquid geworden ist, oder ob nach dem Ende des Geschäftsjahres, auf das sich der in Buchstabe a) des zweiten Absatzes des Artikels 2343ter genannte Jahresabschluss bezieht, oder nach dem Zeitpunkt der Bewertung, auf die sich der Buchstabe b) des gleichen Absatzes bezieht, neue Umstände ergeben haben, die so bedeutend sind, dass sie den angemessenen Wert der eingebrachten Güter oder Forderungen erheblich verändern. Die Verwalter prüfen weiters innerhalb derselben Frist die erforderliche Fachkenntnis und Unabhängigkeit des Sachverständigen, der die Bewertung gemäß Artikel 2343ter, zweiter Absatz, Buchstabe b), vorgenommen hat.

Wenn die Verwalter der Ansicht sind, dass die im ersten Absatz genannten Umstände eingetreten sind oder dass die erforderliche Fachkenntnis und Unabhängigkeit des Sachverständigen, der die Bewertung gemäß Artikel 2343ter, zweiter Absatz, Buchstabe b), vorgenommen hat, nicht vorliegen, veranlassen sie eine neue Bewertung. In diesem Fall findet Artikel 2343 Anwendung.

Außer in den im zweiten Absatz genannten Fällen ist innerhalb der im ersten Absatz genannten Frist eine Erklärung der Verwalter zur Eintragung im Handelsregister zu hinterlegen, die folgende Informationen enthält:

a) die Beschreibung der eingebrachten Güter oder Forderungen, für die ein Bericht gemäß Artikel 2343, erster Absatz, nicht vorliegt;

b) der diesen zugeschriebene Wert, die Quelle dieser Bewertung und gegebenenfalls die Bewertungsmethode;

c) die Erklärung, dass dieser Wert wenigstens jenem gleichkommt, der ihnen zum Zweck der Bestimmung des Gesellschaftskapitals und des allfälligen Überpreises zugemessen worden ist;

d) die Erklärung, dass keine außergewöhnlichen oder erheblichen Umstände eingetreten sind, die sich auf die in Buchstabe b) genannte Bewertung auswirken;

e) die Erklärung, dass die erforderliche Fachkenntnis und Unabhängigkeit des in Artikel 2343ter, zweiter Absatz, Buchstabe b), genannten Sachverständigen vorliegen.

Die Aktien dürfen bis zur Eintragung der Erklärung nicht veräußert werden und

müssen bei der Gesellschaft hinterlegt bleiben.<sup>1)</sup>

-----

1) Dieser Artikel wurde durch Artikel 1 Abs. 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 4.8.2008, Nr. 142, eingefügt.

#### **2344. (Nichtbezahlung der Anteile)**

Wenn ein Gesellschafter die geschuldeten Zahlungen nicht vornimmt, haben die Verwalter nach Ablauf von fünfzehn Tagen ab der Veröffentlichung einer entsprechenden Aufforderung im Gesetzblatt der Republik die Aktien den anderen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Beteiligung zu einem Entgelt anzubieten, das nicht geringer als die noch geschuldeten Einlagen sein darf, sofern sie es nicht für zweckmäßig halten, die Leistung der Einlage einzuklagen. Bleiben Angebote aus, können sie die Aktien auf Gefahr und Rechnung des Gesellschafters durch eine Bank oder einen zum Handel an geregelten Märkten zugelassenen Vermittler veräußern lassen.

Wenn der Verkauf wegen Fehlens von Käufern nicht vorgenommen werden kann, können die Verwalter unter Einbehaltung der bereits eingehobenen Beträge den Gesellschafter für ausgeschlossen erklären, wobei der Anspruch auf Ersatz der darüber hinausgehenden Schäden unberührt bleibt.

Die nicht verkauften Aktien müssen, wenn sie nicht während des Geschäftsjahrs, in welchem der Ausschluss des säumigen Gesellschafters ausgesprochen worden ist, in Verkehr gebracht werden können, unter entsprechender Herabsetzung des Kapitals vernichtet werden.

Der mit den Einzahlungen säumige Gesellschafter kann das Stimmrecht nicht ausüben.

#### **2345. (Nebenleistungen)**

Der Gründungsakt kann über die Pflicht zur Leistung der Einlagen hinaus die Pflicht der Gesellschafter festsetzen, nicht in Geld bestehende Nebenleistungen zu erbringen, und dabei den Inhalt, die Dauer, die Art und Weise und die Vergütung derselben bestimmen und besondere Zwangsmaßnahmen im Fall der Nichterfüllung festsetzen. Bei der Bestimmung der Vergütung müssen die Vorschriften beachtet werden, die auf Rechtsverhältnisse anwendbar sind, die ebensolche Leistungen zum Gegenstand haben.

Aktien, mit welchen die Pflicht zu den ebengenannten Leistungen verbunden ist, müssen auf den Namen lauten und sind ohne Einwilligung der Verwalter nicht übertragbar.

Wenn im Gründungsakt nichts anderes bestimmt ist, können die in diesem Artikel vorgesehenen Pflichten ohne Einwilligung aller Gesellschafter nicht geändert werden.

### **5. Teil**

#### **Aktien und andere Finanzinstrumente mit Beteiligungsrechten**

#### **2346. (Ausgabe der Aktien)**

Die Beteiligung an der Gesellschaft wird durch Aktien verkörpert; vorbehaltlich einer abweichenden Bestimmung in Sondergesetzen kann die Satzung die Ausgabe der entsprechenden Wertpapiere ausschließen oder die Verwendung anderer Techniken für die Legitimation und den Umlauf vorsehen.

Der Nennwert jeder Aktie entspricht, wenn dies in der Satzung festgesetzt ist, einem Bruchteil des Gesellschaftskapitals; diese Festsetzung muss sich ohne Ausnahmen auf alle Aktien, die die Gesellschaft ausgegeben hat, beziehen.

Bei Fehlen einer Angabe über den Nennwert der Aktien sind die Bestimmungen, die sich auf diesen Nennwert beziehen, unter Berücksichtigung ihrer Zahl im



Verhältnis zur Gesamtzahl der ausgegebenen Aktien anzuwenden.

Jedem Gesellschafter ist eine solche Zahl von Aktien zuzuteilen, wie sie dem Verhältnis des gezeichneten Teils am Gesellschaftskapital entspricht, wobei ihr Wert denjenigen seiner Einlage nicht übersteigen darf. Die Satzung kann eine davon abweichende Zuteilung der Aktien vorsehen.<sup>1)</sup>

In keinem Fall darf der Wert der Einlagen insgesamt geringer sein als der Gesamtbetrag des Gesellschaftskapitals.

Der Gesellschaft bleibt es unbenommen, für Beiträge der Gesellschafter oder Dritter einschließlich solcher aus Arbeits- und Dienstleistungen Finanzinstrumente auszugeben, die mit Vermögensrechten oder auch mit Verwaltungsrechten mit Ausnahme des Stimmrechts in der Generalversammlung der Aktionäre ausgestattet sind. In diesem Fall bestimmt die Satzung die Art und Weise und die Bedingungen für die Ausgabe, die Rechte, die damit verbunden sind, die Rechtsfolgen, die im Fall der Nichterbringung der Leistungen eintreten, und die Regeln für den Umlauf, wenn ein solcher zugelassen ist.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Art. 7 des Gesetzesvertretendes Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310

#### **2347. (Unteilbarkeit der Aktien)**

Die Aktien sind unteilbar. Im Fall des Miteigentums an einer Aktie müssen die Rechte der Miteigentümer durch einen gemeinsamen Vertreter ausgeübt werden, der in der Art und Weise, wie sie in den Artikeln 1105 und 1106 vorgesehen ist, bestellt wird.

Wenn kein gemeinschaftlicher Vertreter bestellt worden ist, sind Mitteilungen und Erklärungen, die von der Gesellschaft einem der Miteigentümer gegenüber gemacht worden sind, für alle wirksam.

Die Miteigentümer der Aktie haften als Gesamtschuldner für Verbindlichkeiten, die sich aus ihr ergeben.

#### **2348. (Arten von Aktien)**

Die Aktien müssen den gleichen Wert haben und verleihen ihren Besitzern gleiche Rechte.

Es können jedoch in der Satzung oder durch nachträgliche Änderungen derselben mehrere Arten von Aktien geschaffen werden, die mit unterschiedlichen Rechten, auch was die Auswirkung von Verlusten betrifft, ausgestattet sind. In diesem Fall kann die Gesellschaft in den vom Gesetz vorgegebenen Grenzen den Inhalt der Aktien der unterschiedlichen Arten frei bestimmen.

Alle Aktien, die ein und derselben Art zugehören, verleihen die gleichen Rechte.

#### **2349. (Aktien und Finanzinstrumente zugunsten von Arbeitnehmern)**

Wenn es die Satzung vorsieht, kann eine außerordentliche Gesellschafterversammlung eine Gewinnzuteilung an Arbeitnehmer, die bei der Gesellschaft oder bei den von ihr abhängigen Gesellschaften beschäftigt sind, durch Ausgabe von besonderen Arten von Aktien für einen dem Gewinn entsprechenden Betrag beschließen, die den Arbeitnehmern persönlich zuzuweisen sind, und zwar mit eigenen, die Form, die Art der Übertragung und die den Aktionären zustehenden Rechte betreffenden Vorschriften. Das Gesellschaftskapital muss in entsprechendem Ausmaß erhöht werden.

Die außerordentliche Gesellschafterversammlung kann darüber hinaus die Zuteilung von Finanzinstrumenten an Arbeitnehmer, die bei der Gesellschaft oder bei den von ihr abhängigen Gesellschaften beschäftigt sind, beschließen, die zwar keine Aktien sind, aber mit Vermögensrechten oder auch mit Verwaltungsrechten mit Ausnahme des Stimmrechts in der Generalversammlung der Aktionäre ausgestattet sind. In diesem Fall können eigene Vorschriften vorgesehen werden, die sich auf die Bedingungen zur Ausübung der zuerkannten Rechte, auf die Möglich-

keit der Übertragung und die allfälligen Gründe für eine Verwirkung oder einen Rückkauf beziehen.

### **2350. (Recht auf Gewinnbeteiligung und auf einen Liquidationsanteil)**

Jede Aktie gewährt das Recht auf einen verhältnismäßigen Teil des Reingewinns und des Reinvermögens, das sich aus der Liquidation ergibt, unbeschadet der Rechte, die zu Gunsten der besonderen Arten der Aktien festgesetzt sind.

Außer in den Fällen des Artikels 2447bis kann die Gesellschaft Aktien ausgeben, die mit Vermögensrechten ausgestattet sind, die an die Ergebnisse der Tätigkeit der Gesellschaft in einem bestimmten Bereich gebunden sind. Die Satzung setzt die Richtlinien für die Bestimmung der Aufwendungen und Erträge, die diesem Bereich zuzuordnen sind, die Art und Weise der Rechnungslegung, die mit solchen Aktien verbundenen Rechte sowie die allfälligen Bedingungen und die Art und Weise der Umwandlung in Aktien anderer Art fest.

An die Besitzer der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Aktien dürfen Dividenden nur bis zur Höhe jenes Gewinns gezahlt werden, der sich aus der Bilanz der Gesellschaft ergibt.

### **2351. (Stimmrecht)**

Jede Aktie gewährt ein Stimmrecht.

Vorbehaltlich dessen, was in Sondergesetzen vorgesehen ist, kann die Satzung die Schaffung von Aktien vorsehen, mit denen kein Stimmrecht verbunden ist, mit denen ein Stimmrecht bloß in bestimmten Angelegenheiten verbunden ist oder mit denen ein Stimmrecht nur dann verbunden ist, wenn besondere nicht nur von einer reinen Willensbedingung abhängige Umstände eintreten. Der Wert solcher Aktien darf insgesamt die Hälfte des Gesellschaftskapitals nicht übersteigen.

Die Satzung von Gesellschaften, die sich nicht des Risikokapitalmarkts bedienen, kann vorsehen, dass in Bezug auf eine Aktienmenge, die von einer einzigen Person gehalten wird, das Stimmrecht auf ein bestimmtes Höchstmaß eingeschränkt wird oder diesbezüglich eine Staffelung anordnen.

Aktien mit Mehrfachstimmrecht können nicht ausgegeben werden.

Die Finanzinstrumente, die in Artikel 2346, sechster Absatz, und in Artikel 2349, zweiter Absatz, vorgesehen sind, können mit Stimmrechten ausgestattet werden, die sich auf bestimmt angegebene Angelegenheiten beziehen, und insbesondere kann diesen auf eine Art und Weise, die in der Satzung festgelegt ist, die Bestellung eines unabhängigen Mitglieds des Verwaltungsrats oder des Aufsichtsrats oder eines Mitglieds des Überwachungsrats vorbehalten werden. Auf die Personen, die auf diese Weise bestellt werden, finden dieselben Vorschriften Anwendung, die für die anderen Mitglieder des Organs, dem sie angehören, vorgesehen sind.

### **2352. (Pfand, Fruchtgenuss und Beschlagnahme der Aktien)**

Im Fall eines Pfandrechts oder eines Fruchtgenussrechts an Aktien steht das Stimmrecht vorbehaltlich einer gegenteiligen Vereinbarung dem Pfandgläubiger oder dem Fruchtniesser zu. Im Fall einer Beschlagnahme der Aktien wird das Stimmrecht vom Verwahrer ausgeübt.

Gewähren die Aktien ein Bezugsrecht, steht dieses dem Gesellschafter zu und sind diesem die Aktien zuzuweisen, die aufgrund des Bezugsrechts gezeichnet worden sind. Wenn der Gesellschafter nicht wenigstens drei Tage vor Fristablauf die Einzahlung der zur Ausübung des Bezugsrechts erforderlichen Beträge vornimmt und die anderen Gesellschafter nicht anbieten, dieses Recht zu erwerben, ist es auf dessen Rechnung durch eine Bank oder einen zum Handel an geregelten Märkten zugelassenen Vermittler zu veräußern.

Im Fall der Erhöhung des Gesellschaftskapitals gemäß dem Artikel 2442 erstreckt sich das Pfandrecht, das Fruchtgenussrecht oder die Beschlagnahme auch auf die neu ausgegebenen Aktien.

Wenn Einzahlungen auf die Aktien erforderlich sind, muss im Fall eines Pfandrechts der Gesellschafter die Einzahlung der erforderlichen Beträge wenigstens drei Tage vor Fristablauf vornehmen; andernfalls kann der Pfandgläubiger die Aktien auf die im zweiten Absatz dieses Artikels festgesetzte Art verkaufen. Im Fall eines Fruchtgenussrechts muss der Fruchtnießer die Einzahlung vornehmen, vorbehaltlich seines Rechts auf Rückerstattung bei Beendigung des Fruchtgenussrechts.

Wenn das Fruchtgenussrecht mehreren Personen zusteht, findet der zweite Absatz des Artikels 2347 Anwendung.

Sofern sich nicht aus dem Titel oder aus der Verfügung des Gerichts anderes ergibt, stehen im Fall eines Pfandrechts oder eines Fruchtgenussrechts die Verwaltungsrechte mit Ausnahme jener, die in diesem Artikel vorgesehen sind, sowohl dem Gesellschafter als auch dem Pfandgläubiger oder dem Fruchtnießer zu; im Fall einer Beschlagnahme werden sie vom Verwahrer ausgeübt.

### **2353. (Genussaktien)**

Vorbehaltlich einer anderen Bestimmung der Satzung geben Genussaktien, die den Besitzern eingelöster Aktien zugeteilt werden, kein Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung. Sie nehmen an der Verteilung des Gewinns, der nach Zahlung einer dem gesetzlichen Zinssatz entsprechenden Dividende für die nicht eingelösten Aktien übrig bleibt, und im Fall der Liquidation an der Aufteilung des Gesellschaftsvermögens teil, das nach Rückzahlung der anderen Aktien zu deren Nennwert übrig bleibt.

### **2354. (Aktienpapiere)**

Die Aktienpapiere können nach Wahl des Gesellschafters auf den Namen oder auf den Inhaber lauten, wenn in der Satzung oder in Sondergesetzen nichts anderes festgelegt ist.

Solange die Aktien nicht zur Gänze eingelöst sind, können Inhaberaktien nicht ausgegeben werden.

Auf den Aktienpapieren müssen angeführt sein:

- 1) die Firma und der Sitz der Gesellschaft;
- 2) der Tag des Gründungsakts und seiner Eintragung sowie das Handelsregisteramt, bei dem die Gesellschaft eingetragen ist;
- 3) ihr Nennwert oder, wenn es sich um Aktien ohne Nennwert handelt, die Gesamtzahl der ausgegebenen Aktien sowie die Höhe des Gesellschaftskapitals;
- 4) die Höhe der Teilzahlungen bei Aktien, die noch nicht gänzlich eingelöst sind;
- 5) die besonderen Rechte und Pflichten, die mit ihnen verbunden sind.

Die Aktienpapiere müssen von einem der Verwalter unterschrieben sein. Die Unterzeichnung mit Hilfe einer mechanischen Wiedergabe der Unterschrift ist gültig.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auch auf die vorläufigen Bescheinigungen Anwendung, die vor der Ausgabe der endgültigen Wertpapiere an die Gesellschafter verteilt werden.

Die Bestimmungen der Sondergesetze über Finanzinstrumente, die in geregelten Märkten gehandelt werden oder für den Handel in geregelten Märkten bestimmt sind, bleiben unberührt.

Die Satzung kann Aktien jenen Regelungen unterwerfen, die von den im vorhergehenden Absatz bezeichneten Sondergesetzen vorgesehen sind.

### **2355. (Aktienumlauf)**

Wurden keine Aktienpapiere ausgegeben, wird die Übertragung der Aktien gegenüber der Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Eintragung im Gesellschafterbuch wirksam.

Inhaberaktien werden durch Übergabe des Wertpapiers übertragen.

Die Übertragung von Namensaktien erfolgt durch ein Indossament, das von einem Notar oder von einer anderen in den Sondergesetzen vorgesehenen Person beglaubigt wird. Der Indossatar, der sich auf der Grundlage einer ununterbrochenen Reihe von Indossamenten als Besitzer ausweist, hat Anspruch auf Anmerkung der Übertragung im Gesellschafterbuch und ist jedenfalls befugt, die Gesellschafterrechte auszuüben; abgesehen davon ist die Gesellschaft verpflichtet, das Gesellschafterbuch auf dem Laufenden zu halten, wie dies in den Sondergesetzen vorgesehen ist.

Die Übertragung von Namensaktien auf andere Weise als durch Indossament erfolgt gemäß Artikel 2022.

In den im sechsten und siebten Absatz des Artikels 2354 vorgesehenen Fällen erfolgt die Übertragung durch Ersichtlichmachung auf jenen Konten, die zur Aufzeichnung der Bewegungen der Finanzinstrumente bestimmt sind; in diesem Fall findet, wenn es sich um Namensaktien handelt, der dritte Absatz Anwendung und die Ersichtlichmachung auf dem Konto entspricht dem Indossament.

### **2355bis. (Begrenzung des Umlaufs der Aktien)**

Im Fall von Namensaktien und im Fall der unterbliebenen Ausgabe von Aktienpapieren kann die Satzung die Übertragung der Aktien besonderen Bedingungen unterwerfen und kann für einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren ab der Gründung der Gesellschaft oder ab dem Zeitpunkt, zu dem das Verbot eingeführt wird, ihre Übertragung verbieten.

Klauseln der Satzung, welche die Übertragung der Aktien dem reinen Gutdünken irgendwelcher Gesellschaftsorgane oder anderer Gesellschafter unterwerfen, sind unwirksam, sofern sie nicht zu Lasten der Gesellschaft oder der anderen Gesellschafter eine Pflicht zum Erwerb oder ein Recht des Veräußerers auf Austritt vorsehen; die Anwendung des Artikels 2357 bleibt davon unberührt. Das Entgelt für den Erwerb beziehungsweise der Anteil an der Liquidation wird in der Art und Weise und in dem Ausmaß, wie es in Artikel 2437ter vorgesehen ist, bestimmt.

Die Bestimmung des vorhergehenden Absatzes findet auf Klauseln jeglicher Art Anwendung, welche die Übertragung von Aktien von Todeswegen besonderen Bedingungen unterwerfen, sofern nicht eine Zustimmung vorgesehen und diese erfolgt ist.

Begrenzungen für die Übertragung der Aktien müssen aus dem Aktienpapier ersichtlich sein.

### **2356. (Haftung im Fall der Übertragung noch nicht eingelöster Aktien)**

Jene, die noch nicht eingelöste Aktien übertragen haben, haften für einen Zeitraum von drei Jahren ab der Anmerkung der Übertragung im Gesellschafterbuch als Gesamtschuldner mit den Erwerbern für den Betrag der noch geschuldeten Einzahlungen.

Die Zahlung kann von ihnen nur dann verlangt werden, wenn die Aufforderung an den Besitzer der Aktie fruchtlos geblieben ist.

### **2357. (Erwerb eigener Aktien)**

Die Gesellschaft kann eigene Aktien nur in den Grenzen der in der letzten ordnungsgemäß genehmigten Bilanz ausgewiesenen verteilbaren Gewinne und verfügbaren Rücklagen erwerben. Es können nur vollständig eingelöste Aktien erworben werden.

Der Erwerb muss von der Gesellschafterversammlung genehmigt werden, die dessen Art und Weise festlegt, indem sie insbesondere die Höchstzahl der zu erwerbenden Aktien, die Dauer, für welche die Genehmigung gilt und die achtzehn Monate nicht überschreiten darf, das Mindestentgelt und das Höchstentgelt bestimmt.

Der Nennwert der Aktien, die gemäß dem ersten und zweiten Absatz von Ge-

sellschaften, die sich am Risikokapitalmarkt beteiligen, erworben werden, darf den fünften Teil des Gesellschaftskapitals nicht übersteigen, wobei diesbezüglich auch die im Besitz von abhängigen Gesellschaften befindlichen Aktien zu berücksichtigen sind.<sup>1)</sup>

Die unter Verletzung der vorhergehenden Absätze erworbenen Aktien sind innerhalb eines Jahres ab ihrem Erwerb auf die von der Gesellschafterversammlung zu bestimmende Art und Weise zu veräußern. Andernfalls ist unverzüglich ihre Vernichtung und eine entsprechende Herabsetzung des Kapitals vorzunehmen. Wird die Gesellschafterversammlung nicht tätig, so haben die Verwalter und die Mitglieder des Überwachungsrats zu beantragen, dass die Herabsetzung vom Landesgericht unter Einhaltung des im zweiten Absatz des Artikels 2446 vorgesehenen Verfahrens angeordnet wird.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auch auf Erwerbungen Anwendung, die über eine Treuhandgesellschaft oder eine vorgeschobene Person vorgenommen wurden.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 7 Abs. 3sexies Buchstabe a) des Gesetzesdekrets vom 10.2.2009, Nr. 5, das mit Abänderungen in das Gesetz vom 9.4.2009, Nr. 33, umgewandelt worden ist.

### **2357bis. (Sonderfälle des Erwerbs eigener Aktien)**

Die in Artikel 2357 enthaltenen Beschränkungen sind nicht anzuwenden, wenn der Erwerb eigener Aktien erfolgt:

1) in Durchführung eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung auf Herabsetzung des Kapitals, die durch Rückkauf und Vernichtung von Aktien vorgenommen werden soll;

2) auf unentgeltliche Weise, sofern es sich um vollständig eingelöste Aktien handelt;

3) auf Grund einer Gesamtrechtsnachfolge oder einer Verschmelzung oder Spaltung;

4) aus Anlass einer Zwangsvollstreckung zur Befriedigung einer Forderung der Gesellschaft, sofern es sich um vollständig eingelöste Aktien handelt.

Übersteigt der Nennwert der eigenen Aktien, die gemäß den Ziffern 2, 3 und 4 des ersten Absatzes dieses Artikels erworben worden sind, die Grenze des fünften Teils des Kapitals, so ist hinsichtlich der überzähligen Aktien der vorletzte Absatz des Artikels 2357 anzuwenden, wobei jedoch die Frist, innerhalb der die Veräußerung zu erfolgen hat, drei Jahre beträgt.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 7 Abs. 3sexies Buchstabe b) des Gesetzesdekrets vom 10.2.2009, Nr. 5, das mit Abänderungen in das Gesetz vom 9.4.2009, Nr. 33, umgewandelt worden ist.

### **2357ter. (Vorschriften für eigene Aktien)**

Die Verwalter können über die gemäß den beiden vorhergehenden Artikeln erworbenen Aktien nur nach vorhergehender Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung verfügen, welche die Art und Weise hierfür festzusetzen hat. Zu diesem Zweck können in den Grenzen, die vom ersten und zweiten Absatz des Artikels 2357 festgesetzt sind, aufeinander folgende Erwerbs- und Veräußerungsgeschäfte vorgesehen werden.

Solange sich die Aktien im Eigentum der Gesellschaft befinden, steht das Recht auf den Gewinn und das Bezugsrecht den anderen Aktien anteilig zu; die Gesellschafterversammlung kann jedoch unter den im ersten und zweiten Absatz des Artikels 2357 vorgesehenen Bedingungen die gänzliche oder teilweise Ausübung des Bezugsrechts genehmigen. Das Stimmrecht ist ausgesetzt, die eigenen Aktien werden jedoch beim Kapital zum Zweck der Berechnung der erforderlichen Mehrheiten für die Beschlussfähigkeit und die Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlung mitgezählt.

In der Höhe des in die Aktiven des Jahresabschlusses aufgenommenen Betrags der eigenen Aktien ist eine nicht verfügbare Rücklage zu bilden und so lange beizubehalten, bis die Aktien übertragen oder vernichtet worden sind.

#### **2357quater. (Verbot der Zeichnung eigener Aktien)**

Außer im Fall des Artikels 2357ter, zweiter Absatz, kann die Gesellschaft eigene Aktien nicht zeichnen.

Die Aktien, die unter Verletzung des im vorhergehenden Absatz festgesetzten Verbots gezeichnet wurden, gelten als von den Gründern und Gründungsgesellschaftern oder im Fall der Erhöhung des Gesellschaftskapitals als von den Verwaltern gezeichnet und müssen von diesen eingelöst werden. Diese Vorschrift findet auf denjenigen keine Anwendung, der seine Schuldlosigkeit nachweist.

Wer im eigenen Namen, aber auf Rechnung der Gesellschaft deren Aktien gezeichnet hat, gilt mit allen Wirkungen als Zeichner auf eigene Rechnung. Für die Einlösung der Aktien haften als Gesamtschuldner die Gründer, die Gründungsgesellschafter und im Fall der Erhöhung des Gesellschaftskapitals die Verwalter, außer sie weisen ihre Schuldlosigkeit nach.

#### **2358. (Andere Geschäfte hinsichtlich eigener Aktien)**

Die Gesellschaft darf weder direkt noch indirekt für den Erwerb oder die Zeichnung eigener Aktien Darlehen gewähren oder Sicherheiten leisten, sofern nicht die in diesem Artikel vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind.

Geschäfte dieser Art müssen im Vorhinein von einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung genehmigt werden.

Die Verwalter der Gesellschaft müssen einen Bericht vorbereiten, der unter rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten das Geschäft darlegt und die Bedingungen dafür beschreibt, wobei die Gründe und die unternehmerischen Ziele, die das Geschäft rechtfertigen, das besondere Interesse, das die Gesellschaft am Geschäft hat, und die Risiken, die dieses für die Liquidität und Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft mit sich bringt, aufzuzeigen sind und der Preis, zu dem der Dritte die Aktien erwerben soll, anzuführen ist. Im Bericht haben die Verwalter überdies zu bestätigen, dass das Geschäft, insbesondere in Hinblick auf die für die Finanzierung zu leistenden Sicherheiten und den zur Anwendung gelangenden Zinssatz, zu Marktbedingungen stattfindet und dass die Kreditwürdigkeit der Gegenpartei ordnungsgemäß geprüft worden ist. Der Bericht wird am Sitz der Gesellschaft während der dreißig Tage, die der Gesellschafterversammlung vorangehen, hinterlegt. Das Protokoll der Gesellschafterversammlung samt dem Bericht der Verwalter wird innerhalb von dreißig Tagen zur Eintragung im Handelsregister hinterlegt.

In Abweichung zu Artikel 2357ter ermächtigt die außerordentliche Gesellschafterversammlung dann, wenn Beträge oder Sicherheiten, die gemäß diesem Artikel gewährt werden, dazu verwendet werden, Aktien zu erwerben, die von der Gesellschaft gemäß den Artikeln 2357 und 2357bis gehalten werden, die Verwalter mit dem im zweiten Absatz genannten Beschluss, über diese Aktien zu verfügen. Der Preis für den Erwerb der Aktien wird gemäß den in Artikel 2437ter, zweiter Absatz, genannten Richtlinien bestimmt. Wenn es sich um Aktien handelt, die in einem geregelten Markt gehandelt werden, muss der Preis für den Erwerb wenigstens dem gewichteten Durchschnittspreis entsprechen, zu dem die Aktien in den sechs Monaten gehandelt worden sind, die der Veröffentlichung der Einberufung der Gesellschafterversammlung vorangegangen sind.

Wenn die Gesellschaft Darlehen gewährt oder Sicherheiten leistet, die dem Erwerb oder der Zeichnung eigener Aktien durch einzelne Verwalter der Gesellschaft oder der beherrschenden Gesellschaft oder durch die beherrschende Gesellschaft selbst oder durch solche Dritte dienen, die im eigenen Namen und auf Rechnung der vorgenannten Personen handeln, muss der im dritten Absatz genannte Bericht darüber hinaus bestätigen, dass das Geschäft dem Interesse der Gesellschaft am besten dient.

Das Gesamtausmaß der gemäß diesem Artikel verwendeten Beträge und geleisteten Sicherheiten darf die Höhe des ausschüttbaren Gewinns und der verfügbaren Rücklagen, wie sie sich aus dem letzten ordnungsgemäß genehmigten Jahresabschluss ergeben, nicht übersteigen, wobei auch ein allfälliger gemäß Artikel 2357 erfolgter Erwerb von eigenen Aktien zu berücksichtigen ist. Eine nicht verfügbare Rücklage in der Höhe des Gesamtbetrags der verwendeten Beträge und geleisteten Sicherheiten ist auf der Passivseite des Jahresabschlusses auszuweisen.

Die Gesellschaft darf eigene Aktien nicht als Sicherstellung annehmen, auch nicht über eine Treuhandgesellschaft oder eine vorgeschobene Person.

Vorbehaltlich dessen, was im sechsten Absatz vorgesehen ist, finden die Bestimmungen dieses Artikels auf Geschäfte keine Anwendung, die getätigt werden, um den Erwerb von Aktien durch Dienstnehmer der Gesellschaft oder durch Dienstnehmer einer sie beherrschenden oder von ihr abhängigen Gesellschaft zu fördern.

Die Bestimmungen der Artikel 2391bis und 2501bis bleiben unberührt.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Dieser Artikel wurde durch Artikel 1 Abs. 4 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 4.8.2008, Nr. 142, eingefügt.

### **2359. (Abhängige Gesellschaften und verbundene Gesellschaften)**

Als abhängige Gesellschaften gelten:

1) Gesellschaften, in denen eine andere Gesellschaft über eine Mehrheit der Stimmrechte verfügt, die in der ordentlichen Gesellschafterversammlung ausgeübt werden können;

2) Gesellschaften, in denen eine andere Gesellschaft über so viele Stimmrechte verfügt, dass sie zur Ausübung eines beherrschenden Einflusses in der ordentlichen Gesellschafterversammlung ausreichen;

3) Gesellschaften, die unter dem beherrschenden Einfluss einer anderen Gesellschaft auf Grund besonderer vertraglicher Bindungen zu ihr stehen.

Zur Anwendung der Ziffern 1 und 2 des ersten Absatzes werden auch die Stimmrechte gezählt, die abhängigen Gesellschaften, Treuhandgesellschaften oder einer vorgeschobenen Person zustehen; Stimmrechte, die für Dritte zustehen, werden nicht gezählt.

Als verbundene Gesellschaften gelten Gesellschaften, über die eine andere Gesellschaft einen beträchtlichen Einfluss ausübt. Ein solcher Einfluss wird vermutet, wenn in der ordentlichen Gesellschafterversammlung mindestens ein Fünftel oder, wenn die Aktien der Gesellschaft in geregelten Märkten notiert werden, ein Zehntel der Stimmrechte ausgeübt werden kann.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 8 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.

### **2359bis. (Erwerb von Aktien oder Anteilen durch abhängige Gesellschaften)**

Die abhängige Gesellschaft kann Aktien oder Anteile der beherrschenden Gesellschaft nur in den Grenzen der im letzten ordnungsgemäß genehmigten Jahresabschluss ausgewiesenen verteilbaren Gewinne und verfügbaren Rücklagen erwerben. Es können nur vollständig eingelöste Aktien erworben werden.

Der Erwerb ist von der Gesellschafterversammlung gemäß dem zweiten Absatz des Artikels 2357 zu genehmigen.

In keinem Fall darf der Nennwert der gemäß den vorhergehenden Absätzen erworbenen Aktien oder Anteile den zehnten Teil des Kapitals der beherrschenden Gesellschaft übersteigen, wobei diesbezüglich die Aktien oder Anteile zu berücksichtigen sind, die sich im Besitz der beherrschenden Gesellschaft und der von ihr abhängigen Gesellschaften befinden.

Solange die Aktien oder Anteile nicht übertragen werden, ist eine unverfügbare

Rücklage, die dem unter den Aktiven des Jahresabschlusses eingetragenen Betrag der Aktien oder Anteile der beherrschenden Gesellschaft entsprechen muss, zu bilden und beizubehalten.

Die von einer anderen Gesellschaft abhängige Gesellschaft kann in den Gesellschafterversammlungen der beherrschenden Gesellschaft das Stimmrecht nicht ausüben.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auch auf Erwerbungen Anwendung, die über eine Treuhandgesellschaft oder eine vorgeschobene Person getätigt werden.

#### **2359ter. (Veräußerung oder Vernichtung der Aktien oder Anteile von beherrschenden Gesellschaften)**

Die unter Verletzung des Artikels 2359bis erworbenen Aktien oder Anteile müssen innerhalb eines Jahres ab ihrem Erwerb und in der Art und Weise, wie sie von der Gesellschafterversammlung festzusetzen ist, veräußert werden.

Unterbleibt die Veräußerung, hat die beherrschende Gesellschaft unverzüglich ihre Vernichtung und die entsprechende Herabsetzung des Kapitals sowie die Einlösung entsprechend den in den Artikeln 2437ter und 2437quater angegebenen Richtlinien vorzunehmen. Falls die Gesellschafterversammlung nicht tätig wird, haben die Verwalter und die Mitglieder des Überwachungsrats den Antrag zu stellen, dass die Herabsetzung vom Landesgericht gemäß dem in Artikel 2446, zweiter Absatz, vorgesehenen Verfahren verfügt wird.

#### **2359quater. (Sonderfälle des Erwerbs oder des Besitzes von Aktien oder Anteilen der beherrschenden Gesellschaft)**

Die in Artikel 2359bis vorgesehenen Beschränkungen finden keine Anwendung, wenn der Erwerb im Sinne der Ziffern 2, 3 und 4 des ersten Absatzes des Artikels 2357bis erfolgt.

Die so erworbenen Aktien oder Anteile, welche die im dritten Absatz des Artikels 2359bis festgesetzte Grenze übersteigen, müssen innerhalb von drei Jahren ab dem Erwerb und in der Art und Weise, wie sie von der Gesellschafterversammlung festzusetzen ist, veräußert werden. Der zweite Absatz des Artikels 2359ter findet Anwendung.

Wird die im dritten Absatz des Artikels 2359bis angeführte Grenze auf Grund von nachfolgenden Umständen überschritten, muss die beherrschende Gesellschaft innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt, zu dem der Umstand, der zum Überschreiten der Grenze geführt hat, eingetreten ist, die Vernichtung der Aktien oder Anteile vornehmen, und zwar nach jenem Verhältnis, das den im Besitz einer jeden Gesellschaft stehenden Aktien oder Anteilen entspricht, und folglich die Herabsetzung des Kapitals und die Rückzahlung gegenüber den abhängigen Gesellschaften gemäß den in den Artikeln 2437ter und 2437quater angegebenen Richtlinien durchführen. Falls die Gesellschafterversammlung nicht tätig wird, haben die Verwalter und die Mitglieder des Überwachungsrats den Antrag zu stellen, dass die Herabsetzung vom Landesgericht gemäß dem in Artikel 2446, zweiter Absatz, vorgesehenen Verfahren verfügt wird.

#### **2359quinquies. (Zeichnung von Aktien oder Anteilen der beherrschenden Gesellschaft)**

Die abhängige Gesellschaft darf keine Aktien oder Anteile der beherrschenden Gesellschaft zeichnen.

Die unter Verletzung des vorhergehenden Absatzes gezeichneten Aktien oder Anteile gelten als von den Verwaltern gezeichnet und müssen von diesen eingelöst werden, sofern sie nicht ihre Schuldlosigkeit nachweisen.

Wer im eigenen Namen, aber auf Rechnung der abhängigen Gesellschaft Aktien oder Anteile der beherrschenden Gesellschaft gezeichnet hat, gilt mit allen Wirkungen als Zeichner auf eigene Rechnung. Für die Einlösung der Aktien oder



Anteile haften die Verwalter der abhängigen Gesellschaft als Gesamtschuldner, sofern sie nicht ihre Schuldlosigkeit nachweisen.

#### **2360. (Verbot gegenseitiger Zeichnung von Aktien)**

Den Gesellschaften ist es untersagt, das Kapital mit Hilfe einer gegenseitigen Zeichnung der Aktien selbst oder über eine Treuhandgesellschaft oder eine vorgeschobene Person zu beschaffen oder zu erhöhen.

#### **2361. (Beteiligungen)**

Die Übernahme von Beteiligungen an anderen Unternehmen ist, auch wenn dies allgemein in der Satzung vorgesehen ist, nicht zulässig, wenn sich hieraus wegen des Ausmaßes und des Gegenstands der Beteiligung eine grundlegende Änderung des in der Satzung bestimmten Gesellschaftszwecks ergibt.

Die Übernahme von Beteiligungen an anderen Unternehmen, die eine unbeschränkte Haftung für deren Verbindlichkeiten mit sich bringt, muss von der Gesellschafterversammlung beschlossen werden; über solche Beteiligungen müssen die Verwalter im Anhang zum Jahresabschluss gesondert berichten.

#### **2362. (Alleinaktionär)**

Wenn sich ergibt, dass die Aktien einer einzigen Person gehören oder der Alleingesellschafter wechselt, müssen die Verwalter eine Erklärung zur Eintragung im Handelsregister hinterlegen, welche die Angabe des Zunamens und des Vornamens oder der Firma, des Tages und des Ortes der Geburt oder den Staat der Gründung, des Domizils oder des Sitzes und der Staatsbürgerschaft des alleinigen Gesellschafters enthält.

Wenn sich eine Mehrzahl von Gesellschaftern bildet oder wieder bildet, müssen die Verwalter eine entsprechende Erklärung zur Eintragung im Handelsregister hinterlegen.

Der Alleingesellschafter oder jener, der diese Stellung verliert, kann die öffentliche Bekanntmachung der in den vorhergehenden Absätzen erwähnten Angaben veranlassen.

Die Erklärungen der Verwalter, die in den vorhergehenden Absätzen vorgesehen sind, müssen innerhalb von dreißig Tagen ab der Eintragung im Gesellschafterbuch unter Angabe des Tages der Eintragung hinterlegt werden.

Verträge der Gesellschaft mit dem Alleingesellschafter oder Geschäfte zugunsten des Alleingesellschafters können den Gläubigern der Gesellschaft nur dann entgegengehalten werden, wenn sie sich aus dem Buch über die Sitzungen und Beschlussfassungen des Verwaltungsrats oder aus einem Schriftstück ergeben, das ein sicheres, vor der Pfändung liegendes Datum trägt.

### **6. Teil**

#### **Gesellschafterversammlung**

#### **2363. (Ort der Einberufung der Gesellschafterversammlung)**

Die Gesellschafterversammlung wird in der Gemeinde einberufen, in der die Gesellschaft ihren Sitz hat, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.

Die Gesellschafterversammlung kann eine ordentliche oder außerordentliche sein.

#### **2364. (Ordentliche Gesellschafterversammlung bei Gesellschaften ohne Aufsichtsrat)**

Die ordentliche Gesellschafterversammlung bei Gesellschaften ohne Aufsichtsrat:

- 1) genehmigt den Jahresabschluss;

2) bestellt die Verwalter und beruft sie ab; bestellt die Mitglieder und den Vorsitzenden des Überwachungsrats und, sofern dies vorgesehen ist, jene Person, die mit der Abschlussprüfung beauftragt ist;<sup>1)</sup>

3) bestimmt die Vergütung der Verwalter und Überwachungsratsmitglieder, wenn diese nicht in der Satzung festgesetzt ist;

4) beschließt über die Haftung der Verwalter und der Überwachungsratsmitglieder;

5) beschließt über die anderen vom Gesetz in die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung verwiesenen Angelegenheiten sowie über Genehmigungen, die allenfalls von der Satzung für die Vornahme von Rechtshandlungen der Verwalter verlangt werden, wobei in jedem Fall deren Haftung für die vorgenommenen Handlungen aufrecht bleibt;

6) genehmigt eine allfällige Geschäftsordnung für die Gesellschafterversammlung.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung muss wenigstens einmal im Jahr auf einen Tag einberufen werden, der innerhalb der von der Satzung festgesetzten Frist liegen und jedenfalls spätestens der einhundertzwanzigste Tag nach Ende des Geschäftsjahres sein muss. Die Satzung kann eine längere Frist, die aber jedenfalls hundertachtzig Tage nicht übersteigen darf, festsetzen, wenn die Gesellschaft einen konsolidierten Jahresabschluss aufzustellen hat und wenn besondere Erfordernisse im Zusammenhang mit der Struktur und dem Gegenstand der Gesellschaft dies verlangen; in diesen Fällen haben die Verwalter in dem in Artikel 2428 vorgesehenen Bericht die Gründe für die spätere Einberufung anzugeben.<sup>2)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 37 Abs. 3 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 9 des Gesetzesvertretendes Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.

### **2364bis. (Ordentliche Gesellschafterversammlung bei Gesellschaften mit einem Aufsichtsrat)**

Die ordentliche Gesellschafterversammlung bei Gesellschaften, in denen ein Aufsichtsrat vorgesehen ist:

1) bestellt die Mitglieder des Aufsichtsrats und beruft sie ab;

2) bestimmt die ihnen gebührende Vergütung, wenn sie nicht in der Satzung festgesetzt ist;

3) beschließt über die Haftung der Aufsichtsratsmitglieder;

4) beschließt über die Verteilung des Gewinns;

5) bestellt die Person, die mit der Abschlussprüfung beauftragt ist.<sup>1)</sup>

Der zweite Absatz des Artikels 2364 findet Anwendung.

- - - - -

1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 37 Abs. 4 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

### **2365. (Außerordentliche Gesellschafterversammlung)**

Die außerordentliche Gesellschafterversammlung beschließt über Änderungen der Satzung, über die Bestellung, über die Ersetzung und über die Befugnisse der Liquidatoren und über jede andere Angelegenheit, die vom Gesetz ausdrücklich in deren Zuständigkeit verwiesen wird.

Vorbehaltlich dessen, was in den Artikeln 2420ter und 2443 bestimmt wird, kann die Satzung dem Verwaltungsorgan oder dem Aufsichtsrat oder dem Vorstand die Zuständigkeit für Beschlussfassungen übertragen, welche die Verschmelzung in den von den Artikeln 2505 und 2505bis vorgesehenen Fällen, die Einrichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen, die Bezeichnung jener Verwalter, welche die Gesellschaft vertreten, die Herabsetzung des Kapitals im Fall des Austritts eines Gesellschafters, die Anpassungen der Satzung an gesetz-

liche Bestimmungen und die Verlegung des Gesellschaftssitzes im Inland betreffen. In jedem Fall findet Artikel 2436 Anwendung.

### **2366. (Förmlichkeiten für die Einberufung)**

Unbeschadet der Bestimmungen der Sondergesetze für die Gesellschaften, die keine Genossenschaften sind und die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, ist die Gesellschafterversammlung von den Verwaltern oder vom Vorstand mittels einer Benachrichtigung einzuberufen, welche die Angabe des Tages, der Uhrzeit und des Ortes der Sitzung und ein Verzeichnis der Verhandlungsgegenstände umfasst.<sup>1)</sup>

Die Benachrichtigung muss im Gesetzblatt der Republik oder wenigstens in einer in der Satzung angegebenen Tageszeitung wenigstens fünfzehn Tage vor dem für die Gesellschafterversammlung bestimmten Tag veröffentlicht werden; wenn die in der Satzung angegebenen Tageszeitungen ihr Erscheinen eingestellt haben, muss die Benachrichtigung im Gesetzblatt veröffentlicht werden. Für die Gesellschaften, die keine Genossenschaften sind und die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, wird die Art und Weise der Veröffentlichung der Benachrichtigung von den Sondergesetzen bestimmt.<sup>2)</sup>

Die Satzung von Gesellschaften, die sich nicht des Risikokapitalmarkts bedienen, kann in Abweichung vom vorhergehenden Absatz die Einberufung durch eine den Mitgliedern mitzuteilende Benachrichtigung mit Mitteln zulassen, die den Beweis sicherstellen, dass die Mitteilung wenigstens acht Tage vor der Gesellschafterversammlung empfangen worden ist.

Fehlen die für die Einberufung vorgesehenen Förmlichkeiten, gilt die Gesellschafterversammlung als beschlussfähig, wenn das gesamte Gesellschaftskapital vertreten ist und die Mehrheit der Mitglieder der Verwaltungs- und Kontrollorgane anwesend ist. In diesem Fall kann sich aber jeder Teilnehmer der Erörterung von Angelegenheiten widersetzen, über die er sich als nicht ausreichend informiert erachtet.<sup>3)</sup>

Im Fall des vorhergehenden Absatzes muss an die nicht anwesenden Mitglieder der Verwaltungs- und Kontrollorgane unverzüglich Mitteilung von den gefassten Beschlüssen gemacht werden.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

3) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe c) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

### **2367. (Einberufung auf Antrag von Gesellschaftern)**

Die Verwalter oder der Vorstand müssen ohne Verzug eine Gesellschafterversammlung einberufen, wenn dies von so vielen Gesellschaftern beantragt wird, dass sie bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, wenigstens ein Zwanzigstel des Gesellschaftskapitals und bei den anderen Gesellschaften wenigstens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals oder einen in der Satzung vorgesehenen geringeren Anteil vertreten, und wenn im Antrag die Verhandlungsgegenstände bezeichnet sind.<sup>1)</sup>

Wenn die Verwalter oder der Vorstand oder an ihrer Stelle die Überwachungsratsmitglieder oder der Aufsichtsrat oder der Ausschuss zur Kontrolle der Geschäftsführung dies nicht tun, ordnet das Landesgericht nach Anhörung der Mitglieder der Verwaltungs- und Kontrollorgane dann, wenn es die Verweigerung der Einberufung für ungerechtfertigt hält, mit Dekret die Einberufung der Gesellschafterversammlung an und bezeichnet die Person, die hiebei den Vorsitz zu führen hat.

Die Einberufung auf Antrag von Gesellschaftern ist unzulässig, wenn es sich um Gegenstände handelt, über die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen die Ge-

sellschafterversammlung über Antrag der Verwalter oder auf der Grundlage eines von diesen vorzulegenden Entwurfs oder Berichts zu beschließen hat.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

### **2368. (Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlung und Gültigkeit der Beschlüsse)**

Die ordentliche Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte des Gesellschaftskapitals vertreten ist, wobei die in dieser Gesellschafterversammlung nicht mit Stimmrecht ausgestatteten Aktien von der Zählung ausgeschlossen sind. Sie beschließt mit absoluter Mehrheit, es sei denn, dass die Satzung eine größere Mehrheit vorschreibt. Für die Bestellung zu Gesellschaftsämtern kann die Satzung besondere Vorschriften festsetzen.<sup>1)</sup>

Die außerordentliche Gesellschafterversammlung beschließt mit Zustimmung von mehr als der Hälfte des Gesellschaftskapitals, wenn die Satzung nicht eine größere Mehrheit verlangt. Bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, ist die außerordentliche Gesellschafterversammlung beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte des Gesellschaftskapitals oder jener höhere Prozentsatz, der in der Satzung vorgesehen ist, vertreten ist, wobei diese Versammlung mit Zustimmung von wenigstens zwei Dritteln des in der Gesellschafterversammlung vertretenen Gesellschaftskapitals beschliesst.<sup>2)</sup>

Vorbehaltlich einer anderen gesetzlichen Bestimmung werden die Aktien, mit denen ein Stimmrecht nicht ausgeübt werden kann, in Hinsicht auf die Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlung mitgezählt. Diese Aktien und jene, hinsichtlich derer das Stimmrecht deshalb nicht ausgeübt worden ist, weil die Person, der das Stimmrecht zusteht, erklärt hat, sich wegen eines Interessenkonflikts der Stimme zu enthalten, werden zu Zwecken der Ermittlung der Mehrheit und jenes Kapitalanteils, der zur Beschlussfassung erforderlich ist, nicht mitgezählt.<sup>3)</sup>

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 3 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.  
2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 3 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.  
3) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 3 Buchstabe c) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

### **2369. (Zweite Einberufung und weitere Einberufungen)**

Wenn in der Gesellschafterversammlung nicht insgesamt der im vorhergehenden Artikel verlangte Teil des Kapitals vertreten ist, muss die Gesellschafterversammlung neuerlich einberufen werden. Die Satzung der Gesellschaften, die keine Genossenschaften sind und die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, kann die Notwendigkeit weiterer, auf die erste Einberufung folgender Einberufungen ausschließen, wenn darin angeordnet wird, dass auf die einzige Einberufung für die ordentliche Gesellschafterversammlung die Mehrheiten, wie sie im dritten und im vierten Absatz sowie in Artikel 2368, erster Absatz, zweiter Satz, vorgesehen sind, und für die außerordentliche Gesellschafterversammlung die vom siebten Absatz dieses Artikels vorgesehenen Mehrheiten Anwendung finden.<sup>1)</sup>

In der Benachrichtigung von der Einberufung der Gesellschafterversammlung kann der Tag für die zweite Einberufung festgesetzt werden. Diese kann nicht an dem Tag, der für die erste festgesetzt worden ist, stattfinden. Wenn der Tag für die zweite Einberufung nicht in der Benachrichtigung angegeben ist, muss die Gesellschafterversammlung innerhalb von dreißig Tagen ab dem Tag der ersten Versammlung neuerlich einberufen werden, und die im zweiten Absatz des Artikels 2366 festgesetzte Frist vermindert sich auf acht Tage.

Nach der zweiten Einberufung beschließt die ordentliche Gesellschafterversammlung unabhängig davon, wie groß der Teil des vertretenen Kapitals ist, über jene Gegenstände, die in der ersten verhandelt hätten werden müssen, und eine außerordentliche Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als ein Drittel des Gesellschaftskapitals an ihr teilnimmt, und beschließt mit Zustimmung von wenigstens zwei Dritteln des in der Gesellschafterversammlung vertretenen Gesellschaftskapitals.<sup>2)</sup>

Die Satzung kann außer für die Genehmigung des Jahresabschlusses und für die Bestellung zu Gesellschaftsämtern oder für die Abberufung von solchen höheren Mehrheiten verlangen.

Bei Gesellschaften, die sich nicht des Risikokapitalmarkts bedienen, ist es erforderlich, dass auch bei der nach der zweiten Einberufung stattfindenden Gesellschafterversammlung mehr als ein Drittel des Gesellschaftskapitals zustimmt, wenn es um Beschlussfassungen geht, die eine Änderung des Gesellschaftszweckes, die Umwandlung der Gesellschaft, die vorzeitige Auflösung, die Verlängerung der Gesellschaft, den Widerruf der Liquidation, die Verlegung des Gesellschaftssitzes ins Ausland und die Ausgabe von Aktien gemäß dem zweiten Absatz des Artikels 2351 betreffen.<sup>3)</sup>

Die Satzung kann allfällige weitere Einberufungen der Gesellschafterversammlung vorsehen, auf welche die Bestimmungen des dritten, vierten und fünften Absatzes anzuwenden sind.

Bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, ist die außerordentliche Gesellschafterversammlung, sofern sie auf Grund einer auf die zweite Einberufung folgenden Einberufung stattfindet, beschlussfähig, wenn wenigstens ein Fünftel des Gesellschaftskapitals vertreten ist, es sei denn, die Satzung fordert einen höheren Anteil am Kapital, und sie fasst die Beschlüsse mit Zustimmung von wenigstens zwei Dritteln des in der Gesellschafterversammlung vertretenen Kapitals.<sup>4)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 4 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 4 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

3) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 5 Buchstabe n) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 6.2.2004, Nr. 37, und Artikel 1 Abs. 4 Buchstabe c) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

4) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 4 Buchstabe d) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

### **2370. (Recht auf Teilnahme an der Gesellschafterversammlung und Ausübung des Stimmrechts)**

An der Gesellschafterversammlung können jene teilnehmen, denen ein Stimmrecht zusteht.

Die Satzung kann bei Gesellschaften, deren Aktien nicht zur zentralisierten Verwaltung zugelassen sind, die vorhergehende Hinterlegung der Aktien am Gesellschaftssitz oder bei den Banken verlangen, die in der Benachrichtigung von der Einberufung angegeben sind, und dabei eine Frist bestimmen, innerhalb der sie hinterlegt werden müssen, und allenfalls vorsehen, dass sie nicht behoben werden können, bevor die Gesellschafterversammlung stattgefunden hat. Befinden sich Aktien, die von den im ersten Satz angegebenen Gesellschaften ausgegeben worden sind, in erheblichem Ausmaß im Streubesitz, darf die Frist nicht mehr<sup>1)</sup> als zwei Tage, die keine Sonn- oder Feiertage sein dürfen, betragen.

Wenn es sich um Namensaktien handelt, veranlassen die im zweiten Absatz genannten Gesellschaften die Eintragung derjenigen in das Gesellschafterbuch, die an der Gesellschafterversammlung teilgenommen oder die Hinterlegung vorgenommen haben.

Die Satzung kann die Teilnahme an der Gesellschafterversammlung durch Mittel der Telekommunikation oder die Stimmabgabe brieflich oder auf elektronischem Weg zulassen. Wer seine Stimme brieflich oder auf elektronischem Weg abgibt, gilt als bei der Gesellschafterversammlung anwesend.

Die Vorschriften in Sondergesetzen, welche die Berechtigung zur Teilnahme und Ausübung des Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung sowie die Aktualisierung des Gesellschafterbuchs bei Gesellschaften, deren Aktien zur zentralisierten Verwaltung zugelassen sind, zum Gegenstand haben, bleiben aufrecht.<sup>2)</sup>

- - - - -

1) Richtig wohl: weniger.

2) Fassung dieses Artikels laut Artikel 1 Abs. 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

### **2371. (Vorsitz in der Gesellschafterversammlung)**

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt jene Person, die in der Satzung bezeichnet ist, oder andernfalls jene, die von der Mehrheit der Anwesenden gewählt wird. Der Vorsitzende wird von einem Schriftführer unterstützt, der auf die gleiche Weise bestimmt wird. Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung überprüft die Beschlussfähigkeit, stellt die Identität und die Teilnahmeberechtigung der Anwesenden fest, bestimmt den Ablauf der Versammlung und stellt die Ergebnisse der Abstimmungen fest; die Ergebnisse dieser Feststellungen müssen im Protokoll festgehalten werden.

Die Beiziehung eines Schriftführers ist nicht erforderlich, wenn das Protokoll über die Gesellschafterversammlung von einem Notar abgefasst wird.

### **2372. (Vertretung in der Gesellschafterversammlung)**

Diejenigen, denen ein Stimmrecht zusteht, können sich bei der Gesellschafterversammlung vertreten lassen, es sei denn, dass bei Gesellschaften, die sich nicht des Risikokapitalmarkts bedienen, und bei Genossenschaften die Satzung etwas anderes bestimmt. Die Vertretungsmacht muss schriftlich erteilt werden, und die betreffenden Urkunden müssen von der Gesellschaft aufbewahrt werden.<sup>1)</sup>

Bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, kann die Vertretungsmacht nur für einzelne Gesellschafterversammlungen erteilt werden, die auch bei den späteren Einberufungen gilt, es sei denn, es handelt sich um eine Generalvollmacht oder um eine Vollmacht, die von einer Gesellschaft, einem Verein, einer Stiftung oder von einer sonstigen Körperschaft oder Einrichtung einem ihrer Dienstnehmer erteilt worden ist.

Die Vollmacht darf nicht ohne namentliche Bezeichnung des Vertreters ausgestellt werden und ist trotz gegenteiliger Vereinbarung stets widerrufbar. Der Vertreter kann sich nur durch denjenigen, der ausdrücklich in der Vollmacht genannt ist, vertreten lassen.

Wenn die Vertretungsmacht einer Gesellschaft, einem Verein, einer Stiftung oder einer sonstigen Körperschaft oder Einrichtung erteilt worden ist, können diese nur einen eigenen Dienstnehmer oder Mitarbeiter beauftragen.

Die Vertretungsmacht kann weder Mitgliedern der Verwaltungsorgane oder Kontrollorgane oder Dienstnehmern der Gesellschaft noch abhängigen Gesellschaften oder Mitgliedern der Verwaltungsorgane oder Kontrollorgane oder Dienstnehmern solcher Gesellschaften erteilt werden.

Ein und dieselbe Person kann in der Gesellschafterversammlung nicht mehr als zwanzig Gesellschafter oder, wenn es sich um die im zweiten Absatz dieses Artikels genannten Gesellschaften handelt, nicht mehr als fünfzig Gesellschafter vertreten, wenn die Gesellschaft ein Kapital von nicht mehr als fünf Millionen Euro hat, und nicht mehr als hundert Gesellschafter vertreten, wenn die Gesellschaft ein Kapital von mehr als fünf Millionen Euro und nicht mehr als fünfundzwanzig Millionen Euro hat, und nicht mehr als zweihundert Gesellschafter vertreten, wenn die Gesellschaft ein Kapital von mehr als fünfundzwanzig Millionen Euro hat.

Die Bestimmungen des fünften und des sechsten Absatzes dieses Artikels finden auch auf Aktien mit Prokuraindossament Anwendung.

Die Bestimmungen des fünften und sechsten Absatzes finden keine Anwendung auf Gesellschaften, deren Aktien in geregelten Märkten notiert werden und die keine Genossenschaften sind. Die Vorschrift des Artikels 2539 bleibt unberührt.<sup>2)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 6 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

2) Dieser Absatz wurde durch Artikel 1 Abs. 6 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27, hinzugefügt.

### **2373. (Interessenkonflikt)**

Ein Beschluss, der mit den entscheidenden Stimmen jener zustandegekommen ist, die selbst oder in Hinblick auf Dritte ein dem Interesse der Gesellschaft entgegengesetztes Interesse haben, kann gemäß Artikel 2377 angefochten werden, wenn er der Gesellschaft Schaden zufügen könnte.<sup>1)</sup>

Die Verwalter können bei Beschlussfassungen, die ihre Haftung betreffen, nicht mitstimmen. Die Mitglieder des Vorstands können bei Beschlussfassungen, die die Bestellung, die Abberufung und die Haftung von Aufsichtsratsmitgliedern betreffen, nicht mitstimmen.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 7 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 27.

### **2374. (Vertagung der Gesellschafterversammlung)**

Anwesende Gesellschafter, die auf sich ein Drittel des in der Gesellschafterversammlung vertretenen Kapitals vereinigen, können verlangen, dass die Versammlung um höchstens fünf Tage verschoben wird, wenn sie erklären, nicht ausreichend über die Gegenstände informiert zu sein, die zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Dieses Recht kann hinsichtlich ein und desselben Gegenstands nur einmal ausgeübt werden.

### **2375. (Protokoll über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung)**

Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung müssen aus einem vom Vorsitzenden und vom Schriftführer oder von einem Notar unterschriebenen Protokoll hervorgehen. Das Protokoll muss den Tag der Gesellschafterversammlung und allenfalls in einem Anhang die Identität der Teilnehmer und das durch jeden von ihnen vertretene Kapital angeben; es muss darüber hinaus die Art und Weise der Abstimmungen und deren Ergebnis angeben und auch allenfalls in einem Anhang die Bestimmung der Gesellschafter ermöglichen, die zugestimmt, sich der Stimme enthalten oder dagegen gestimmt haben. Im Protokoll müssen auf Antrag der Gesellschafter ihre sich auf die Tagesordnung beziehenden Erklärungen zusammengefasst aufgenommen werden.

Das Protokoll einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung muss von einem Notar aufgenommen werden.

Das Protokoll muss unverzüglich innerhalb der für die zeitgerechte Erfüllung der Pflichten zur Hinterlegung und Veröffentlichung notwendigen Zeit abgefasst werden.

### **2376. (Besondere Gesellschafterversammlungen)**

Wenn verschiedene Arten von Aktien oder von Finanzinstrumenten, die Verwaltungsrechte beinhalten, bestehen, müssen die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung, welche die Rechte einer dieser Arten beeinträchtigen, auch von einer besonderen Versammlung der Gesellschafter, welche die betroffene Art halten, genehmigt werden.

Auf die besonderen Gesellschafterversammlungen finden die sich auf die außerordentlichen Gesellschafterversammlungen beziehenden Vorschriften Anwendung.

### **2377. (Fälle, in denen Beschlüsse für nichtig erklärt werden können)**

Beschlüsse der Gesellschafterversammlung, die in Übereinstimmung mit dem Gesetz und mit dem Gründungsakt gefasst worden sind, binden alle Gesellschafter, und zwar auch jene, die nicht anwesend gewesen sind oder dagegen gestimmt haben.

Beschlüsse, die nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz oder der Satzung gefasst worden sind, können von den Gesellschaftern, die nicht anwesend gewesen sind oder gegen den Beschluss gestimmt oder sich der Stimme enthalten haben, von den Verwaltern, vom Aufsichtsrat und vom Überwachungsrat angefochten werden.

Die Anfechtung kann von Gesellschaftern vorgenommen werden, die so viele Aktien besitzen, dass sie in Bezug auf die Beschlussfassung wenn auch nur gemeinsam über ein Stimmrecht verfügen, das ein Tausendstel des Gesellschaftskapitals bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, und fünf Prozent bei anderen Gesellschaften ausmacht; die Satzung kann dieses Erfordernis herabsetzen oder beseitigen. Für die Anfechtung der Beschlüsse besonderer Gesellschafterversammlungen sind diese Prozentsätze auf jenes Kapital zu beziehen, das die Aktien der betreffenden Art vertreten.

Die Gesellschafter, die nicht einen Kapitalanteil vertreten, wie er im vorhergehenden Absatz angegeben ist, und jene, die mangels Stimmrechts nicht berechtigt sind, den Beschluss anzufechten, haben Anspruch auf Ersatz des Schadens, der ihnen wegen der mangelnden Übereinstimmung der Beschlussfassung mit dem Gesetz oder der Satzung zugefügt worden ist.

Die Beschlussfassung kann nicht für nichtig erklärt werden:

1) wegen der Teilnahme von nicht teilnahmeberechtigten Personen an der Gesellschafterversammlung, es sei denn, diese Teilnahme war für die Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlung gemäß den Artikeln 2368 und 2369 ausschlaggebend;

2) wegen der Ungültigkeit einzelner Stimmen oder wegen fehlerhafter Zählung der Stimmen, es sei denn, dass die ungültige Stimme oder die fehlerhafte Zählung für die Erreichung der erforderlichen Mehrheit ausschlaggebend war;

3) wegen der Unvollständigkeit oder Ungenauigkeit des Protokolls, es sei denn, dass diese die Feststellung des Inhalts, der Wirkungen und der Gültigkeit des Beschlusses verhindern.

Die Anfechtung oder der Anspruch auf Schadenersatz ist innerhalb einer Frist von neunzig Tagen ab dem Tag der Beschlussfassung zu erheben, oder wenn diese Gegenstand der Eintragung im Handelsregister ist, innerhalb von neunzig Tagen ab der Eintragung, oder wenn diese lediglich Gegenstand einer Hinterlegung im Handelsregisteramt ist, innerhalb von neunzig Tagen ab dem Tag dieser Hinterlegung.



Die Nichtigkeitsklärung des Beschlusses wirkt gegenüber allen Gesellschaftern und verpflichtet bei sonstiger Haftung die Verwalter, den Aufsichtsrat und den Vorstand, die daraus folgenden Maßnahmen zu setzen. Jedenfalls bleiben die Rechte unberührt, die von Dritten in gutem Glauben auf der Grundlage von Rechtshandlungen erworben wurden, die zur Durchführung des Beschlusses vorgenommen worden waren.

Die Nichtigkeitsklärung des Beschlusses kann nicht erfolgen, wenn der angefochtene Beschluss durch einen anderen, der in Übereinstimmung mit dem Gesetz und der Satzung gefasst worden ist, ersetzt wird. In diesem Fall entscheidet das Gericht über die Kosten des Rechtsstreits, die in der Regel der Gesellschaft auferlegt werden, und über den Ersatz des allfälligen Schadens.

Die von Dritten auf der Grundlage des ersetzten Beschlusses erworbenen Rechte bleiben unberührt.

### **2378. (Anfechtungsverfahren)**

Die Anfechtung wird mit Klage beim Landesgericht, in dessen Sprengel die Gesellschaft ihren Sitz hat, geltend gemacht.

Der sich widersetzende Gesellschafter oder die sich widersetzenden Gesellschafter müssen sich im Zeitpunkt der Anfechtung als Besitzer jener Zahl von Aktien, die im dritten Absatz des Artikels 2377 vorgesehen ist, ausweisen. Vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 111 der Zivilprozessordnung kann das Gericht, wenn im Verlauf des Verfahrens auf Grund von Übertragungen unter Lebenden die erforderliche Zahl der Aktien unterschritten wird, nicht mehr die Nichtigkeit aussprechen und entscheidet nur mehr über den Ersatz des allfälligen Schadens, sofern dieser begehrt wird, wobei erforderlichenfalls vorher die Verfügung über die Aussetzung der Ausführung des Beschlusses zu widerrufen ist.

Der Anfechtende kann mit Rekurs, der gleichzeitig mit der Hinterlegung auch einer Kopie der Klage hinterlegt wird, die Aussetzung der Ausführung des Beschlusses beantragen. Im Fall einer außergewöhnlichen und begründeten Dringlichkeit entscheidet der Präsident des Landesgerichts ohne Vorladung der beklagten Gesellschaft über den Antrag mit begründetem Dekret, das darüber hinaus die Bestimmung des für die Abwicklung des Rechtsstreits zuständigen Richters und die Festsetzung der Verhandlung für die Bestätigung, Abänderung oder den Widerruf der mit Dekret erlassenen Verfügungen vor dem bestimmten Richter innerhalb von fünfzehn Tagen, sowie die Festsetzung der Frist für die Zustellung des Rekurses und des Dekrets an die Gegenpartei enthalten muss.

Der mit der Abwicklung des Rechtsstreits in der Sache selbst bestimmte Richter verfügt nach Anhörung der Verwalter und Überwachungsratsmitglieder, indem er den Nachteil, den der Rekurswerber durch die Ausführung des Beschlusses und jenen, den die Gesellschaft durch die Aussetzung seiner Ausführung erleiden würde, gegeneinander abwägt; er kann jederzeit anordnen, dass die widersprechenden Gesellschafter eine geeignete Sicherheit für den allfälligen Ersatz des Schadens hinterlegen müssen. Bei der Verhandlung hat der Richter, wenn er es für nützlich erachtet, einen Schlichtungsversuch durchzuführen, wobei er allenfalls vorzunehmende Änderungen des angefochtenen Beschlusses anregt, und, wenn eine solche Lösung Aussicht auf Erfolg hat, die Verhandlung angemessen vertagt.

Über alle Anfechtungen, die sich auf ein und denselben Beschluss beziehen, auch wenn sie getrennt geltend gemacht werden, muss ebenso wie über Ansprüche, die gemäß dem vierten Absatz des Artikels 2377 geltend gemacht werden, nach gemeinsamer Instruktion mit einem einzigen Urteil entschieden werden. Vorbehaltlich der Bestimmungen des vierten Absatzes dieses Artikels beginnt die Abwicklung des Rechtsstreits in der Sache selbst nach Ablauf der im sechsten Absatz des Artikels 2377 festgesetzten Frist.

Der Spruch der Aussetzungsverfügung und jener des Urteils, das über die Anfechtung entscheidet, muss auf Veranlassung der Verwalter im Handelsregister eingetragen werden.

### **2379. (Nichtigkeit der Beschlüsse)**

In den Fällen der unterbliebenen Einberufung der Gesellschafterversammlung, des Fehlens eines Protokolls und der Unmöglichkeit oder Unerlaubtheit des Gegenstands kann der Beschluss von jedem angefochten werden, der ein Interesse daran hat, und zwar innerhalb von drei Jahren ab seiner Eintragung oder Hinterlegung beim Handelsregister, wenn eine solche zu erfolgen hat, oder ab der Eintragung im Buch über die Sitzungen der Gesellschafterversammlung, wenn der Beschluss weder der Eintragung noch der Hinterlegung unterworfen ist. Beschlüsse, die den Gesellschaftszweck dergestalt ändern, dass sie unerlaubte oder unmögliche Tätigkeiten vorsehen, können ohne zeitliche Begrenzungen angefochten werden.

In den im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Fällen und Fristen kann die Ungültigkeit vom Gericht auch von Amts wegen wahrgenommen werden.

Im Sinn des ersten Absatzes wird im Fall einer nicht ordnungsgemäßen Benachrichtigung die Einberufung nicht als unterblieben angesehen, wenn diese von einem Mitglied des Verwaltungsorgans oder Kontrollorgans der Gesellschaft erfolgt ist und geeignet war, jenen, die ein Teilnahmerecht haben, vorab von der Einberufung und vom Tag der Gesellschafterversammlung Kenntnis zu verschaffen. Das Protokoll wird nicht als fehlend angesehen, wenn es den Tag der Beschlussfassung und ihren Gegenstand enthält und vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung oder vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats oder des Aufsichtsrats und vom Schriftführer oder vom Notar unterschrieben ist.

Der siebte und der achte Absatz des Artikels 2377 finden, soweit vereinbar, Anwendung.

### **2379bis. (Heilung der Nichtigkeit)**

Die Anfechtung eines wegen unterbliebener Einberufung ungültigen Beschlusses kann von demjenigen nicht vorgenommen werden, der auch nur nachträglich seine Zustimmung zur Abhaltung der Gesellschafterversammlung erklärt hat.

Die Ungültigkeit des Beschlusses wegen Fehlens des Protokolls kann dadurch geheilt werden, dass die Protokollierung vor der nächsten Gesellschafterversammlung vorgenommen wird. Der Beschluss wirkt ab dem Tag, an dem er zustande gekommen ist, vorbehaltlich der Rechte Dritter, die in gutem Glauben von diesem Beschluss keine Kenntnis hatten.

### **2379ter. (Ungültigkeit von Beschlüssen über die Erhöhung oder Herabsetzung des Kapitals und über die Ausgabe von Schuldverschreibungen)**

In den in Artikel 2379 vorgesehenen Fällen kann die Anfechtung einer Erhöhung des Kapitals, einer Herabsetzung des Kapitals gemäß dem Artikel 2445 oder der Ausgabe von Schuldverschreibungen nicht mehr erfolgen, wenn hundertachtzig Tage ab der Eintragung des Beschlusses ins Handelsregister vergangen sind, oder wenn im Fall einer unterbliebenen Einberufung neunzig Tage ab der Genehmigung des Jahresabschlusses für jenes Rechnungsjahr, in dessen Verlauf der Beschluss auch bloß teilweise ausgeführt worden ist, vergangen sind.

Bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, kann die Ungültigkeit eines Beschlusses über die Erhöhung des Kapitals nicht mehr ausgesprochen werden, nachdem gemäß Artikel 2444 im Handelsregister die Bestätigung eingetragen worden ist, dass die Erhöhung auch bloß teilweise durchgeführt worden ist; die Ungültigkeit des Beschlusses über die Herabsetzung des Kapitals gemäß Artikel 2445 oder des Beschlusses über die Ausgabe von Schuldverschreibungen kann nicht mehr ausgesprochen werden, nachdem der Beschluss auch bloß teilweise durchgeführt worden ist.

Der Anspruch auf Ersatz des Schadens, der allenfalls den Gesellschaftern und Dritten zusteht, bleibt davon unberührt.

6bis. Teil  
**Verwaltung und Kontrolle**

§ 1  
**Allgemeine Bestimmungen**

**2380. (Verwaltungs- und Kontrollsysteme)**

Wenn die Satzung nicht etwas anderes bestimmt, werden die Verwaltung und die Kontrolle der Gesellschaft von den folgenden Paragraphen 2, 3 und 4 geregelt.

Die Satzung kann für die Verwaltung und für die Kontrolle der Gesellschaft ein System gemäß Paragraph 5 oder ein System gemäß Paragraph 6 wählen; sofern der Beschluss nichts anderes anordnet, gilt eine Änderung des Systems ab dem Tag jener Gesellschafterversammlung, die zur Genehmigung des Jahresabschlusses für das folgende Geschäftsjahr einberufen worden ist.

Sofern nichts anderes festgesetzt ist, gelten die Bestimmungen, die sich auf die Verwalter beziehen, entsprechend für den Verwaltungsrat oder den Vorstand.

§ 2  
**Verwalter**

**2380bis. (Verwaltung der Gesellschaft)**

Die Führung des Unternehmens steht ausschließlich den Verwaltern zu, welche die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks erforderlichen Geschäfte tätigen.

Die Verwaltung der Gesellschaft kann auch Personen, die nicht Gesellschafter sind, anvertraut werden.

Wenn die Verwaltung mehreren Personen anvertraut ist, bilden diese den Verwaltungsrat.

Wenn die Satzung die Anzahl der Verwalter nicht festlegt, sondern nur deren Höchstzahl und Mindestanzahl angibt, obliegt die Festlegung der Gesellschafterversammlung.

Der Verwaltungsrat wählt aus seinen Mitgliedern den Vorsitzenden, wenn dieser nicht durch die Gesellschafterversammlung bestellt wird.

**2381. (Vorsitzender, Vollzugsausschuss und beauftragte Verwalter)**

Sieht die Satzung nichts anderes vor, beruft der Vorsitzende den Verwaltungsrat ein, setzt die Tagesordnung fest, koordiniert die Arbeiten und trägt dafür Sorge, dass alle Mitglieder ausreichende Informationen zu den auf die Tagesordnung gesetzten Gegenständen erhalten.

Wenn die Satzung oder die Gesellschafterversammlung es zulassen, kann der Verwaltungsrat die eigenen Aufgaben einem Vollzugsausschuss, der aus einigen seiner Mitglieder zusammengesetzt ist, oder einem oder mehreren seiner Mitglieder übertragen.

Der Verwaltungsrat legt den Inhalt, die Grenzen und allenfalls die Art und Weise der Erfüllung des Auftrags fest; er kann jederzeit den beauftragten Organen Richtlinien vorgeben und von der Beauftragung umfasste Geschäfte an sich ziehen. Auf der Grundlage der erhaltenen Informationen beurteilt er die Eignung der Einrichtungen der Gesellschaft, welche die Organisation, die Verwaltung und das Rechnungswesen betreffen; er überprüft die strategischen, produktionstechnischen und finanziellen Pläne der Gesellschaft nach deren Ausarbeitung; er beurteilt auf der Grundlage eines Berichts der beauftragten Organe den allgemeinen Gang der Geschäftstätigkeit.

Die in den Artikeln 2420ter, 2423, 2443, 2446, 2447, 2501ter und 2506bis angegebenen Aufgaben können nicht übertragen werden.

Die beauftragten Organe sorgen dafür, dass die Einrichtungen, welche die Or-

ganisation, die Verwaltung und das Rechnungswesen betreffen, der Art und dem Umfang des Unternehmens entsprechen und berichten dem Verwaltungsrat und dem Überwachungsrat regelmäßig in den in der Satzung festgesetzten Zeitabschnitten und jedenfalls alle sechs Monate über den allgemeinen Gang der Geschäftstätigkeit und ihre voraussichtliche Entwicklung sowie über die wegen ihres Umfangs oder ihrer Merkmale besonders wichtigen Geschäfte, die von der Gesellschaft und von den von ihr abhängigen Gesellschaften getätigt worden sind.

Die Verwalter sind verpflichtet, sich für ihre Tätigkeit informiert zu halten; jeder Verwaltungsrat kann von den beauftragten Organen verlangen, dass in den Sitzungen des Verwaltungsrats Auskünfte über die Führung der Gesellschaft erteilt werden.

### **2382. (Gründe für die Nichtwählbarkeit und für den Amtsverlust)**

Der voll oder beschränkt Entmündigte, der Gemeinschuldner oder derjenige, der zu einer Strafe verurteilt worden ist, die, auch nur zeitweise, den Ausschluss von öffentlichen Ämtern oder die Unfähigkeit, leitende Funktionen auszuüben, mit sich bringt, kann als Verwalter nicht bestellt werden und verliert, wenn er bestellt worden ist, sein Amt.

### **2383. (Bestellung und Abberufung der Verwalter)**

Die Bestellung der Verwalter mit Ausnahme der ersten Verwalter, die durch den Gründungsakt bestellt werden, steht vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2351, 2449 und 2450 der Gesellschafterversammlung zu.

Die Verwalter können nicht für einen Zeitraum von mehr als drei Geschäftsjahren bestellt werden und verlieren ihr Amt mit jener Gesellschafterversammlung, die zum Zweck der Genehmigung des Jahresabschlusses für das letzte Geschäftsjahr ihrer Amtszeit einberufen worden ist.

Die Verwalter können, vorbehaltlich einer anders lautenden Bestimmung in der Satzung, wiedergewählt und von der Gesellschafterversammlung jederzeit abberufen werden, auch wenn sie im Gründungsakt bestellt worden sind, und zwar unbeschadet des Rechts des Verwalters auf Ersatz der Schäden, wenn die Abberufung ohne wichtigen Grund erfolgt.

Innerhalb von dreißig Tagen ab der Kenntnis von ihrer Bestellung müssen die Verwalter ihre Eintragung in das Handelsregister beantragen, wobei für jeden von ihnen der Zuname und der Vorname, der Ort und der Tag der Geburt, das Domizil und die Staatsbürgerschaft anzugeben sind und weiters anzugeben ist, wem von ihnen die Befugnis zur Vertretung der Gesellschaft erteilt worden ist und ob es sich um eine Einzelvertretungsbefugnis oder um eine Kollektivvertretungsbefugnis handelt.

Die Gründe für die Nichtigkeit oder Nichtigerklärbarkeit der Bestellung der Verwalter, welche die Gesellschaft vertreten, können nach Vornahme der öffentlichen Bekanntmachung gemäß dem vierten Absatz Dritten gegenüber nicht mehr eingewendet werden, es sei denn, dass die Gesellschaft beweist, dass die Dritten von ihnen Kenntnis hatten.

### **2384. (Vertretungsbefugnisse)**

Die den Verwaltern durch die Satzung oder den Bestellungsbeschluss erteilte Vertretungsmacht ist eine allgemeine.

Beschränkungen der Vertretungsbefugnisse, die sich aus der Satzung oder aus einer Entscheidung der zuständigen Organe ergeben, können auch dann, wenn sie öffentlich bekanntgemacht worden sind, Dritten gegenüber nicht eingewendet werden, sofern nicht bewiesen wird, dass diese bewusst zum Schaden der Gesellschaft gehandelt haben.

### **2385. (Ausscheiden von Verwaltern)**

Der Verwalter, der sein Amt niederlegt, muss dies schriftlich dem Verwaltungs-

rat und dem Vorsitzenden des Überwachungsrats mitteilen. Die Niederlegung hat sofortige Wirkung, wenn die Mehrheit des Verwaltungsrats im Amt bleibt, oder wirkt andernfalls ab dem Zeitpunkt, in dem die Mehrheit des Verwaltungsrats infolge der Annahme der neuen Verwalter wiederhergestellt ist.

Das Ausscheiden der Verwalter wegen Ablaufs der Zeit wirkt ab dem Zeitpunkt der Neubestellung des Verwaltungsrats.

Das aus welchem Grund auch immer erfolge Ausscheiden der Verwalter aus dem Amt muss innerhalb von dreißig Tagen auf Veranlassung des Überwachungsrats in das Handelsregister eingetragen werden.

### **2386. (Ersetzung von Verwaltern)**

Wenn während der Amtsausübung ein oder mehrere Verwalter ausscheiden, haben die anderen durch einen vom Überwachungsrat genehmigten Beschluss für deren Ersatz zu sorgen, solange die Mehrheit aus Verwaltern besteht, die von der Gesellschafterversammlung bestellt worden sind. Die so bestellten Verwalter bleiben bis zur nächsten Gesellschafterversammlung im Amt.

Wenn eine Mehrheit von Verwaltern, die von der Gesellschafterversammlung bestellt worden sind, nicht mehr gegeben ist, müssen die im Amt verbliebenen eine Gesellschafterversammlung einberufen, damit diese die fehlenden ersetzt.

Vorbehaltlich einer anderen in der Satzung enthaltenen oder von der Gesellschafterversammlung getroffenen Bestimmung verlieren die gemäß dem vorhergehenden Absatz bestellten Verwalter ihr Amt zusammen mit jenen, die sich bei ihrer Bestellung bereits im Amt befanden.

Wenn besondere Bestimmungen der Satzung vorsehen, dass infolge des Ausscheidens einiger Verwalter der gesamte Verwaltungsrat zu bestehen aufhört, ist von den im Amt verbliebenen Verwaltern unverzüglich eine Gesellschafterversammlung zum Zweck der Bestellung eines neuen Verwaltungsrats einzuberufen; die Satzung kann jedoch vorsehen, dass in einem solchen Fall die Bestimmung des folgenden Absatzes zur Anwendung kommt.

Wenn der Alleinverwalter oder alle Verwalter ausscheiden, muss unverzüglich eine Gesellschafterversammlung zur Bestellung des Verwalters oder des gesamten Verwaltungsrats vom Überwachungsrat einberufen werden, der zwischenzeitlich die Handlungen der ordentlichen Verwaltung vornehmen kann.

### **2387. (Voraussetzungen der Ehrbarkeit, Professionalität und Unabhängigkeit)**

Die Satzung kann die Bestellung zum Verwalter vom Vorhandensein besonderer Voraussetzungen der Ehrbarkeit, Professionalität und Unabhängigkeit abhängig machen, und zwar auch unter Bezugnahme auf entsprechende Voraussetzungen, die von Berufsvereinigungen oder Gesellschaften, die geregelte Märkte betreiben, in Verhaltenskodizes aufgenommen worden sind. In einem solchen Fall findet Artikel 2382 Anwendung.

Unbeschadet bleibt, was in Sondergesetzen in Bezug auf die Ausübung besonderer Tätigkeiten vorgesehen ist.

### **2388. (Gültigkeit der Beschlüsse des Verwaltungsrats)**

Für die Gültigkeit der Beschlüsse des Verwaltungsrats ist die Anwesenheit der Mehrheit der im Amt befindlichen Verwalter erforderlich, sofern die Satzung nicht eine größere Anzahl von Anwesenden vorschreibt. Die Satzung kann vorsehen, dass die Anwesenheit bei Sitzungen des Verwaltungsrats auch unter Einsatz von Telekommunikationsmitteln erfolgt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden mit absoluter Mehrheit der Anwesenden gefasst, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.

Das Stimmrecht kann nicht durch einen Vertreter ausgeübt werden.

Beschlüsse, die nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz oder der Satzung gefasst worden sind, können nur vom Überwachungsrat und von den abwesenden

oder nicht einverstanden gewesenen Verwaltern, und zwar innerhalb von neunzig Tagen ab dem Tag der Beschlussfassung angefochten werden; soweit vereinbar findet Artikel 2378 Anwendung. Weiters können von den Gesellschaftern Beschlüsse angefochten werden, die ihre Rechte beeinträchtigen; in einem solchen Fall finden soweit vereinbar die Artikel 2377 und 2378 Anwendung.

In jedem Fall bleiben jene Rechte unberührt, die Dritte in gutem Glauben aufgrund von Rechtshandlungen zur Ausführung von Beschlüssen erworben haben.

#### **2389. (Vergütungen der Verwalter)**

Die Vergütungen, die den Mitgliedern des Verwaltungsrats und des Vollzugsausschusses zustehen, werden im Bestellungsakt oder durch die Gesellschafterversammlung festgesetzt.

Sie können ganz oder teilweise aus Gewinnbeteiligungen oder aus der Zuerkennung des Rechts bestehen, künftig auszugebende Aktien zu einem vorbestimmten Preis zu zeichnen.

Die Entlohnung der Verwalter, denen in Übereinstimmung mit der Satzung besondere Aufgaben übertragen werden, wird durch den Verwaltungsrat nach Einholung der Stellungnahme des Überwachungsrats festgesetzt. Wenn die Satzung es vorsieht, kann die Gesellschafterversammlung eine Gesamtsumme für die Entlohnung aller Verwalter einschließlich jener mit besonderen Aufgaben festlegen.

#### **2390. (Wettbewerbsverbot)**

Die Verwalter dürfen sich ohne Genehmigung der Gesellschafterversammlung weder an anderen mit der Gesellschaft im Wettbewerb stehenden Gesellschaften als unbeschränkt haftende Gesellschafter beteiligen noch auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter eine Tätigkeit ausüben, die zur Gesellschaftstätigkeit im Wettbewerb steht, noch Verwalter oder Generaldirektoren bei im Wettbewerb stehenden Gesellschaften sein.

Der Verwalter kann wegen Nichtbeachtung dieses Verbots vom Amt abberufen werden und haftet für die Schäden.

#### **2391. (Interessen der Verwalter)**

Der Verwalter hat jedes Interesse, das er selbst oder im Hinblick auf Dritte an einem bestimmten Geschäft der Gesellschaft hat, den übrigen Verwaltern und dem Überwachungsrat unter Angabe von Art, Umfang, Herkunft und Tragweite dieses Interesses anzuzeigen; handelt es sich um einen beauftragten Verwalter, hat er sich überdies der Ausführung des Geschäfts zu enthalten und das Kollegialorgan damit zu betrauen, handelt es sich um einen Alleinverwalter, muss dieser darüber auch in der nächsten dazu geeigneten Gesellschafterversammlung berichten.<sup>1)</sup>

In den im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Fällen sind im Beschluss des Verwaltungsrats die Gründe des Geschäfts und der Vorteil, der sich für die Gesellschaft daraus ergibt, angemessen darzulegen.

Bei Nichtbeachtung der in den vorhergehenden zwei Absätzen dieses Artikels enthaltenen Bestimmungen oder im Fall von Beschlussfassungen des Verwaltungsrats oder des Vollzugsausschusses, für die die Stimme des interessierten Verwalters entscheidend gewesen ist, können diese Beschlüsse, sofern sie der Gesellschaft Schaden zufügen können, innerhalb von neunzig Tagen ab dem Tag der Beschlussfassung von den Verwaltern und vom Überwachungsrat angefochten werden; die Anfechtung kann von demjenigen, der mit seiner Stimme den Beschluss mitgetragen hat, nicht vorgenommen werden, sofern die im ersten Absatz vorgesehenen Informationspflichten eingehalten worden sind. In jedem Fall bleiben jene Rechte unberührt, die Dritte in gutem Glauben aufgrund von Rechtshandlungen zur Ausführung von Beschlüssen erworben haben.

Der Verwalter haftet für Schäden, die der Gesellschaft durch seine Handlung oder Unterlassung entstanden sind.

Der Verwalter haftet überdies für Schäden, die der Gesellschaft dadurch entstanden sind, dass er Daten, Mitteilungen oder Geschäftsabschlussmöglichkeiten, von denen er in Ausübung seines Amtes Kenntnis erhalten hat, zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil Dritter genutzt hat.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 11 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.

### **2391bis. (Geschäfte mit Parteien, zu denen eine wechselseitige Beziehung besteht)**

Die Verwaltungsorgane von Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, treffen gemäß den allgemeinen Grundsätzen, die von der Gesamtstaatlichen Kommission für die Gesellschaften und die Börse ausgearbeitet worden sind, Regelungen, welche die inhaltliche und verfahrensmäßige Transparenz und Redlichkeit der Geschäfte mit Parteien sicherstellen, zu denen eine wechselseitige Beziehung besteht, und geben diese im Geschäftsbericht bekannt; zu diesen Zwecken können sie sich in Hinblick auf die Natur, den Wert oder die Merkmale des Geschäfts von unabhängigen Sachverständigen unterstützen lassen.

Die im ersten Absatz genannten Grundsätze finden auf Geschäfte Anwendung, die direkt oder über abhängige Gesellschaften abgeschlossen werden, und regeln diese Geschäfte hinsichtlich der Entscheidungsbefugnis, der Begründung und der urkundlichen Erfassung. Das Kontrollorgan wacht über die Einhaltung der gemäß dem ersten Absatz ausgearbeiteten Regeln und berichtet darüber im Bericht an die Gesellschafterversammlung.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Dieser Artikel wurde durch Artikel 12 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310, eingefügt.

### **2392. (Haftung gegenüber der Gesellschaft)**

Die Verwalter haben die ihnen vom Gesetz und von der Satzung auferlegten Pflichten mit jener Sorgfalt zu erfüllen, welche die Art des Auftrages und die ihnen zugewiesenen besonderen Aufgabenbereiche erfordern. Sie haften als Gesamtschuldner der Gesellschaft gegenüber für Schäden, die sich aus der Nichtbeachtung dieser Pflichten ergeben, es sei denn, es handelt sich um Aufgaben, die dem Vollzugsausschuss obliegen, oder um Aufgaben, die im Einzelfall einem oder mehreren Verwaltern zugeteilt worden sind.

Vorbehaltlich der Bestimmung des dritten Absatzes des Artikels 2381 haften die Verwalter jedenfalls als Gesamtschuldner, wenn sie in Kenntnis nachteiliger Tatsachen nicht alles in ihrer Macht Stehende unternommen haben, um den Eintritt des Nachteils zu verhindern oder dessen schädliche Folgen zu beseitigen oder zu verringern.

Die Haftung für Handlungen oder Unterlassungen der Verwalter erstreckt sich nicht auf jenen Verwalter, der daran schuldlos war und unverzüglich sein fehlendes Einverständnis im Buch über die Sitzungen und Beschlüsse des Verwaltungsrats anmerken lassen und dies sofort schriftlich dem Vorsitzenden des Überwachungsrats zur Kenntnis gebracht hat.

### **2393. (Haftungsklage der Gesellschaft)**

Die Haftungsklage gegen die Verwalter wird, selbst wenn sich die Gesellschaft in Liquidation befindet, aufgrund eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung eingebracht.

Die Beschlussfassung über die Haftung der Verwalter kann aus Anlass der Erörterung des Jahresabschlusses auch dann erfolgen, wenn sie nicht in der Liste der Verhandlungsgegenstände angegeben ist, sofern es sich um Vorgänge handelt, die dasjenige Geschäftsjahr betreffen, auf das sich der Jahresabschluss bezieht.

Die Haftungsklage kann auch infolge eines Beschlusses des Überwachungs-

rats, der mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder gefasst worden ist, eingebracht werden.<sup>1)</sup>

Die Klage kann innerhalb von fünf Jahren ab dem Ausscheiden des Verwalters aus dem Amt erhoben werden.

Der Beschluss auf Einbringung der Haftungsklage bewirkt, sofern er mit Zustimmung von wenigstens einem Fünftel des Gesellschaftskapitals gefasst worden ist, die Abberufung jener Verwalter vom Amt, gegen die er gerichtet ist. In diesem Fall sorgt dieselbe Gesellschafterversammlung für die Ersetzung der Verwalter.<sup>2)</sup>

Die Gesellschaft kann auf die Einbringung der Haftungsklage verzichten und einen Vergleich abschließen, sofern der Verzicht und der Vergleich durch einen ausdrücklichen Beschluss der Gesellschafterversammlung genehmigt wird und sofern nicht eine Minderheit von Gesellschaftern, die wenigstens ein Fünftel des Gesellschaftskapitals vertreten, oder, wenn es sich um Gesellschaften handelt, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, die wenigstens ein Zwanzigstel des Gesellschaftskapitals oder wenigstens das in der Satzung für die Erhebung der Haftungsklage gemäß dem ersten und zweiten Absatz des Artikels 2393bis vorgesehene Gesellschaftskapital vertreten, dagegen stimmt.

- - - - -

1) Dieser Absatz wurde durch Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe a) Z. 1 des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr. 262, eingefügt.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe a) Z. 2 des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr. 262.

#### **2393bis. (Haftungsklage der Gesellschaft, die von Gesellschaftern erhoben wird)**

Die Haftungsklage kann auch von Gesellschaftern erhoben werden, die zumindest ein Fünftel des Gesellschaftskapitals oder ein in der Satzung vorgesehenes anderes Ausmaß des Gesellschaftskapitals, das jedenfalls nicht höher als ein Drittel sein darf, vertreten.

In Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, kann die im vorhergehenden Absatz vorgesehene Klage auch von Gesellschaftern erhoben werden, die ein Vierzigstel oder das in der Satzung vorgesehene geringere Ausmaß des Gesellschaftskapitals vertreten.<sup>1)</sup>

Der Gesellschaft ist der Streit zu verkünden, und die Klageschrift muss ihr, und zwar auch zu Händen des Vorsitzenden des Überwachungsrats, zugestellt werden.

Die Gesellschafter, die beabsichtigen, die Klage zu erheben, bestellen mit Mehrheit des von ihnen gehaltenen Kapitals einen oder mehrere gemeinsame Vertreter zur Klagseinbringung und zur Vornahme der daraus folgenden Verfahrenshandlungen.

Falls der Klage stattgegeben wird, ersetzt die Gesellschaft den Klägern die Kosten des Verfahrens und jene Kosten, die sie zur Ermittlung der Tatsachen aufgewendet haben, sofern sie das Gericht nicht den Unterlegenen auferlegt hat oder die Hereinbringung nach ihrer Einforderung nicht möglich war.

Die Gesellschafter, die geklagt haben, können auf den Klagsanspruch verzichten oder einen Vergleich hierüber schließen; jede Gegenleistung für den Verzicht oder den Vergleich hat der Gesellschaft zugute zu kommen.

Auf den in diesem Artikel vorgesehenen Klagsanspruch findet der letzte Absatz des vorhergehenden Artikels Anwendung.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe b) des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr. 262.

#### **2394. (Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern)**

Die Verwalter haften gegenüber Gesellschaftsgläubigern für die Nichtbeachtung von Pflichten, welche die Bewahrung des Bestands des Gesellschaftsvermögens betreffen.



Die Klage kann von den Gläubigern erhoben werden, wenn das Gesellschaftsvermögen nicht ausreicht, um ihre Forderungen zu befriedigen.

Der Verzicht auf den Klagsanspruch durch die Gesellschaft hindert die Klagseinbringung durch die Gesellschaftsgläubiger nicht. Ein Vergleich kann von den Gesellschaftsgläubigern nur mit der Anfechtungsklage angefochten werden, sofern die Voraussetzungen für diese vorliegen.

#### **2394bis. (Haftungsklagen bei laufenden Insolvenzverfahren)**

Im Fall des Konkurses der Gesellschaft oder ihrer Zwangsliquidation im Verwaltungsweg oder ihrer außerordentlichen Verwaltung stehen die in den vorhergehenden Artikeln vorgesehenen Haftungsklagen dem Masseverwalter, dem Liquidationskommissär und dem außerordentlichen Kommissär zu.

#### **2395. (Individualklage des Gesellschafters und des Dritten)**

Die Bestimmungen der vorhergehenden Artikel beeinträchtigen das Recht auf Ersatz des Schadens nicht, das einem einzelnen Gesellschafter oder einem Dritten zusteht, der durch fahrlässige oder vorsätzliche Handlungen der Verwalter unmittelbar geschädigt worden ist.

Die Klage kann innerhalb von fünf Jahren ab der Vornahme der Rechtshandlung, durch die der Gesellschafter oder der Dritte geschädigt worden ist, erhoben werden.

#### **2396. (Generaldirektoren)**

Die Bestimmungen, welche die Haftung der Verwalter regeln, finden auch auf die Generaldirektoren, die von der Gesellschafterversammlung oder durch eine Bestimmung in der Satzung bestellt worden sind, bezüglich der diesen anvertrauten Aufgaben Anwendung, wobei Klagemöglichkeiten aufgrund des mit der Gesellschaft begründeten Arbeitsverhältnisses unberührt bleiben.

### **§ 3**

## **Überwachungsrat**

#### **2397. (Zusammensetzung des Überwachungsrats)**

Der Überwachungsrat setzt sich aus drei oder fünf wirklichen Mitgliedern zusammen, die Gesellschafter oder Nichtgesellschafter sein können. Darüber hinaus müssen zwei Ersatzüberwachungsratsmitglieder bestellt werden.

Wenigstens ein wirkliches Überwachungsratsmitglied und ein Ersatzüberwachungsratsmitglied müssen unter Abschlussprüfern ausgewählt werden, die in einem eigenen Register eingetragen sind. Die übrigen Mitglieder sind, wenn sie nicht in dieses Register eingetragen sind, unter Personen, die in die durch Dekret des Justizministers bestimmten Berufslisten eingetragen sind, oder unter den in die Stammrolle eingetragenen Universitätsprofessoren wirtschaftswissenschaftlicher oder juristischer Fächer auszuwählen.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2398. (Vorsitz im Überwachungsrat)**

Der Vorsitzende des Überwachungsrats wird von der Gesellschafterversammlung bestellt.

#### **2399. (Gründe für die Nichtwählbarkeit und für den Amtsverlust)**

Nicht zu Überwachungsratsmitgliedern können gewählt werden und es verlieren, wenn sie gewählt worden sind, ihr Amt:

a) jene Personen, auf welche die in Artikel 2382 vorgesehenen Umstände zu-  
treffen;

b) der Ehegatte und die bis zum vierten Grad Verwandten und Verschwägerten  
der Verwalter der Gesellschaft sowie die Verwalter, der Ehegatte und die bis zum  
vierten Grad Verwandten und Verschwägerten der Verwalter der von dieser Ge-  
sellschaft abhängigen Gesellschaften, der Gesellschaften, die diese Gesellschaft  
beherrschen und der Gesellschaften, die von ein und derselben Gesellschaft be-  
herrscht werden;

c) jene Personen, die an die Gesellschaft oder an die von dieser Gesellschaft  
abhängigen Gesellschaften oder an die Gesellschaften, die diese Gesellschaft  
beherrschen, oder an die Gesellschaften, die von ein und derselben Gesellschaft  
beherrscht werden, durch ein Arbeitsverhältnis oder ein dauerndes entgeltliches  
Beratungs- oder Werkleistungsverhältnis oder durch sonstige vermögensrechtliche  
Beziehungen, die ihre Unabhängigkeit beeinträchtigen können, gebunden sind.

Die dauernde oder die zeitweilige Streichung aus dem Register der Abschluss-  
prüfer und der Prüfungsgesellschaften und der Verlust der im letzten Absatz des  
Artikels 2397 vorgesehenen Voraussetzungen sind Gründe für den Amtsverlust  
des Überwachungsratsmitglieds.<sup>1)</sup>

Die Satzung kann weitere Gründe für die Nichtwählbarkeit oder für den Amts-  
verlust und Unvereinbarkeitsgründe sowie Grenzen und Richtlinien für eine Äm-  
terhäufung vorsehen.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 6 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom  
27.1.2010, Nr. 39.

#### **2400. (Bestellung und Ausscheiden aus dem Amt)**

Vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2351, 2449 und 2450 werden die  
Überwachungsratsmitglieder das erste Mal durch den Gründungsakt und in der  
Folge von der Gesellschafterversammlung bestellt. Sie bleiben drei Geschäftsjah-  
re lang im Amt und scheiden mit jener Gesellschafterversammlung aus dem Amt  
aus, die zum Zweck der Genehmigung des Jahresabschlusses für das dritte Ge-  
schäftsjahr ihrer Amtszeit einberufen worden ist. Das Ausscheiden der Überwa-  
chungsratsmitglieder wegen Fristablaufs ist ab dem Zeitpunkt wirksam, an dem  
der Überwachungsrat neu gebildet wird.

Die Überwachungsmitglieder können nur aus wichtigem Grund abberufen wer-  
den. Der Beschluss über die Abberufung muss vom Landesgericht nach Anhörung  
des Betroffenen mit Dekret genehmigt werden.

Auf Veranlassung der Verwalter muss die Bestellung der Überwachungsrats-  
mitglieder unter Angabe des Zunamens und des Vornamens, des Orts und des  
Tages der Geburt und des Domizils sowie das Ausscheiden eines jeden von ihnen  
aus dem Amt innerhalb von dreißig Tagen in das Handelsregister eingetragen  
werden.

Bei Bestellung der Überwachungsratsmitglieder und vor Annahme des Amtes  
müssen der Gesellschafterversammlung Beauftragungen im Bereich der Verwal-  
tung und der Kontrolle, die von ihnen bei anderen Gesellschaften wahrgenommen  
werden, bekannt gegeben werden.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Dieser Absatz wurde durch Artikel 2 Abs. 2 Buchstabe a) des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr.  
262, hinzugefügt.

#### **2401. (Ersetzung)**

Wenn ein Überwachungsratsmitglied stirbt, sein Amt niederlegt oder es ver-  
liert, rücken die Ersatzüberwachungsratsmitglieder in der Reihenfolge ihres Alters  
nach, wobei Artikel 2397, zweiter Absatz, zu beachten ist. Die neuen Überwa-  
chungsratsmitglieder bleiben bis zur nächsten Gesellschafterversammlung, wel-  
che die Bestellung der zur Vervollständigung des Überwachungsrats erforderli-  
chen wirklichen Überwachungsratsmitglieder und Ersatzüberwachungsratsmitglie-

der vorzunehmen hat, im Amt, wobei Artikel 2397, zweiter Absatz, zu beachten ist. Die neu bestellten Überwachungsratsmitglieder verlieren ihr Amt zusammen mit den bereits im Amt befindlichen.

Im Fall der Ersetzung des Vorsitzenden übernimmt bis zur nächsten Gesellschafterversammlung das älteste Überwachungsratsmitglied den Vorsitz.

Wenn mit den Ersatzüberwachungsratsmitgliedern der Überwachungsrat nicht vollständig ergänzt werden kann, muss eine Gesellschafterversammlung einberufen werden, damit sie die Vervollständigung des Überwachungsrats vornimmt.

#### **2402. (Vergütung)**

Die jährliche Vergütung für die Überwachungsratsmitglieder muss, wenn sie nicht in der Satzung festgesetzt ist, von der Gesellschafterversammlung anlässlich der Bestellung für die gesamte Zeitdauer ihres Amtes bestimmt werden.

#### **2403. (Pflichten des Überwachungsrats)**

Der Überwachungsrat hat die Einhaltung des Gesetzes und der Satzung, die Beachtung der Grundsätze einer ordnungsmäßigen Verwaltung und insbesondere die Eignung der von der Gesellschaft gewählten Einrichtungen, welche die Organisation, die Verwaltung und das Rechnungswesen betreffen, sowie deren konkretes Funktionieren zu überwachen.

Er nimmt weiters die in Artikel 2409bis, dritter Absatz, vorgesehene Rechnungsprüfung vor.

#### **2403bis. (Befugnisse des Überwachungsrats)**

Die Überwachungsratsmitglieder können jederzeit, und zwar auch einzeln, Untersuchungen und Überprüfungen vornehmen.

Der Überwachungsrat kann von den Verwaltern auch hinsichtlich abhängiger Gesellschaften Mitteilungen über den Geschäftsgang der Gesellschaft oder über bestimmte Geschäfte verlangen. Er kann weiters mit den entsprechenden Organen der abhängigen Gesellschaften Informationen über Verwaltungs- und Kontrollsysteme und den allgemeinen Gang der Gesellschaftstätigkeit austauschen.

Die vorgenommenen Feststellungen sind in dem in Artikel 2421, erster Absatz, Ziffer 5, vorgesehenen Buch festzuhalten.

Die Überwachungsratsmitglieder können sich bei der Vornahme einzelner Untersuchungs- und Überprüfungstätigkeiten auf eigene Verantwortung und auf eigene Kosten ihrer Dienstnehmer und Hilfspersonen bedienen, sofern auf diese nicht einer der in Artikel 2399 vorgesehenen Umstände zutrifft.

Das Verwaltungsorgan kann den Hilfspersonen und den Dienstnehmern der Überwachungsratsmitglieder den Zugang zu vertraulichen Informationen verwehren.

#### **2404. (Sitzungen und Beschlüsse des Überwachungsrats)**

Der Überwachungsrat muss wenigstens alle neunzig Tage zusammentreten. Die Sitzung kann auch unter Einsatz von Telekommunikationsmitteln stattfinden, wenn die Satzung dies zulässt und deren Art und Weise bestimmt.

Ein Überwachungsratsmitglied, das ohne Rechtfertigungsgrund während eines Geschäftsjahres an zwei Sitzungen des Überwachungsrats nicht teilnimmt, verliert sein Amt.

Über die Sitzungen des Überwachungsrats ist ein Protokoll abzufassen, welches in das in Artikel 2421, erster Absatz, Ziffer 5, vorgesehene Buch einzutragen und von den Anwesenden zu unterschreiben ist.

Der Überwachungsrat ist bei Anwesenheit der Mehrheit der Überwachungsratsmitglieder beschlussfähig und fasst die Beschlüsse mit absoluter Mehrheit der Anwesenden. Das Überwachungsratsmitglied, das nicht zugestimmt hat, ist berechtigt, die Gründe für seine nicht erteilte Zustimmung ins Protokoll aufnehmen

zu lassen.

#### **2405. (Teilnahme an den Sitzungen des Verwaltungsrats und an den Gesellschafterversammlungen)**

Die Überwachungsratsmitglieder müssen an den Sitzungen des Verwaltungsrats, an den Gesellschafterversammlungen und an den Sitzungen des Vollzugsausschusses teilnehmen.

Die Überwachungsratsmitglieder, die ohne Rechtfertigungsgrund an den Gesellschafterversammlungen oder während eines Geschäftsjahres an zwei aufeinander folgenden Sitzungen des Verwaltungsrats oder des Vollzugsausschusses nicht teilnehmen, verlieren ihr Amt.

#### **2406. (Unterlassungen der Verwalter)**

Im Fall einer Unterlassung oder einer unberechtigten Verzögerung durch die Verwalter hat der Überwachungsrat die Gesellschafterversammlung einzuberufen und die vom Gesetz vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen vorzunehmen.

Der Überwachungsrat kann die Gesellschafterversammlung überdies nach vorhergehender Mitteilung an den Präsidenten des Verwaltungsrats einberufen, wenn er bei Ausübung seines Amtes beanstandungswürdige Tatsachen schwerwiegender Art feststellt und dringender Handlungsbedarf gegeben ist.

#### **2407. (Haftung)**

Die Überwachungsratsmitglieder müssen ihre Pflichten mit der Professionalität und der Sorgfalt erfüllen, wie sie die Art des Amtes erfordern; sie haften für die Richtigkeit ihrer Bestätigungen und sind zur Verschwiegenheit über Tatsachen und Urkunden verpflichtet, von denen sie aufgrund ihres Amtes Kenntnis haben.

Sie haften als Gesamtschuldner mit den Verwaltern für deren Handlungen oder Unterlassungen, sofern der Schaden nicht eingetreten wäre, wenn sie entsprechend den Pflichten ihres Amtes die Überwachung vorgenommen hätten.

Auf die Haftungsklage gegen die Überwachungsratsmitglieder finden soweit vereinbar die Bestimmungen der Artikel 2393, 2393bis, 2394, 2394bis und 2395 Anwendung.

#### **2408. (Anzeige an den Überwachungsrat)**

Jeder Gesellschafter kann Tatsachen, die er für beanstandungswürdig hält, dem Überwachungsrat anzeigen, der die Anzeige im Bericht an die Gesellschafterversammlung zu berücksichtigen hat.

Wenn die Anzeige von so vielen Gesellschaftern eingebracht wird, dass sie ein Zwanzigstel oder bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, ein Fünfzigstel des Gesellschaftskapitals vertreten, muss der Überwachungsrat ohne Verzug über die angezeigten Tatsachen Nachforschungen anstellen und seine Schlussfolgerungen und allfälligen Vorschläge der Gesellschafterversammlung vorlegen; er hat überdies in den im zweiten Absatz des Artikels 2406 vorgesehenen Fällen die Gesellschafterversammlung einzuberufen. Die Satzung kann für die Anzeige geringere Beteiligungsprozentsätze vorsehen.

#### **2409. (Anzeige an das Landesgericht)**

Wenn begründeter Verdacht besteht, dass die Verwalter unter Verletzung ihrer Pflichten bei der Führung der Gesellschaft schwerwiegende Unregelmäßigkeiten begangen hat, die der Gesellschaft oder einer oder mehreren abhängigen Gesellschaften Schaden verursachen können, können die Gesellschafter, die ein Zehntel oder bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, ein Zwanzigstel des Gesellschaftskapitals vertreten, die Tatsachen dem Landesgericht mit einem Rekurs anzeigen, der auch der Gesellschaft zuzustellen ist. Die Satzung kann geringere Beteiligungsprozentsätze vorsehen.

Das Landesgericht kann nach Anhörung der Verwalter und Überwachungsratsmitglieder in nichtöffentlicher Sitzung eine Untersuchung der Verwaltung der Gesellschaft auf Kosten der antragstellenden Gesellschafter anordnen und diese nach den Umständen von der Leistung einer Kautions abhängig machen. Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig.

Das Landesgericht ordnet keine Untersuchung an und setzt das Verfahren für einen bestimmten Zeitraum aus, wenn die Gesellschafterversammlung die Verwalter und die Überwachungsratsmitglieder durch Personen entsprechender Professionalität ersetzt, die ohne Verzug daran gehen festzustellen, ob die Verletzungen vorliegen und, falls dies der Fall ist, diese zu beseitigen, wobei dem Landesgericht über die vorgenommenen Feststellungen und Maßnahmen zu berichten ist.

Wenn die angezeigten Verletzungen bestehen oder wenn sich ergibt, dass die gemäß dem dritten Absatz vorgenommenen Feststellungen und Maßnahmen zu deren Beseitigung unzureichend sind, kann das Landesgericht zweckmäßige vorläufige Verfügungen treffen und die Gesellschafterversammlung zur Fassung der sich daraus ergebenden Beschlüsse einberufen. In besonders schweren Fällen kann es die Verwalter und allenfalls auch die Überwachungsratsmitglieder abberufen und einen Zwangsverwalter bestellen sowie dessen Befugnisse und die Dauer seiner Tätigkeit bestimmen.

Der Zwangsverwalter kann die Haftungsklage gegen die Verwalter und Überwachungsratsmitglieder einbringen. Der letzte Absatz des Artikels 2393 findet Anwendung.

Der Zwangsverwalter hat vor Beendigung seines Amtes dem Landesgericht, das ihn bestellt hat, Rechnung zu legen; er beruft eine Gesellschafterversammlung, bei der er den Vorsitz führt, ein, um die Bestellung der neuen Verwalter und Überwachungsratsmitglieder vornehmen zu lassen oder um erforderlichenfalls die Liquidation der Gesellschaft oder ihre Zulassung zu einem Insolvenzverfahren vorzuschlagen.

Die in diesem Artikel vorgesehenen Verfügungen können auch auf Antrag des Überwachungsrats, des Aufsichtsrats oder des Ausschusses für die Kontrolle der Geschäftsführung sowie bei Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, der Staatsanwaltschaft getroffen werden; in diesen Fällen gehen die Kosten für die Untersuchung zu Lasten der Gesellschaft.

#### § 4

#### **Abschlussprüfung<sup>1)</sup>**

1) Fassung der Überschrift laut Artikel 37 Abs. 7 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2409bis. (Abschlussprüfung)**

Die Abschlussprüfung bei einer Gesellschaft wird von einem Abschlussprüfer oder einer Prüfungsgesellschaft, die in einem eigenen Register eingetragen sind, vorgenommen.

Die Satzung von Gesellschaften, die nicht zur Erstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses verpflichtet sind, kann vorsehen, dass die Abschlussprüfung durch den Überwachungsrat vorgenommen wird. In diesem Fall wird der Überwachungsrat aus Abschlussprüfern, die in einem eigenen Register eingetragen sind, gebildet.<sup>1)</sup>

-----

1) Fassung dieses Artikels laut Artikel 37 Abs. 8 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2409ter.-2409quater.<sup>1)</sup>**

-----

1) Diese Artikel wurden durch Artikel 37 Abs. 9 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39, aufgehoben.

#### **2409quinquies. (Gründe für die Nichtwählbarkeit und für den Amtsverlust)**

Vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 2409bis, dritter Absatz, können die Überwachungsmitglieder der Gesellschaft, der von dieser Gesellschaft abhängigen Gesellschaften, der Gesellschaften, die diese Gesellschaften beherrschen, oder der Gesellschaften, die von ein und derselben Gesellschaft beherrscht werden, sowie jene Personen, auf welche die in Artikel 2399, erster Absatz vorgesehenen Umstände zutreffen, nicht mit der Rechnungsprüfung beauftragt werden und verlieren, wenn sie beauftragt worden sind, ihr Amt.

Die Satzung kann weitere Gründe für die Nichtwählbarkeit oder für den Amtsverlust sowie Unvereinbarkeitsgründe vorsehen, sie kann auch zusätzliche Erfordernisse hinsichtlich einer bestimmten beruflichen Qualifikation der mit der Rechnungslegung beauftragten Person vorsehen.

Im Fall einer Prüfungsgesellschaft sind die Bestimmungen dieses Artikels hinsichtlich der Gesellschafter dieser Gesellschaft und der mit der Prüfung beauftragten Personen anzuwenden.<sup>1)</sup>

- - - - -

- 1) Dieser durch Artikel 37 Abs. 9 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39, aufgehobene Artikel findet gemäß Artikel 43 Abs. 1 Buchstabe l) dieses Dekrets weiterhin bis zum Inkrafttreten der durch den Minister für Wirtschaft und Finanzen im Sinn des vorgenannten Gesetzesvertretenden Dekrets erlassenen Verordnungen Anwendung.

#### **2409sexies.<sup>1)</sup>**

- - - - -

- 1) Dieser Artikel wurde durch Artikel 37 Abs. 9 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39, aufgehoben.

#### **2409septies. (Informationsaustausch)**

Der Überwachungsrat und die mit der Abschlussprüfung beauftragten Personen tauschen rechtzeitig die für die Erfüllung der jeweiligen Aufgaben erheblichen Informationen aus.<sup>1)</sup>

- - - - -

- 1) Fassung dieses Artikels laut Artikel 37 Abs. 10 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39, aufgehoben.

### **§ 5**

#### **Dualistisches System**

#### **2409octies. (Auf einem Vorstand und einem Aufsichtsrat beruhendes System)**

Die Satzung kann vorsehen, dass die Verwaltung und die Kontrolle von einem Vorstand und einem Aufsichtsrat gemäß den folgenden Vorschriften ausgeübt werden.

#### **2409novies. (Vorstand)**

Die Geschäftsführung des Unternehmens steht ausschließlich dem Vorstand zu, der die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks erforderlichen Geschäfte tätigt. Er kann die eigenen Aufgaben an einen oder mehrere seiner Mitglieder übertragen; in diesem Fall finden der dritte, vierte und fünfte Absatz des Artikels 2381 Anwendung.

Er besteht aus zumindest zwei Mitgliedern, die nicht Gesellschafter sein müssen.

Mit Ausnahme der ersten Mitglieder, die durch den Gründungsakt bestellt werden, und vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2351, 2449 und 2450 steht die Bestellung der Mitglieder des Vorstands nach vorheriger Bestimmung ihrer Anzahl innerhalb der durch die Satzung festgelegten Grenzen dem Aufsichtsrat zu.

Die Mitglieder des Vorstands können nicht zu Mitgliedern des Aufsichtsrats be-

stellt werden und bleiben für einen drei Geschäftsjahre nicht übersteigenden Zeitraum bis zur Versammlung des Aufsichtsrats im Amt, die zum Zweck der Genehmigung des Jahresabschlusses für das letzte Geschäftsjahr ihrer Amtszeit einberufen worden ist.

Die Mitglieder des Vorstands können vorbehaltlich einer anderslautenden Satzungsbestimmung wiedergewählt werden und können vom Aufsichtsrat, auch wenn sie durch den Gründungsakt bestellt worden sind, jederzeit abberufen werden, und zwar unbeschadet des Rechts auf Schadenersatz, wenn die Abberufung ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes erfolgt.

Wenn im Laufe eines Geschäftsjahres ein oder mehrere Mitglieder des Vorstands wegfallen, hat der Aufsichtsrat unverzüglich deren Ersetzung vorzunehmen.

#### **2409decies. (Haftungsklage der Gesellschaft)**

Die Haftungsklage gegen die Mitglieder des Vorstands wird von der Gesellschaft oder von den Gesellschaftern gemäß den Artikeln 2393 und 2393bis eingebracht.

Die Haftungsklage kann auch aufgrund eines Beschlusses des Aufsichtsrats erhoben werden. Die Beschlussfassung erfolgt mit der Mehrheit der Mitglieder des Aufsichtsrats und führt, wenn sie mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder erfolgt, zur Abberufung derjenigen Mitglieder des Vorstands, gegen die der Klagsanspruch erhoben wird, wobei der Aufsichtsrat zugleich deren Ersetzung vorzunehmen hat.

Die Klage kann vom Aufsichtsrat innerhalb von fünf Jahren ab dem Ausscheiden des Verwalters aus dem Amt erhoben werden.

Der Aufsichtsrat kann auf die Einbringung der Haftungsklage verzichten und einen Vergleich abschließen, sofern der Verzicht und der Vergleich mit absoluter Mehrheit der Mitglieder des Aufsichtsrats genehmigt werden und sich dem nicht der im letzten Absatz des Artikels 2393 angegebene Prozentsatz an Gesellschaftern widersetzt.

Der Verzicht auf den Klagsanspruch durch die Gesellschaft oder den Aufsichtsrat steht der Ausübung der in den Artikeln 2393bis, 2394 und 2394bis vorgesehenen Klagsansprüche nicht entgegen.

#### **2409undecies. (Anzuwendende Vorschriften)**

Auf den Vorstand finden soweit vereinbar die Bestimmungen der Artikel 2380bis, fünfter Absatz, 2381, sechster Absatz, 2382, 2383, vierter und fünfter Absatz, 2384, 2385, 2387, 2390, 2392, 2394, 2394bis und 2395 Anwendung.

Auf die Beschlussfassungen des Vorstands finden die Artikel 2388 und 2391 Anwendung, wobei die Legitimation zur Anfechtung der Beschlüsse auch dem Aufsichtsrat zusteht.

#### **2409duodecies. (Aufsichtsrat)**

Sofern die Satzung nicht eine größere Anzahl vorsieht, setzt sich der Aufsichtsrat aus zumindest drei Mitgliedern zusammen, die nicht Gesellschafter sein müssen.

Mit Ausnahme der ersten Mitglieder, die durch den Gründungsakt bestellt werden, und vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2351, 2449 und 2450, steht die Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrats nach vorheriger Bestimmung ihrer Anzahl innerhalb der durch die Satzung festgelegten Grenzen der Gesellschafterversammlung zu.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bleiben drei Geschäftsjahre lang im Amt und scheiden mit der nächstfolgenden, im zweiten Absatz des Artikels 2364bis vorgesehenen Gesellschafterversammlung aus. Das Ausscheiden wegen Fristablaufs ist ab dem Zeitpunkt wirksam, an dem der Aufsichtsrat neu gebildet wird.

Mindestens ein wirkliches Mitglied des Aufsichtsrats ist aus den in einem eige-

nen Register eingetragenen Abschlussprüfern zu wählen.<sup>1)</sup>

Die Mitglieder des Aufsichtsrats können vorbehaltlich einer anderslautenden Satzungsbestimmung wiedergewählt werden und können von der Gesellschafterversammlung, auch wenn sie durch den Gründungsakt bestellt worden sind, jederzeit mit der im fünften Absatz des Artikels 2393 vorgesehenen Mehrheit abberufen werden, und zwar unbeschadet des Rechts auf Schadenersatz, wenn die Abberufung ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes erfolgt.<sup>2)</sup>

Die Satzung kann vorbehaltlich dessen, was Sondergesetze hinsichtlich der Ausübung besonderer Tätigkeiten vorsehen, die Übernahme des Amtes an besondere Erfordernisse der Ehrbarkeit, Professionalität und Unabhängigkeit knüpfen.

Fallen im Laufe eines Geschäftsjahrs ein oder mehrere Mitglieder des Aufsichtsrats weg, hat die Gesellschafterversammlung unverzüglich ihre Ersetzung vorzunehmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats wird von der Gesellschafterversammlung gewählt.

Die Satzung bestimmt die Befugnisse des Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats können nicht gewählt werden und es verlieren ihr Amt, wenn sie gewählt worden sind:

a) jene Personen, auf welche die in Artikel 2382 vorgesehenen Umstände zutreffen;

b) die Mitglieder des Vorstands;

c) jene Personen, die an die Gesellschaft oder an die von dieser Gesellschaft abhängigen Gesellschaften oder an die Gesellschaften, die von ein und derselben Gesellschaft beherrscht werden, durch ein Arbeitsverhältnis oder ein dauerndes entgeltliches Beratungs- oder Werkleistungsverhältnis, das ihre Unabhängigkeit beeinträchtigen kann, gebunden sind.<sup>3)</sup>

Die Satzung kann weitere Gründe für die Nichtwählbarkeit oder für den Amtsverlust und Unvereinbarkeitsgründe sowie Grenzen und Richtlinien für eine Ämterhäufung vorsehen.

-----

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 11 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c) des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr. 262.

3) Fassung dieses Buchstabens laut Artikel 13 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.

## **2409terdecies. (Zuständigkeit des Aufsichtsrats)**

Der Aufsichtsrat

a) nimmt die Bestellung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstands vor; er bestimmt ihre Vergütung, es sei denn, die diesbezügliche Zuständigkeit wurde von der Satzung der Gesellschafterversammlung zugewiesen;

b) genehmigt den Jahresabschluss und den konsolidierten Jahresabschluss, sofern ein solcher aufgestellt worden ist;

c) übt die in Artikel 2403, erster Absatz, vorgesehenen Aufgaben aus;

d) erhebt die Haftungsklage gegen die Mitglieder des Vorstandes;

e) erstattet die in Artikel 2409 vorgesehene Anzeige beim Landesgericht;

f) berichtet mindestens einmal im Jahr schriftlich der Gesellschafterversammlung über seine Aufsichtstätigkeit sowie über die aufgedeckten beanstandungswürdigen Unterlassungen und Handlungen;

fbis) beschließt, wenn dies in der Satzung vorgesehen ist, über die vom Vorstand ausgearbeiteten strategischen Geschäfte und produktionstechnischen und finanziellen Pläne der Gesellschaft, wobei die Haftung des Vorstands für die vorgenommenen Handlungen jedenfalls aufrecht bleibt.<sup>1)</sup>

Die Satzung kann vorsehen, dass im Fall der unterbliebenen Genehmigung des



Jahresabschlusses oder, wenn es mindestens ein Drittel der Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats verlangt, die Zuständigkeit für die Genehmigung des Jahresabschlusses der Gesellschafterversammlung zugewiesen wird.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben ihre Pflichten mit der nach der Art des Amtes erforderlichen Sorgfalt zu erfüllen. Sie haften als Gesamtschuldner mit den Mitgliedern des Vorstands für deren Handlungen und Unterlassungen, sofern der Schaden nicht eingetreten wäre, wenn sie entsprechend den Pflichten ihres Amtes die Aufsicht wahrgenommen hätten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats können bei den Sitzungen des Vorstands anwesend sein und müssen an den Gesellschafterversammlungen teilnehmen.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Buchstabens laut Artikel 14 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310, der durch Artikel 5 Buchstabe s) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 6.2.2004, Nr. 37, hinzugefügt worden ist.

#### **2409quaterdecies. (Anzuwendende Vorschriften)**

Auf den Aufsichtsrat und seine Mitglieder finden soweit vereinbar die Artikel 2388, 2400, dritter und vierter Absatz, 2402, 2403bis, zweiter und dritter Absatz, 2404, erster, dritter und vierter Absatz, 2406, 2408 und 2409septies Anwendung.<sup>1)</sup>

Auf die Beschlussfassung des Aufsichtsrats, mit welcher der Jahresabschluss genehmigt wird, findet Artikel 2434bis Anwendung und der Beschluss kann auch von den Gesellschaftern gemäß Artikel 2377 angefochten werden.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 2 Abs. 2 Buchstabe b) des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr. 262.

#### **2409quinquiesdecies. (Abschlussprüfung)**

Die Abschlussprüfung erfolgt gemäß Artikel 2409bis, Absatz 1.<sup>1)</sup>

- - - - -

- 1) Fassung dieses Artikels laut Artikel 37 Abs. 12 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

### **§ 6**

#### **Monistisches System**

#### **2409sexiesdecies. (Auf einem Verwaltungsrat und einem aus seiner Mitte gebildeten Ausschuss beruhendes System)**

Die Satzung kann vorsehen, dass die Verwaltung und die Kontrolle von einem Verwaltungsrat beziehungsweise von einem aus seiner Mitte gebildeten Ausschuss ausgeübt werden.

#### **2409septiesdecies. (Verwaltungsrat)**

Die Führung des Unternehmens steht ausschließlich dem Verwaltungsrat zu.

Wenigstens ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats muss die in Artikel 2399, erster Absatz, für die Überwachungsratsmitglieder festgesetzten Voraussetzungen der Unabhängigkeit und, wenn es die Satzung vorsieht, die Voraussetzungen besitzen, die diesbezüglich in Verhaltenskodizes aufgenommen worden sind, die von den Berufsvereinigungen oder von Gesellschaften, die geregelte Märkte betreiben, verfasst worden sind.

Bei Bestellung der Mitglieder des Verwaltungsrats und vor der Annahme des Amtes müssen der Gesellschafterversammlung Beauftragungen im Bereich der Verwaltung und der Kontrolle, die von ihnen bei anderen Gesellschaften wahrgenommen werden, bekannt gegeben werden.<sup>1)</sup>

- - - - -

- 1) Dieser Absatz wurde durch Artikel 2 Abs. 2 Buchstabe c) des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr. 262, hinzugefügt.

#### **2409octiesdecies. (Ausschuss für die Kontrolle der Geschäftsführung)**

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung der Satzung steht die Festlegung der Zahl und die Bestellung der Mitglieder des Ausschusses für die Kontrolle der Geschäftsführung dem Verwaltungsrat zu. In Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarkts bedienen, darf die Zahl der Mitglieder des Ausschusses nicht weniger als drei betragen.

Der Ausschuss besteht aus Verwaltern, die im Besitz der in der Satzung festgesetzten Voraussetzungen der Ehrbarkeit und Professionalität sind und welche die in Artikel 2409septiesdecies vorgesehenen Voraussetzungen der Unabhängigkeit erfüllen, weiters nicht Mitglieder des Vollzugsausschusses sind und denen keine Aufträge erteilt oder besondere Aufgaben übertragen worden sind und die jedenfalls keine Geschäftsführungstätigkeiten verrichten, die mit dem Unternehmen der Gesellschaft oder der Gesellschaften, die diese beherrschen oder von ihr abhängig sind, zusammenhängen, wobei dies auch für Tätigkeiten ohne Rechtsgrundlage gilt.

Wenigstens ein Mitglied des Ausschusses für die Kontrolle der Geschäftsführung ist aus jenen Personen zu wählen, die in einem eigenen Register der Abschlussprüfer eingetragen sind.<sup>1)</sup>

Im Fall des Todes, des Verzichts, der Abberufung oder des Amtsverlustes eines Mitglieds des Ausschusses für die Kontrolle der Geschäftsführung sorgt der Verwaltungsrat unverzüglich für dessen Ersetzung durch Wahl eines der Verwalter, der im Besitz der in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Voraussetzungen ist; ist dies nicht möglich, geht der Verwaltungsrat unverzüglich gemäß Artikel 2386 vor und wählt eine Person, welche die oben genannten Voraussetzungen erfüllt.

Der Ausschuss für die Kontrolle der Geschäftsführung

a) wählt aus seiner Mitte mit absoluter Mehrheit seiner Mitglieder den Vorsitzenden;

b) überwacht die Angemessenheit der organisatorischen Struktur der Gesellschaft, das System der internen Kontrolle und das System der Verwaltung und der Rechnungsprüfung sowie dessen Eignung, die Geschäftstätigkeiten ordnungsgemäß darzustellen;

c) übt die weiteren ihm vom Verwaltungsrat anvertrauten Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu der Person, die beauftragt ist, die Abschlussprüfung vorzunehmen, aus.<sup>2)</sup>

Auf den Ausschuss für die Kontrolle der Geschäftsführung finden weiters soweit vereinbar die Artikel 2404, erster, dritter und vierter Absatz, 2405, erster Absatz, und 2408 Anwendung.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 13 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

2) Fassung dieses Buchstabens laut Artikel 37 Abs. 14 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2409noviesdecies. (Anzuwendende Vorschriften und Abschlussprüfung)<sup>1)</sup>**

Auf den Verwaltungsrat finden soweit vereinbar die Artikel 2380bis, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2393bis, 2394, 2394bis und 2395 Anwendung.

Die Abschlussprüfung erfolgt gemäß Artikel 2409bis, erster Absatz.<sup>2)</sup>

- - - - -

1) Fassung der Überschrift laut Artikel 37 Abs. 15 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 15 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

## Schuldverschreibungen

### 2410. (Ausgabe)

Sofern im Gesetz oder in der Satzung nichts anderes bestimmt ist, wird die Ausgabe von Schuldverschreibungen von den Verwaltern beschlossen.

In jedem Fall muss der Beschluss über die Ausgabe aus einem von einem Notar abgefassten Protokoll hervorgehen und gemäß Artikel 2436 hinterlegt und eingetragen werden.

### 2411. (Rechte der Schuldverschreibungsinhaber)

Das Recht der Schuldverschreibungsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals und auf Zinsen kann ganz oder teilweise von der Befriedigung der sonstigen Gesellschaftsgläubiger abhängig gemacht werden.

Die Fälligkeiten und das Ausmaß der Zahlung der Zinsen können nach objektiven Kriterien, die auch auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft Bezug nehmen können, unterschiedlich geregelt werden.

Die Regelung dieses Teils findet weiters auf wie immer bezeichnete Finanzinstrumente Anwendung, welche die Fälligkeiten und das Ausmaß der Rückerstattung des Kapitals mit der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft verknüpfen.

### 2412. (Grenzen für die Ausgabe)

Die Gesellschaft kann Schuldverschreibungen auf den Inhaber oder auf den Namen für einen Betrag ausgeben, der insgesamt das Doppelte des Gesellschaftskapitals, der gesetzlichen Rücklage und der aus dem letzten genehmigten Jahresabschluss hervorgehenden verfügbaren Rücklagen nicht übersteigen darf. Die Überwachungsratsmitglieder haben die Beachtung der oben genannten Grenze zu bestätigen.

Die im ersten Absatz vorgesehene Grenze kann überschritten werden, wenn die für den Mehrbetrag ausgegebenen Schuldverschreibungen zur Zeichnung durch berufsmäßige Anleger bestimmt sind, die gemäß den Sondergesetzen unter verschärfter Aufsicht stehen. Werden diese Schuldverschreibungen in der Folge in Umlauf gebracht, haftet der Überträger gegenüber den Erwerbern, die keine berufsmäßigen Anleger sind, für die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Die Ausgabe von Schuldverschreibungen, die durch erstrangige Hypotheken auf gesellschaftseigenen Liegenschaften gesichert sind, unterliegt bis zum Wert von zwei Dritteln dieser Liegenschaften nicht der im ersten Absatz vorgesehenen Grenze und wird zu deren Berechnung nicht herangezogen.

Bei der Berechnung der im ersten Absatz genannten Grenze sind auch jene Beträge zu berücksichtigen, die auf Sicherheiten entfallen, welche die Gesellschaft für Schuldverschreibungen, die andere, auch ausländische Gesellschaften ausgegeben haben, auf welche Art auch immer geleistet hat.<sup>1)</sup>

Der erste und der zweite Absatz finden auf die Ausgabe von Schuldverschreibungen keine Anwendung, die von Gesellschaften vorgenommen wird, deren Aktien in geregelten Märkten notiert werden, soweit es sich um Schuldverschreibungen handelt, die dazu bestimmt sind, in diesen oder anderen geregelten Märkten notiert zu werden.<sup>2)</sup>

Sofern besondere Gründe vorliegen, welche die inländische Wirtschaft betreffen, kann die Gesellschaft durch eine Verfügung der Regierungsbehörde ermächtigt werden, unter Beachtung der Grenzen, der Art und Weise sowie der Vorkehrungen, die eben in dieser Verfügung festgesetzt sind, Schuldverschreibungen auch zu einem höheren Betrag als in diesem Artikel vorgesehen auszugeben.

Unberührt bleiben die Bestimmungen der Sondergesetze, die besondere Arten von Gesellschaften und die Vermögensrücklagen betreffen.<sup>3)</sup>

- - - - -

1) Dieser Absatz wurde durch Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe a) des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr. 262, eingefügt.

- 2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe t) des Gesetzes vom 6.2.2004, Nr.37.
- 3) Durch Artikel 15 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310, hinzugefügter achter Absatz wurde durch Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe b) des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr. 262, aufgehoben.

#### **2413. (Herabsetzung des Kapitals)**

Vorbehaltlich der im dritten, vierten und fünften Absatz des Artikels 2412 vorgesehenen Fälle kann die Gesellschaft, die Schuldverschreibungen ausgegeben hat, nicht aus freien Stücken das Gesellschaftskapital herabsetzen oder Rücklagen verteilen, wenn sich in Bezug auf den Betrag der noch im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen ergibt, dass die im ersten Absatz dieses Artikels vorgesehene Grenze nicht mehr eingehalten ist.

Besteht eine Pflicht zur Herabsetzung des Kapitals oder vermindern sich die Rücklage infolge von Verlusten, dürfen keine Gewinne verteilt werden, solange der Betrag des Gesellschaftskapitals, der gesetzlichen Rücklage und der verfügbaren Rücklagen nicht die Hälfte des Betrages der in Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen erreicht.

#### **2414. (Inhalt der Schuldverschreibungen)**

Die Schuldverschreibungspapiere haben anzugeben:

- 1) die Firma, den Gegenstand und den Sitz der Gesellschaft mit Angabe des Handelsregisteramts, bei dem die Gesellschaft eingetragen ist;
- 2) das Gesellschaftskapital und die im Zeitpunkt der Ausgabe vorhandenen Rücklagen;
- 3) den Tag des Beschlusses über die Ausgabe und seiner Eintragung im Register;
- 4) den Gesamtbetrag der Ausgabe, den Nennwert eines jeden Papiers, die mit ihnen verbundenen Rechte, den Ertrag oder die Kriterien für seine Festlegung und die Art und Weise der Zahlung und Einlösung sowie die allfällige Abhängigkeit der Rechte der Schuldverschreibungsinhaber von jenen anderer Gläubiger der Gesellschaft;
- 5) die allfälligen Sicherheiten, mit denen sie ausgestattet sind;
- 6) den Tag der Rückzahlung der Anleihe und die Kenndaten eines allfälligen Informationsprospekts.

#### **2414bis. (Bestellung der Sicherheiten)**

In dem Beschluss über die Ausgabe von Schuldverschreibungen, der die Bestellung von dinglichen Sicherheiten zugunsten der Zeichner vorsieht, ist ein Notar zu bestimmen, der auf Rechnung der Zeichner die erforderlichen Förmlichkeiten für die Bestellung dieser Sicherheiten vornimmt.

Sofern ein öffentlichrechtlicher Aktionär die Schuldverschreibungen sicherstellt, findet Ziffer 5 des Artikels 2414 Anwendung.

#### **2415. (Versammlung der Schuldverschreibungsinhaber)**

Die Versammlung der Schuldverschreibungsinhaber beschließt:

- 1) über die Bestellung und die Abberufung eines gemeinsamen Vertreters;
- 2) über Abänderungen der Anleihebedingungen;
- 3) über Anträge auf Geschäftsaufsicht und Zwangsausgleich;
- 4) über die Errichtung eines Fonds für die zum Schutz der gemeinsamen Interessen erforderlichen Kosten und über die diesbezügliche Rechnungslegung;
- 5) über sonstige Gegenstände, die das gemeinsame Interesse der Schuldverschreibungsinhaber betreffen.

Die Versammlung wird von den Verwaltern oder vom Vertreter der Schuldverschreibungsinhaber einberufen, wenn sie es für erforderlich halten oder wenn dies

von so vielen Schuldverschreibungsinhabern beantragt wird, dass sie ein Zwanzigstel der ausgegebenen und noch nicht eingelösten Wertpapiere vertreten.

Auf die Versammlung der Schuldverschreibungsinhaber finden die Bestimmungen über die außerordentliche Gesellschafterversammlung Anwendung und ihre Beschlüsse sind auf Veranlassung des Notars, der das Protokoll abgefasst hat, in das Handelsregister einzutragen. Für die Gültigkeit der Beschlüsse über den im ersten Absatz, Ziffer 2, angegebenen Gegenstand ist auch bei der zweiten Einberufung die Zustimmung von so vielen Schuldverschreibungsinhabern erforderlich, dass sie die Hälfte der ausgegebenen und nicht eingelösten Schuldverschreibungen vertreten.

Die Gesellschaft kann an den Abstimmungen mit den allenfalls in ihrem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen nicht teilnehmen.

Die Verwalter und die Überwachungsratsmitglieder können an der Versammlung der Schuldverschreibungsinhaber teilnehmen.

#### **2416. (Anfechtung von Beschlüssen der Versammlung)**

Die in der Versammlung der Schuldverschreibungsinhaber gefassten Beschlüsse können gemäß den Artikeln 2377 und 2379 angefochten werden. Die in Artikel 2377 vorgesehenen Prozentsätze sind unter Bezugnahme auf den Betrag der mit der Schuldverschreibung aufgenommenen Anleihe und auf den Umstand, ob die Schuldverschreibungen in geregelten Märkten notiert werden, zu berechnen.

Die Anfechtung wird beim Landesgericht, in dessen Sprengel die Gesellschaft ihren Sitz hat, erhoben, wobei dem Vertreter der Schuldverschreibungsinhaber rechtliches Gehör zu gewähren ist.

#### **2417. (Gemeinsamer Vertreter)**

Zum gemeinsamen Vertreter kann auch eine Person gewählt werden, die nicht Schuldverschreibungsinhaber ist, und es können auch die zur Ausübung von Anlagendiensten ermächtigte juristische Personen und Treuhandgesellschaften bestellt werden. Die Verwalter, die Überwachungsratsmitglieder, die Dienstnehmer der schuldnerischen Gesellschaft und jene, auf welche die in Artikel 2399 angegebenen Voraussetzungen zutreffen, können nicht zu gemeinsamen Vertretern der Schuldverschreibungsinhaber bestellt werden und verlieren, wenn sie bestellt worden sind, ihr Amt.

Wenn der gemeinsame Vertreter nicht von der Versammlung gemäß Artikel 2415 bestellt wird, wird er auf Antrag eines oder mehrerer Schuldverschreibungsinhaber oder der Verwalter der Gesellschaft vom Landesgericht mit Dekret bestellt.

Der gemeinsame Vertreter bleibt für einen Zeitraum von nicht mehr als drei Geschäftsjahren im Amt und kann wiedergewählt werden. Die Versammlung der Schuldverschreibungsinhaber bestimmt seine Vergütung. Der gemeinsame Vertreter hat innerhalb von dreißig Tagen ab der Kenntnis von seiner Bestellung deren Eintragung in das Handelsregister zu beantragen.

#### **2418. (Pflichten und Befugnisse des gemeinsamen Vertreters)**

Der gemeinsame Vertreter hat die Beschlüsse der Versammlung der Schuldverschreibungsinhaber auszuführen, deren gemeinsame Interessen in den Beziehungen zur Gesellschaft zu wahren und an den Auslosungen der Schuldverschreibungen teilzunehmen. Er ist berechtigt, an der Gesellschafterversammlung teilzunehmen.

Zum Schutz der gemeinsamen Interessen steht ihm die verfahrensrechtliche Vertretung der Schuldverschreibungsinhaber auch bei der Zwangsverwaltung, beim Ausgleich, beim Konkurs, bei der Zwangsliquidation im Verwaltungsweg und bei der außerordentlichen Verwaltung der schuldnerischen Gesellschaft zu.

#### **2419. (Individualklage der Schuldverschreibungsinhaber)**

Die Bestimmungen der vorhergehenden Artikel schließen Individualklagen der Schuldverschreibungsinhaber nicht aus, es sei denn, dass diese mit den in Artikel 2415 vorgesehenen Beschlüssen der Versammlung unvereinbar sind.

#### **2420. (Auslosung der Schuldverschreibungen)**

Die Auslosungen der Schuldverschreibungen müssen bei sonstiger Nichtigkeit in Anwesenheit des gemeinsamen Vertreters oder bei dessen Fehlen in Anwesenheit eines Notars erfolgen.

#### **2420bis. (Wandelschuldverschreibungen)**

Die außerordentliche Gesellschafterversammlung kann die Ausgabe von Schuldverschreibungen, die in Aktien umgewandelt werden können, beschließen und gleichzeitig das Umwandlungsverhältnis und den Zeitraum und die Art und Weise der Umwandlung bestimmen. Der Beschluss kann nicht gefasst werden, wenn das Gesellschaftskapital nicht zur Gänze eingezahlt ist.

Gleichzeitig muss die Gesellschaft die Erhöhung des Gesellschaftskapitals um jenen Betrag beschließen, der dem Nennwert der bei der Umwandlung zuzuweisenden Aktien entspricht. Die Bestimmungen des zweiten, dritten, vierten und fünften Absatzes des Artikels 2346 finden soweit vereinbar Anwendung.

Im ersten Monat eines jeden Halbjahres nehmen die Verwalter die Ausgabe der Aktien vor, die den Schuldverschreibungsinhabern zustehen, welche die Umwandlung im vorhergehenden Halbjahr beantragt haben. Innerhalb des folgenden Monats müssen die Verwalter die Bestätigung über die Erhöhung des Gesellschaftskapitals um das den Nennwert der ausgegebenen Aktien entsprechende Ausmaß zur Eintragung in das Handelsregister hinterlegen. Die Bestimmung des zweiten Absatzes des Artikels 2444 findet Anwendung.

Solange die für die Umwandlung festgesetzten Fristen nicht abgelaufen sind, kann die Gesellschaft weder die Herabsetzung des Gesellschaftskapitals aus freien Stücken noch eine Abänderung der Bestimmungen der Satzung über die Gewinnverteilung beschließen, es sei denn, den Inhabern der Wandelschuldverschreibungen wurde durch eine wenigstens neunzig Tage vor der Einberufung der Gesellschafterversammlung im Handelsregisteramt hinterlegte Benachrichtigung die Befugnis eingeräumt, das Umwandlungsrecht innerhalb der Frist von dreißig Tagen ab der Veröffentlichung auszuüben.

In den Fällen der Erhöhung des Kapitals durch Anrechnung von Rücklagen und der Herabsetzung des Kapitals wegen Verlusten ändert sich das Umtauschverhältnis im Verhältnis zum Ausmaß der Erhöhung oder der Herabsetzung.

Die Wandelschuldverschreibungen haben zusätzlich zu den in Artikel 2414 festgesetzten Angaben das Umtauschverhältnis und die Art und Weise der Umwandlung anzugeben.

#### **2420ter. (Bevollmächtigung der Verwalter)**

In der Satzung kann den Verwaltern die Befugnis erteilt werden, einmal oder mehrmals Wandelschuldverschreibungen bis zu einem bestimmten Gesamtbetrag innerhalb einer Zeit von höchstens fünf Jahren ab dem Tag der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister auszugeben. In diesem Fall umfasst die Bevollmächtigung auch die entsprechende Erhöhung des Gesellschaftskapitals.

Diese Befugnis kann auch durch eine Änderung der Satzung für eine Zeit von höchstens fünf Jahren ab dem Tag des Beschlusses erteilt werden.

Der zweite Absatz des Artikels 2410 findet Anwendung.

#### **2421. (Zwingend vorgeschriebene Bücher der Gesellschaft)**

Außer den Büchern und anderen Rechnungsunterlagen, die gemäß Artikel 2214 vorgeschrieben sind, hat die Gesellschaft zu führen:

1) ein Gesellschafterbuch, in dem gesondert für jede Art von Aktien deren Anzahl, der Zuname und der Vorname der Inhaber der Namensaktien, die Übertragungen und die die Aktien betreffenden Bindungen und die vorgenommenen Einzahlungen anzugeben sind;

2) ein Buch über die Schuldverschreibungen, in dem der Betrag der ausgegebenen und der eingelösten Schuldverschreibungen, der Zuname und der Vorname der Inhaber bei den auf den Namen lautenden Schuldverschreibungen sowie die Übertragungen und die diese betreffenden Bindungen anzugeben sind;

3) ein Buch über die Sitzungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen, in dem auch die in Form einer öffentlichen Urkunde abgefassten Protokolle einzutragen sind;

4) ein Buch über die Sitzungen und Beschlüsse des Verwaltungsrats oder des Vorstands;

5) ein Buch über die Sitzungen und Beschlüsse des Überwachungsrats oder des Aufsichtsrats oder des Ausschusses für die Kontrolle der Geschäftsführung;

6) ein Buch über die Sitzungen und Beschlüsse des Vollzugsausschusses, wenn ein solcher besteht;

7) ein Buch über die Sitzungen und Beschlüsse der Versammlungen der Schuldverschreibungsinhaber, wenn Schuldverschreibungen ausgegeben worden sind;

8) ein Buch über die gemäß Artikel 2447sexies ausgegebenen Finanzinstrumente.

Die in den Ziffern 1, 2, 3, 4 und 8 angegebenen Bücher sind durch die Verwalter oder die Mitglieder des Vorstands zu führen, das in Ziffer 5 angegebene Buch durch den Überwachungsrat oder den Aufsichtsrat oder den Ausschuss für die Kontrolle der Geschäftsführung, das in Ziffer 6 angegebene Buch durch den Vollzugsausschuss und das in Ziffer 7 angegebene Buch durch den gemeinsamen Vertreter der Schuldverschreibungsinhaber.

Die in diesem Artikel vorgesehenen Bücher müssen vor ihrer Verwendung gemäß Artikel 2215 auf jeder Seite fortlaufend nummeriert und auf jedem Bogen gestempelt werden.

#### **2422. (Recht auf Einsicht in die Bücher der Gesellschaft)**

Die Gesellschafter haben das Recht, die in den Ziffern 1 und 3 des ersten Absatzes des Artikels 2421 angegebenen Bücher zu überprüfen und auf eigene Kosten Auszüge aus diesen zu erhalten.

Das gleiche Recht steht dem gemeinsamen Vertreter der Schuldverschreibungsinhaber hinsichtlich der in den Ziffern 2 und 3 des Artikels 2421 angegebenen Bücher und dem gemeinsamen Vertreter der Inhaber von Finanzinstrumenten und den einzelnen Inhabern hinsichtlich des in Ziffer 8 angegebenen Buches sowie den einzelnen Schuldverschreibungsinhabern hinsichtlich des in Ziffer 7 desselben Artikels angegebenen Buches zu.

### **9. Teil**

## **Jahresabschluss**

#### **2423. (Aufstellung des Jahresabschlusses)**

Die Verwalter haben den Jahresabschluss, der aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang besteht, aufzustellen.

Der Jahresabschluss ist klar aufzustellen und muss die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft sowie das wirtschaftliche Ergebnis des Geschäftsjahres

wahrheitsgetreu und richtig wiedergeben.

Reichen die aufgrund besonderer gesetzlicher Bestimmungen verlangten Angaben nicht aus, ein wahrheitsgetreues und richtiges Bild wiederzugeben, so müssen die zu diesem Zweck erforderlichen zusätzlichen Angaben gemacht werden.

Ist in Ausnahmefällen die Anwendung einer Bestimmung der folgenden Artikel mit einer wahrheitsgetreuen und richtigen Wiedergabe unvereinbar, darf die Bestimmung nicht angewendet werden. Im Anhang ist die Abweichung zu begründen und ihr Einfluss auf die Vermögens- und Finanzlage sowie auf das wirtschaftliche Ergebnis anzugeben. Die sich aus der Abweichung allenfalls ergebenden Gewinne sind in eine Rücklage einzustellen, die nur im Ausmaß des erlangten Gegenwerts verteilt werden darf.

Der Jahresabschluss muss unter Weglassung der Dezimalstellen in Euroeinheiten aufgestellt werden, doch kann der Anhang auf Einheiten von tausend Euro lauten.

### **2423bis. (Grundsätze für die Aufstellung des Jahresabschlusses)**

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind folgende Grundsätze zu beachten:

1) die Bewertung der Posten ist vorsichtig und mit Blick auf die Fortsetzung der Tätigkeit sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung des betreffenden Bestandteiles der Aktiva oder Passiva vorzunehmen;

2) es dürfen ausschließlich die bis zum Tage der Beendigung des Geschäftsjahres erzielten Gewinne ausgewiesen werden;

3) es sind unabhängig vom Tag des Eingangs oder der Zahlung nur jene Einnahmen und Lasten zu berücksichtigen, die auf das Geschäftsjahr entfallen;

4) es sind die Risiken und Verluste zu berücksichtigen, die auf das Geschäftsjahr entfallen, auch wenn sie erst nach dessen Beendigung bekannt werden;

5) verschiedenartige Bestandteile in einzelnen Posten sind gesondert zu bewerten;

6) die Bewertungsrichtlinien dürfen nicht von einem Geschäftsjahr auf das andere abgeändert werden.

Abweichungen von dem in Ziffer 6 des vorhergehenden Absatzes genannten Grundsatz sind in Ausnahmefällen zulässig. Im Anhang ist die Abweichung zu begründen und ihr Einfluss auf die Vermögens- und Finanzlage sowie auf das wirtschaftliche Ergebnis anzugeben.

### **2423ter. (Aufbau der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung)**

Vorbehaltlich der Bestimmungen von Sondergesetzen für Gesellschaften, die besondere Tätigkeiten ausüben, sind in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung die in den Artikeln 2424 und 2425 vorgesehenen Posten gesondert und in der angegebenen Reihenfolge auszuweisen.

Die mit arabischen Zahlen versehenen Posten können weiter untergegliedert werden, wobei der Hauptposten und der diesem entsprechende Betrag nicht weggelassen werden dürfen; diese Posten dürfen nur dann zusammengefasst werden, wenn die Zusammenfassung wegen ihres Betrages die im zweiten Absatz des Artikels 2423 angegebenen Zielsetzungen nicht beeinträchtigt oder wenn sie für die Klarheit des Jahresabschlusses förderlich ist. In diesem zweiten Fall hat der Anhang die Posten, die den Gegenstand der Zusammenfassung bilden, gesondert zu enthalten.

Andere Posten sind hinzuzufügen, wenn ihr Inhalt nicht schon in einem der in den Artikeln 2424 und 2425 vorgesehenen Posten erfasst ist.

Die mit arabischen Zahlen versehenen Posten sind, wenn dies die Art der ausgeübten Tätigkeit erfordert, entsprechend anzupassen.

Zu jedem Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist der entsprechende Betrag des vorhergehenden Geschäftsjahres anzugeben. Sind die



Posten nicht vergleichbar, sind diejenigen, die sich auf das vorhergehende Geschäftsjahr beziehen, anzupassen; das Fehlen der Vergleichbarkeit und die erfolgte Anpassung oder die Unmöglichkeit einer solchen sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.

Verrechnungen zwischen Posten sind verboten.

#### **2424. (Inhalt der Bilanz)**

Die Bilanz ist gemäß der folgenden Gliederung aufzustellen:

**AKTIVA:**

A) Forderungen gegen Gesellschafter auf noch geschuldete Einzahlungen unter gesonderter Angabe des schon eingeforderten Teils.

B) Anlagevermögen mit getrennter Angabe verleasten Anlagevermögens:

I) - Immaterielles Anlagevermögen:

- 1) Aufwendungen für die Errichtung und Erweiterung des Unternehmens;
- 2) Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und Werbung;
- 3) Rechte aus gewerblichen Patenten und Rechte auf Nutzung geistiger Werke;
- 4) Konzessionen, Lizenzen, Marken und ähnliche Rechte;
- 5) Geschäftswert;
- 6) im Entstehen befindliches Anlagevermögen und Anzahlungen;
- 7) Sonstiges.

Gesamtbetrag.

II) - Sachanlagevermögen:

- 1) Grundstücke und Bauten;
- 2) Anlagen und Maschinen;
- 3) Betriebs- und Geschäftsausstattung;
- 4) sonstige Güter;
- 5) im Entstehen befindliches Anlagevermögen und Anzahlungen.

Gesamtbetrag.

III) - Finanzanlagevermögen, unter gesonderter Angabe der für jeden Forderungsposten im folgenden Geschäftsjahr fällig werdenden Beträge:

1) Beteiligung an:

- a) abhängigen Unternehmen;
- b) verbundenen Unternehmen;
- c) beherrschenden Unternehmen;
- d) anderen Unternehmen;

2) Forderungen:

- a) gegen abhängige Unternehmen;
- b) gegen verbundene Unternehmen;
- c) gegen beherrschende Personen;
- d) gegen andere;

3) Sonstige Wertpapiere;

4) eigene Aktien unter Angabe auch des Gesamtnennwertes.

Gesamtbetrag.

Gesamtbetrag des Anlagevermögens.

C) Umlaufvermögen:

I) - Vorräte:

- 1) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe;
- 2) in Herstellung befindliche und halbfertige Erzeugnisse;
- 3) in Ausführung befindliche Arbeiten auf Bestellung;
- 4) fertige Erzeugnisse und Waren;
- 5) Anzahlungen.

Gesamtbetrag.

II) - Forderungen, wobei gesondert für jeden Posten jene Beträge anzugeben sind, die erst nach Ablauf des folgenden Geschäftsjahres fällig werden:

- 1) gegen Kunden;
- 2) gegen abhängige Unternehmen;
- 3) gegen verbundene Unternehmen;
- 4) gegen beherrschende Personen;
- 4bis) Guthaben abgabenrechtlicher Natur;
- 4ter) Steuervorauszahlungen;
- 5) gegen andere.

Gesamtbetrag.

III) - Finanzvermögen, das kein Anlagevermögen darstellt:

- 1) Beteiligungen an abhängigen Unternehmen;
- 2) Beteiligungen an verbundenen Unternehmen;
- 3) Beteiligungen an beherrschenden Unternehmen;
- 4) andere Beteiligungen;
- 5) eigene Aktien, unter Angabe auch des Gesamtnennwertes;
- 6) sonstige Wertpapiere.

Gesamtbetrag.

IV) - Flüssige Mittel:

- 1) Einlagen bei Banken und bei der Post;
- 2) Schecks;
- 3) Kassenbestand in Geld und Wertzeichen.

Gesamtbetrag.

Gesamtbetrag des Umlaufvermögens.

D) Antizipative und transitorische Rechnungsabgrenzung unter gesonderter Angabe eines Disagio auf Darlehen.

#### PASSIVA:

A) Eigenkapital:

- I) - Gesellschaftskapital.
- II) - Rücklage aus dem Aufpreis auf Aktien.
- III) - Aufwertungsrücklagen.
- IV) - Gesetzliche Rücklage.
- V) - Satzungsmäßige Rücklagen.
- VI) - Rücklage für eigene Aktien im Vermögensbestand.
- VII) - Andere Rücklagen, die getrennt anzugeben sind.
- VIII) - Vorgetragene Gewinne.
- IX) - Gewinn des Geschäftsjahres.

Gesamtbetrag.

B) Fonds für Risiken und Lasten:

- 1) für Ruhestandsbezüge und ähnliche Verbindlichkeiten;
- 2) für Steuern, einschließlich der gestundeten;
- 3) sonstige.

Gesamtbetrag.

C) Abfertigungen für Arbeitnehmer.

D) Verbindlichkeiten, wobei gesondert für jeden Posten die Beträge anzugeben sind, die erst nach Ablauf des folgenden Geschäftsjahres fällig werden:

- 1) Schuldverschreibungen;
- 2) Wandelschuldverschreibungen;

- 3) Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Finanzierungen;
  - 4) Verbindlichkeiten gegenüber Banken;
  - 5) Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern;
  - 6) Anzahlungen;
  - 7) Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten;
  - 8) Verbindlichkeiten aus Wertpapieren;
  - 9) Verbindlichkeiten gegenüber abhängigen Unternehmen;
  - 10) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen;
  - 11) Verbindlichkeiten gegenüber beherrschenden Personen;
  - 12) Verbindlichkeiten aus Abgaben;
  - 13) Verbindlichkeiten gegenüber Vorsorgeeinrichtungen und Einrichtungen der sozialen Sicherheit;
  - 14) sonstige Verbindlichkeiten.
- Gesamtbetrag.

E) Antizipative und transitorische Rechnungsbegrenzung unter gesonderter Angabe eines Agio bei Darlehen.

Fällt ein Bestandteil der Aktiva oder der Passiva unter mehrere Posten dieser Gliederung, so ist im Anhang, wenn dies zum Zweck des Verständnisses des Jahresabschlusses erforderlich ist, die Mitzugehörigkeit zu den Posten anzumerken, die von demjenigen verschieden sind, unter dem der Bestandteil ausgewiesen wird.

Am Ende der Bilanz sind sämtliche unmittelbar oder mittelbar geleisteten Sicherheiten anzugeben, wobei zwischen Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften, anderen persönlichen Sicherheiten und dinglichen Sicherheiten zu unterscheiden ist und gesondert für jede Art die Sicherheiten anzugeben sind, die zugunsten von abhängigen und verbundenen Unternehmen sowie zugunsten von beherrschenden Personen und zugunsten von Unternehmen geleistet worden sind, die von den zuletzt genannten Personen beherrscht werden; darüber hinaus sind sonstige Durchlaufposten anzugeben.

Unbeschadet bleibt die Bestimmung des Artikels 2447septies in Bezug auf Güter und Rechtsverhältnisse, die in Vermögen enthalten sind, die für ein Sondergeschäft im Sinne des Buchstaben a) des ersten Absatzes des Artikels 2447bis bestimmt sind.

#### **2424bis. (Bestimmungen zu einzelnen Posten der Bilanz)**

Vermögensbestandteile, die zu einer dauerhaften Nutzung bestimmt sind, müssen unter dem Anlagevermögen ausgewiesen werden.

Beteiligungen an anderen Unternehmen in einem Ausmaß, das nicht geringer ist, als es im dritten Absatz des Artikels 2359 festgesetzt ist, gelten als Anlagevermögen.

Die Rückstellungen für Risiken und Lasten sind nur dazu bestimmt, Verluste oder Verbindlichkeiten bestimmter Art abzudecken, deren Bestehen sicher oder wahrscheinlich ist, bei denen jedoch bei Beendigung des Geschäftsjahres entweder ihre Höhe oder der Tag ihres Entstehens unbestimmt sind.

Unter dem Posten: "Abfertigungen für Arbeitnehmer" ist der gemäß Artikel 2120 berechnete Betrag anzugeben.

Der Wert des Kaufgegenstandes bei Kaufverträgen mit Verpflichtung zur Rückübertragung zu einem bestimmten Termin muss in der Bilanz des Verkäufers ausgewiesen werden.

Unter dem Posten der antizipativen und transitorischen Rechnungsbegrenzungen der Aktivseite sind die auf das Geschäftsjahr entfallenden Einnahmen, die erst in folgenden Geschäftsjahren fällig werden, und die bis zur Beendigung des Geschäftsjahres getätigten, jedoch auf die folgenden Geschäftsjahre entfallenden Aufwendungen auszuweisen. Unter dem Posten der antizipativen und transitorischen Rechnungsabgrenzungen der Passivseite sind die auf das Geschäftsjahr

entfallenden Aufwendungen, die erst in folgenden Geschäftsjahren fällig werden, und die bis zur Beendigung des Geschäftsjahres erfolgten Einnahmen, die jedoch den folgenden Geschäftsjahren zuzurechnen sind, auszuweisen. Unter diesen Posten können Anteile an Aufwendungen und Einnahmen nur dann ausgewiesen werden, wenn sie sich auf zwei oder mehrere Geschäftsjahre beziehen und ihre Höhe sich nach der Zeit bemisst.

#### **2425. (Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung)**

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß der folgenden Gliederung aufzustellen:

**A) Betriebliche Erträge:**

- 1) Erträge aus Verkäufen und Leistungen;
- 2) Veränderungen der Vorräte an in Herstellung befindlichen, halbfertigen und fertigen Erzeugnissen;
- 3) Veränderungen der in Ausführung befindlichen Arbeiten auf Bestellung;
- 4) Zuwächse des Anlagevermögens durch Eigenleistungen;
- 5) sonstige Erträge und Einnahmen unter gesonderter Angabe der Zuschüsse für den Betrieb.

Gesamtbetrag.

**B) Betriebliche Aufwendungen:**

- 6) für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren;
- 7) für Dienstleistungen;
- 8) für die Nutzung von Gütern Dritter;
- 9) für das Personal:
  - a) Löhne und Gehälter;
  - b) soziale Lasten;
  - c) Abfertigungen;
  - d) Ruhestandsbezüge und ähnliche Zahlungen;
  - e) sonstige Aufwendungen;
- 10) Abschreibungen und Wertminderungen:
  - a) Abschreibung des immateriellen Anlagevermögens;
  - b) Abschreibung des Sachanlagevermögens;
  - c) sonstige Wertminderungen des Anlagevermögens;
  - d) Wertminderungen der im Umlaufvermögen enthaltenen Forderungen und der sonstigen flüssigen Mittel;
- 11) Veränderungen der Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Waren;
- 12) Rückstellungen für Risiken;
- 13) sonstige Rückstellungen;
- 14) andere betriebliche Aufwendungen.

Gesamtbetrag.

Differenz zwischen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen (A - B).

**C) Einnahmen aus Finanzanlagen und Finanzierungslasten:**

- 15) Einnahmen aus Beteiligungen unter gesonderter Angabe jener, die von abhängigen und verbundenen Unternehmen herrühren;
- 16) sonstige Einnahmen aus Finanzanlagen:
  - a) aus im Anlagevermögen ausgewiesenen Forderungen unter gesonderter Angabe jener, die von abhängigen und verbundenen Unternehmen und von beherrschten Personen herrühren;
  - b) aus im Anlagevermögen ausgewiesenen Wertpapieren, die keine Beteiligungen darstellen;
  - c) aus im Umlaufvermögen ausgewiesenen Wertpapieren, die keine Beteiligungen darstellen;

- d) andere Einnahmen als die vorhergehenden unter gesonderter Angabe jener, die von abhängigen und verbundenen Unternehmen und von beherrschenden Personen herrühren;
- 17) Zinsen und andere Finanzierungslasten unter gesonderter Angabe jener, die gegenüber abhängigen und verbundenen Unternehmen und beherrschenden Personen aufgewendet worden sind;
- 17bis) Kursgewinne und Kursverluste.
- Gesamtbetrag (15 + 16 - 17 + -17bis).
- D) Wertberichtigungen des Finanzvermögens:
  - 18) Aufwertungen:
    - a) von Beteiligungen;
    - b) des Finanzanlagevermögens, das nicht aus Beteiligungen besteht;
    - c) der im Umlaufvermögen ausgewiesenen Wertpapiere, die keine Beteiligungen darstellen;
  - 19) Abwertungen:
    - a) von Beteiligungen;
    - b) des Finanzanlagevermögens, das nicht aus Beteiligungen besteht;
    - c) der im Umlaufvermögen ausgewiesenen Wertpapiere, die keine Beteiligungen darstellen.
- Gesamtbetrag der Berichtigungen (18-19).
- E) Außerordentliche Einnahmen und Lasten:
  - 20) Einnahmen unter gesonderter Angabe des Mehrwerts aus Veräußerungen, deren Erträge nicht in Ziffer 5 ausgewiesen werden dürfen;
  - 21) Lasten unter gesonderter Angabe des Minderwerts aus Veräußerungen, deren buchmäßige Auswirkungen nicht in Ziffer 14 ausgewiesen werden dürfen, und der auf vorhergehende Geschäftsjahre entfallenden Steuern.
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Posten (20-21).
- Ergebnis vor Steuern (A - B + - C + - D + - E);
- 22) Steuern auf das Einkommen aus dem Geschäftsjahr, und zwar laufende, gestundete und vorausgezahlte;
- 23) Gewinn (Verlust) des Geschäftsjahres.

#### **2425bis. (Ausweisung der Erträge, Einnahmen, Aufwendungen und Lasten)**

Die Erträge und Einnahmen, Aufwendungen und Lasten müssen unter Abzug der Rücklieferungen, Nachlässe, Gutschriften und Prämien sowie der unmittelbar mit dem Verkauf der Erzeugnisse und mit den Dienstleistungen zusammenhängenden Steuern angegeben werden.

Erträge und Einnahmen sowie Aufwendungen und Lasten, die sich auf Fremdwährungsgeschäfte beziehen, sind zum Wechselkurs jenes Tages, an dem das entsprechende Geschäft abgeschlossen worden ist, zu berechnen.

Einnahmen und Lasten, die sich auf Kaufgeschäfte mit Verpflichtung zur Rückübertragung zu einem bestimmten Termin beziehen, und zwar einschließlich des Preisunterschieds zwischen dem Terminpreis und dem Barpreis, sind mit den das Geschäftsjahr betreffenden Anteilen auszuweisen.

Der Mehrwert, der aus Kaufgeschäften mit Abschluss eines Finanzierungsleasingsvertrags für den Verkäufer stammt, wird in Hinblick auf die Dauer des Leasingvertrags aufgeteilt.<sup>1)</sup>

- - - -

1) Dieser Absatz wurde durch Artikel 16 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310, hinzugefügt.

#### **2426. (Bewertungsrichtlinien)**

Bei den Bewertungen sind folgende Richtlinien zu beachten:

- 1) Das Anlagevermögen ist zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten

auszuweisen. Zu den Anschaffungskosten zählen auch die Nebenkosten. Die Herstellungskosten enthalten alle unmittelbar dem Erzeugnis zurechenbaren Kosten. Sie können auch mit dem Anteil, der dem Erzeugnis berechtigterweise zuzurechnen ist, jene anderen Kosten enthalten, die sich auf den Zeitraum der Herstellung und jenen bis zu dem Zeitpunkt, ab dem das Gut benützt werden kann, beziehen; auf Grund derselben Richtlinien können Lasten, die sich auf die Finanzierung der Herstellung im eigenen Unternehmen oder bei Dritten beziehen, hinzugefügt werden;

2) die Kosten des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, müssen in jedem Geschäftsjahr planmäßig im Verhältnis zu ihrer restlichen Nutzungsmöglichkeit abgeschrieben werden. Allfällige Änderungen der Abschreibungsrichtlinien und der angewendeten Abschreibungskoeffizienten sind im Anhang zu begründen;

3) das Anlagevermögen, das im Zeitpunkt der Beendigung des Geschäftsjahres einen auf Dauer geringeren Wert als jenen hat, der gemäß den Ziffern 1 und 2 bestimmt wird, muss zu diesem geringeren Wert ausgewiesen werden; dieser darf in den folgenden Jahresabschlüssen nicht beibehalten werden, wenn die Gründe für die vorgenommene Berichtigung weggefallen sind.

Bei Anlagevermögen, das aus Beteiligungen an abhängigen oder verbundenen Unternehmen besteht und das zu einem höheren Wert als jenem ausgewiesen ist, als er sich aus der Anwendung der in der folgenden Ziffer 4 vorgesehenen Bewertungsrichtlinie ergibt, oder, wenn es keine Verpflichtung zur Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses gibt, zu einem höheren Wert als jenem ausgewiesen ist, als er dem anteiligen, sich aus dem letzten Jahresabschluss des Beteiligungsunternehmens ergebenden Reinvermögen entspricht, muss die Differenz im Anhang begründet werden;

4) das Anlagevermögen, das aus Beteiligungen an abhängigen oder verbundenen Unternehmen besteht, kann bezüglich eines oder mehrerer dieser genannten Unternehmen statt gemäß der in Ziffer 1 angegebenen Richtlinie mit einem Betrag bewertet werden, der dem anteiligen, sich aus dem letzten Jahresabschluss dieser Unternehmen ergebenden Eigenkapital entspricht, wobei die Dividenden abzuziehen und die von den Grundsätzen der Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses verlangten Berichtigungen sowie jene Berichtigungen anzubringen sind, die zur Beachtung der in den Artikeln 2423 und 2423bis angegebenen Grundsätze erforderlich sind.

Wird die Beteiligung erstmals aufgrund des Eigenkapital-Verfahrens angesetzt, können die Anschaffungskosten, wenn sie höher als das sich aus dem letzten Jahresabschluss des abhängigen oder verbundenen Unternehmens ergebende Eigenkapital sind, bei den Aktiva ausgewiesen werden, sofern die Gründe hierfür im Anhang angegeben werden. Die Differenz muss, soweit sie auf abschreibungsfähige Güter oder auf den Geschäftswert entfällt, abgeschrieben werden.

In den folgenden Geschäftsjahren muss der Mehrwert, der sich aus der Anwendung des Eigenkapital-Verfahrens im Vergleich zu dem im Jahresabschluss des vorhergehenden Geschäftsjahres angegebenen Wert ergibt, in einer Rücklage, die nicht verteilt werden darf, ausgewiesen werden;

5) die Aufwendungen für die Errichtung und Erweiterung des Unternehmens sowie die Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und Werbung können, wenn sie mehrere Jahre lang Nutzen bringen, mit Zustimmung des Überwachungsrats, soweit ein solcher vorhanden ist, in den Aktiva ausgewiesen werden und müssen innerhalb eines Zeitraums von nicht mehr als fünf Jahren abgeschrieben werden. Bis zur vollständigen Abschreibung können Dividenden nur dann verteilt werden, wenn verfügbare Rücklagen verbleiben, die ausreichen, den Betrag der noch nicht abgeschriebenen Aufwendungen zu decken;

6) der Geschäftswert kann bei entgeltlichem Erwerb mit Zustimmung des Überwachungsrats bis zu dem für ihn aufgewendeten Betrag in den Aktiva ausgewiesen werden und muss innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren abgeschrieben werden.

Es ist jedoch auch zulässig, den Geschäftswert planmäßig in einem bestimmten

Zeitraum von längerer Dauer abzuschreiben, wenn dieser Zeitraum die Dauer der Nutzung dieses Vermögenswerts nicht übersteigt und hierfür eine angemessene Begründung im Anhang gegeben wird;

7) das Disagio auf Darlehen muss in den Aktiva ausgewiesen und in jedem Geschäftsjahr während der Laufzeit des Darlehens abgeschrieben werden;

8) die Forderungen müssen nach dem vermutlichen Einbringlichkeitswert ausgewiesen werden;

8bis) Aktiva und Passiva in Fremdwährung mit Ausnahme des Anlagevermögens sind zum Wechselkurs für Barzahlungen am Tag des Abschlusses des Geschäftsjahres auszuweisen, die daraus sich ergebenden Kursgewinne und -verluste sind in die Gewinn- und Verlustrechnung einzustellen und mit dem allfälligen Nettogewinn muss eine eigene, bis zur Realisierung nicht verteilbare Rücklage gebildet werden. Das nach Kosten in Fremdwährung erhobene Sachanlagevermögen, immaterielle Anlagevermögen und Finanzanlagevermögen ist zum Wechselkurs im Zeitpunkt seiner Anschaffung oder zu dem am Tag des Abschlusses des Geschäftsjahres geltenden geringeren Wechselkurs auszuweisen, falls der Kursrückgang als dauerhaft einzuschätzen ist;<sup>1)</sup>

9) die Vorräte, die Wertpapiere und das Finanzvermögen, die kein Anlagevermögen darstellen, werden zu den gemäß Ziffer 1 berechneten Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder nach dem sich aus der Marktlage ergebenden Veräußerungswert ausgewiesen, wenn letzterer geringer ist; dieser geringere Wert darf in den folgenden Jahresabschlüssen nicht beibehalten werden, wenn die Gründe hierfür weggefallen sind. Die Vertriebskosten dürfen nicht in die Herstellungskosten einbezogen werden;

10) die Kosten vertretbarer Güter können nach gewogenen Durchschnittswerten oder auf Grund des "first in - first out - Verfahrens" oder: "last in - first out - Verfahrens" berechnet werden; wenn der so erhaltene Wert von den bei Beendigung des Geschäftsjahres gängigen Kosten beträchtlich abweicht, muss die Differenz für jede Güterkategorie im Anhang angegeben werden;

11) in Ausführung befindliche Arbeiten auf Bestellung können auf der Grundlage der vertraglich vereinbarten Entgelte ausgewiesen werden, die mit hinreichender Sicherheit angereift sind;

12) Betriebs- und Geschäftsausstattungen, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe können in den Aktiva zu einem gleichbleibenden Wert ausgewiesen werden, wenn sie ständig erneuert werden und insgesamt im Verhältnis zu den Aktiva des Jahresabschlusses von geringer Bedeutung sind, sofern nicht erhebliche Änderungen ihres Ausmaßes, ihres Werts und ihrer Zusammensetzung eintreten.

- - - - -

1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 17 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.

## **2427. (Inhalt des Anhangs)**

Im Anhang sind außer den in anderen Bestimmungen festgesetzten Angaben anzuführen:

1) die Richtlinien, die bei der Bewertung der Posten des Jahresabschlusses, bei den Wertberichtigungen und bei der Umrechnung von Werten angewendet worden sind, die ursprünglich nicht in Zahlungsmitteln ausgedrückt waren, die im Inland einen gesetzlichen Kurs haben;

2) die Bewegungen des Anlagevermögens, wobei für jeden einzelnen Posten anzuführen sind: die Aufwendungen; die vorhergehenden Aufwertungen, Abschreibungen und Abwertungen; die während des Geschäftsjahres getätigten Neuerwerbungen, Umbuchungen von einem zu einem anderen Posten und Veräußerungen; die während des Geschäftsjahres vorgenommenen Aufwertungen, Abschreibungen und Abwertungen; der Gesamtbetrag der Aufwertungen, die das bei Beendigung des Geschäftsjahres bestehende Anlagevermögen betreffen;

3) die Zusammensetzung der Posten: "Aufwendungen für die Errichtung und Erweiterung des Unternehmens" und: "Aufwendungen für Forschung, Entwicklung

und Werbung", sowie die Gründe für deren Ausweisung und die entsprechenden Abschreibungsrichtlinien;

3bis) das Ausmaß und die Gründe der vorgenommenen Herabsetzungen der Werte des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens, wobei zu diesem Zweck ausdrücklich auf ihren Beitrag zur künftigen Erlangung von wirtschaftlichen Ergebnissen, auf seine voraussichtliche Nutzungsdauer und, soweit erheblich, auf ihren Markwert Bezug zu nehmen ist, und wobei auch die Abweichungen gegenüber den in den vorhergegangenen Geschäftsjahren vorgenommenen Wertherabsetzungen anzugeben sind und deren Einfluss auf die wirtschaftlichen Ergebnisse des Geschäftsjahres offenzulegen ist;<sup>1)</sup>

4) die eingetretenen Änderungen in der Zusammensetzung der anderen Posten der Aktivseite und der Passivseite, insbesondere die Zugänge und ihre Abgänge bei den Posten für das Eigenkapital, bei den Fonds und bei der Abfertigung;

5) ein Verzeichnis der Beteiligungen an abhängigen und verbundenen Unternehmen, die entweder unmittelbar oder über eine Treuhandgesellschaft oder vorgeschobene Personen gehalten werden, wobei für jedes Unternehmen die Firma, der Sitz, das Gesellschaftskapital, der Betrag des Eigenkapitals, der Gewinn oder Verlust des letzten Geschäftsjahrs, der gehaltene Anteil und der im Jahresabschluss zugeschriebene Wert oder die entsprechende Forderung anzugeben sind;

6) gesondert für jeden Posten der Betrag der Forderungen und Verbindlichkeiten, mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren, und der Verbindlichkeiten, für die auf Gütern der Gesellschaft eine dingliche Sicherheit besteht, wobei die Art der Sicherheiten und die Aufteilung nach geografischen Zonen genau anzugeben sind;

6bis) allfällige bedeutsame Auswirkungen von Kursschwankungen, die sich nach Abschluss des Geschäftsjahres ergeben haben;

6ter) die für jeden einzelnen Posten getrennt anzugebende Höhe der Forderungen und Verbindlichkeiten, die sich auf Geschäfte beziehen, die für den Erwerber eine Pflicht zur Rückübertragung zu einem bestimmten Termin vorsehen;

7) die Zusammensetzung der Posten "Antizipative und transitorische Rechnungsabgrenzungen der Aktivseite" und "Antizipative und transitorische Rechnungsabgrenzungen der Passivseite" und des Postens "Sonstige Fonds" der Bilanz, wenn ihr Ausmaß erheblich ist, sowie die Zusammensetzung des Postens "Sonstige Rücklagen";

7bis) die Posten für das Eigenkapital sind im Einzelnen anzuführen, wobei in eigenen Übersichten ihre Herkunft, ihre Verwendungs- und Verteilungsmöglichkeit sowie ihre in vorhergehenden Geschäftsjahren erfolgte Verwendung genau auszuweisen sind;

8) der Betrag der Finanzierungslasten, die den auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesenen Werten im Geschäftsjahr zuzurechnen sind, und zwar getrennt für jeden Posten;

9) die Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz aufscheinen; Angaben über die Zusammensetzung und Art dieser Verpflichtungen und der Durchlaufposten, deren Kenntnis zur Einschätzung der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft nützlich ist, wobei Verpflichtungen und Durchlaufposten, die sich auf abhängige Unternehmen, verbundene Unternehmen, beherrschende Personen und Unternehmen, die von den zuletzt genannten Personen beherrscht werden, gesondert auszuweisen sind;

10) die Aufteilung der Erträge aus Verkäufen und Dienstleistungen nach Geschäftsbereichen und nach geographischen Zonen, wenn sie von Bedeutung ist;

11) der Betrag der Einnahmen aus Beteiligungen, die in Artikel 2425, Ziffer 15, angegeben sind, insofern sie nicht Dividenden sind;

12) die Aufteilung der Zinsen und anderen Finanzierungslasten, die in Artikel 2425, Ziffer 17, angegeben sind, und sich auf Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen, Verbindlichkeiten gegenüber Banken und sonstige Verbindlichkeiten beziehen;

13) die Zusammensetzung der Posten: "Außerordentliche Einnahmen" und:



"Außerordentliche Aufwendungen" der Gewinn- und Verlustrechnung, wenn ihr Betrag erheblich ist;

14) eine eigene Übersicht, die zu enthalten hat:

- a) die Beschreibung der Zeitabweichungen, die zur Ausweisung von gestundeten und vorausgezahlten Steuern geführt haben, wobei der angewandte Steuersatz und die Änderungen gegenüber dem vorhergehenden Geschäftsjahr, die der Gewinn- und Verlustrechnung oder dem Eigenkapital gutgeschrieben oder angelasteten Beträge, die von der Berechnung ausgeschlossenen Posten und die Gründe dafür anzugeben sind;
- b) den im Jahresabschluss ausgewiesenen Betrag an vorausgezahlten Steuern, die sich aus Verlusten des Geschäftsjahres oder vorhergehender Geschäftsjahre ergeben, sowie die Gründe für die Ausweisung, den noch nicht ausgewiesenen Betrag und die Gründe für die unterbliebene Ausweisung;

15) der durchschnittliche Personalbestand, getrennt nach Gruppen;

16) der Betrag der Vergütungen, die den Verwaltern und Überwachungsratsmitgliedern zustehen, zusammengefasst für jede dieser Gruppen;

16bis) sofern es sich nicht um eine konsolidierte Gesellschaft handelt und die Informationen im Anhang des entsprechenden konsolidierten Abschlusses enthalten sind, der Gesamtbetrag der dem Abschlussprüfer oder der Prüfungsgesellschaft für die Vornahme der Abschlussprüfung zustehenden Entgelte, der Gesamtbetrag der für geleistete sonstige Kontrolldienste zustehenden Entgelte, der Gesamtbetrag der für Steuerberatungsdienste zustehenden Entgelte und der Gesamtbetrag der für sonstige, nicht auf die Buchprüfung entfallenden Dienste zustehenden Entgelte;<sup>2)</sup>

17) die Zahl und der Nennwert jeder Art von Aktien der Gesellschaft und die Zahl und der Nennwert der neuen Aktien der Gesellschaft, die während des Geschäftsjahres gezeichnet worden sind;

18) die von der Gesellschaft ausgegebenen Genussaktien, Wandelschuldverschreibungen und ähnliche Wertpapiere oder Werte, wobei deren Zahl und die Rechte, die sie vermitteln, genau anzugeben sind;

19) die Anzahl und die Merkmale der weiteren, von der Gesellschaft ausgegebenen Finanzinstrumente, wobei die Vermögens- und Beteiligungsrechte, die sie vermitteln, sowie die wichtigsten Merkmale der diesbezüglichen Geschäfte anzuführen sind;

19bis) die von den Gesellschaftern zugunsten der Gesellschaft getätigten Finanzierungen, getrennt nach Fälligkeiten und mit gesonderter Anführung jener mit Rangrücktrittsklausel zugunsten der anderen Gläubiger;

20) die vom dritten Absatz des Artikels 2447septies verlangten Angaben in Bezug auf solche Vermögen, die für ein Sondergeschäft im Sinne des Buchstaben a) des ersten Absatzes des Artikels 2447bis bestimmt sind;

21) die von Artikel 2447decies, achter Absatz, verlangten Angaben;

22) die Leasinggeschäfte, welche die Abwälzung des Großteils der den betroffenen Gütern innewohnenden Risiken und Vorteile an den Leasingnehmer mit sich bringen, und zwar in einer eigenen Übersicht, aus welcher der derzeitige Wert der nicht fälligen Leasingraten, wie er unter Anwendung von Zinssätzen, die der tatsächlichen, den einzelnen Verträgen innewohnenden Finanzierungslast entsprechen, festgesetzt wird, der tatsächliche durch sie bedingte und auf das Geschäftsjahr entfallende Finanzierungsaufwand sowie der Gesamtbetrag ersichtlich ist, für welchen die geleasteten Güter im Zeitpunkt des Abschlusses des Geschäftsjahres auszuweisen gewesen wären, wenn sie als Anlagevermögen zu betrachten gewesen wären, und zwar mit getrennter Angabe der Abschreibungen, Wertberichtigungen und Aufwertungen, die sich auf das Geschäftsjahr bezogen hätten;

22bis) die Geschäfte, die mit verbundenen Parteien vorgenommen worden sind, wobei der Betrag, die Art der Rechtsbeziehung und jede andere Information, die zum Verständnis des Jahresabschlusses hinsichtlich dieser

Geschäfte erforderlich ist, genau anzugeben sind, sofern diese Geschäfte erheblich und nicht zu normalen Marktbedingungen abgeschlossen worden sind. Die Informationen, welche die einzelnen Geschäfte betreffen, können nach ihrer Art zusammengefasst werden, es sei denn, ihre getrennte Anführung ist erforderlich, um die Auswirkungen dieser Geschäfte auf die Vermögens- und Finanzlage und auf das wirtschaftliche Ergebnis der Gesellschaft verständlich zu machen;<sup>3)</sup>

22ter) die Art und das wirtschaftliche Ziel von Vereinbarungen, die sich nicht aus der Bilanz ergeben, unter Angabe ihrer vermögensmässigen, finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkung, sofern die Risiken und Vorteile, die sich aus ihnen ergeben, erheblich sind und deren Angabe für die Einschätzung der Vermögens- und Finanzlage und des wirtschaftlichen Ergebnisses der Gesellschaft erforderlich ist.<sup>3)</sup>

Zum Zweck der Anwendung des ersten Absatzes, Ziffern 22bis und 22ter, und der Artikel 2427bis und 2428, dritter Absatz, Ziffer 6bis, wird hinsichtlich der inhaltlichen Bestimmung der Ausdrücke "Finanzinstrument", "abgeleitetes Finanzinstrument", "fair Value", "verbundene Partei" und "allgemein anerkannte Bewertungsmodelle und Bewertungstechniken" auf die von der Europäischen Union angenommenen internationalen Rechnungslegungsgrundsätze Bezug genommen.<sup>4)</sup>

- - - - -

- 1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 18 Abs. 1 Buchstabe a), b), c) und d) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.
- 2) Diese Ziffer wurde durch Artikel 37 Abs. 16 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39, eingefügt.
- 3) Diese Ziffer wurde durch Artikel 1 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 3.11. 2008, Nr. 173, eingefügt.
- 4) Dieser Absatz wurde durch Artikel 1 Abs. 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 3.11. 2008, Nr. 173, eingefügt.

#### **2427bis. (Auskünfte über den angemessenen Wert "fair value" von Finanzinstrumenten)**

Im Anhang sind anzugeben:

- 1) für jede Gattung von abgeleiteten Finanzinstrumenten:
  - a) ihr fair value;
  - b) Auskünfte über ihre Größenordnung und ihre Art;
- 2) für das Finanzanlagevermögen, das zu einem höheren Wert verbucht ist als er dem fair value entspricht, wobei Beteiligungen an abhängigen und verbundenen Gesellschaften im Sinne des Artikels 2359 und joint-venture-Beteiligungen ausgenommen sind:
  - a) der Buchwert und der fair value der einzelnen Aktiva oder geeigneter Zusammenfassungen dieser Aktiva;
  - b) die Gründe für die unterbliebene Herabsetzung des Buchwerts einschließlich sachbezogener Angaben, auf die sich die Überzeugung stützt, dass dieser Wert zurückgewonnen werden kann.

Als abgeleitete Finanzinstrumente im Sinne der Anwendung der in Absatz 1 enthaltenen Bestimmungen gelten auch die mit Waren verbundenen Finanzinstrumente, die der einen oder der anderen Vertragspartei das Recht einräumen, den Vertrag in Bargeld oder mittels anderer Finanzinstrumente abzugelten, außer wenn gleichzeitig folgende Voraussetzungen vorliegen:

- a) dass der Vertrag im Interesse der Erfordernisse der Gesellschaft, in deren Jahresabschluss der Ankauf, der Verkauf oder die Nutzung der Waren verbucht ist, abgeschlossen worden ist und als solcher aufrecht erhalten wird;
  - b) dass der Vertrag von seinem Abschluss an zu diesem Zweck bestimmt gewesen ist;
  - c) dass die Erfüllung des Vertrages durch Übergabe der Ware vorgesehen ist.
- Der fair value wird bestimmt unter Bezugnahme:
- a) auf den Marktwert für jene Finanzinstrumente, für die ein tatsächliches

Marktgeschehen klar festzustellen ist; wenn der Marktwert für ein bestimmtes Finanzinstrument nicht klar festgestellt werden kann, jedoch ein solcher für die Bestandteile dieses Finanzinstruments oder für ein ähnliches Instrument festgestellt werden kann, so kann der Marktwert von dem seiner Bestandteile oder von dem des ähnlichen Instruments abgeleitet werden;

b) auf den Wert, der sich durch allgemein anerkannter Bewertungsmodelle und Bewertungstechniken ergibt, für jene Finanzinstrumente, für die ein tatsächliches Marktgeschehen nicht klar festgestellt werden kann; diese Bewertungsmodelle und Bewertungstechniken müssen eine nachvollziehbare Annäherung an den Marktwert sicherstellen.

Der fair value wird nicht bestimmt, wenn die Anwendung der im vorhergehenden Absatz angeführten Richtlinien zu keinem verlässlichen Ergebnis führt.<sup>1)2)</sup>

- - - - -

1) Dieser Artikel wurde durch Artikel 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 30.12.2003, Nr. 394, mit Gültigkeit ab 1.1.2005, eingefügt.

2) Ein ursprünglich fünfter Absatz wurde durch Artikel 1 Abs. 3 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 3. 11. 2008, Nr. 173, aufgehoben.

## **2428. (Lagebericht)**

Dem Jahresabschluss muss ein Bericht der Verwalter beigeschlossen werden, der unter besonderer Berücksichtigung der Aufwendungen, Erträge und Investitionen eine glaubwürdige, ausgewogene und erschöpfende Darstellung über die Lage der Gesellschaft sowie über den Geschäftsgang und das Geschäftsergebnis in ihrer Gesamtheit sowie in den einzelnen Zweigen, in denen die Gesellschaft auch über abhängige Gesellschaften tätig gewesen ist, sowie eine Beschreibung der hauptsächlichen Risiken und Unsicherheiten, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist, enthalten muss.<sup>1)</sup>

Die im ersten Absatz genannte Darstellung muss dem Umfang und der Komplexität der Geschäfte der Gesellschaft entsprechen und hat in dem für das Verständnis der Lage der Gesellschaft sowie des Geschäftsganges und Geschäftsergebnisses erforderlichen Ausmaß die finanzbezogenen und gegebenenfalls nicht finanzbezogenen Ergebniskennzahlen der spezifischen Tätigkeit der Gesellschaft einschließlich von Informationen über die Umwelt und das Personal zu enthalten. Die Darstellung hat, sofern es zweckdienlich ist, Bezugnahmen auf die im Jahresabschluss angegebenen Beträge und zusätzliche Klarstellungen zu diesen zu enthalten.<sup>2)</sup>

Aus dem Bericht müssen in jedem Fall hervorgehen:

- 1) die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten;
  - 2) die Beziehungen zu abhängigen und verbundenen Unternehmen, zu beherrschenden Personen und zu Unternehmen, die von den zuletzt genannten Personen beherrscht werden;
  - 3) die Anzahl und der Nennwert sowohl der eigenen Aktien als auch der Aktien oder Anteile an beherrschenden Gesellschaften, die auch über eine Treuhandgesellschaft oder über eine vorgeschobene Person im Besitz der Gesellschaft stehen, unter Angabe des entsprechenden Anteils am Kapital;
  - 4) die Anzahl und der Nennwert sowohl der eigenen Aktien als auch der Aktien oder Anteile an beherrschenden Gesellschaften, die im Lauf des Geschäftsjahres auch über eine Treuhandgesellschaft oder über eine vorgeschobene Person von der Gesellschaft erworben oder veräußert worden sind, unter Angabe des entsprechenden Anteils am Kapital, der Gegenleistungen und der Beweggründe für die Erwerbungen und Veräußerungen;
  - 5) Vorgänge von Bedeutung, die nach der Beendigung des Geschäftsjahres eingetreten sind;
  - 6) die voraussichtliche Geschäftsentwicklung.
- 6bis) in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten durch die Gesellschaft, sofern diese für die Bewertung der Vermögens- und Finanzlage und des wirtschaftlichen Ergebnisses des Geschäftsjahres von Bedeutung sind:

a) die Ziele und die Strategien der Gesellschaft im Umgang mit dem Finanzrisiko, wobei auch auf die Strategie zur Risikodeckung für jede Hauptgattung der vorgesehenen Geschäfte Bedacht zu nehmen ist;

b) das Preisrisiko, das Einbringungsrisiko, das Liquiditätsrisiko und das Risiko der Veränderung der Finanzströme, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.<sup>3)4)</sup>

Der Bericht muss darüber hinaus ein Verzeichnis der Zweigniederlassungen der Gesellschaft enthalten.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs.1 Buchstabe a) und b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 2.2.2007, Nr. 32.
- 2) Dieser Absatz wurde durch Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe c) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 2.2.2007, Nr. 32, eingefügt.
- 3) Die Ziffer 6bis) wurde durch Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzvertretenden Dekrets vom 30.12.2003 Nr. 394, mit Gültigkeit ab 1.1.2005, eingefügt.
- 4) Ein ursprünglicher dritter Absatz dieses Artikels wurde durch Artikel 2 Abs.1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 6.11.2007, Nr. 195, aufgehoben.

#### **2429. (Bericht der Überwachungsratsmitglieder und Hinterlegung des Jahresabschlusses)**

Der Jahresabschluss mit dem Bericht muss von den Verwaltern dem Überwachungsrat und der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person wenigstens dreißig Tage vor dem Tag mitgeteilt werden, der für die Gesellschafterversammlung, die sich damit zu befassen hat, festgesetzt worden ist.<sup>1)</sup>

Der Überwachungsrat hat der Gesellschafterversammlung über die Ergebnisse des Geschäftsjahres und über die in Erfüllung seiner Pflichten ausgeübte Tätigkeit Bericht zu erstatten und Stellungnahmen und Vorschläge zum Jahresabschluss und zu seiner Genehmigung abzugeben, wobei auf eine allfällige Abweichung, wie sie in Artikel 2423, vierter Absatz, vorgesehen ist, besonders hinzuweisen ist.<sup>2)</sup>

Eine Abschrift des Jahresabschlusses sowie vollständige Abschriften des letzten Jahresabschlusses der abhängigen Gesellschaften und eine zusammenfassende Übersicht über die wesentlichen Angaben aus dem letzten Jahresabschluss der verbundenen Gesellschaften müssen zusammen mit den Berichten der Verwalter, der Überwachungsratsmitglieder und der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person am Sitz der Gesellschaft während der der Gesellschafterversammlung vorhergehenden fünfzehn Tage und bis zur Genehmigung des Jahresabschlusses aufliegen. Die Gesellschafter können darin Einsicht nehmen.<sup>3)</sup>

Die im vorhergehenden Absatz vorgeschriebene Hinterlegung der Abschriften des letzten Jahresabschlusses der abhängigen Gesellschaften kann hinsichtlich solcher Gesellschaften, die in den konsolidierten Jahresabschluss einbezogen worden sind, durch die Hinterlegung einer zusammenfassenden Übersicht über die wesentlichen Angaben des letzten Jahresabschlusses dieser Gesellschaft ersetzt werden.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 17 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.
- 2) Ein ursprünglicher zweiter Satz wurde durch Artikel 37 Abs. 17 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39, aufgehoben.
- 3) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 17 Buchstabe c) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2430. (Gesetzliche Rücklage)**

Vom jährlichen Reingewinn ist mindestens ein Zwanzigstel zur Bildung einer Rücklage so lange einzubehalten, bis diese ein Fünftel des Gesellschaftskapitals erreicht hat.

Die Rücklage ist gemäß dem vorhergehenden Absatz wieder aufzufüllen, wenn sie aus irgendeinem Grund verringert wird.

Die Bestimmungen der Sondergesetze bleiben unberührt.

#### **2431. (Aufgeld bei Aktien)**

Die Beträge, die von der Gesellschaft auf Grund der Ausgabe von Aktien zu einem höheren Preis als zu ihrem Nennwert eingenommen worden sind, dürfen einschließlich jener, die aus der Umwandlung von Schuldverschreibungen herrühren, so lange nicht verteilt werden, bis die gesetzliche Rücklage die in Artikel 2430 festgesetzte Grenze erreicht hat.

#### **2432. (Gewinnbeteiligung)**

Allfällige, den Gründern, Gründungsgesellschaftern und Verwaltern zustehende Gewinnbeteiligungen werden aus dem sich aus dem Jahresabschluss ergebenden Reingewinn nach Abzug des Anteils für die gesetzliche Rücklage berechnet.

#### **2433. (Gewinnverteilung an die Gesellschafter)**

Der Beschluss über die Verteilung des Gewinns wird von der Gesellschafterversammlung, die den Jahresabschluss genehmigt oder, falls der Jahresabschluss vom Aufsichtsrat genehmigt worden ist, von der gemäß Artikel 2364bis, zweiter Absatz, einberufenen Gesellschafterversammlung gefasst.

Dividenden auf die Aktien dürfen nur von Gewinnen, die tatsächlich erzielt worden sind und sich aus einem ordnungsgemäß genehmigten Jahresabschluss ergeben, verteilt werden.

Tritt ein Verlust am Gesellschaftskapital ein, können Gewinne so lange nicht verteilt werden, bis das Kapital wieder ergänzt oder im entsprechenden Maß herabgesetzt wird.

Die unter Verletzung der Bestimmungen dieses Artikels verteilt Dividenden können nicht zurückgefordert werden, wenn die Gesellschafter sie in gutem Glauben auf Grund eines ordnungsgemäß genehmigten Jahresabschlusses, aus dem ein entsprechender Reingewinn hervorgeht, bezogen haben.

#### **2433bis. (Anzahlungen auf die Dividenden)**

Die Verteilung von Anzahlungen auf die Dividenden ist nur jenen Gesellschaften erlaubt, deren Jahresabschluss gesetzlich der Abschlussprüfung gemäß der in Sondergesetzen für Körperschaften von öffentlichem Interesse vorgesehenen Regelung unterliegt.<sup>1)</sup>

Die Verteilung von Anzahlungen auf die Dividenden muss in der Satzung vorgesehen sein und wird von den Verwaltern nach Ausstellung einer positiven Beurteilung des Jahresabschlusses für das vorhergehende Geschäftsjahr durch die Person, die mit der Abschlussprüfung beauftragt ist, beschlossen.<sup>2)</sup>

Die Verteilung von Anzahlungen auf die Dividenden ist nicht zulässig, wenn sich aus dem letzten genehmigten Jahresabschluss Verluste für das Geschäftsjahr oder für vorhergehende Geschäftsjahre ergeben.

Das Ausmaß der Anzahlungen auf die Dividenden darf nicht höher sein als der geringere jener Beträge, die dem Betrag des aus dem Abschluss des vorhergehenden Geschäftsjahres erzielten Gewinns, der um die den gesetzlichen oder satzungsmäßigen Rücklagen zuzuführenden Anteile zu vermindern ist, und dem Betrag der frei verfügbaren Rücklagen entsprechen.

Die Verwalter beschließen die Verteilung von Anzahlungen auf die Dividenden auf der Grundlage einer Buchhaltungsübersicht und eines Berichts, aus denen hervorgeht, dass die vermögensrechtliche, wirtschaftliche und finanzielle Lage der Gesellschaft diese Verteilung zulässt. Über diese Urkunden ist eine Stellungnahme der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person einzuholen.<sup>3)</sup>

Die Buchhaltungsübersicht, der Bericht der Verwalter und die Stellungnahme der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person müssen in Abschrift am Sitz der Gesellschaft bis zur Genehmigung des Jahresabschlusses des laufenden Geschäftsjahres aufliegen. Die Gesellschafter können darin Einsicht nehmen.<sup>3)</sup>

Selbst wenn nachträglich festgestellt wird, dass der aus der Übersicht für den betreffenden Zeitraum hervorgehende Gewinn nicht besteht, können die Anzahl-

lungen auf die Dividenden, die in Übereinstimmung mit den anderen Bestimmungen dieses Artikels verteilt worden sind, nicht zurückgefordert werden, wenn die Gesellschafter sie in gutem Glauben bezogen haben.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 18 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.
- 2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 18 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.
- 3) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 18 Buchstabe c) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2434. (Haftungsklage)**

Die Genehmigung des Jahresabschlusses bewirkt nicht die Befreiung der Verwalter, der Generaldirektoren, der mit der Verfassung der Rechnungsunterlagen betrauten leitenden Angestellten und der Überwachungsratsmitglieder aus ihrer Haftung für die Führung der Geschäfte der Gesellschaft.<sup>1)</sup>

- - - - -

- 1) Fassung dieses Artikels laut Artikel 15 Abs. 1 Buchstabe a) des Gesetzes vom 28.12.2005, Nr. 262.

#### **2434bis. (Ungültigkeit des Beschlusses über die Genehmigung des Jahresabschlusses)**

Die in den Artikeln 2377 und 2379 vorgesehenen Klagen gegen die Beschlüsse zur Genehmigung des Jahresabschlusses können nicht mehr erhoben werden, nachdem die Genehmigung des Jahresabschlusses für das folgende Geschäftsjahr erfolgt ist.

Die Berechtigung, einen Beschluss über die Genehmigung des Jahresabschlusses anzufechten, für welche die mit der Abschlussprüfung beauftragte Person eine Bewertung ohne Beanstandungen vorgenommen hat, steht Gesellschaftern nur dann zu, wenn sie mindestens fünf Prozent des Gesellschaftskapitals vertreten.<sup>1)</sup>

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr, in dessen Verlauf die Ungültigkeit gemäß dem vorhergehenden Absatz erklärt wird, hat den Gründen derselben Rechnung zu tragen.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 19 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2435. (Veröffentlichung des Jahresabschlusses sowie des Verzeichnisses der Gesellschafter und der Inhaber von Rechten an Aktien)**

Innerhalb von dreißig Tagen ab der Genehmigung des Jahresabschlusses ist auf Veranlassung der Verwalter eine Abschrift desselben samt den in den Artikeln 2428 und 2429 vorgesehenen Berichten und dem Protokoll über die Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung oder durch den Aufsichtsrat beim Handelsregisteramt zu hinterlegen oder an dieses Amt durch einen eingeschriebenen Brief zu übermitteln.

Innerhalb von dreißig Tagen ab der Genehmigung des Jahresabschlusses müssen darüber hinaus jene Gesellschaften, die keine in geregelten Märkten notierten Aktien haben, zur Eintragung ins Handelsregister ein auf den Tag der Genehmigung des Jahresabschlusses bezogenes Verzeichnis der Gesellschafter unter Angabe der Anzahl der von diesen gehaltenen Aktien sowie ein Verzeichnis jener Personen hinterlegen, die, ohne Gesellschafter zu sein, Inhaber von Rechten an diesen Aktien oder Begünstigte aus Vinkulierungen dieser Aktien sind. Das Verzeichnis muss auch im Einzelnen Angaben über die Anmerkungen enthalten, die im Gesellschafterbuch seit dem Tag der Genehmigung des Jahresabschlusses für das vorhergegangene Geschäftsjahr vorgenommen worden sind.

#### **2435bis. (Jahresabschluss in verkürzter Form)**

Gesellschaften, die keine in geregelten Märkten gehandelten Papiere ausgegeben haben, können den Jahresabschluss in verkürzter Form aufstellen, wenn sie im ersten Geschäftsjahr oder später in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren zwei der folgenden Grenzwerte nicht überschritten haben:

- 1) Gesamtbetrag der Aktivseite der Bilanz: 4.400.000 Euro;<sup>1)</sup>
- 2) Erträge aus Verkäufen und Leistungen: 8.800.000 Euro;<sup>1)</sup>
- 3) durchschnittlich während des Geschäftsjahres Beschäftigte: 50 Personen.

Im Jahresabschluss in verkürzter Form enthält die Bilanz nur die in Artikel 2424 mit Großbuchstaben und mit römischen Ziffern bezeichneten Posten; die Posten A und D der Aktivseite dürfen in den Posten C II einbezogen werden; von den Posten B I und B II der Aktivseite sind die Abschreibungen und Wertminderungen ausdrücklich anzugeben und abzuziehen; der Posten E der Passivseite darf in den Posten D einbezogen werden; in den Posten C II der Aktivseite und D der Passivseite sind die Forderungen und Verbindlichkeiten, die erst nach dem nächsten Geschäftsjahr fällig werden, gesondert anzugeben.

In der Gewinn- und Verlustrechnung des in verkürzter Form abgefassten Jahresabschlusses dürfen folgende, in Artikel 2425 vorgesehene Posten jeweils zusammengezogen werden:

- die Posten A2 und A3
- die Posten B9c), B9d), B9e)
- die Posten B10a), B10b), B10c)
- die Posten C16b) und C16c)
- die Posten D18a), D18b), D18c)
- die Posten D19a), D19b), D19c).

In der Gewinn- und Verlustrechnung des in verkürzter Form abgefassten Jahresabschlusses bedarf es in Posten E20 nicht der getrennten Angabe des Mehrwerts und in Posten E21 nicht der getrennten Angabe des Minderwerts und der auf vorhergehende Geschäftsjahre entfallenden Steuern.

Im Anhang werden die in der Ziffer 10 des Artikels 2426 und in den Ziffern 2, 3, 7, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16 und 17 des Artikels 2427 sowie in Ziffer 1 des Absatzes 1 des Artikels 2427bis<sup>2)</sup> verlangten Angaben unterlassen; die in Ziffer 6 des Artikels 2427 verlangten Angaben sind zum Gesamtbetrag der im Jahresabschluss eingetragenen Verbindlichkeiten in Beziehung zu setzen.

Die Gesellschaften können die gemäß Artikel 2427, erster Absatz, Ziffer 22bis, verlangte Information auf Geschäfte beschränken, die unmittelbar oder mittelbar mit ihren größeren Aktionären und mit den Mitgliedern der Verwaltungs- und Kontrollorgane vorgenommen worden sind, sowie die gemäß Artikel 2427, erster Absatz, Ziffer 22ter, verlangten Informationen auf die Angabe der Art und des wirtschaftlichen Zwecks beschränken.<sup>3)</sup>

Sofern die im ersten Absatz angegebenen Gesellschaften die in den Ziffern 3 und 4 des Artikels 2428 verlangten Angaben in den Anhang aufnehmen, sind sie von der Abfassung eines Lageberichts befreit.

Die Gesellschaften, die gemäß diesem Artikel den Jahresabschluss in verkürzter Form aufstellen, müssen ihn in ordentlicher Form aufstellen, wenn sie in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren zwei der im ersten Absatz angegebenen Grenzwerte überschritten haben.

- - - - -

1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 1 Abs. 4 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 3.11. 2008, Nr. 173.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzvertretenden Dekrets vom 30.12.2003, Nr. 394.

3) Dieser Absatz wurde durch Artikel 1 Abs. 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 3.11.2008, Nr. 173, eingefügt.

## 10. Teil Abänderungen der Satzung

### **2436. (Hinterlegung, Eintragung und Veröffentlichung der Abänderungen)**

Der Notar, der den Beschluss auf Abänderung der Satzung zu Protokoll genommen hat, beantragt innerhalb von dreißig Tagen und nach Prüfung der Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen seine Eintragung in das Handelsregister, nimmt gleichzeitig seine Hinterlegung vor und legt die allenfalls erforderlichen Genehmigungen bei.

Das Handelsregisteramt trägt nach Prüfung der formellen Vorschriftsmäßigkeit der Unterlagen den Beschluss in das Register ein.

Hält der Notar die vom Gesetz festgesetzten Bedingungen für nicht erfüllt, macht er davon den Verwaltern rechtzeitig und jedenfalls nicht nach Ablauf der im ersten Absatz dieses Artikels vorgesehene Frist Mitteilung. Die Verwalter können innerhalb der darauffolgenden dreißig Tage die Gesellschafterversammlung für die zweckdienlichen Maßnahmen einberufen oder beim Landesgericht Rekurs erheben, damit dieses die in den folgenden Absätzen bezeichnete Verfügung trifft; andernfalls ist der Beschluss endgültig unwirksam.

Wenn das Landesgericht die Einhaltung der vom Gesetz verlangten Bedingungen feststellt, ordnet es nach Anhörung der Staatsanwaltschaft die Eintragung in das Handelsregister mit einem Dekret an, gegen das Beschwerde zulässig ist.

Der Beschluss wird erst nach der Eintragung wirksam.

Nach jeder Abänderung der Satzung ist deren gesamter Text in der nach der Abänderung geltenden Fassung beim Handelsregister zu hinterlegen.

### **2437. (Austrittsrecht)**

Gesellschafter sind hinsichtlich aller ihrer Aktien oder nur hinsichtlich eines Teils derselben zum Austritt aus der Gesellschaft berechtigt, wenn sie nicht an Beschlüssen mitgewirkt haben, die folgende Bereiche betreffen:

- a) die Abänderung der Klausel über den Gesellschaftszweck, wenn sie eine beträchtliche Änderung der Tätigkeit der Gesellschaft zulässt;
- b) die Umwandlung der Gesellschaft;
- c) die Verlegung des Gesellschaftssitzes ins Ausland;
- d) den Widerruf der Liquidation;
- e) die Beseitigung einer oder mehrerer Austrittsgründe, die im folgenden Absatz oder in der Satzung vorgesehen sind;
- f) die Abänderung der Richtlinien zur Bestimmung des Aktienwerts im Falle des Austritts;
- g) die Abänderungen der Satzung, welche die Stimmrechte oder die Beteiligungsrechte betreffen.

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung der Satzung sind Gesellschafter zum Austritt berechtigt, wenn sie nicht an der Genehmigung von Beschlüssen mitgewirkt haben, die folgende Bereiche betreffen:

- a) die Verlängerung der Dauer;
- b) die Einführung oder Abschaffung von Beschränkungen des Umlaufs der Aktienpapiere.

Wurde die Gesellschaft auf unbestimmte Zeit gegründet und werden die Aktien nicht in einem geregelten Markt notiert, so kann der Gesellschafter mit einer Vorankündigung von mindestens einhundertachtzig Tagen austreten; die Satzung kann eine längere, ein Jahr jedoch nicht übersteigende Frist vorsehen.

Die Satzung von Gesellschaften, die sich nicht des Risikokapitalmarkts bedienen, kann weitere Austrittsgründe vorsehen.

Unberührt bleiben die Bestimmungen, die den Austritt aus Gesellschaften regeln, die einer Leitungs- und Koordinierungsgewalt unterworfen sind.

Jede Abmachung, die darauf abzielt, die Ausübung des Austrittsrechts in den im



ersten Absatz dieses Artikels vorgesehenen Fällen auszuschließen oder zu erschweren, ist nichtig.

#### **2437bis. (Fristen und Art und Weise der Ausübung)**

Das Austrittsrecht wird mit eingeschriebenem Brief ausgeübt, der innerhalb von fünfzehn Tagen ab der Eintragung des den Austritt rechtfertigenden Beschlusses im Handelsregister abzusenden ist und in dem die Personalien des austretenden Gesellschafters, das Domizil für Mitteilungen, die das Verfahren betreffen, sowie die Anzahl und Art der Aktien, für welche das Austrittsrecht beansprucht wird, anzugeben sind. Ist der Umstand, der den Austritt rechtfertigt, kein Beschluss, so ist das Austrittsrecht durch den Gesellschafter innerhalb von dreißig Tagen ab der Kenntnis dieses Umstandes auszuüben.

Die Aktien, hinsichtlich welcher das Austrittsrecht ausgeübt wird, dürfen nicht abgetreten werden und sind am Gesellschaftssitz zu hinterlegen.

Das Austrittsrecht darf nicht ausgeübt werden und der Austritt ist, falls er schon erklärt worden ist, wirkungslos, wenn innerhalb von neunzig Tagen die Gesellschaft den Beschluss, der den Austritt rechtfertigt, widerruft oder wenn die Auflösung der Gesellschaft beschlossen wird.

#### **2437ter. (Richtlinien für die Bestimmung des Aktienwerts)**

Der Gesellschafter hat Anspruch auf Auszahlung jener Aktien, hinsichtlich derer er den Austritt vornimmt.

Der Auszahlungswert der Aktien wird von den Verwaltern nach Einholung der Stellungnahme des Überwachungsrates und der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person unter Berücksichtigung des Vermögensbestandes der Gesellschaft und ihrer Ertragsaussichten sowie des allfällig bestehenden Marktwertes der Aktien bestimmt.<sup>1)</sup>

Der Auszahlungswert von Aktien, die in geregelten Märkten notiert werden, wird ausschließlich unter Bezugnahme auf das arithmetische Mittel der Schlusskurse in den sechs Monaten bestimmt, die der Veröffentlichung oder dem Erhalt der Benachrichtigung zur Einberufung der Gesellschafterversammlung vorangehen, deren Beschlüsse den Rücktritt rechtfertigen.

Die Satzung kann andere Richtlinien für die Bestimmung des Auszahlungswertes festsetzen, indem sie die Bestandteile der Aktiva und Passiva des Jahresabschlusses, für welche andere als im Jahresabschluss angegebene Werte herangezogen werden können, und zugleich die Richtlinien für deren Berichtigung sowie andere Maßstäbe angibt, die für die Vermögensbewertung geeignet sind.

Die Gesellschafter haben das Recht, von der gemäß dem zweiten Absatz dieses Artikels vorgenommenen Wertbestimmung während der der Gesellschafterversammlung vorhergehenden fünfzehn Tage Kenntnis zu nehmen; jeder Gesellschafter hat das Recht, in die Unterlagen zur Wertbestimmung Einsicht zu nehmen und auf eigene Kosten eine Abschrift davon zu erhalten.

Im Falle einer Bestreitung, die gleichzeitig mit der Austrittserklärung zu erheben ist, wird der Auszahlungswert innerhalb von neunzig Tagen ab der Ausübung des Austrittsrechtes auf Grund des beeidigten Berichts eines vom Landesgericht auf Antrag der beflisseneren Partei bestellten Sachverständigen bestimmt, wobei das Gericht auch über die Kosten entscheidet; in diesem Fall findet der erste Absatz des Artikels 1349 Anwendung.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 20 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2437quater. (Auszahlungsverfahren)**

Die Verwalter bieten die Aktien des austretenden Gesellschafters den anderen Gesellschaftern im Verhältnis zur Anzahl der von ihnen gehaltenen Aktien zum Bezug an. Bestehen Wandelschuldverschreibungen, so steht das Bezugsrecht

neben den Gesellschaftern auch den Besitzern von solchen nach Maßgabe des Umtauschverhältnisses zu.

Das Bezugsangebot ist beim Handelsregisteramt innerhalb von fünfzehn Tagen ab der endgültigen Festsetzung des Auszahlungswertes zu hinterlegen. Zur Ausübung des Bezugsrechtes ist eine Frist von mindestens dreißig Tagen ab der Hinterlegung des Angebots zu gewähren.

Diejenigen, die das Bezugsrecht ausüben, haben, sofern sie gleichzeitig darum ansuchen, ein Vorrecht beim Erwerb der Aktien, hinsichtlich welcher das Bezugsrecht nicht ausgeübt worden ist.

Wenn die Gesellschafter die Aktien des austretenden Gesellschafters zur Gänze oder zum Teil nicht erwerben, so können sie die Verwalter bei Dritten unterbringen; im Fall von Aktien, die an geregelten Märkten notiert werden, erfolgt ihre Unterbringung dadurch, dass sie in eben diesen Märkten angeboten werden.

Sollten die Aktien des austretenden Gesellschafters nicht gemäß den Bestimmungen der vorhergehenden Absätze innerhalb von einhundertachtzig Tagen ab der Mitteilung des Austritts<sup>1)</sup> untergebracht worden sein, werden sie durch die Gesellschaft erworben und ausbezahlt, indem auch entgegen der Bestimmung des dritten Absatzes des Artikels 2357 verfügbare Rücklagen verwendet werden.

Fehlen Gewinne oder verfügbare Rücklagen, ist eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen, die über die Herabsetzung des Gesellschaftskapitals oder die Auflösung der Gesellschaft zu beschließen hat.

Auf den Beschluss über die Herabsetzung des Gesellschaftskapitals finden die Bestimmungen des zweiten, dritten und vierten Absatzes des Artikels 2445 Anwendung; wird dem Widerspruch stattgegeben, löst sich die Gesellschaft auf.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 5 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 6.2.2004, Nr. 37.

#### **2437quinquies. (Sonderbestimmungen für Gesellschaften mit Aktien, die in geregelten Märkten notiert werden)**

Werden die Aktien in geregelten Märkten notiert, haben jene Gesellschafter ein Austrittsrecht, die am Beschluss, der den Ausschluss von der Notierung nach sich zieht, nicht mitgewirkt haben.

#### **2437sexies. (Rückkaufbare Aktien)**

Die Bestimmungen der Artikel 2437ter und 2437quater finden, soweit vereinbar, auf Aktien oder Arten von Aktien Anwendung, für welche die Satzung ein Rückkaufsrecht durch die Gesellschaft oder die Gesellschafter vorsieht. In einem solchen Fall bleibt die Anwendung der in den Artikeln 2357 und 2357bis enthaltenen Regelung aufrecht.

#### **2438. (Kapitalerhöhung)**

Solang bereits ausgegebene Aktien nicht zur Gänze eingelöst sind, darf eine Kapitalerhöhung nicht vorgenommen werden.

Bei Verletzung des vorhergehenden Absatzes haften die Verwalter als Gesamtschuldner für die Schäden, die sie den Gesellschaftern und Dritten zugefügt haben. In jedem Fall bleiben die Verpflichtungen aufrecht, die mit der Zeichnung der Aktien, die in Verletzung des vorhergehenden Absatzes ausgegeben worden sind, eingegangen wurden.

#### **2439. (Zeichnung und Einzahlungen)**

Vorbehaltlich der Bestimmung des vierten Absatzes des Artikels 2342 haben die Zeichner neu ausgegebener Aktien bei der Zeichnung mindestens fünfundzwanzig Prozent des Nennwertes der gezeichneten Aktien an die Gesellschaft zu zahlen. Ist ein Aufgeld vorgesehen, so ist dieses bei der Zeichnung zur Gänze einzuzahlen.

Wird die Kapitalerhöhung nicht zur Gänze innerhalb der Frist gezeichnet, die im Beschluss unter Beachtung der in Artikel 2441, zweiter und dritter Absatz, festgesetzten Fristen bestimmt werden muss, so erfolgt die Kapitalerhöhung im Ausmaß der erfolgten Zeichnungen nur dann, wenn der Beschluss dies ausdrücklich vorgesehen hat.

#### **2440. (Einlagen in Natur und in Form von Forderungen)**

Erfolgt die Kapitalerhöhung durch eine Einlage in Natur oder in Form von Forderungen, finden die Bestimmungen der Artikel 2342, dritter und fünfter Absatz, 2343, 2343ter und 2343quater Anwendung.<sup>1)</sup>

Die in Artikel 2343quater genannte Erklärung ist der in Artikel 2444 genannten Bestätigung beizufügen.<sup>2)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 1 Abs. 5 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 4.8.2008, Nr. 142.

2) Dieser Absatz wurde durch Artikel 1 Abs. 5 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 4.8.2008, Nr. 142, hinzugefügt.

#### **2440bis. (Ermächtigung zur Kapitalerhöhung durch Einlagen in Natur und in Form von Forderungen ohne Bericht über die Bewertung)**

Wurde den Verwaltern die in Artikel 2443, zweiter Absatz, vorgesehene Befugnis erteilt und wurde die Einbringung der Einlagen in Natur oder in Form von Forderungen beschlossen, die in Übereinstimmung mit Artikel 2343ter bewertet worden sind, haben die Verwalter, nachdem sie die in Artikel 2343quater, erster Absatz, vorgesehene Prüfung vorgenommen haben, zur Eintragung im Handelsregister als Anlage zum Protokoll über den Beschluss auf Kapitalerhöhung eine Erklärung zu hinterlegen, welche den in Artikel 2343quater, dritter Absatz, genannten Inhalt aufweist und aus welcher der Tag der Beschlussfassung über die Kapitalerhöhung hervorgeht.

Innerhalb von dreißig Tagen ab der Eintragung der im ersten Absatz genannten Erklärung können Gesellschafter, die wenigstens ein Zwanzigstel des Gesellschaftskapitals, wie es vor dieser Kapitalerhöhung betragen hat, vertreten und bereits im Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Kapitalerhöhung vertreten haben, die Vorlage einer neuen Bewertung verlangen. In diesem Fall findet Artikel 2343 Anwendung. Die Einlage darf nicht vor dem Ablauf des vorgenannten Zeitraums und gegebenenfalls nicht vor der Vorlage der neuen Bewertung erfolgen.

Sofern eine neue Bewertung nicht verlangt wird, hinterlegen die Verwalter zur Eintragung im Handelsregister samt der in Artikel 2444 genannten Bestätigung die Erklärung, dass nach dem Zeitpunkt der im zweiten Absatz genannten Erklärung keine Tatsachen oder Umstände eingetreten sind, wie sie in Artikel 2343quater, erster Absatz, genannt sind.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Dieser Artikel wurde durch Artikel 1 Abs. 6 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 4.8.2008, Nr. 142, eingefügt.

#### **2441. (Bezugsrecht)**

Die neu auszugebenden Aktien und die Wandelschuldverschreibungen sind den Gesellschaftern im Verhältnis zu den in ihrem Besitz befindlichen Aktien zum Bezug anzubieten. Bestehen Wandelschuldverschreibungen, so steht das Bezugsrecht neben den Gesellschaftern auch den Besitzern von solchen nach Maßgabe des Umtauschverhältnisses zu.

Das Bezugsangebot ist beim Handelsregisteramt zu hinterlegen. Vorbehaltlich dessen, was in Sondergesetzen für Gesellschaften mit Aktien, die in geregelten Märkten notiert werden, vorgesehen ist, ist zur Ausübung des Bezugsrechtes eine Frist von mindestens dreißig Tagen ab der Veröffentlichung des Angebots zu gewähren.

Diejenigen, die das Bezugsrecht ausüben, haben, sofern sie gleichzeitig darum

ansuchen, ein Vorrecht beim Erwerb der Aktien und der Wandelschuldverschreibungen, hinsichtlich welcher das Bezugsrecht nicht ausgeübt worden ist. Werden die Aktien in geregelten Märkten notiert, so sind die nicht ausgeübten Bezugsrechte von den Verwaltern auf Rechnung der Gesellschaft im geregelten Markt anzubieten, und zwar bei mindestens fünf Sitzungen innerhalb des Monats, das dem Ablauf der gemäß dem zweiten Absatz festgesetzten Frist folgt.<sup>1)</sup>

Das Bezugsrecht steht hinsichtlich jener neu auszugebenden Aktien nicht zu, die gemäß dem Beschluss auf Kapitalerhöhung durch Einlagen in Natur einzulösen sind. Bei Gesellschaften mit Aktien, die in geregelten Märkten notiert werden, kann weiters die Satzung das Bezugsrecht beschränkt auf zehn Prozent des vorher bestehenden Gesellschaftskapitals ausschließen, sofern der Ausgabepreis dem Marktwert der Aktien entspricht und dies vom Abschlussprüfer oder von der Prüfungsgesellschaft in einem eigenen Bericht bestätigt wird.<sup>2)</sup>

Liegt es im Interesse der Gesellschaft, so kann das Bezugsrecht durch den Beschluss auf Kapitalerhöhung ausgeschlossen oder begrenzt werden, wenn dieser von so vielen Gesellschaftern genehmigt wird, dass sie mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals vertreten, und zwar auch dann, wenn der Beschluss von einer Gesellschafterversammlung gefasst wird, die auf Grund einer auf die erste Einberufung folgenden Einberufung stattfindet.

Die Vorschläge für die Erhöhung des Gesellschaftskapitals unter Ausschuss oder Begrenzung des Bezugsrechts gemäß dem ersten Satz des vierten Absatzes oder gemäß dem fünften Absatz dieses Artikels müssen von den Verwaltern mit einem eigenen Bericht erläutert werden, aus welchem die Gründe für den Ausschluss oder die Begrenzung oder, bei einem Ausschluss wegen Einlagen in Natur, die Gründe für eine derartige Einlage und in jedem Fall die für die Festsetzung des Ausgabepreises angewandten Richtlinien hervorgehen. Der Bericht muss von den Verwaltern, dem Überwachungsrat oder dem Aufsichtsrat und der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person mindestens dreißig Tage vor dem für die Gesellschafterversammlung festgesetzten Tag mitgeteilt werden. Innerhalb von fünfzehn Tagen muss der Überwachungsrat seine Stellungnahme über die Angemessenheit des Ausgabepreises der Aktien abgeben. Die Stellungnahme des Überwachungsrats und, in dem im vierten Absatz vorgesehenen Fall, der beeidete Bericht des vom Präsidenten des Landesgerichts bestellten Sachverständigen müssen am Sitz der Gesellschaft während der der Gesellschafterversammlung vorausgehenden fünfzehn Tage und solange diese nicht einen Beschluss gefasst hat, aufliegen; die Gesellschafter können in die Stellungnahme und in den Bericht Einsicht nehmen. Der Beschluss legt den Ausgabepreis der Aktien aufgrund des Wertes des Nettovermögens fest, wobei bei den in geregelten Märkten notierten Aktien auch die Kursentwicklung des letzten Halbjahres zu berücksichtigen ist.<sup>3)</sup>

Das Bezugsrecht gilt weder als ausgeschlossen noch als begrenzt, wenn der Beschluss auf Kapitalerhöhung vorsieht, dass die neu auszugebenden Aktien von Banken, Körperschaften oder Finanzierungsgesellschaften, die der Aufsicht der Gesamtstaatlichen Kommission für die Gesellschaften und die Börse unterliegen, oder von anderen Rechtssubjekten, die zur Ausübung der Tätigkeit der Unterbringung von Finanzinstrumenten ermächtigt sind, mit der Verpflichtung gezeichnet werden, sie den Aktionären der Gesellschaft durch wie immer geartete Geschäftsvorgänge gemäß den ersten drei Absätzen dieses Artikels anzubieten. Diesen Rechtssubjekten steht während des Zeitraums, in dem sie die den Aktionären angebotenen Aktien innehaben und jedenfalls solange das Bezugsrecht nicht ausgeübt worden ist, kein Stimmrecht zu. Die Kosten dieses Geschäftsvorgangs gehen zu Lasten der Gesellschaft und ihre Höhe ist im Beschluss auf Kapitalerhöhung anzugeben.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung, der mit einer für die außerordentlichen Gesellschafterversammlungen notwendigen Mehrheit zu fassen ist, kann das Bezugsrecht für höchstens ein Viertel der neu auszugebenden Aktien ausgeschlossen werden, wenn diese den Dienstnehmern der Gesellschaft oder der Gesellschaften, die sie beherrschen oder die von ihr abhängig sind, zur Zeichnung angeboten werden. Der Ausschluss des Bezugsrechts für mehr als ein Vier-

tel muss mit der im fünften Absatz vorgeschriebenen Mehrheit genehmigt werden.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 19 Abs.1 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.
- 2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 21 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.
- 3) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 19 Abs. 1 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310, und laut Artikel 37 Abs. 21 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2442. (Umwandlung von Rücklagen in Kapital)**

Die Gesellschafterversammlung kann das Kapital dadurch erhöhen, dass sie die Rücklagen und die anderen im Jahresabschluss eingetragenen Fonds, soweit sie verfügbar sind, dem Kapital zurechnet.

In diesem Fall müssen die neu auszugebenden Aktien die gleichen Merkmale wie die im Umlauf befindlichen aufweisen und sind den Aktionären unentgeltlich im Verhältnis zu den schon in Besitz befindlichen Aktien zuzuteilen.

Die Kapitalerhöhung kann auch durch Erhöhung des Nennwertes der im Umlauf befindlichen Aktien erfolgen.

#### **2443. (Bevollmächtigung der Verwalter)**

Die Satzung kann den Verwaltern die Befugnis erteilen, einmal oder mehrmals das Kapital bis zu einem bestimmten Gesamtbetrag innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf Jahren ab dem Tag der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister zu erhöhen. Diese Befugnis kann sich auch auf die Vornahme der im vierten und fünften Absatz des Artikels 2441 vorgesehenen Beschlüsse erstrecken; in diesem Fall findet, soweit vereinbar, der sechste Absatz des Artikels 2441 Anwendung und die Satzung setzt die Richtlinien fest, an welche sich die Verwalter zu halten haben.

Die im zweiten Satz des vorhergehenden Absatzes vorgesehene Befugnis kann auch durch eine Abänderung der Satzung, die mit der im fünften Absatz des Artikels 2441 vorgesehenen Mehrheit zu genehmigen ist, erteilt werden, und zwar für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren ab dem Tag der Beschlussfassung.

Das Protokoll über den Beschluss der Verwalter, das Kapital zu erhöhen, ist von einem Notar zu verfassen und gemäß Artikel 2436 zu hinterlegen und einzutragen.

#### **2444. (Eintragung in das Handelsregister)**

Innerhalb von dreißig Tagen ab der erfolgten Zeichnung der neu auszugebenden Aktien haben die Verwalter eine Bestätigung, dass die Kapitalerhöhung durchgeführt worden ist, zur Eintragung in das Handelsregister zu hinterlegen.

Solange die Eintragung in das Register nicht erfolgt ist, darf die Kapitalerhöhung nicht bei den Rechtshandlungen der Gesellschaft angeführt werden.

#### **2445. (Herabsetzung des Gesellschaftskapitals)**

Eine Herabsetzung des Gesellschaftskapitals kann in den von den Artikeln 2327 und 2413 zugelassenen Grenzen entweder durch Befreiung der Gesellschafter von der Verpflichtung zur Einzahlung der noch geschuldeten Beträge oder durch Rückzahlung des Kapitals an die Gesellschafter erfolgen.

Die Benachrichtigung über die Einberufung der Gesellschafterversammlung hat die Gründe und die Art und Weise der Herabsetzung anzugeben. Im Fall von Gesellschaften, auf die Artikel 2357, dritter Absatz, Anwendung findet, hat die Herabsetzung jedenfalls derart zu erfolgen, dass die allenfalls im Besitz der Gesellschaft befindlichen eigenen Aktien den fünften Teil des Gesellschaftskapitals nach der Herabsetzung nicht übersteigen.<sup>1)</sup>

Der Beschluss darf erst neunzig Tage nach dem Tag der Eintragung in das Handelsregister ausgeführt werden, vorausgesetzt, dass innerhalb dieser Frist

kein Gesellschaftsgläubiger, dessen Forderung vor der Eintragung entstanden ist, Widerspruch erhoben hat.

Das Landesgericht verfügt, wenn es die Gefahr eines Schadens für die Gläubiger für unbegründet hält oder wenn die Gesellschaft eine geeignete Sicherheit geleistet hat, dass der Vorgang trotz des Widerspruchs erfolgen darf.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 7 Abs. 3sexies Buchstabe c) des Gesetzesdekrets vom 10.2.2009, Nr. 5, das mit Abänderungen in das Gesetz vom 9.4.2009, Nr. 33, umgewandelt worden ist.

#### **2446. (Herabsetzung des Kapitals infolge von Verlusten)**

Stellt sich heraus, dass sich das Kapital infolge von Verlusten um mehr als ein Drittel verringert hat, so haben die Verwalter oder der Vorstand und im Falle ihrer Untätigkeit der Überwachungsrat oder der Aufsichtsrat unverzüglich die Gesellschafterversammlung einzuberufen, damit die zweckdienlichen Maßnahmen getroffen werden. Der Gesellschafterversammlung ist ein Bericht über die Vermögenslage der Gesellschaft mit den Stellungnahmen des Überwachungsrats oder des Ausschusses für die Kontrolle der Geschäftsführung zu unterbreiten. Der Bericht und die Stellungnahmen müssen in Abschrift während der der Gesellschafterversammlung vorausgehenden acht Tage am Sitz der Gesellschaft aufliegen, damit die Gesellschafter in diese Einsicht nehmen können. In der Gesellschafterversammlung haben die Verwalter über wichtige Tatsachen, die sich nach der Abfassung des Berichts ereignet haben, zu berichten.

Wenn sich innerhalb des folgenden Geschäftsjahres nicht eine Verringerung des Verlustes auf weniger als ein Drittel ergibt, muss die ordentliche Gesellschafterversammlung oder der Aufsichtsrat, der den Jahresabschluss für dieses Geschäftsjahr genehmigt, das Kapital im Verhältnis zum festgestellten Verlust herabsetzen. Andernfalls haben die Verwalter und die Überwachungsratsmitglieder oder der Aufsichtsrat beim Landesgericht die Anordnung der Herabsetzung des Kapitals entsprechend den aus dem Jahresabschluss ersichtlichen Verlusten zu beantragen. Das Landesgericht entscheidet nach Anhörung der Staatsanwaltschaft mit einem Dekret, gegen das Beschwerde erhoben werden kann und das auf Veranlassung der Verwalter in das Handelsregister eingetragen werden muss.

Sind die von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien ohne Nennwert, können die ursprüngliche Satzung, die abgeänderte Satzung oder ein Beschluss, der mit der für die außerordentliche Gesellschafterversammlung vorgesehenen Mehrheiten gefasst werden muss, vorsehen, dass die im vorhergehenden Absatz vorgesehene Herabsetzung des Kapitals vom Verwaltungsrat beschlossen wird. In einem solchen Fall findet Artikel 2436 Anwendung.

#### **2447. (Verminderung des Gesellschaftskapitals unter das gesetzliche Mindestmaß)**

Sinkt das Kapital durch den Verlust von mehr als einem Drittel unter den in Artikel 2327 festgesetzten Mindestbetrag herab, so müssen die Verwalter oder der Vorstand und im Falle ihrer Untätigkeit der Aufsichtsrat unverzüglich die Gesellschafterversammlung einberufen, damit entweder die Herabsetzung des Kapitals und dessen gleichzeitige Erhöhung auf einen nicht unter dieser Mindesthöhe liegenden Betrag oder die Umwandlung der Gesellschaft beschlossen wird.

### **11. Teil**

#### **Vermögen, die für ein Sondergeschäft bestimmt sind.**

#### **2447bis. (Vermögen, die für ein Sondergeschäft bestimmt sind)**

Eine Gesellschaft kann:

- a) ein oder mehrere Vermögen bilden, von denen ein jedes ausschließlich für

ein Sondergeschäft bestimmt ist;

b) in einem Vertrag über die Finanzierung eines Sondergeschäftes vereinbaren, dass die Erträge aus diesem Geschäft oder ein Teil davon zur gänzlichen oder teilweisen Rückzahlung dieser Finanzierung bestimmt sind.

Vorbehaltlich der Bestimmungen in Sondergesetzen dürfen die in Buchstabe a) des ersten Absatzes vorgesehenen Zweckvermögen nicht für einen Wert, der insgesamt mehr als zehn Prozent des Eigenkapitals der Gesellschaft ausmacht, und jedenfalls nicht zur Ausübung von Geschäften gebildet werden, die auf Grund von Sondergesetzen vorbehaltene Tätigkeiten betreffen.

#### **2447ter. (Beschluss zur Errichtung eines Zweckvermögens)**

Im Beschluss, mit dem gemäß Buchstabe a) des ersten Absatzes des Artikels 2447bis ein Vermögen für ein Sondergeschäft bestimmt wird, sind anzugeben:

- a) das Geschäft, für welches das Vermögen bestimmt wird;
- b) die Güter und die Rechtsverhältnisse, aus denen dieses Vermögen besteht;
- c) der Wirtschafts- und Finanzplan, aus dem hervorgeht, dass das Vermögen für die Verwirklichung des Geschäftes angemessen ist, die Art und Weise sowie die Richtlinien für die Verwendung des Vermögens, das Ergebnis, das erreicht werden soll, und die allenfalls Dritten angebotenen Sicherheiten;
- d) die allfälligen Beiträge Dritter, die Art und Weise der Kontrolle der Geschäftsführung und der Beteiligung am Geschäftsergebnis;
- e) die Möglichkeit, Finanzinstrumente zur Beteiligung am Geschäft auszugeben, wobei im Einzelnen die Rechte anzugeben sind, die sie verleihen;
- f) die Bestellung eines Abschlussprüfers oder einer Prüfungsgesellschaft zum Zweck der auf das Geschäft bezogenen Rechnungsprüfung, sofern die Gesellschaft nicht bereits der Abschlussprüfung unterworfen ist;<sup>1)</sup>
- g) die Richtlinien für die Rechnungslegung über das Sondergeschäft.

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung der Satzung wird der in diesem Artikel vorgesehene Beschluss vom Verwaltungsorgan mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder gefasst.

- - - - -

1) Fassung dieses Buchstabens laut Artikel 37 Abs. 22 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2447quater. (Öffentliche Bekanntmachung der Bildung eines Zweckvermögens)**

Der im vorhergehenden Artikel vorgesehene Beschluss ist gemäß Artikel 2436 zu hinterlegen und einzutragen.

Die Gläubiger der Gesellschaft, deren Anspruch schon vor der Eintragung bestanden hat, können innerhalb einer Frist von sechzig Tagen ab der Eintragung des Beschlusses im Handelsregister dagegen Widerspruch erheben. Trotz des Widerspruchs kann das Landesgericht verfügen, dass nach Leistung einer geeigneten Sicherheit durch die Gesellschaft der Beschluss durchgeführt wird.

#### **2447quinquies. (Rechte der Gläubiger)**

Nach Ablauf der im zweiten Absatz des vorhergehenden Artikels vorgesehenen Frist oder nach Eintragung der dort vorgesehenen Verfügung des Landesgerichts in das Handelsregister können die Gläubiger der Gesellschaft weder Anspruch auf das Zweckvermögen des Sondergeschäftes noch Anspruch auf die Früchte und Erträge daraus erheben, soweit diese nicht der Gesellschaft zustehen.

Besteht das Vermögen aus Liegenschaften oder in öffentlichen Registern eingetragenen beweglichen Sachen, so findet die Bestimmung des vorhergehenden Absatzes erst dann Anwendung, wenn ihre Bestimmung für das Sondergeschäft in den entsprechenden Registern eingetragen worden ist.

Wird in dem in Artikel 2447ter vorgesehenen Beschluss nicht etwas anderes

bestimmt, haftet die Gesellschaft für die in Bezug auf das Sondergeschäft eingegangenen Verbindlichkeiten nur innerhalb der Grenzen des Vermögens, das für das Sondergeschäft bestimmt ist. Unberührt bleibt allerdings die unbeschränkte Haftung der Gesellschaft für Verbindlichkeiten aus einer unerlaubten Handlung.

Die in Bezug auf das Sondergeschäft vorgenommenen Rechtshandlungen haben den ausdrücklichen Hinweis auf die Zweckbindung zu enthalten; bei Fehlen desselben haftet die Gesellschaft dafür mit ihrem restlichen Vermögen.

#### **2447sexies. (Zwingend vorgeschriebene Bücher und andere Rechnungsunterlagen)**

In Bezug auf das Sondergeschäft, für das ein Vermögen im Sinne des Buchstaben a) des ersten Absatzes des Artikels 2447bis bestimmt ist, haben die Verwalter die in den Artikeln 2214 und folgende vorgeschriebenen Bücher und Rechnungsunterlagen gesondert zu führen. Sind Finanzinstrumente ausgegeben worden, hat die Gesellschaft auch ein Buch zu führen, in dem ihre Merkmale, die Höhe der ausgegebenen und die Höhe der getilgten Instrumente sowie die Personalien der Inhaber der Namenspapiere und die sie betreffenden Übertragungen und Vinkulierungen anzugeben sind.

#### **2447septies. (Jahresabschluss)**

Die Güter und Rechtsverhältnisse, aus denen das Zweckvermögen gemäß Buchstabe a) des ersten Absatzes des Artikels 2447bis besteht, müssen in der Bilanz der Gesellschaft gesondert ausgewiesen werden.

Für jedes Zweckvermögen erstellen die Verwalter gemäß den Vorschriften der Artikel 2423 und folgende eine eigene Abrechnung, die dem Jahresabschluss beizuschließen ist.

Im Anhang zum Jahresabschluss der Gesellschaft haben die Verwalter den Wert und die Art der in jedem Zweckvermögen enthaltenen Güter und Rechtsverhältnisse, einschließlich jener, die von Dritten beigebracht worden sind, sowie die Richtlinien, die für die Zuordnung gemeinsamer Aufwands- und Ertragsposten angewandt worden sind, und die entsprechende Haftungsregelung zu erläutern.

Falls der das Zweckvermögen begründende Beschluss eine unbeschränkte Haftung der Gesellschaft für die in Bezug auf das Sondergeschäft eingegangenen Verbindlichkeiten vorsieht, muss die daraus resultierende Verpflichtung am Schluss der Bilanz angegeben werden und muss Gegenstand einer Bewertung nach den im Anhang zu erläuternden Richtlinien sein.

#### **2447octies. (Sonderversammlungen)**

Für jede Art von Finanzinstrumenten, die in Buchstabe e) des ersten Absatzes des Artikels 2447ter vorgesehen sind, fasst die Versammlung ihrer Inhaber Beschlüsse:

1) über die Bestellung und die Abberufung der jeweiligen gemeinsamen Vertreter für jede Art von Finanzinstrumenten, denen eine Kontrollbefugnis über die ordnungsgemäße Abwicklung des Sondergeschäfts zukommt, sowie über die Einbringung der Haftungsklage gegen sie;

2) über die Errichtung eines Fonds zur Abdeckung der zum Schutz der gemeinsamen Interessen der Inhaber der Finanzinstrumente notwendigen Auslagen und über die entsprechende Rechnungslegung;

3) über die Abänderung der Rechte, die sich aus den Finanzinstrumenten ergeben;

4) über Streitigkeiten mit der Gesellschaft und über diesbezügliche Vergleiche und Verzichte;

5) über sonstige Angelegenheiten, die für jede einzelne Art von Finanzinstrumenten von gemeinsamem Interesse sind.

Auf die Sonderversammlungen finden die Bestimmungen, die in den Artikeln 2415, zweiter, dritter, vierter und fünfter Absatz, sowie in den Artikeln 2416 und



2419 enthalten sind, Anwendung.

Auf den gemeinsamen Vertreter finden die Artikel 2417 und 2418 Anwendung.

#### **2447novies. (Abschließende Rechnungslegung)**

Sobald das Geschäft, für das ein Vermögen gemäß Buchstabe a) des ersten Absatzes des Artikels 2447bis bestimmt worden ist, abgewickelt worden oder seine Abwicklung unmöglich geworden ist, verfassen die Verwalter die Schlussrechnung, die zusammen mit dem Bericht der Überwachungsratsmitglieder und der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person beim Handelsregisteramt zu hinterlegen ist.<sup>1)</sup>

Sind die Verbindlichkeiten, die zur Abwicklung des Sondergeschäftes, für welches das Vermögen bestimmt war, eingegangen worden sind, nicht zur Gänze befriedigt worden, können die betroffenen Gläubiger mit eingeschriebenem Brief, welcher der Gesellschaft innerhalb von neunzig Tagen ab der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Hinterlegung zuzumitteln ist, die Liquidation des Vermögens beantragen. In einem solchen Fall finden, soweit vereinbar, ausschließlich die im 8. Abschnitt dieses Titels vorgesehenen Bestimmungen über die Liquidation von Gesellschaften Anwendung.<sup>2)</sup>

Auf jeden Fall bleiben die in Artikel 2447quinquies vorgesehenen Rechte der Gläubiger in Bezug auf die Güter und Rechtsverhältnisse, aus denen das Zweckvermögen besteht, unberührt.

Im Beschluss, mit dem das Zweckvermögen gebildet wird, können auch andere Fälle der Beendigung der Bestimmung des Vermögens für das Sondergeschäft vorgesehen werden. In diesen Fällen so wie im Fall des Konkurses der Gesellschaft finden die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 23 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 20 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.

#### **2447decies. (Finanzierung, die für ein Sondergeschäft bestimmt ist)**

Der Vertrag über die Finanzierung eines Sondergeschäftes gemäß Buchstabe b) des ersten Absatzes des Artikels 2447bis kann vorsehen, dass zur gänzlichen oder teilweisen Rückzahlung der Finanzierung ausschließlich die Erträge aus diesem Geschäft zur Gänze oder zum Teil bestimmt sind.

Der Vertrag hat zu enthalten:

a) eine Beschreibung des Vorhabens, aus der sich dessen genauer Gegenstand entnehmen lässt; die Art und Weise und die Zeiten der Verwirklichung; die vorgesehenen Kosten und die erwarteten Erträge;

b) den Finanzplan für das Vorhaben, wobei anzugeben ist, welcher Teil durch die Finanzierung gedeckt ist und welcher zu Lasten der Gesellschaft geht;

c) die zur Verwirklichung des Vorhabens notwendigen Investitionsgüter;

d) die besonderen Sicherheiten, welche die Gesellschaft in Bezug auf die Verpflichtung zur Erfüllung des Vertrages und auf die richtige und rechtzeitige Verwirklichung des Vorhabens anbietet;

e) die Kontrollen, die der Kapitalgeber oder ein von ihm Beauftragter über die Durchführung des Vorhabens vornehmen darf;

f) den zur Rückzahlung der Finanzierung bestimmten Teil der Erträge und die Art und Weise ihrer Bestimmung;

g) die allfälligen Sicherheiten, welche die Gesellschaft zur Rückzahlung eines Teiles der Finanzierung leistet;

h) den spätesten Zeitpunkt für die Rückzahlung, nach dessen Ablauf dem Kapitalgeber nichts mehr geschuldet wird.

Die Erträge aus dem Vorhaben bilden ein Vermögen, das vom Vermögen der Gesellschaft und vom Vermögen eines jeden anderen gemäß dieser Bestimmung

vorgenommenen Finanzierungsvorhabens getrennt ist, sofern:

a) eine Abschrift des Vertrages zur Eintragung beim Handelsregisteramt hinterlegt worden ist;

b) die Gesellschaft Inkasso- und Buchhaltungssysteme anwendet, die geeignet sind, zu jedem Zeitpunkt die Erträge aus dem Geschäft genau zu bestimmen und sie vom restlichen Gesellschaftsvermögen abzugrenzen.

Bei Beachtung der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Bedingungen sind Klagen der Gläubiger der Gesellschaft unzulässig, die sich auf die Erträge, auf deren Früchte und auf die Früchte allfälliger Investitionen, die in Erwartung ihrer Rückzahlung an die Kapitalgeber getätigt worden sind, beziehen; bei Vorliegen der nämlichen Bedingungen haftet für die Verbindlichkeit gegenüber dem Kapitalgeber ausschließlich das getrennte Vermögen, freilich unbeschadet der Haftung im Fall der im zweiten Absatz, Buchstabe g), vorgesehenen Teilsicherheit.

Bis zur Rückzahlung der Finanzierung oder bis zum Ablauf der im zweiten Absatz, Buchstabe h), vorgesehenen Frist dürfen die Gläubiger der Gesellschaft zum Schutz ihrer Rechte hinsichtlich der für die Verwirklichung des Vorhabens bestimmte Investitionsgüter ausschließlich Sicherstellungsverfahren einleiten.

Sofern der Konkurs der Gesellschaft die Verwirklichung oder die Weiterverfolgung des Vorhabens verhindert, entfallen die im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Beschränkungen, und der Kapitalgeber hat das Recht, seine Forderung abzüglich der im dritten und vierten Absatz angegebenen Beträge zum Konkurs anzumelden.

Außer im Fall von Verbriefungen, die in den geltenden Gesetzen vorgesehen sind, darf die Finanzierung nicht durch Wertpapiere, die für den Umlauf bestimmt sind, verkörpert sein.

Der Anhang zu den Posten des Jahresabschlusses, die sich auf die im dritten Absatz vorgesehenen Erträge und auf die im vierten Absatz vorgesehenen Güter beziehen, hat die Angaben über die Bestimmung der Erträge und der die Güter betreffenden Vinkulierungen zu enthalten.

## 12. Teil

### **2448. (Wirkungen der Veröffentlichung im Handelsregister)**

Rechtshandlungen, für die das Gesetzbuch die Eintragung oder die Hinterlegung im Handelsregister vorschreibt, können Dritten erst nach dieser Veröffentlichung entgegengehalten werden, außer die Gesellschaft beweist, dass die Dritten davon Kenntnis hatten.

Bei Geschäften, die innerhalb von fünfzehn Tagen ab der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Veröffentlichung vorgenommen wurden, können diese Rechtshandlungen denjenigen Dritten nicht entgegengehalten werden, die beweisen, dass es ihnen unmöglich war, von ihnen Kenntnis zu haben.

## 13. Teil

### **Gesellschaften mit Beteiligung des Staates oder öffentlicher Körperschaften**

### **2449. (Gesellschaften mit Beteiligungen des Staates oder öffentlicher Körperschaften)**

Sind der Staat oder öffentliche Körperschaften an einer Aktiengesellschaft beteiligt, die sich nicht des Risikokapitalmarktes bedient, kann die Satzung ihnen die Befugnis zur Bestellung von Verwaltern und Überwachungsratsmitgliedern oder Aufsichtsratsmitgliedern in einer Anzahl zuerkennen, die im Verhältnis zur Beteiligung am Gesellschaftskapital steht.

Die gemäß dem ersten Absatz bestellten Verwalter und Überwachungsratsmitglieder oder Aufsichtsratsmitglieder können nur durch die Körperschaften, die sie bestellt haben, abberufen werden. Sie haben die Rechte und Pflichten der von der Gesellschafterversammlung bestellten Mitglieder. Die Verwalter können nicht für einen drei Geschäftsjahre übersteigenden Zeitraum bestellt werden und scheiden mit jener Gesellschafterversammlung aus dem Amt aus, die zum Zweck der Genehmigung des Jahresabschlusses für das letzte Geschäftsjahr ihrer Amtszeit einberufen worden ist.

Die Überwachungsratsmitglieder oder die Aufsichtsratsmitglieder bleiben drei Geschäftsjahre im Amt und scheiden mit jener Gesellschafterversammlung aus dem Amt aus, die zum Zweck der Genehmigung des Jahresabschlusses für das dritte Geschäftsjahr ihrer Amtszeit einberufen worden ist.

Auf Gesellschaften, die sich des Risikokapitalmarktes bedienen, finden die Bestimmungen des sechsten Absatzes des Artikels 2346 Anwendung. Der Verwaltungsrat kann überdies der Gesellschafterversammlung vorschlagen, mit den für die ordentliche Gesellschafterversammlung vorgesehenen Mehrheiten zu beschließen, dass die von der Satzung zugunsten des Staates oder der öffentlichen Körperschaften vorgesehenen Verwaltungsrechte in einer besonderen Gattung von Aktien verkörpert werden. Zu diesem Zweck ist in jedem Fall die Zustimmung des Staates oder der öffentlichen Körperschaft, zu deren Gunsten die Verwaltungsrechte vorgesehen sind, erforderlich.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Artikels laut Artikel 13 Abs.1 des Gesetzes vom 25.2.2008, Nr. 34.

**2450.**<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Dieser Artikel wurde durch Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzesdekrets vom 15.2.2007, Nr. 10, das mit Abänderungen in das Gesetz vom 6.4.2007, Nr. 46, umgewandelt worden ist, aufgehoben.

## 14. Teil

### Gesellschaften von gesamtstaatlichen Interesse

#### **2451. (Anwendbare Vorschriften)**

Die Bestimmungen dieses Abschnitts finden auch auf Aktiengesellschaften von gesamtstaatlichem Interesse Anwendung, soweit sie mit den Bestimmungen der Sondergesetze vereinbar sind, die für diese Gesellschaften eine besondere Regelung über die Führung der Geschäfte der Gesellschaft, die Übertragbarkeit der Aktien, das Stimmrecht und die Bestellung der Verwalter, der Überwachungsratsmitglieder und der Direktoren enthalten.

## 6. Abschnitt

### **Kommanditgesellschaft auf Aktien<sup>1)</sup>**

1) Fassung dieses Abschnitts (Artikel 2452 bis 2461) laut Artikel 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 17.1.2003, Nr. 6, unter Berücksichtigung der im Amtsblatt der Republik veröffentlichten Berichtigungen.

#### **2452. (Haftung und Beteiligungen)**

Bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien haften die Komplementäre als Gesamtschuldner und unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft und haften die Kommanditisten beschränkt auf den gezeichneten Kapitalanteil. Die Anteile, mit denen die Gesellschafter beteiligt sind, werden durch Aktien verkörpert.

#### **2453. (Firma der Gesellschaft)**

Die Firma der Gesellschaft besteht aus dem Namen wenigstens eines der Komplementäre und der Bezeichnung Kommanditgesellschaft auf Aktien.

#### **2454. (Anwendbare Vorschriften)**

Auf die Kommanditgesellschaft auf Aktien finden die Vorschriften über die Aktiengesellschaft Anwendung, soweit sie mit den folgenden Bestimmungen vereinbar sind.

#### **2455. (Komplementäre)**

Der Gründungsakt hat die Komplementäre zu bezeichnen.

Die Komplementäre sind kraft Gesetzes Verwalter und haben die Pflichten der Verwalter einer Aktiengesellschaft.

#### **2456. (Abberufung der Verwalter)**

Die Abberufung der Verwalter muss mit der für die Beschlussfassungen der außerordentlichen Gesellschafterversammlung der Aktiengesellschaft vorgeschriebenen Mehrheit beschlossen werden.

Erfolgt die Abberufung ohne wichtigen Grund, so hat der abberufene Verwalter Anspruch auf Schadenersatz.

#### **2457. (Ersetzung der Verwalter)**

Die Gesellschafterversammlung nimmt mit der für die im vorhergehenden Artikel angegebenen Mehrheit die Ersetzung des Verwalters vor, der aus welchem Grund auch immer aus seinem Amt ausgeschieden ist. Bei einer Mehrzahl von Verwaltern ist die Bestellung von den im Amt verbliebenen Verwaltern zu genehmigen.

Der neue Verwalter nimmt ab dem Zeitpunkt der Annahme seiner Bestellung die Stellung eines Komplementärs ein.

#### **2458. (Ausscheiden sämtlicher mit der Verwaltung betrauten Gesellschafter aus dem Amt)**

Bei Ausscheiden sämtlicher Verwalter aus ihrem Amt löst sich die Gesellschaft auf, wenn nicht innerhalb von einhundertachtzig Tagen ihre Ersetzung vorgenommen wird und die an ihre Stelle gesetzten Verwalter ihr Amt annehmen.

Für diesen Zeitraum bestellt der Überwachungsrat einen vorläufigen Verwalter zur Vornahme der Handlungen der ordentlichen Verwaltung. Der vorläufige Verwalter nimmt nicht die Stellung eines Komplementärs ein.

#### **2459. (Überwachungsratsmitglieder, Aufsichtsrat und Haftungsklage)**

Die Komplementäre haben bei den Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlung über die Bestellung und die Abberufung der Überwachungsratsmitglieder oder der Aufsichtsratsmitglieder und über die Erhebung der Haftungsklage für ihre Aktien kein Stimmrecht.

#### **2460. (Abänderungen des Gründungsakts)**

Abänderungen des Gründungsakts sind von der Gesellschafterversammlung mit den für die außerordentliche Gesellschafterversammlung der Aktiengesellschaft vorgeschriebenen Mehrheiten und weiters von allen Komplementären zu genehmigen.

#### **2461. (Haftung der Komplementäre Dritten gegenüber)**

Die Haftung der Komplementäre Dritten gegenüber wird durch Artikel 2304 geregelt.

Der Komplementär, der aus dem Amt eines Verwalters ausscheidet, haftet nicht

für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die erst entstanden sind, nachdem sein Ausscheiden aus dem Amt in das Handelregister eingetragen worden ist.

## 7. Abschnitt

### **Gesellschaft mit beschränkter Haftung<sup>1)</sup>**

- 1) Fassung dieses Abschnitts (Artikel 2462 bis 2483) laut Artikel 3 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 17.1.2003, Nr. 6, unter Berücksichtigung der im Amtsblatt der Republik veröffentlichten Berichtigungen und laut Artikel 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 6.2.2004, Nr. 37.

## 1. Teil

### **Allgemeine Bestimmungen**

#### **2462. (Haftung)**

Bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung haftet für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft nur die Gesellschaft mit ihrem Vermögen.

Im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft haftet für die Gesellschaftsverbindlichkeiten, die in dem Zeitraum entstanden sind, in dem alle Anteile einer einzigen Person gehörten, diese Person unbeschränkt, sofern die Einlagen nicht so erfolgt sind, wie es in Artikel 2464 vorgesehen ist, oder solange die in Artikel 2470 vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachung nicht vorgenommen worden ist.

#### **2463. (Gründung)**

Die Gesellschaft kann durch Vertrag oder durch einseitige Rechtshandlung gegründet werden.

Der Gründungsakt muss in einer öffentlichen Urkunde abgefasst werden und muss angeben:

- 1) den Zunamen und den Vornamen oder die Firma, den Tag und den Ort der Geburt oder den Staat der Gründung, das Domizil oder den Sitz, die Staatsbürgerschaft eines jeden Gesellschafters;
- 2) die Firma, in welcher die Bezeichnung Gesellschaft mit beschränkter Haftung enthalten sein muss, und die Gemeinde, in der sich der Sitz der Gesellschaft und die allfälligen Zweigniederlassungen befinden;
- 3) die Tätigkeit, die den Zweck der Gesellschaft bildet;
- 4) die Höhe des gezeichneten Kapitals, das zumindest zehntausend Euro betragen muss, und die Höhe des eingezahlten Kapitals;
- 5) die Einlagen eines jeden Gesellschafters und den Wert, der den Forderungen und Gütern, die in Natur eingebracht werden, zuerkannt wird;
- 6) den Anteil, mit dem jeder einzelne Gesellschafter beteiligt ist;
- 7) die Vorschriften über die Arbeitsweise der Gesellschaft mit Angabe jener Vorschriften, welche die Verwaltung und Vertretung betreffen;
- 8) die Personen, denen die Verwaltung anvertraut wird, und allenfalls die Person, die mit der Abschlussprüfung beauftragt wird;<sup>1)</sup>
- 9) den wenigstens ungefähr bezifferten Gesamtbetrag des Gründungsaufwands, den die Gesellschaft zu tragen hat.

Auf die Gesellschaft mit beschränkter Haftung finden die Bestimmungen der Artikel 2329, 2330, 2331, 2332 und 2341 Anwendung.

- - - -

- 1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 37 Abs. 24 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

## 2. Teil

### **Einlagen und Anteile**

#### **2464. (Einlagen)**

Der Wert der Einlagen darf insgesamt nicht unter dem Gesamtwert des Gesellschaftskapitals liegen.

Es können alle Bestandteile der Aktiva, die einer wirtschaftlichen Wertbestimmung fähig sind, eingebracht werden.

Wenn im Gründungsakt nichts anderes festgesetzt ist, ist die Einlage in Geld vorzunehmen.

Bei der Unterfertigung des Gründungsakts müssen wenigstens fünfundzwanzig Prozent der Einlagen in Geld und der ganze Aufpreis oder im Fall der Gründung durch einseitige Rechtshandlung ihr gesamter Betrag bei einer Bank eingezahlt sein. Die Einzahlung kann durch den Abschluss einer Versicherungspolizze oder einer Bankbürgschaft über einen mindestens gleich hohen Betrag, welche die mit Dekret des Präsidenten des Ministerrates festgelegten Merkmale aufweisen, ersetzt werden; in einem solchen Fall kann der Gesellschafter zu jedem Zeitpunkt die Polizze oder die Bürgschaft durch die Einzahlung des entsprechenden Geldbetrages ersetzen.

Für Einlagen in Natur und in Form von Forderungen sind die Bestimmungen der Artikel 2254 und 2255 zu beachten. Die solchen Einlagen entsprechenden Anteile müssen im Zeitpunkt der Zeichnung vollständig eingelöst sein.

Die Einlage kann auch durch die Beibringung einer Versicherungspolizze oder einer Bankbürgschaft erfolgen, mit denen die vom Gesellschafter übernommenen Verpflichtungen zu einer Arbeitsleistung oder Dienstleistung zugunsten der Gesellschaft im Ausmaß des vollen, ihnen zugeschriebenen Wertes gesichert werden. In einem solchen Fall können, wenn der Gründungsakt dies vorsieht, die Polizze oder Bürgschaft vom Gesellschafter durch die Zahlung des entsprechenden Geldbetrages an die Gesellschaft als Kautions ersetzt werden.

Wenn die Gesellschaftermehrheit verloren geht, müssen die noch geschuldeten Einzahlungen innerhalb von neunzig Tagen vorgenommen werden.

#### **2465. (Schätzung der Einlagen in Natur und in Form von Forderungen)**

Wer eine Einlage in Natur oder in Form von Forderungen tätigt, muss den beeideten Bericht eines in ein eigenes Register eingetragenen Abschlussprüfers oder einer dort eingetragenen Prüfungsgesellschaft vorlegen. Der Bericht, der die Beschreibung der eingebrachten Güter oder Forderungen, die herangezogenen Bewertungskriterien und die Bestätigung zu enthalten hat, dass deren Wert wenigstens jenem entspricht, der ihnen zum Zweck der Bestimmung des Gesellschaftskapitals und des allfälligen Aufgeldes zuerkannt worden ist, muss dem Gründungsakt beigelegt werden.<sup>1)</sup>

Die Bestimmung des vorhergehenden Absatzes findet Anwendung, wenn die Gesellschaft innerhalb von zwei Jahren ab der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister für einen Gegenwert von einem Zehntel des Gesellschaftskapitals oder mehr Güter oder Forderungen von Gründungsgesellschaftern, Gesellschaftern und Verwaltern erwirbt. In einem solchen Fall muss der Erwerb, sofern der Gründungsakt nicht eine anderslautende Bestimmung enthält, durch einen Beschluss der Gesellschafter gemäß Artikel 2479 genehmigt werden.

In den in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Fällen finden der zweite Absatz des Artikels 2343 und der vierte und fünfte Absatz des Artikels 2343bis Anwendung.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 25 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2466. (Nichtvornahme der Einlagen)**

Nimmt ein Gesellschafter die Einlage nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist vor, so fordern die Verwalter den säumigen Gesellschafter auf, sie innerhalb der

Frist von dreißig Tagen vorzunehmen.

Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist können die Verwalter, sofern sie es nicht für zweckmäßig halten, eine Klage auf Vornahme der geschuldeten Einlagen einzubringen, den Anteil des säumigen Gesellschafters den anderen Gesellschaftern im Verhältnis zu ihrer Beteiligung verkaufen. Der Verkauf erfolgt auf Wag und Gefahr desselben zum Wert, der aus dem letzten genehmigten Jahresabschluss hervorgeht. Bleiben Kaufangebote aus und lässt der Gründungsakt es zu, wird der Anteil im Wege der Versteigerung veräußert.

Kann der Verkauf wegen des Ausbleibens von Käufern nicht erfolgen, schließen die Verwalter den Gesellschafter aus und behalten die bezahlten Beträge ein. Das Kapital ist im entsprechenden Ausmaß herabzusetzen.

Der säumige Gesellschafter darf sich an den Entscheidungen der Gesellschafter nicht beteiligen.

Die Bestimmungen der vorhergehenden Absätze finden auch dann Anwendung, wenn die gemäß Artikel 2464 beigebrachte Versicherungspolizze oder Bankgarantie aus welchem Grund auch immer abgelaufen ist oder unwirksam wird. Dem Gesellschafter verbleibt in einem solchen Fall die Möglichkeit, sie durch die Einzahlung des entsprechenden Geldbetrages zu ersetzen.

#### **2467. (Finanzierung durch die Gesellschafter)**

Die Rückzahlung der von den Gesellschaftern zugunsten der Gesellschaft vorgenommenen Finanzierungen ist gegenüber der Befriedigung der anderen Gläubiger nachrangig und muss rückgängig gemacht werden, wenn sie innerhalb eines Jahres vor der Eröffnung des Konkurses über die Gesellschaft erfolgt ist.

Als Finanzierungen der Gesellschafter zugunsten der Gesellschaft im Sinn des vorhergehenden Absatzes gelten jene, die, in welcher Form immer sie getätigt worden sind, zu einem Zeitpunkt gewährt worden sind, an dem auch unter Berücksichtigung der Art der von der Gesellschaft ausgeübten Tätigkeit ein übermäßiges Missverhältnis zwischen Schuldenstand und Eigenkapital bestanden hat, oder in einer finanziellen Lage der Gesellschaft gewährt worden sind, in der eine Einlage angebracht gewesen wäre.

#### **2468. (Anteile der Beteiligung)**

Die Beteiligungen der Gesellschafter können nicht durch Aktien verkörpert werden, noch können sie Gegenstand eines an die Allgemeinheit gerichteten Angebots von Finanzprodukten sein.<sup>1)</sup>

Vorbehaltlich der Bestimmung des dritten Absatzes dieses Artikels stehen die Gesellschaftsrechte den Gesellschaftern in jenem Verhältnis zu, das der Beteiligung jedes Einzelnen entspricht. Wenn der Gründungsakt nichts anderes vorsieht, werden die Beteiligungen der Gesellschafter im Verhältnis zur Einlage bestimmt. Unberührt bleibt die Möglichkeit, dass durch den Gründungsakt einzelnen Gesellschaftern besondere Rechte hinsichtlich der Verwaltung der Gesellschaft oder der Gewinnverteilung zuerkannt werden.

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung des Gründungsakts und auf jeden Fall vorbehaltlich dessen, was im ersten Absatz des Artikels 2473 vorgesehen ist, können die im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Rechte nur mit dem Einverständnis aller Gesellschafter abgeändert werden.

Im Fall gemeinschaftlichen Eigentums an einer Beteiligung müssen die Rechte der Miteigentümer von einem gemeinsamen Vertreter, der auf die in den Artikeln 1105 und 1106 vorgesehene Art und Weise bestellt wird, ausgeübt werden.<sup>2)</sup>

-----  
1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.3.2007, Nr. 51.

2) Ein ursprünglicher zweiter Satz dieses Absatzes wurde durch Artikel 21 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310, aufgehoben.

#### **2469. (Übertragung von Beteiligungen)**

Die Beteiligungen können vorbehaltlich einer gegenteiligen Bestimmung des Gründungsakts durch Rechtshandlungen unter Lebenden und durch Rechtsnachfolge von Todes wegen frei übertragen werden.

Sieht der Gründungsakt die Nichtübertragbarkeit der Beteiligungen vor oder macht er ihre Übertragung vom Gutdünken irgendwelcher Gesellschaftsorgane, Gesellschafter oder Dritter abhängig, ohne Bedingungen oder Grenzen dafür vorzusehen, oder enthält er Bedingungen oder Einschränkungen, die im gegebenen Fall die Übertragung durch Rechtsnachfolge von Todes wegen verhindern, so können der Gesellschafter oder seine Erben das Rücktrittsrecht gemäß Artikel 2473 ausüben. In solchen Fällen kann der Gründungsakt eine Frist von nicht mehr als zwei Jahren ab der Gründung der Gesellschaft oder der Zeichnung der Beteiligung festsetzen, vor deren Ablauf das Rücktrittsrecht nicht ausgeübt werden kann.

#### **2470. (Wirksamkeit und öffentliche Bekanntmachung)**

Die Übertragung von Beteiligungen wird der Gesellschaft gegenüber zu jenem Zeitpunkt wirksam, an dem die im folgenden Absatz vorgesehene Hinterlegung erfolgt.<sup>1)</sup>

Der beglaubigende Notar hat die mit beglaubigter Unterschrift versehene Übertragungsurkunde innerhalb von dreißig Tagen beim Handelsregisteramt, in dessen Sprengel sich der Sitz der Gesellschaft befindet, zu hinterlegen. Im Fall einer Übertragung von Todes wegen erfolgt die Hinterlegung auf Antrag des Erben oder des Vermächtnisnehmers gegen Vorlage jener Unterlagen, die zur Anmerkung entsprechender Übertragungen im Gesellschafterbuch bei Aktiengesellschaften erforderlich sind.<sup>2)</sup>

Wird der Anteil mit nacheinander abgeschlossenen Verträgen an mehrere Personen veräußert, gebührt derjenigen von ihnen der Vorzug vor den übrigen, die als erste in gutem Glauben die Eintragung in das Handelsregister vorgenommen hat, auch wenn ihr Rechtstitel späteren Datums ist.

Gehört die ganze Beteiligung einem einzigen Gesellschafter oder wechselt der Alleingesellschafter, haben die Verwalter zur Eintragung im Handelsregister eine Erklärung zu hinterlegen, die den Zunamen und Vornamen oder die Firma, den Tag und den Ort der Geburt oder den Staat der Gründung, das Domizil oder den Sitz und die Staatsbürgerschaft des einzigen Gesellschafters enthält.

Wenn sich eine Mehrzahl von Gesellschaftern bildet oder wieder bildet, müssen die Verwalter eine entsprechende Erklärung zur Eintragung im Handelsregister hinterlegen.

Der Alleingesellschafter oder jener, der diese Stellung verliert, kann die in den vorhergehenden Absätzen vorgesehene öffentliche Bekanntmachung veranlassen.

Die im vierten und fünften Absatz vorgesehenen Erklärungen der Verwalter müssen innerhalb von dreißig Tagen ab jenem Zeitpunkt vorgenommen werden, an dem die Änderung der Zusammensetzung der Gesellschafter stattgefunden hat.<sup>3)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 16 Abs. 12quater Buchstabe a) des Gesetzesdekrets vom 29.11.2008, Nr. 185 das mit Abänderungen in das Gesetz vom 28.1.2009, Nr. 2, umgewandelt worden ist.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 16 Abs. 12quater Buchstabe b) des Gesetzesdekrets vom 29.11.2008, Nr. 185 das mit Abänderungen in das Gesetz vom 28.1.2009, Nr. 2, umgewandelt worden ist.

3) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 16 Abs. 12quater Buchstabe c) des Gesetzesdekrets vom 29.11.2008, Nr. 185 das mit Abänderungen in das Gesetz vom 28.1.2009, Nr. 2, umgewandelt worden ist.

#### **2471. (Zwangsveräußerung der Beteiligung)**

Die Beteiligung kann Gegenstand einer Zwangsveräußerung sein. Die Pfändung wird durch Zustellung an den Schuldner und an die Gesellschaft und durch



eine darauffolgende Eintragung im Handelsregister vorgenommen.<sup>1)</sup>

Der Beschluss des Gerichts, mit dem der Verkauf der Beteiligung verfügt wird, ist der Gesellschaft auf Veranlassung des Gläubigers zuzustellen.

Ist die Beteiligung nicht frei übertragbar und einigen sich die Gläubiger, der Schuldner und die Gesellschaft nicht über den Verkauf dieses Anteils, so erfolgt der Verkauf im Weg der Versteigerung; der Verkauf ist jedoch wirkungslos, wenn die Gesellschaft innerhalb von zehn Tagen ab dem Zuschlag einen anderen Käufer vorschlägt, der denselben Preis bietet.

Die Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes finden auch im Fall des Konkurses eines Gesellschafters Anwendung.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 16 Abs. 12quinquies des Gesetzesdekrets vom 29.11.2008, Nr. 185 das mit Abänderungen in das Gesetz vom 28.1.2009, Nr. 2, umgewandelt worden ist.

#### **2471bis. (Pfandrecht und Fruchtgenussrecht an einer Beteiligung und Beschlagnahme einer solchen)**

Die Beteiligung kann Gegenstand eines Pfandrechtes, eines Fruchtgenussrechtes und einer Beschlagnahme sein. Vorbehaltlich der Bestimmung des dritten Absatzes des vorhergehenden Artikels finden die Bestimmungen des Artikels 2352 Anwendung.

#### **2472. (Haftung des Veräußerers für die noch geschuldeten Einzahlungen)**

Bei Abtretung der Beteiligung haftet der Veräußerer mit dem Erwerber als Gesamtschuldner während eines Zeitraumes von drei Jahren ab der Eintragung der Übertragung im Handelsregister für die noch geschuldeten Einzahlungen.<sup>1)</sup>

Die Zahlung kann vom Veräußerer erst dann verlangt werden, wenn die Aufforderung an den säumigen Gesellschafter fruchtlos geblieben ist.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 16 Abs. 12sexies des Gesetzesdekrets vom 29.11.2008, Nr. 185 das mit Abänderungen in das Gesetz vom 28.1.2009, Nr. 2, umgewandelt worden ist.

#### **2473. (Austritt des Gesellschafters)**

Der Gründungsakt bestimmt, wann und auf welche Art und Weise ein Gesellschafter aus der Gesellschaft austreten darf. Auf jeden Fall steht das Austrittsrecht jenen Gesellschaftern zu, die der Änderung des Gesellschaftszwecks oder der Gesellschaftsform, der Verschmelzung oder Spaltung der Gesellschaft, dem Widerruf der Liquidation, der Verlegung des Gesellschaftssitzes ins Ausland, der Beseitigung eines oder mehrerer im Gründungsakt vorgesehener Austrittsgründe und der Vornahme von solchen Geschäften nicht zugestimmt haben, die eine wesentliche Änderung des im Gründungsakt bestimmten Gesellschaftszwecks oder eine bedeutsame Änderung der den Gesellschaftern laut Artikel 2468, vierter Absatz, zuerkannten Rechte mit sich bringen. Unberührt bleiben die Bestimmungen, die den Austritt aus Gesellschaften regeln, die einer Leitungs- und Koordinationgewalt unterworfen sind.

Bei einer Gesellschaft, für die eine unbestimmte Dauer vereinbart worden ist, steht dem Gesellschafter das Austrittsrecht jederzeit zu und kann dieses mit einer Vorankündigung von mindestens einhundertachtzig Tagen ausgeübt werden; der Gründungsakt kann eine Vorankündigungsfrist von längerer Dauer, nicht aber von mehr als einem Jahr, vorsehen.

Die Gesellschafter, die aus der Gesellschaft austreten, haben Anspruch auf Rückzahlung ihrer Beteiligung im Ausmaß ihres Verhältnisses zum Gesellschaftsvermögen. Dieses wird zu diesem Zweck unter Berücksichtigung seines Marktwertes zum Zeitpunkt der Austrittserklärung bestimmt; bei Uneinigkeit erfolgt die Bestimmung auf Antrag der beflusseneren Partei aufgrund des beeideten Berichts eines vom Landesgericht bestellten Sachverständigen, wobei das Gericht auch über die Kosten entscheidet; in diesem Fall findet der erste Absatz des Artikels

1349 Anwendung.

Die Rückzahlung der Beteiligungen, hinsichtlich derer das Austrittsrecht ausgeübt worden ist, hat innerhalb von einhundertachtzig Tagen ab der Mitteilung des Austritts an die Gesellschaft zu erfolgen. Sie kann auch im Weg des Erwerbs durch die anderen Gesellschafter im Verhältnis zu ihren Beteiligungen oder durch einen Dritten erfolgen, der von diesen Gesellschaftern einvernehmlich namhaft gemacht wird. Kommt es nicht dazu, erfolgt die Rückzahlung unter Verwendung verfügbarer Rücklagen oder, falls solche fehlen, unter entsprechender Herabsetzung des Gesellschaftskapitals; im letzteren Fall findet Artikel 2482 Anwendung und die Gesellschaft wird, falls die Rückzahlung der Beteiligung des austretenden Gesellschafters auf diese Weise nicht möglich erscheint, in Liquidation gesetzt.

Das Austrittsrecht darf nicht ausgeübt werden und der Austritt ist, falls er schon erklärt worden sein sollte, wirkungslos, wenn die Gesellschaft den Beschluss, der den Austritt rechtfertigt, widerruft oder wenn die Auflösung der Gesellschaft beschlossen wird.

#### **2473bis. (Ausschluss des Gesellschafters)**

Der Gründungsakt kann besondere Fälle des Ausschlusses eines Gesellschafters aus wichtigem Grund vorsehen. In einem solchen Fall finden die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels mit Ausnahme der Möglichkeit der Rückzahlung der Beteiligung durch Herabsetzung des Gesellschaftskapitals Anwendung.

#### **2474. (Geschäfte hinsichtlich eigener Beteiligungen)**

Auf keinen Fall darf die Gesellschaft eigene Beteiligungen erwerben oder als Sicherheit annehmen oder Darlehen oder Sicherheiten zu ihrem Ankauf oder ihrer Zeichnung gewähren.

### **3. Teil**

## **Verwaltung der Gesellschaft und Kontrollen**

#### **2475. (Verwaltung der Gesellschaft)**

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung im Gründungsakt ist die Verwaltung der Gesellschaft einem oder mehreren Gesellschaftern, die mit Beschluss der Gesellschafter gemäß Artikel 2479 bestellt werden, anzuvertrauen.

Auf die Bestellung der Verwalter finden der vierte und fünfte Absatz des Artikels 2383 Anwendung.

Wenn die Verwaltung mehreren Personen anvertraut wird, bilden diese den Verwaltungsrat. Der Gründungsakt kann allerdings vorsehen, dass ihnen vorbehaltlich der Bestimmung des letzten Absatzes dieses Artikels die Verwaltung einzeln oder gemeinsam anvertraut wird; in solchen Fällen findet Artikel 2257 beziehungsweise 2258 Anwendung.

Wird ein Verwaltungsrat eingerichtet, kann der Gründungsakt vorsehen, dass die Entscheidungen aufgrund eines schriftlichen Meinungsaustausches oder aufgrund einer schriftlich zu äussernden Einwilligung gefasst werden können. In einem solchen Fall müssen der Entscheidungsgegenstand sowie die Einwilligung dazu aus den von den Verwaltern unterzeichneten Urkunden eindeutig hervorgehen.

Für die Ausarbeitung des Entwurfes des Jahresabschlusses und der Verschmelzungs- oder Spaltungspläne sowie für die Entscheidungen über eine Kapitalerhöhung gemäß Artikel 2481 ist in jedem Fall das Verwaltungsorgan zuständig.

#### **2475bis. (Vertretung der Gesellschaft)**

Den Verwaltern steht die allgemeine Vertretung der Gesellschaft zu.

Beschränkungen der Befugnisse der Verwalter, die sich aus dem Gründungsakt

oder aus der Bestellsurkunde ergeben, können auch dann, wenn sie öffentlich bekanntgemacht worden sind, Dritten gegenüber nicht eingewendet werden, sofern nicht bewiesen wird, dass diese bewusst zum Schaden der Gesellschaft gehandelt haben.

#### **2475ter. (Interessenkonflikt)**

Verträge, die von Verwaltern, welche die Gesellschaft vertreten und sich mit dieser in einem Interessenkonflikt befinden, auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter mit der Gesellschaft abgeschlossen worden sind, können auf Antrag der Gesellschaft für nichtig erklärt werden, wenn der Interessenkonflikt dem Dritten bekannt gewesen ist oder von ihm erkannt hätte werden können.

Entscheidungen, die vom Verwaltungsrat mit der entscheidenden Stimme eines Verwalters getroffen worden sind, der sich im Interessenkonflikt mit der Gesellschaft befindet, können, sofern sie der Gesellschaft einen Vermögensschaden zufügen, von den Verwaltern und von den in Artikel 2477 vorgesehenen Organen, falls solche vorhanden sind, innerhalb von neunzig Tagen angefochten werden. In jedem Fall bleiben jene Rechte unberührt, die Dritte in gutem Glauben aufgrund von Rechtshandlungen zur Ausführung der Entscheidung erworben haben.

#### **2476. (Haftung der Verwalter und Kontrolle durch die Gesellschafter)**

Die Verwalter haften als Gesamtschuldner der Gesellschaft gegenüber für Schäden, die sich aus der Nichtbeachtung der ihnen vom Gesetz und vom Gründungsakt in Bezug auf die Verwaltung der Gesellschaft auferlegten Pflichten ergeben. Allerdings erstreckt sich die Haftung nicht auf diejenigen Verwalter, die ihre Schuldlosigkeit nachweisen und die im Wissen um die bevorstehende Vornahme der Rechtshandlung ihr fehlendes Einverständnis festhalten ließen.

Die Gesellschafter, die nicht an der Verwaltung beteiligt sind, sind berechtigt, von den Verwaltern über den Geschäftsgang Auskunft zu erhalten und die Gesellschaftsbücher sowie in die die Verwaltung betreffenden Unterlagen Einsicht zu nehmen, wozu sie auch Fachleute ihres Vertrauens beiziehen können.

Jeder Gesellschafter kann eine Haftungsklage gegen die Verwalter einbringen und zudem beantragen, dass im Fall von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten in der Führung der Gesellschaft die Abberufung dieser Verwalter als Sicherungsmaßnahme verfügt wird. In diesem Fall kann das Gericht die Verfügung von der Leistung einer geeigneten Kautions abhängig machen.

Falls der Klage stattgegeben wird, ersetzt die Gesellschaft den Klägern die Kosten des Verfahrens und jene Kosten, die sie zur Ermittlung der Tatsachen aufgewendet haben, wobei das Rückgriffsrecht gegenüber den Verwaltern unberührt bleibt.

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung des Gründungsakts kann der Haftungsanspruch gegenüber den Verwaltern Gegenstand eines Verzichts oder eines Vergleichs durch die Gesellschaft sein, sofern dem eine Mehrheit von Gesellschaftern zustimmt, die zumindest zwei Drittel des Gesellschaftskapitals vertreten, und sofern sich dem nicht so viele Gesellschafter widersetzen, dass sie wenigstens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten.

Die Bestimmungen der vorhergehenden Absätze beeinträchtigen nicht das Recht auf Schadenersatz, das einem einzelnen Gesellschafter oder einem Dritten zusteht, der durch vorsätzliche oder fahrlässige Handlungen der Verwalter unmittelbar geschädigt worden ist.

Ebenso haften als Gesamtschuldner zusammen mit den Verwaltern gemäß den vorhergehenden Absätzen jene Gesellschafter, die absichtlich die Vornahme von Handlungen, die für die Gesellschaft, die Gesellschafter oder die Dritten schädlich sind, beschlossen oder genehmigt haben.

Die Genehmigung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafter bedeutet nicht die Entlastung der Verwalter und der Überwachungsratsmitglieder von der durch die Geschäftsführung entstandenen Haftung.

#### **2477. (Überwachungsrat und Abschlussprüfung)**

Der Gründungsakt kann die Bestellung eines Überwachungsrates oder eines Rechnungsprüfers vorsehen und deren Zuständigkeiten und Befugnisse festsetzen.

Die Bestellung eines Überwachungsrates ist zwingend vorgeschrieben, wenn das Gesellschaftskapital nicht unter dem für Aktiengesellschaften festgesetzten Mindestkapital liegt.

Die Bestellung des Überwachungsrates ist außerdem zwingend vorgeschrieben, wenn die Gesellschaft

- a) zur Erstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses verpflichtet ist;
- b) eine Gesellschaft beherrscht, die der Pflicht der Abschlussprüfung unterliegt;
- c) in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren zwei der im ersten Absatz des Artikels 2435bis angegebenen Grenzwerte überschritten hat.

Die Pflicht zur Bestellung eines Überwachungsrates in dem in Buchstabe c) des dritten Absatzes vorgesehenen Fall besteht nicht mehr, wenn die vorgenannten Grenzwerte in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren nicht mehr überschritten worden sind.

In den im zweiten und dritten Absatz vorgesehenen Fällen finden die Bestimmungen über die Aktiengesellschaften Anwendung; wenn der Gründungsakt nichts anderes bestimmt, hat der Überwachungsrat die Abschlussprüfung vorzunehmen.

Die Gesellschafterversammlung, die den Jahresabschluss genehmigt, in welchem die im zweiten und dritten Absatz angeführten Grenzwerte überschritten werden, hat innerhalb von dreißig Tagen die Bestellung eines Überwachungsrates vorzunehmen. Wenn die Gesellschafterversammlung die Bestellung nicht vornimmt, nimmt sie auf Antrag jeder daran interessierten Person das Landesgericht vor.<sup>1)</sup>

-----

1) Fassung dieses Artikels laut Artikel 37 Abs. 26 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2478. (Zwingend vorgeschriebene Bücher der Gesellschaft)**

Außer den Büchern und anderen Rechnungsunterlagen, die gemäß Artikel 2214 vorgeschrieben sind, hat die Gesellschaft zu führen:

- 1)<sup>1)</sup>
- 2) ein Buch über die von den Gesellschaftern getroffenen Entscheidungen, in dem unverzüglich sowohl die Protokolle der Gesellschafterversammlungen, auch wenn sie als öffentliche Urkunde abgefasst worden sind, als auch die gemäß dem ersten Satz des dritten Absatzes des Artikels 2479 getroffenen Entscheidungen einzutragen sind; die entsprechenden Unterlagen werden von der Gesellschaft aufbewahrt;
- 3) ein Buch über die Entscheidungen der Verwalter;
- 4) ein Buch über die Entscheidungen des gemäß Artikel 2477 bestellten Überwachungsrates.<sup>2)</sup>

Die in den Ziffern 2) und 3) des ersten Absatzes bezeichneten Bücher sind durch die Verwalter zu führen; das in der Ziffer 4) des ersten Absatzes bezeichnete Buch ist durch die Überwachungsratsmitglieder zu führen.<sup>3)</sup>

Verträge der Gesellschaft mit dem Alleingesellschafter oder Geschäfte zugunsten des Alleingeschafters können den Gläubigern der Gesellschaft nur dann entgegengehalten werden, wenn sie aus dem unter Ziffer 3 des ersten Absatzes angeführten Buch oder aus einem Schriftstück mit einem auf die Zeit vor der Pfändung zurückgehenden sicheren Datum hervorgehen.

-----

1) Diese Ziffer wurde durch Artikel 16 Abs. 12septies Buchstabe a) des Gesetzesdekrets vom 29.11.2008, Nr. 185 das mit Abänderungen in das Gesetz vom 28.1.2009, Nr. 2, umgewandelt worden ist, aufgehoben.

- 2) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 37 Abs. 27 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.
- 3) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 16 Abs. 12septies Buchstabe b) des Gesetzesdekrets vom 29.11.2008, Nr. 185, das mit Abänderungen in das Gesetz vom 28.1.2009, Nr. 2, umgewandelt worden ist, und laut Artikel 37 Abs. 27 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2478bis. (Jahresabschluss und Verteilung des Gewinns an die Gesellschafter)**

Der Jahresabschluss ist vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 2435bis unter Beachtung der Bestimmungen der Artikel 2423, 2423bis, 2423ter, 2424, 2424bis, 2425, 2425bis, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430 und 2431 aufzustellen. Er ist den Gesellschaftern innerhalb der im Gründungsakt festgesetzten Frist und jedenfalls spätestens einhundertzwanzig Tage nach dem Ende des Geschäftsjahres vorzulegen, wobei die Möglichkeit einer längeren Frist innerhalb der Grenzen und zu den Bedingungen, wie sie im zweiten Absatz des Artikels 2364 vorgesehen sind, offen bleibt.

Innerhalb von dreißig Tagen ab der Entscheidung der Gesellschafter über die Genehmigung des Jahresabschlusses ist eine Abschrift des genehmigten Jahresabschlusses gemäß Artikel 2435 beim Handelsregisteramt zu hinterlegen.<sup>1)</sup>

Mit der Entscheidung der Gesellschafter über die Genehmigung des Jahresabschlusses wird über die Verteilung des Gewinns an die Gesellschafter entschieden.

Es dürfen nur Gewinne, die tatsächlich erzielt worden sind und die aus dem ordnungsgemäß genehmigten Jahresabschluss hervorgehen, verteilt werden.

Ergibt sich ein Verlust an Gesellschaftskapital, darf eine Aufteilung des Gewinns solange nicht vorgenommen werden, bis das Kapital im entsprechenden Ausmaß ergänzt oder herabgesetzt worden ist.

Der unter Verletzung der Bestimmungen dieses Artikels ausgeschüttete Gewinn kann nicht zurückgefordert werden, wenn die Gesellschafter ihn in gutem Glauben und aufgrund eines ordnungsgemäß genehmigten Jahresabschlusses, aus dem ein entsprechender Reingewinn hervorgeht, bezogen haben.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 16 Abs. 12octies des Gesetzesdekrets vom 29.11.2008, Nr. 185 das mit Abänderungen in das Gesetz vom 28.1.2009, Nr. 2, umgewandelt worden ist.

### **4. Teil**

#### **Entscheidungen der Gesellschafter**

##### **2479. (Entscheidungen der Gesellschafter)**

Die Gesellschafter entscheiden über die vom Gründungsakt ihrer Zuständigkeit vorbehaltenen Sachbereiche sowie über Angelegenheiten, die ein oder mehrere Verwalter oder so viele Gesellschafter, dass sie mindestens ein Drittel des Gesellschaftskapitals vertreten, ihnen zur Genehmigung unterbreiten.

Der Zuständigkeit der Gesellschafter sind auf jeden Fall vorbehalten:

- 1) die Genehmigung des Jahresabschlusses und die Verteilung des Gewinns;
- 2) die Bestellung der Verwalter, falls sie im Gründungsakt vorgesehen ist;
- 3) die Bestellung der Überwachungsratsmitglieder und des Vorsitzenden des Überwachungsrates oder der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person;<sup>1)</sup>
- 4) die Abänderungen des Gründungsakts;
- 5) die Entscheidung über die Vornahme von Geschäften, die eine wesentliche Änderung des im Gründungsakt bestimmten Gesellschaftszwecks oder eine bedeutsame Änderung der Rechte der Gesellschafter mit sich bringen.

Der Gründungsakt kann vorsehen, dass die Entscheidungen der Gesellschafter aufgrund eines schriftlichen Meinungsaustausches oder aufgrund einer schriftlich

zu äussernden Einwilligung gefasst werden können. In einem solchen Fall müssen der Entscheidungsgegenstand sowie die Einwilligung dazu aus den von den Gesellschaftern unterzeichneten Urkunden eindeutig hervorgehen.

Die Entscheidungen der Gesellschafter müssen durch Beschluss der Gesellschafterversammlung gemäß Artikel 2479bis gefasst werden, wenn der Gründungsakt nicht die im dritten Absatz enthaltene Regelung vorsieht und immer dann, wenn die in den Ziffern 4 und 5 des zweiten Absatzes dieses Artikels angeführten Sachbereiche betroffen sind, wenn der im vierten Absatz des Artikels 2482bis vorgesehene Fall vorliegt, oder wenn ein oder mehrere Verwalter oder eine Anzahl von Gesellschaftern, die mindestens ein Drittel des Gesellschaftskapitals vertreten, dies verlangen.

Jeder Gesellschafter hat das Recht, sich an den in diesem Artikel vorgesehenen Entscheidungen zu beteiligen und seine Stimme zählt entsprechend dem Verhältnis seiner Beteiligung.

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung des Gründungsakts werden die Entscheidungen der Gesellschafter mit der Zustimmung einer solchen Mehrheit getroffen, dass sie wenigstens die Hälfte des Gesellschaftskapitals vertritt.

-----

- 1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 37 Abs. 28 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2479bis. (Gesellschafterversammlung)**

Der Gründungsakt bestimmt die Art der Einberufung der Gesellschafterversammlung, die jedenfalls so zu erfolgen hat, dass die rechtzeitige Benachrichtigung über die Verhandlungsgegenstände gewährleistet ist. Fehlt eine solche Bestimmung, erfolgt die Einberufung mit eingeschriebenem Brief, der den Gesellschaftern mindestens acht Tage vor der Sitzung an das aus dem Handelsregister ersichtliche Domizil zugesendet werden muß.<sup>1)</sup>

Wenn der Gründungsakt nichts anderes bestimmt, kann sich der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung vertreten lassen und die diesbezüglichen Unterlagen werden gemäß den in Artikel 2479, erster Absatz, Ziffer 2 enthaltenen Vorschriften aufbewahrt.

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung des Gründungsakts findet die Gesellschafterversammlung am Sitz der Gesellschaft statt, und sie ist beschlussfähig, wenn so viele Gesellschafter anwesend sind, dass sie mindestens die Hälfte des Gesellschaftskapitals vertreten, und sie fasst ihre Beschlüsse mit absoluter Mehrheit und in den in den Ziffern 4 und 5 des zweiten Absatzes des Artikels 2479 vorgesehenen Fällen mit der Zustimmung so vieler Gesellschafter, dass sie mindestens die Hälfte des Gesellschaftskapitals vertreten.

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt die im Gründungsakt bezeichnete Person oder andernfalls jene Person, die von den Anwesenden bestimmt wird. Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung überprüft die Beschlussfähigkeit, stellt die Identität und die Teilnahmeberechtigung der Anwesenden fest, bestimmt den Ablauf der Versammlung und stellt die Ergebnisse der Abstimmungen fest; die Ergebnisse dieser Feststellungen müssen im Protokoll festgehalten werden.

In jedem Fall gilt ein Beschluss als gefasst, wenn das ganze Gesellschaftskapital vertreten ist, aller Verwalter und Überwachungsratsmitglieder anwesend sind oder von der Zusammenkunft benachrichtigt worden sind und sich niemand der Behandlung des Gegenstandes widersetzt.

-----

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 16 Abs. 12novies des Gesetzesdekrets vom 29.11.2008, Nr. 185 das mit Abänderungen in das Gesetz vom 28.1.2009, Nr. 2, umgewandelt worden ist.

#### **2479ter. (Ungültigkeit der Entscheidungen der Gesellschafter)**

Die Entscheidungen der Gesellschafter, die nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz oder dem Gründungsakt gefasst worden sind, können von den Gesell-

schaftern, die nicht zugestimmt haben, von jedem der Verwalter und vom Überwachungsrat innerhalb von neunzig Tagen ab ihrer Eintragung in das Buch der Entscheidungen der Gesellschafter angefochten werden. Das Landesgericht kann, sofern es dies für zweckmäßig erachtet und die Gesellschaft oder derjenige, der die Anfechtung vorgenommen hat, dies beantragt hat, eine Frist von nicht mehr als einhundert-achtzig Tagen setzen, damit eine neue Entscheidung getroffen werden kann, die geeignet ist, den Grund der Ungültigkeit zu beseitigen.

Entscheidungen, aus denen sich ein Schaden für die Gesellschaft ergeben kann, können, wenn sie durch die entscheidende Beteiligung von Gesellschaftern zustandegekommen sind, die selbst oder in Hinblick auf Dritte ein dem Interesse der Gesellschaft entgegengesetztes Interesse haben, gemäß dem vorhergehenden Absatz angefochten werden.

Entscheidungen mit unerlaubtem oder unmöglichem Gegenstand sowie solche, die ohne jegliche vorausgegangene Benachrichtigung gefasst worden sind, können von jedem, der daran ein Interesse hat, innerhalb von drei Jahren ab der im ersten Satz des ersten Absatzes angegebenen Eintragung angefochten werden. Ohne zeitliche Begrenzung können jene Beschlüsse angefochten werden, die den Gesellschaftszweck abändern und dabei unmögliche oder unerlaubte Tätigkeiten vorsehen.<sup>1)</sup>

Soweit vereinbar, finden die Artikel 2377, erster, fünfter, siebenter, achter und neunter Absatz, 2378, 2379bis, 2379ter und 2434bis Anwendung.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 22 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.

## 5. Teil

### Abänderungen des Gründungsakts

#### **2480. (Abänderungen des Gründungsakts)**

Abänderungen des Gründungsakts werden von der Gesellschafterversammlung gemäß Artikel 2479bis beschlossen. Das Protokoll wird von einem Notar abgefasst, und Artikel 2436 findet Anwendung.

#### **2481. (Erhöhung des Kapitals)**

Der Gründungsakt kann den Verwaltern die Befugnis erteilen, das Gesellschaftskapital zu erhöhen, wobei er die Grenzen und die Art und Weise der Durchführung festsetzt; die Entscheidung der Verwalter, die aus einem unverzüglich durch einen Notar abzufassenden Protokoll hervorgehen muss, ist gemäß Artikel 2436 zu hinterlegen und einzutragen.

Eine Entscheidung, das Gesellschaftskapital zu erhöhen, darf nicht getroffen werden, solange bereits geschuldete Einlagen nicht zur Gänze vorgenommen worden sind.

#### **2481bis. (Erhöhung des Kapitals durch neue Einlagen)**

Wird eine Entscheidung über die Erhöhung des Gesellschaftskapitals durch neue Einlagen getroffen, steht den Gesellschaftern das Recht zu, die Erhöhung im Verhältnis der von ihnen gehaltenen Beteiligungen zu zeichnen. Außer in dem in Artikel 2482ter vorgesehenen Fall kann der Gründungsakt vorsehen, dass die Erhöhung des Kapitals auch durch ein Angebot von neu auszugebenden Anteilen an Dritte erfolgen kann; in einem solchen Fall steht den Gesellschaftern, die dieser Entscheidung nicht zugestimmt haben, das Austrittsrecht gemäß Artikel 2473 zu.

Die Entscheidung, das Kapital zu erhöhen, bestimmt das allfällige Aufgeld sowie die Art und Weise und die Fristen für die Ausübung des Rechts auf Zeichnung. Diese Fristen dürfen nicht kürzer als dreißig Tage sein und ihr Lauf beginnt mit dem Zeitpunkt, an dem den Gesellschaftern mitgeteilt wird, dass die Erhöhung des

Kapitals gezeichnet werden kann. In der Entscheidung kann auch zugelassen werden, dass jener Teil der Kapitalerhöhung, der von einem oder mehreren Gesellschaftern nicht gezeichnet wird, von den anderen Gesellschaftern oder von Dritten gezeichnet werden kann, wobei die Art und Weise dieser Zeichnung zu regeln ist.

Wird innerhalb der in der Entscheidung angegebenen Frist die Kapitalerhöhung nicht zur Gänze gezeichnet, wird das Kapital nur dann bis zum Betrag der eingegangenen Zeichnungen erhöht, wenn dies im Beschluss ausdrücklich zugelassen worden ist.

Vorbehaltlich der Bestimmung des zweiten Satzes des vierten Absatzes und des sechsten Absatzes des Artikels 2464 müssen die Zeichner der Kapitalerhöhung bei der Zeichnung mindestens fünfundzwanzig Prozent des gezeichneten Teils des Kapitals und, falls vorgesehen, das ganze Aufgeld an die Gesellschaft zahlen. Für Einlagen in Natur oder in Form von Forderungen findet die Bestimmung des fünften Absatzes des Artikels 2464 Anwendung.

Wird die Kapitalerhöhung vom Alleingesellschafter gezeichnet, ist eine Einlage in Geld bei der Zeichnung zur Gänze zu zahlen.

Innerhalb von dreißig Tagen ab der erfolgten Zeichnung haben die Verwalter eine Bestätigung darüber, dass die Kapitalerhöhung vorgenommen worden ist, beim Handelsregister zur Eintragung zu hinterlegen.

#### **2481ter. (Umwandlung von Rücklagen in Kapital)**

Die Gesellschaft kann das Kapital dadurch erhöhen, dass sie Rücklagen und andere im Jahresabschluss ausgewiesene Fonds, soweit sie verfügbar sind, dem Kapital zurechnet.

In diesem Fall bleibt der Anteil der Beteiligung eines jeden Gesellschafters unverändert.

#### **2482. (Herabsetzung des Gesellschaftskapitals)**

Eine Herabsetzung des Gesellschaftskapitals kann innerhalb der in Ziffer 4 des Artikels 2463 vorgesehenen Grenzen sowohl durch Rückzahlung der eingezahlten Anteile an die Gesellschafter als auch durch ihre Befreiung von der Verpflichtung zur Zahlung der noch geschuldeten Beträge erfolgen.

Die Entscheidung der Gesellschafter, das Gesellschaftskapital herabzusetzen, darf erst neunzig Tage nach dem Tag der Eintragung dieser Entscheidung in das Handelsregister ausgeführt werden, sofern innerhalb dieser Frist kein Gesellschaftsgläubiger, dessen Forderung vor der Eintragung entstanden ist, Widerspruch erhoben hat.

Das Landesgericht verfügt, dass die Herabsetzung trotz des Widerspruchs vorgenommen werden darf, wenn es die Gefahr eines Nachteils für die Gläubiger für nicht gegeben erachtet oder die Gesellschaft eine geeignete Sicherheit geleistet hat.

#### **2482bis. (Herabsetzung des Kapitals infolge von Verlusten)**

Stellt sich heraus, dass sich das Kapital infolge von Verlusten um mehr als ein Drittel verringert hat, so haben die Verwalter unverzüglich die Gesellschafterversammlung einzuberufen, damit die zweckdienlichen Maßnahmen getroffen werden.

Der Gesellschafterversammlung ist ein Bericht der Verwalter über die Vermögenslage der Gesellschaft zu unterbreiten, wobei in den in Artikel 2477 vorgesehenen Fällen die Stellungnahmen des Überwachungsrates oder der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person beizuschließen sind. Wenn der Gründungsakt nichts anderes vorsieht, muss eine Abschrift des Berichtes und der Stellungnahmen mindestens während der der Gesellschafterversammlung vorausgehenden acht Tage am Sitz der Gesellschaft aufliegen, damit die Gesellschafter in diese Einsicht nehmen können.<sup>1)</sup>



In der Gesellschafterversammlung haben die Verwalter über wichtige Tatsachen, die sich nach der Abfassung des im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Berichts ereignet haben, zu berichten.

Wenn sich innerhalb des folgenden Geschäftsjahres nicht eine Verringerung des Verlustes auf weniger als ein Drittel ergibt, muss die Gesellschafterversammlung zur Genehmigung des Jahresabschlusses und zur Herabsetzung des Kapitals im Verhältnis zum festgestellten Verlust einberufen werden. Andernfalls haben die Verwalter und Überwachungsratsmitglieder oder die mit der Abschlussprüfung beauftragte Person, sofern solche gemäß Artikel 2477 bestellt worden sind, beim Landesgericht die Anordnung der Herabsetzung des Kapitals entsprechend den aus dem Jahresabschluss ersichtlichen Verlusten zu beantragen.<sup>2)</sup>

Das Landesgericht entscheidet auch auf Antrag irgendeines Betroffenen mit Dekret, gegen das Beschwerde erhoben werden kann und das auf Veranlassung der Verwalter im Handelsregister eingetragen werden muss.

Soweit vereinbar findet der letzte Absatz des Artikels 2446 Anwendung.

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 29 Buchstabe a) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

2) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 29 Buchstabe b) des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2482ter. (Verminderung des Gesellschaftskapitals unter das gesetzliche Mindestmaß)**

Sinkt das Kapital durch den Verlust von mehr als einem Drittel unter den in Ziffer 4 des Artikels 2463 festgesetzten Mindestbetrag herab, so müssen die Verwalter unverzüglich die Gesellschafterversammlung einberufen, damit die Herabsetzung des Kapitals und dessen gleichzeitige Erhöhung auf einen nicht unter dieser Mindesthöhe liegenden Betrag beschlossen wird.

Die Möglichkeit, die Umwandlung der Gesellschaft zu beschließen, bleibt offen.

#### **2482quater. (Herabsetzung des Kapitals infolge von Verlusten und Rechte der Gesellschafter)**

In allen Fällen einer Herabsetzung des Kapitals infolge von Verlusten bleibt jegliche Änderung der Anteile der Beteiligung und der den Gesellschaftern zustehenden Rechte ausgeschlossen.

#### **2483. (Ausgabe von Schuldscheinen)**

Wenn der Gründungsakt es vorsieht, kann die Gesellschaft Schuldscheine ausgeben. In einem solchen Fall weist der Gründungsakt die entsprechende Zuständigkeit den Gesellschaftern oder den Verwaltern zu, wobei er die allfälligen Grenzen sowie die Art und Weise und die für die Entscheidung notwendigen Mehrheiten bestimmt.

Die gemäß dem vorhergehenden Absatz ausgegebenen Schuldscheine dürfen nur von berufsmäßigen Anlegern, die gemäß den Sondergesetzen unter verschärfter Aufsicht stehen, gezeichnet werden. Werden die Schuldscheine in der Folge in Umlauf gebracht, haftet der Überträger gegenüber den Erwerbern, die nicht berufsmäßige Anleger oder Gesellschafter der Gesellschaft sind, für die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Die Entscheidung über die Ausgabe von Schuldscheinen bestimmt die Bedingungen der Anleihe und die Art und Weise der Rückzahlung und wird auf Veranlassung der Verwalter im Handelsregister eingetragen. Sie kann ebenfalls bestimmen, dass die Gesellschaft nach Einholung des Einverständnisses der Mehrheit der Schuldscheinbesitzer diese Bedingungen und die Art und Weise der Rückzahlung abändern kann.

Unberührt bleiben die Bestimmungen von Sondergesetzen, die sich auf besondere Arten von Gesellschaften und auf die Rücklagen von Aktiva beziehen.

## 8. Abschnitt

### **Auflösung und Liquidation der Kapitalgesellschaften<sup>1)</sup>**

1) Fassung dieses Abschnitts (Artikel 2484 bis 2496) laut Artikel 4 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 17.1.2003, Nr. 6, unter der Berücksichtigung der im Amtsblatt der Republik veröffentlichten Berichtigungen.

#### **2484. (Auflösungsgründe)**

Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung werden aufgelöst:

- 1) durch Zeitablauf;
- 2) durch Erreichen des Gesellschaftszwecks oder durch die nachfolgende Unmöglichkeit, ihn zu erreichen, sofern nicht eine unverzüglich dazu einberufene Gesellschafterversammlung die zweckmäßigen Satzungsänderungen beschließt;
- 3) durch Funktionsunfähigkeit der Gesellschafterversammlung oder fortgesetzte Untätigkeit der Gesellschafterversammlung;
- 4) durch Verminderung des Kapitals unter den gesetzlichen Mindestbetrag, vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2447 und 2482ter;
- 5) in den in den Artikeln 2437quater und 2473 vorgesehenen Fällen;
- 6) durch Beschluss der Gesellschafterversammlung;
- 7) aus den übrigen im Gründungsakt oder in der Satzung vorgesehenen Gründen.

Die Gesellschaft wird weiters aus den anderen im Gesetz vorgesehenen Gründen aufgelöst; in diesen Fällen finden soweit vereinbar die Bestimmungen der folgenden Artikel Anwendung.

Die Wirkungen der Auflösung treten in den in den Ziffern 1, 2, 3, 4 und 5 des ersten Absatzes vorgesehenen Fällen am Tag der beim Handelsregisteramt vorzunehmenden Eintragung der Erklärung, mit der die Verwalter den Grund der Auflösung bestätigen, und in dem in der Ziffer 6 dieses Absatzes vorgesehenen Fall am Tag der Eintragung des betreffenden Beschlusses ein.

Sehen der Gründungsakt oder die Satzung andere Auflösungsgründe vor, so müssen sie bestimmen, wer zuständig ist, darüber zu entscheiden oder diese zu bestätigen und die im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Bekanntmachungspflichten zu erfüllen.

#### **2485. (Pflichten der Verwalter)**

Die Verwalter müssen ohne Verzug das Vorliegen eines Auflösungsgrundes bestätigen und die im dritten Absatz des Artikels 2484 vorgesehenen Pflichten erfüllen. Im Fall einer Verspätung oder Unterlassung haften sie persönlich und als Gesamtschuldner für die von der Gesellschaft, von Gesellschaftsgläubigern und von Dritten erlittenen Schäden.

Wenn die Verwalter die Erfüllung der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Pflichten unterlassen, so stellt das Landesgericht auf Antrag einzelner Gesellschafter oder Verwalter oder der Überwachungsratsmitglieder mit Dekret, das gemäß dem dritten Absatz des Artikels 2484 einzutragen ist, das Vorliegen des Auflösungsgrundes fest.

#### **2486. (Befugnisse der Verwalter)**

Ab dem Vorliegen eines Auflösungsgrundes und bis zum Zeitpunkt der in Artikel 2487bis vorgesehenen Übergabe behalten die Verwalter die Befugnis, die Gesellschaft zu führen, jedoch ausschließlich zu dem Zweck, den Bestand des Gesellschaftsvermögens und dessen Wert zu erhalten.

Die Verwalter haften persönlich und als Gesamtschuldner für Schäden, die der Gesellschaft, den Gesellschaftern, den Gesellschaftsgläubigern und Dritten durch

Handlungen oder Unterlassungen zugefügt werden, die gegen den vorhergehenden Absatz verstoßen.

#### **2487. (Bestellung und Abberufung der Liquidatoren; Richtlinien für die Abwicklung der Liquidation)**

Außer wenn die Gesellschafterversammlung in den in den Ziffern 2, 4 und 6 des ersten Absatzes des Artikels 2484 vorgesehenen Fällen schon tätig geworden ist und sofern der Gründungsakt oder die Satzung diesbezüglich nichts anderes verfügen, müssen die Verwalter gleichzeitig mit der Feststellung des Auflösungsgrundes die Gesellschafterversammlung einberufen, um mit den für Änderungen des Gründungsakts oder der Satzung erforderlichen Mehrheiten zu beschließen:

- a) über die Anzahl der Liquidatoren und die Regeln für die Arbeitsweise des Kollegiums im Fall einer Mehrheit von Liquidatoren;
- b) über die Bestellung der Liquidatoren unter Angabe derjenigen, denen die Vertretung der Gesellschaft zukommt;
- c) über die Richtlinien, nach denen die Liquidation zu erfolgen hat; über die Befugnisse der Liquidatoren, besonders hinsichtlich der Übertragung des Geschäftsbetriebes, von Zweigen desselben oder von einzelnen Gütern oder Rechten, auch in Bausch und Bogen; über die für die Erhaltung des Unternehmenswertes erforderlichen Maßnahmen, einschließlich der vorläufigen Geschäftsführung, auch für einzelne Unternehmenszweige, wobei auf die Erzielung des bestmöglichen Erlöses Bedacht zu nehmen ist.

Unterlassen die Verwalter die im vorhergehenden Absatz vorgesehene Einberufung, so nimmt sie das Landesgericht auf Antrag einzelner Gesellschafter oder Verwalter oder der Überwachungsratsmitglieder vor und trifft, falls die Versammlung nicht beschlussfähig ist oder keine Beschlüsse fasst, mit Dekret die dort vorgesehenen Entscheidungen.

Die Gesellschafterversammlung kann jederzeit mit den für Änderungen des Gründungsakts oder der Satzung erforderlichen Mehrheiten die im ersten Absatz vorgesehenen Beschlüsse abändern.

Die Liquidatoren können von der Gesellschafterversammlung oder, wenn ein wichtiger Grund besteht, vom Landesgericht auf Antrag von Gesellschaftern, der Überwachungsratsmitglieder oder der Staatsanwaltschaft vom Landesgericht abberufen werden.

#### **2487bis. (Öffentliche Bekanntmachung der Bestellung der Liquidatoren und ihre Wirkungen)**

Die wie auch immer erfolgte Bestellung der Liquidatoren und Festsetzung ihrer Befugnisse sowie diesbezügliche Änderungen müssen auf Veranlassung der Liquidatoren im Handelsregister eingetragen werden.

Der Firma der Gesellschaft muss der Hinweis hinzugefügt werden, dass es sich um eine Gesellschaft in Liquidation handelt.

Nach Vornahme der im ersten Absatz vorgesehenen Eintragung scheiden die Verwalter aus dem Amt aus und übergeben den Liquidatoren die Gesellschaftsbücher, eine Aufstellung über den Stand der Konten am Tage, an dem die Auflösung wirksam geworden ist, und eine Abrechnung über ihre Geschäftsführung für die Zeit ab dem letzten genehmigten Jahresabschluss. Über diese Übergabe ist ein Protokoll abzufassen.

#### **2487ter. (Widerruf der Liquidation)**

Die Gesellschaft kann jederzeit mit einem Beschluss der Gesellschafterversammlung, der mit den für die Änderung des Gründungsakts oder der Satzung verlangten Mehrheiten zu fassen ist, die Liquidation widerrufen, erforderlichenfalls nach vorheriger Beseitigung des Auflösungsgrundes. Artikel 2436 findet Anwendung.

Der Widerruf wirkt erst sechzig Tage nach der Eintragung des diesbezüglichen

Beschlusses im Handelsregister, es sei denn, die Zustimmung der Gesellschaftsgläubiger oder die Bezahlung der Gläubiger, die nicht zugestimmt haben, steht fest. Falls innerhalb der oben genannten Frist Gläubiger, deren Forderungen vor der Eintragung entstanden sind, Widerspruch erhoben haben, findet der letzte Absatz des Artikels 2445 Anwendung.

#### **2488. (Gesellschaftsorgane)**

Die Bestimmungen über die Entscheidungen der Gesellschafter, über die Gesellschafterversammlungen und über die Verwaltungs- und Kontrollorgane finden soweit vereinbar auch während der Liquidation Anwendung.

#### **2489. (Befugnisse, Pflichten und Haftung der Liquidatoren)**

Die Liquidatoren haben vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung der Satzung oder einer anlässlich ihrer Bestellung getroffenen Bestimmung die Befugnis, alle der Liquidation förderlichen Handlungen vorzunehmen.

Die Liquidatoren haben ihre Pflichten mit der von der Art des Auftrages geforderten Professionalität und Sorgfalt zu erfüllen, und ihre Haftung für Schäden, die auf die Nichtbeachtung dieser Pflichten zurückzuführen sind, ist gemäß den Vorschriften über die Haftung der Verwalter geregelt.

#### **2490. (Jahresabschlüsse während der Liquidation)**

Die Liquidatoren haben den Jahresabschluss aufzustellen und haben diesen zu den für den Jahresabschluss der Gesellschaft vorgesehenen Fälligkeiten der Gesellschafterversammlung oder in dem im dritten Absatz des Artikels 2479 vorgesehenen Fall den Gesellschaftern zur Genehmigung vorzulegen. Die Bestimmungen der Artikel 2423 und folgende finden, soweit sie mit der Art, dem Zweck und dem Stand der Liquidation vereinbar sind, Anwendung.

Im Bericht haben die Liquidatoren den Verlauf und die Aussichten der Liquidation auch in zeitlicher Hinsicht sowie die zu ihrer Umsetzung angewandten Grundsätze und Richtlinien zu erläutern.

Im Anhang haben die Liquidatoren die angewandten Richtlinien, die bei der Bewertung angewandt worden sind, anzuführen und zu begründen.

Die Liquidatoren haben im ersten Jahresabschluss, der auf ihre Bestellung folgt, die Änderungen der im letzten genehmigten Jahresabschluss angewandten Bewertungsrichtlinien und die Gründe und Auswirkungen dieser Änderungen anzuführen. Diesem Jahresabschluss sind die von den Verwaltern gemäß dem dritten Absatz des Artikels 2487bis übergebenen Unterlagen samt den allfälligen Bemerkungen der Liquidatoren beizuschließen.

Wenn eine auch nur teilweise Fortsetzung der Tätigkeit des Unternehmens vorgesehen ist, müssen die diesbezüglichen Bilanzposten getrennt bezeichnet werden; im Bericht sind die Gründe und die Aussichten der Fortsetzung anzugeben; im Anhang müssen die angewandten Bewertungsrichtlinien angegeben und begründet werden.

Falls über drei aufeinanderfolgende Jahre kein Jahresabschluss, wie er in diesem Artikel vorgesehen ist, hinterlegt wird, ist die Gesellschaft von Amts wegen mit den in Artikel 2495 vorgesehenen Wirkungen im Handelsregister zu löschen.

#### **2491. (Besondere Befugnisse und Pflichten der Liquidatoren)**

Erweisen sich die verfügbaren Mittel als zur Zahlung der Schulden der Gesellschaft unzureichend, Anordnungen zum Schutz gegen Missbräuche in der Familie können die Liquidatoren von den Gesellschaftern die noch geschuldeten Einzahlungen verhältnismäßig einfordern.

Die Liquidatoren dürfen an die Gesellschafter keine Beträge als Anzahlung auf das Ergebnis der Liquidation verteilen, es sei denn, aus den Jahresabschlüssen ergibt sich, dass sich die Aufteilung nicht auf die Verfügbarkeit der zur vollständigen und rechtzeitigen Befriedigung der Gesellschaftsgläubiger erforderlichen Be-

träge auswirkt; die Liquidatoren können die Verteilung von der Leistung einer geeigneten Sicherheit vonseiten des Gesellschafters abhängig machen.

Die Liquidatoren haften persönlich und als Gesamtschuldner für Schäden, die sie den Gesellschaftsgläubigern durch Verletzung der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Bestimmungen zufügen.

#### **2492. (Letzter Jahrsabschluss der Liquidatoren)**

Nach Abschluss der Liquidation haben die Liquidatoren den letzten Jahresabschluss aufzustellen und darin den Anteil anzugeben, der bei der Aufteilung der Aktiven auf jeden Gesellschafter oder auf jede Aktie entfällt.

Der von den Liquidatoren unterfertigte und von einem Bericht der Überwachungsratsmitglieder und einem Bericht der mit der Abschlussprüfung beauftragten Person begleitete Jahresabschluss ist beim Handelsregisteramt zu hinterlegen.<sup>1)</sup>

Innerhalb der auf die Eintragung der vorgenommenen Hinterlegung folgenden neunzig Tage kann jeder Gesellschafter beim Landesgericht Beschwerde erheben, wobei den Liquidatoren rechtliches Gehör zu gewähren ist.

Die Beschwerden sind zu verbinden und in einem einzigen Verfahren, dem alle Gesellschafter beitreten können, zu entscheiden. Die Abwicklung des Rechtsstreits beginnt nach Ablauf der oben genannten Frist. Das Urteil wirkt auch gegenüber denjenigen, die dem Verfahren nicht beigetreten sind.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 30 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2493. (Stillschweigende Genehmigung der Jahresabschlussbilanz)**

Ist die Frist von neunzig Tagen abgelaufen, ohne dass Beschwerden erhoben worden sind, so gilt der letzte Jahresabschluss der Liquidation als genehmigt und sind die Liquidatoren, vorbehaltlich ihrer Pflichten hinsichtlich der Verteilung der sich aus dem Jahresabschluss ergebenden Aktiven, den Gesellschaftern gegenüber befreit.

Unabhängig vom Ablauf dieser Frist gilt die anlässlich der Auszahlung des letzten Aufteilungsanteils ohne Vorbehalt ausgestellte Quittung als Genehmigung des Jahresabschlusses.

#### **2494. (Hinterlegung der nicht behobenen Beträge)**

Die den Gesellschaftern zustehenden Beträge, die innerhalb von neunzig Tagen ab der Eintragung der gemäß Artikel 2492 erfolgten Hinterlegung des Jahresabschlusses nicht behoben worden sind, sind bei einer Bank unter Angabe des Zunamens und Vornamens des Gesellschafters oder der Nummern der Aktien, falls sie auf den Inhaber lauten, zu hinterlegen.

#### **2495. (Löschung der Gesellschaft)**

Nach Genehmigung des letzten Jahresabschlusses der Liquidation haben die Liquidatoren die Löschung der Gesellschaft aus dem Handelsregister zu beantragen.

Trotz des Erlöschens der Gesellschaft können die nicht befriedigten Gesellschaftsgläubiger nach der Löschung ihre Forderungen gegen die Gesellschafter bis zur Höhe der von diesen auf Grund des letzten Jahresabschlusses der Liquidation bezogenen Beträge und, wenn die Nichtbezahlung auf ein Verschulden der Liquidatoren zurückzuführen ist, gegen diese geltend machen. Die Klage kann, wenn sie innerhalb eines Jahres ab der Löschung erhoben wird, am letzten Sitz der Gesellschaft zugestellt werden.

#### **2496. (Hinterlegung der Gesellschaftsbücher)**

Ist die Liquidation und die Verteilung der Aktiven beendet oder hat die in Artikel

2494 bezeichnete Hinterlegung stattgefunden, müssen die Gesellschaftsbücher beim Handelsregisteramt hinterlegt und dort zehn Jahre lang aufbewahrt werden; jeder kann darin gegen Vorauszahlung der Kosten Einsicht nehmen.

## 9. Abschnitt

### **Leitung und Koordinierung von Gesellschaften<sup>1)</sup>**

- 1) Fassung dieses Abschnittes (Artikel 2497 bis 2497sexies) laut Artikel 5 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 17.1.2003, Nr. 6, unter Berücksichtigung der im Amtsblatt der Republik veröffentlichten Berichtigungen und laut Artikel 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 6.2.2004, Nr. 37.

#### **2497. (Haftung)**

Die Gesellschaften oder die Körperschaften, die Tätigkeiten der Leitung und Koordinierung von Gesellschaften ausüben und dabei unter Verletzung der Grundsätze einer ordnungsgemäßen Gesellschafts- und Unternehmensführung dieser Gesellschaften im eigenen oder fremden unternehmerischen Interesse handeln, haften unmittelbar gegenüber den Gesellschaftern dieser Gesellschaften für den Nachteil, den sie der Ertragsfähigkeit und dem Wert der Gesellschaftsbeteiligung zugefügt haben, sowie gegenüber den Gläubigern der Gesellschaft für die Verletzung der Unversehrtheit des Gesellschaftsvermögens. Keine Haftung besteht, wenn in Hinblick auf das Gesamtergebnis der Leitungs- und Koordinierungsgewalt kein Schaden entstanden ist oder ein solcher auch infolge darauf ausgerichteter Geschäfte vollständig beseitigt worden ist.

Als Gesamtschuldner haftet, wer wie auch immer an der schädigenden Handlung teilgenommen hat, und in den Grenzen des erzielten Vorteils, wer bewusst daraus Nutzen gezogen hat.

Ein Gesellschafter und ein Gesellschaftsgläubiger können gegen die Gesellschaft oder Körperschaft, welche die Leitungs- und Koordinierungsgewalt ausübt, nur dann vorgehen, wenn sie nicht von der der Leitung und Koordinierungsgewalt unterworfenen Gesellschaft befriedigt worden sind.

Im Falle des Konkurses, der Zwangsliquidation im Verwaltungsweg und der außerordentlichen Verwaltung einer Gesellschaft, die der Leitung und Koordinierung durch andere unterworfen ist, wird der den Gläubigern dieser Gesellschaft zustehende Klagsanspruch vom Masseverwalter, vom Liquidationskommissär oder vom außerordentlichen Kommissär erhoben.

#### **2497bis. (Öffentliche Bekanntmachung)**

Die Gesellschaft muss in den Schriftstücken und im Schriftverkehr jene Gesellschaft oder Körperschaft, deren Leitungs- und Koordinierungsgewalt sie unterliegt, angeben sowie auf Veranlassung der Verwalter in die im folgenden Absatz vorgesehene Abteilung des Handelsregisters eintragen lassen.

Beim Handelsregister wird eine eigene Abteilung eingerichtet, in der die Gesellschaften oder Körperschaften, die eine Leitungs- und Koordinierungsgewalt ausüben, und jene, die einer solchen unterworfen sind, angeführt werden.

Die Verwalter, welche die im ersten Absatz vorgesehene Angabe oder die im zweiten Absatz vorgesehene Eintragung unterlassen, oder diese beibehalten, nachdem die Abhängigkeit beendet ist, haften für die Schäden, die den Gesellschaftern oder Dritten durch die fehlende Kenntnis dieser Umstände verursacht worden sind.

Die Gesellschaft hat in einem eigenen Abschnitt des Anhangs eine zusammenfassende Übersicht über die wesentlichen Daten des letzten Jahresabschlusses jener Gesellschaft oder Körperschaft darzulegen, welche die Leitungs- und Koordinierungsgewalt über sie ausübt.

Ebenso haben die Verwalter im Lagebericht die Beziehungen anzuführen, die mit demjenigen, der der Leitungs- und Koordinierungsgewalt ausübt, und mit den übrigen Gesellschaften, die dieser Tätigkeit unterworfen sind, bestanden haben,

sowie die Auswirkung anzuführen, die diese Tätigkeit auf die Führung des Gesellschaftsunternehmens und auf ihre Ergebnisse hatte.

#### **2497ter. (Begründung der Entscheidungen)**

Entscheidungen der Gesellschaften, die einer Leitungs- und Koordinierungsgewalt unterworfen sind, müssen, wenn sie von dieser Tätigkeit beeinflusst sind, in allen Einzelheiten begründet werden und genaue Angaben über die Gründe und Interessen enthalten, deren Berücksichtigung sich auf die Entscheidung ausgewirkt hat. Darüber ist in dem in Artikel 2428 bezeichneten Bericht angemessen Rechenschaft abzulegen

#### **2497quater. (Austrittsrecht)**

Der Gesellschafter einer Gesellschaft, die einer Leitungs- und Koordinierungsgewalt unterworfen ist, kann austreten:

a) wenn die Gesellschaft oder Körperschaft, welche die Leitungs- und Koordinierungsgewalt ausübt, eine Umwandlung, die eine Änderung ihres Gesellschaftszwecks mit sich bringt, oder eine Änderung ihres Gesellschaftszwecks beschlossen hat, welche die Ausübung von Tätigkeiten zulässt, die in spürbarer und direkter Weise die wirtschaftlichen und vermögensbezogenen Bedingungen der der Leitungs- und Koordinierungsgewalt unterworfenen Gesellschaft verändern;

b) wenn zugunsten eines Gesellschafters mit vollstreckbarer Entscheidung eine Verurteilung im Sinne des Artikels 2497 gegen denjenigen ausgesprochen wurde, der die Leitungs- und Koordinierungsgewalt ausübt; in einem solchen Fall darf das Austrittsrecht nur hinsichtlich der ganzen Beteiligung des Gesellschafters ausgeübt werden;

c) am Beginn und bei Beendigung der Leitungs- und Koordinierungsgewalt, wenn es sich nicht um eine Gesellschaft handelt, deren Aktien in geregelten Märkten notiert werden und sich daraus eine Verschlechterung des Anlagerisikos ergibt und nicht ein öffentliches Übernahmeangebot eingeleitet wird.

Je nach den Umständen und soweit vereinbar finden die Bestimmungen Anwendung, die für das Austrittsrecht des Gesellschafters einer Aktiengesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung vorgesehen ist.

#### **2497quinquies. (Finanzierungen im Zusammenhang mit einer Leitungs- und Koordinierungsgewalt)**

Auf Finanzierungen, die zugunsten einer Gesellschaft durch denjenigen vorgenommen werden, der die Leitungs- und Koordinierungsgewalt ausübt, oder durch andere Gesellschaften, die ihr unterworfen sind, findet Artikel 2467 Anwendung.

#### **2497sexies. (Vermutungen)**

Für die in diesem Abschnitt vorgesehenen Bestimmungen wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass die Leitungs- und Koordinierungsgewalt über Gesellschaften von jener Gesellschaft oder Körperschaft ausgeübt wird, die zur Konsolidierung der Jahresabschlüsse jener Gesellschaften verpflichtet ist oder jedenfalls diese Gesellschaften gemäß Artikel 2359 beherrscht.

#### **2497septies. (Koordinierung von Gesellschaften)**

Die Bestimmungen dieses Abschnitts finden auch auf eine Gesellschaft oder Körperschaft Anwendung, die abgesehen von den in Artikel 2497sexies vorgesehenen Fällen eine Leitungs- und Koordinierungsgewalt über Gesellschaften aufgrund eines Vertrages mit diesen Gesellschaften oder aufgrund von Klauseln ihrer Satzungen ausübt.

## **Umwandlung, Verschmelzung und Spaltung<sup>1)</sup>**

- 1) Dieser Abschnitt (Artikel 2498 bis 2506quater) wurde durch Artikel 6 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 17.1. 2003, Nr. 6, eingefügt; Fassung laut den im Amtsblatt der Republik veröffentlichten Berichtigungen und laut Artikel 5 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 6.2.2004, Nr. 37.

### **1. Teil Umwandlung**

#### **2498. (Weiterbestehen der Rechtsbeziehungen)**

Bei der Umwandlung behält die umgewandelte Körperschaft alle Rechte und Verbindlichkeiten und setzt alle, auch verfahrensrechtlichen Rechtsbeziehungen in der Körperschaft fort, welche die Umwandlung vorgenommen hat.

#### **2499. (Grenzen der Umwandlung)**

Die Umwandlung kann auch bei Anhängigkeit eines Konkursverfahrens stattfinden, sofern sie nicht mit dem Zweck und dem Stand dieses Verfahren unvereinbar ist.

#### **2500. (Inhalt, öffentliche Bekanntmachung und Wirksamkeit der Umwandlung)**

Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien oder in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung muss sich aus einer öffentlichen Urkunde ergeben, welche die vom Gesetz für den Gründungsakt der gewählten Gesellschaftsform vorgesehenen Angaben zu enthalten hat.

Der Umwandlungsakt unterliegt der für die gewählte Gesellschaftsform vorgesehenen Regelung und den dafür vorgesehenen Formen der öffentlichen Bekanntmachung sowie der öffentlichen Bekanntmachung, wie sie für die Beendigung der Körperschaft, welche die Umwandlung vornimmt, vorgesehen ist.

Die Umwandlung wirkt ab Vornahme der letzten der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen öffentlichen Bekanntmachung.

#### **2500bis. (Ungültigkeit der Umwandlung)**

Nach der im vorhergehenden Artikel vorgesehenen öffentlichen Bekanntmachung kann die Ungültigkeit des Umwandlungsaktes nicht mehr ausgesprochen werden.

Unberührt bleibt das Recht auf Schadenersatz, das den durch die Umwandlung geschädigten Teilhabern der umgewandelten Körperschaft und den Dritten, die allenfalls durch die Umwandlung geschädigt worden sind, zusteht.

#### **2500ter. (Umwandlung von Personengesellschaften)**

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung des Gesellschaftsvertrages wird die Umwandlung einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft mit Zustimmung der Mehrheit der Gesellschafter, die sich nach dem Anteil eines jeden am Gewinn bestimmt, beschlossen; auf jeden Fall steht dem Gesellschafter, der nicht an der Entscheidung mitgewirkt hat, das Austrittsrecht zu.

In den im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Fällen muss das sich aus der Umwandlung ergebende Gesellschaftskapital aufgrund der aktuellen Werte der Aktivposten und der Passivposten bestimmt werden und muss sich aus dem gemäß Artikel 2343 oder im Fall einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, gemäß Artikel 2465 abgefassten Schätzungsbericht ergeben. Außerdem finden im Fall von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien der zweite, dritte und soweit vereinbar der vierte Absatz des Artikels 2343 Anwendung.

#### **2500quater. (Zuteilung von Aktien oder Anteilen)**



In dem in Artikel 2500ter vorgesehenen Fall hat jeder Gesellschafter vorbehaltlich der Bestimmungen der folgenden Absätze Anspruch auf Zuteilung so vieler Aktien oder eines solchen Anteils, die seiner Beteiligung entspricht.

Der Arbeitsgesellschafter hat Anspruch auf Zuteilung so vieler Aktien oder eines solchen Anteils, wie es dem Ausmaß seiner Beteiligung entspricht, die ihm der Gründungsakt vor der Umwandlung zuerkannt hat oder die bei Fehlen einer solchen Zuerkennung im Einvernehmen zwischen den Gesellschaftern oder mangels Einvernehmens vom Gericht nach Billigkeit bestimmt wird.

In dem im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Fall verringern sich anteilmäßig die den übrigen Gesellschaftern zugewiesenen Aktien oder Anteile.

#### **2500quinquies. (Haftung der Gesellschafter)**

Die Umwandlung befreit die unbeschränkt haftenden Gesellschafter nicht von ihrer Haftung für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die vor der Erfüllung der im dritten Absatz des Artikels 2500 vorgesehenen Pflichten entstanden sind, wenn sich nicht ergibt, dass die Gesellschaftsgläubiger ihre Zustimmung zur Umwandlung gegeben haben.

Die Zustimmung wird vermutet, wenn die Gläubiger, denen der Umwandlungsbeschluss mit Einschreiben oder mit anderen Mitteln, die den Nachweis des erfolgten Empfangs gewährleisten, mitgeteilt worden ist, diese Zustimmung nicht ausdrücklich innerhalb von sechzig Tagen ab Erhalt der Mitteilung verweigert haben.

#### **2500sexies. (Umwandlung von Kapitalgesellschaften)**

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung der Satzung ist der Beschluss über die Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft mit den für Änderungen der Satzung vorgesehenen Mehrheiten zu fassen. Jedenfalls ist die Zustimmung jener Gesellschafter erforderlich, die durch die Umwandlung die unbeschränkte Haftung übernehmen.

Die Verwalter haben einen Bericht auszuarbeiten, in dem die Gründe und die Auswirkungen der Umwandlung erläutert werden. Eine Abschrift des Berichts muss während der dreißig Tage, die der zur Beschlussfassung über die Umwandlung einberufenen Gesellschafterversammlung vorausgehen, am Sitz der Gesellschaft hinterlegt bleiben; die Gesellschafter sind berechtigt, darin Einsicht zu nehmen und davon kostenlos eine Abschrift zu erhalten.

Jeder Gesellschafter hat Anspruch auf Zuteilung einer Beteiligung, die dem Wert seines Anteils oder seiner Aktien entspricht.

Gesellschafter, die mit der Umwandlung eine unbeschränkte Haftung übernehmen, haften auch für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die vor der Umwandlung entstanden sind, unbeschränkt.

#### **2500septies. (Artübergreifende Umwandlung von Kapitalgesellschaften)**

Die in den Abschnitten 5, 6 und 7 dieses Titels geregelten Gesellschaften können sich in Kartelle, Kartellgesellschaften, Genossenschaften, Betriebsgemeinschaften, nicht anerkannte Vereine und Stiftungen umwandeln.

Artikel 2500sexies findet soweit vereinbar Anwendung.

Der Beschluss muss mit der Zustimmung von zwei Dritteln der Stimmberechtigten gefasst werden und jedenfalls mit der Zustimmung jener Gesellschafter, die eine unbeschränkte Haftung übernehmen, gefasst werden.

Der Beschluss über die Umwandlung in eine Stiftung erzeugt die Wirkungen, die der 2. Abschnitt des 2. Titels des ersten Buches dem Stiftungsakt oder dem Willen des Stifters zuerkennt.

#### **2500octies. (Artübergreifende Umwandlung in Kapitalgesellschaften)**

Kartelle, Kartellgesellschaften, Betriebsgemeinschaften, anerkannte Vereine und Stiftungen können in eine der in den Abschnitten 5, 6 und 7 dieses Titels ge-

regelten Gesellschaften umgewandelt werden.

Der Beschluss über die Umwandlung muss bei Kartellen mit der Zustimmung der absoluten Mehrheit der Kartellmitglieder gefasst werden; bei Betriebsgemeinschaften mit Einstimmigkeit; bei Kartellgesellschaften und bei Vereinen mit der vom Gesetz oder vom Gründungsakt für die vorzeitige Auflösung verlangten Mehrheit.

Die Umwandlung von Vereinen in eine Kapitalgesellschaft kann vom Gründungsakt oder für bestimmte Arten von Vereinen vom Gesetz ausgeschlossen werden; sie ist jedenfalls für Vereine ausgeschlossen, die öffentliche Beiträge oder Schenkungen und Spenden seitens der Allgemeinheit erhalten haben. Das Gesellschaftskapital der sich aus der Umwandlung ergebenden Gesellschaft wird auf die Vereinsmitglieder zu gleichen Teilen aufgeteilt, sofern nicht eine anderslautende Vereinbarung unter ihnen getroffen wird.

Die Umwandlung von Stiftungen in Kapitalgesellschaften wird von der Regierungsbehörde auf Vorschlag des zuständigen Organs verfügt. Die Aktien oder Anteile werden gemäß den Bestimmungen des Stiftungsaktes oder bei Fehlen solcher gemäß Artikel 31 zugeteilt.

### **2500novies. (Widerspruch der Gläubiger)**

In Abweichung von den Bestimmungen des dritten Absatzes des Artikels 2500 wirkt die artübergreifende Umwandlung nach Ablauf von sechzig Tagen ab Vorname der letzten der in diesem Artikel vorgesehenen öffentlichen Bekanntmachung, es sei denn, die Zustimmung der Gläubiger oder die Bezahlung der Gläubiger, die nicht zugestimmt haben, steht fest.

Die Gläubiger können innerhalb der oben genannten Frist von sechzig Tagen Widerspruch erheben. In diesem Fall findet der letzte Absatz des Artikels 2445 Anwendung.

## **2. Teil**

### **Verschmelzung von Gesellschaften**

#### **2501. (Formen der Verschmelzung)**

Die Verschmelzung mehrerer Gesellschaften kann durch Gründung einer neuen Gesellschaft oder durch Aufnahme einer oder mehrerer Gesellschaften in eine andere erfolgen.

Die Beteiligung an der Verschmelzung ist den in Liquidation befindlichen Gesellschaften, wenn die Verteilung des Vermögens bereits begonnen hat, nicht gestattet.

#### **2501bis. (Verschmelzung nach Erwerb unter Eingehung von Schulden)**

Im Fall einer Verschmelzung von Gesellschaften, von denen die eine Schulden eingegangen ist, um die Herrschaft über die andere zu erwerben, findet die Regelung dieses Artikels Anwendung, wenn aufgrund der Verschmelzung das Vermögen der zuletzt genannten Gesellschaft der allgemeinen Sicherstellung oder der Rückzahlung dieser Schulden dient.

Der in Artikel 2501ter vorgesehene Verschmelzungsplan hat die Geldmittel anzuführen, die für die Befriedigung der Verbindlichkeiten der sich aus der Verschmelzung ergebenden Gesellschaft vorgesehen sind.

Der in Artikel 2501quinquies vorgesehene Bericht hat die Gründe anzuführen, die den Vorgang rechtfertigen, und hat den Wirtschafts- und Finanzplan zu enthalten, in dem die Quelle der Geldmittel angegeben und die Ziele, die erreicht werden sollen, beschrieben werden.

Der in Artikel 2501sexies vorgesehene Bericht der Sachverständigen hat zu bescheinigen, dass die Angaben, die in dem gemäß dem vorhergehenden zweiten Absatz erstellten Verschmelzungsplan enthaltenen sind, stichhältig sind.

Dem Verschmelzungsplan muss der Bericht jener Person beigeschlossen werden, die mit der Abschlussprüfung der neu zu gründenden Gesellschaft oder der erwerbenden Gesellschaft beauftragt ist.<sup>1)</sup>

Auf die im ersten Absatz vorgesehenen Verschmelzungen finden die Bestimmungen der Artikel 2505 und 2505bis keine Anwendung.

- - - - -

- 1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 31 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

#### **2501ter. (Verschmelzungsplan)**

Das Verwaltungsorgan der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften erstellt einen Plan für die Verschmelzung, in dem in jedem Fall angeführt sein müssen:

1) die Rechtsform, die Firma und der Sitz der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften;

2) der Gründungsakt der aus der Verschmelzung hervorgehenden neuen Gesellschaft oder jene der aufnehmenden Gesellschaft mit den allfälligen, durch die Verschmelzung bedingten Abänderungen;

3) das Umtauschverhältnis für die Aktien oder Anteile sowie eine allfällige, in Geld zu leistende Ausgleichszahlung;

4) die Art und Weise der Zuteilung der Aktien oder Anteile der aus der Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft oder der aufnehmenden Gesellschaft;

5) der Zeitpunkt, von dem an die Aktien oder Anteile eine Gewinnbeteiligung gewähren;

6) der Zeitpunkt, ab welchem die Geschäfte der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften dem Jahresabschluss der aus der Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft oder der aufnehmenden Gesellschaft zugerechnet werden;

7) die rechtliche Behandlung, die allenfalls besonderen Gruppen von Gesellschaftern oder den Inhabern von Wertpapieren, die keine Aktien sind, zuteil wird;

8) die besonderen Vorteile, die allenfalls für jene Personen vorgeschlagen werden, denen die Verwaltung der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften zusteht.

Die in Ziffer 3 des vorhergehenden Absatzes bezeichnete, in Geld zu leistende Ausgleichszahlung darf nicht höher sein als zehn Prozent des Nennwerts der zugeordneten Aktien oder Anteile.

Der Verschmelzungsplan muss zur Eintragung in das Handelsregister bei dem Amt hinterlegt werden, in dessen Sprengel sich der Sitz der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften befindet.

Zwischen der Eintragung des Plans und dem für die Entscheidung über die Verschmelzung festgesetzten Tag müssen wenigstens dreißig Tage liegen, sofern die Gesellschafter nicht einstimmig auf die Einhaltung der Frist verzichten.

#### **2501quater. (Vermögenslage)**

Das Verwaltungsorgan der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften muss unter Beachtung der Vorschriften über den Jahresabschluss eine Aufstellung über die Vermögenslage dieser Gesellschaften unter Bezugnahme auf einen Stichtag errichten, der nicht mehr als einhundertzwanzig Tage vor dem Tag liegen darf, an dem der Verschmelzungsplan am Sitz der Gesellschaft hinterlegt wird.

Die Aufstellung über die Vermögenslage kann durch den Jahresabschluss für das letzte Geschäftsjahr ersetzt werden, sofern dieses nicht mehr als sechs Monate vor dem im ersten Absatz bezeichneten Tag für die Hinterlegung abgeschlossen worden ist.

#### **2501quinquies. (Bericht des Verwaltungsorgans)**

Das Verwaltungsorgan der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften

muss einen Bericht erstellen, in welchem der Verschmelzungsplan und insbesondere das Umtauschverhältnis für die Aktien oder Anteile unter rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erläutert und begründet werden müssen.

Der Bericht hat die zur Festsetzung des Umtauschverhältnisses herangezogenen Richtlinien anzuführen. Im Bericht muss auf allenfalls aufgetretene Schwierigkeiten bei der Bewertung hingewiesen werden.

#### **2501sexies. (Bericht der Sachverständigen)**

Ein oder mehrere Sachverständige müssen für jede Gesellschaft einen Bericht über die Angemessenheit des Umtauschverhältnisses für die Aktien oder Anteile erstellen, in welchem anzuführen sind:

a) die Methode oder die Methoden, die zur Festsetzung des vorgeschlagenen Umtauschverhältnisses herangezogen worden sind, sowie die Werte, die sich aus der Anwendung jeder einzelnen von ihnen ergeben;

b) die allenfalls aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Bewertung.

Der Bericht muss außerdem eine Stellungnahme über die Angemessenheit der Methode oder der Methoden, die zur Festsetzung des Umtauschverhältnisses herangezogen worden sind, sowie über die entsprechende Bedeutung, die jeder einzelnen von ihnen bei der Festsetzung des ermittelten Wertes zuerkannt worden ist, enthalten.

Der Sachverständige oder die Sachverständigen werden unter den im ersten Absatz des Artikels 2409bis genannten Personen ausgewählt und werden, wenn die aufnehmende Gesellschaft oder die sich aus der Verschmelzung ergebende Gesellschaft eine Aktiengesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien ist, vom Landesgericht, in dessen Sprengel die Gesellschaft ihren Sitz hat, bestimmt. Wird die Gesellschaft in geregelten Märkten notiert, ist der Sachverständige unter den Prüfungsgesellschaften zu wählen, die der Aufsicht der Gesamtstaatlichen Kommission für die Gesellschaften und die Börse unterworfen sind.<sup>1)</sup>

Auf jeden Fall können die an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften gemeinsam beim Landesgericht, in dessen Sprengel die sich aus der Verschmelzung ergebende Gesellschaft oder die aufnehmende Gesellschaft ihren Sitz hat, die Bestellung eines oder mehrerer gemeinsamer Sachverständiger beantragen.

Jeder Sachverständige hat das Recht, von den an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften sämtliche Auskünfte und zweckdienlichen Urkunden zu erhalten und jede erforderliche Überprüfung vorzunehmen.

Der Sachverständige haftet für Schäden, welche die an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften, deren Gesellschafter und Dritte erlitten haben. Die Bestimmungen des Artikels 64 der Zivilprozessordnung finden Anwendung.

Den im vorhergehenden dritten und vierten Absatz vorgesehenen Personen ist außerdem im Falle der Verschmelzung einer Personengesellschaft mit einer Kapitalgesellschaft die Aufgabe übertragen, einen Bericht über die Schätzung des Vermögens der Personengesellschaft gemäß Artikel 2343 zu erstellen.

Der im ersten Absatz vorgesehene Bericht ist nicht erforderlich, wenn die Gesellschafter jeder der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften einstimmig darauf verzichten.<sup>2)</sup>

- - - - -

1) Fassung des zweiten Satzes dieses Absatzes laut Artikel 37 Abs. 32 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

2) Dieser Absatz wurde durch Artikel 1 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 13.10.2009, Nr. 147, hinzugefügt.

#### **2501septies. (Hinterlegung der Unterlagen)**

Am Sitz der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften müssen, sofern die Gesellschafter nicht einstimmig auf die Frist verzichten, während der dreißig Tage, die der Entscheidung über die Verschmelzung vorausgehen, und bis zur Entscheidung über die Verschmelzung in Abschrift hinterlegt bleiben:

1) den Verschmelzungsplan samt den in den Artikeln 2501quinquies und

2501sexies angegebenen Berichten;

2) die für die drei letzten Geschäftsjahre aufgestellten Jahresabschlüsse der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften samt den Berichten der Personen, denen die Verwaltung und die Abschlussprüfung zusteht;<sup>1)</sup>

3) die nach den Vorschriften des Artikels 2501quater verfassten Aufstellungen über die Vermögenslage der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften.

Die Gesellschafter haben das Recht, in diese Urkunden Einsicht zu nehmen und kostenlos eine Abschriften davon zu erhalten.

- - - - -

1) Fassung dieser Ziffer laut Artikel 37 Abs. 33 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 27.1.2010, Nr. 39.

## **2502. (Entscheidung über die Verschmelzung)**

Die Entscheidung über die Verschmelzung erfolgt durch jede der daran beteiligten Gesellschaften durch Genehmigung des entsprechenden Plans. Sofern der Gründungsakt oder die Satzung nichts anderes bestimmen, erfolgt diese Genehmigung bei Personengesellschaften mit Zustimmung der Mehrheit der Gesellschafter, die sich nach dem Anteil eines jeden am Gewinn bestimmt, wobei das Austrittsrecht des Gesellschafters, welcher der Verschmelzung nicht zugestimmt hat, unberührt bleibt, und bei Kapitalgesellschaften nach den für Änderungen des Gründungsakts oder der Satzung vorgesehenen Vorschriften.

In der Entscheidung über die Verschmelzung können an dem in Artikel 2501ter vorgesehenen Plan nur jene Änderungen vorgenommen werden, die sich nicht auf die Rechte der Gesellschafter oder Dritter auswirken.

## **2502bis. (Hinterlegung und Eintragung der Entscheidung über die Verschmelzung)**

Der Beschluss über die Verschmelzung von Gesellschaften, die in den Abschnitten 5, 6 und 7 vorgesehen sind, muss zusammen mit den in Artikel 2501septies bezeichneten Urkunden zur Eintragung beim Handelsregisteramt hinterlegt werden. Artikel 2436 findet Anwendung.

Die Entscheidung über die Verschmelzung von Gesellschaften, die in den Abschnitten 2, 3 und 4 vorgesehen sind, muss zusammen mit den in Artikel 2501septies bezeichneten Urkunden zur Eintragung beim Handelsregisteramt hinterlegt werden; die Hinterlegung ist gemäß Artikel 2436 vorzunehmen, wenn die sich aus der Verschmelzung ergebende oder die aufnehmende Gesellschaft durch die Abschnitte 5, 6 und 7 geregelt ist.

## **2503. (Widerspruch der Gläubiger)**

Die Verschmelzung darf erst sechzig Tage nach der letzten der in Artikel 2502bis vorgesehenen Eintragungen durchgeführt werden, es sei denn, es steht die Zustimmung jener, die schon vor der im dritten Absatz des Artikels 2501ter vorgesehenen Eintragung Gläubiger der teilnehmenden Gesellschaften gewesen sind, oder die Bezahlung der Gläubiger, die nicht zugestimmt haben, oder die Hinterlegung der entsprechenden Beträge bei einer Bank fest oder der in Artikel 2501sexies vorgesehene Bericht für alle an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften ist von einer einzigen Prüfungsgesellschaft erstellt worden, die bei Haftung gemäß dem sechsten Absatz des Artikels 2501sexies versichert, dass die Vermögens- und Finanzlage der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften keine Sicherstellungen zum Schutze der oben genannten Gläubiger erforderlich macht.

Liegt keine dieser Ausnahmen vor, können die im vorhergehenden Absatz bezeichneten Gläubiger innerhalb der oben genannten Frist von sechzig Tagen Widerspruch erheben. In diesem Fall findet der letzte Absatz des Artikels 2445 Anwendung.

### **2503bis. (Schuldverschreibungen)**

Die Inhaber von Schuldverschreibungen der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften können gemäß Artikel 2503 Widerspruch erheben, sofern die Verschmelzung nicht von der Versammlung der Schuldverschreibungsinhaber genehmigt worden ist.

Den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen muss durch eine Benachrichtigung, die wenigstens neunzig Tage vor der Eintragung des Verschmelzungsplanes im Gesetzblatt der Italienischen Republik zu veröffentlichen ist, die Befugnis eingeräumt werden, das Umwandlungsrecht innerhalb der Frist von dreißig Tagen ab der Veröffentlichung der Benachrichtigung auszuüben.

Den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen, die von der Umwandlungsbefugnis keinen Gebrauch gemacht haben, müssen Rechte eingeräumt werden, die den ihnen vor der Verschmelzung zustehenden Rechten gleichwertig sind, sofern von der in Artikel 2415 vorgesehenen Versammlung nicht eine Abänderung ihrer Rechte genehmigt worden ist.

### **2504. (Akt über die Verschmelzung)**

Die Verschmelzung muss sich aus einer öffentlichen Urkunde ergeben.

Der Verschmelzungsakt ist auf Veranlassung des Notars oder der Personen, denen die Verwaltung der aus der Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft oder der aufnehmenden Gesellschaft zusteht, innerhalb von dreißig Tagen bei jenem Handelsregisteramt zur Eintragung zu hinterlegen, in dessen Sprengel die an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften, die aus der Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft oder die aufnehmende Gesellschaft ihren Sitz haben.

Die Hinterlegung, die sich auf die aus der Verschmelzung hervorgehende oder auf die aufnehmende Gesellschaft bezieht, darf den Hinterlegungen, die sich auf die anderen an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften beziehen, nicht vorgehen.

### **2504bis. (Wirkungen der Verschmelzung)**

Die aus der Verschmelzung hervorgehende oder die aufnehmende Gesellschaft übernimmt die Rechte und Verbindlichkeiten der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften, wobei sie alle auch verfahrensrechtlichen Rechtsbeziehungen fortsetzt, die vor der Verschmelzung bestanden haben.

Die Verschmelzung ist wirksam, sobald die letzte der in Artikel 2504 vorgeschriebenen Eintragungen erfolgt ist. Bei der Verschmelzung durch Aufnahme kann jedoch ein späterer Tag festgesetzt werden.

Für die Wirkungen, auf die sich der erste Absatz des Artikels 2501ter, Ziffer 5 und 6, bezieht, können auch frühere Stichtage festgesetzt werden.

Im ersten Jahresabschluss, der auf die Verschmelzung folgt, sind die Aktiva und Passiva mit den Werten anzuführen, wie sie sich aus den Rechnungsunterlagen für den Tag des Eintritts der Wirkungen der Verschmelzung ergeben; ergibt sich aus der Verschmelzung ein Fehlbetrag, muss dieser, soweit möglich, den Aktiv- und Passivposten der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften und der Rest unter Beachtung der in Ziffer 6 des Artikels 2426 vorgesehenen Bedingungen dem Geschäftswert angerechnet werden. Wenn es sich um eine Gesellschaft handelt, die sich des Risikokapitalmarktes bedient, müssen dem Anhang außerdem die Rechnungsaufstellungen, in denen die Werte angeführt sind, die den Aktiva und Passiva der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften zuerkannt werden, sowie der in Artikel 2501sexies vorgesehene Bericht beigegeben werden. Ergibt sich aus der Verschmelzung ein Mehrbetrag, wird dieser in einen eigenen Posten des Nettovermögens gebucht oder aber, wenn er auf vorhersehbaren ungünstigen wirtschaftlichen Ergebnissen beruht, in einen Posten der Fonds für Risiken und Lasten.<sup>1)</sup>

Die Verschmelzung, die durch die Gründung einer neuen Kapitalgesellschaft oder durch die Aufnahme in eine Kapitalgesellschaft vorgenommen wird, befreit die unbeschränkt haftenden Gesellschafter nicht von der Haftung für Verbindlich-

keiten der jeweiligen an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften, die vor der letzten in Artikel 2504 vorgeschriebenen Eintragung bestanden haben, sofern sich nicht ergibt, dass die Gläubiger dazu ihre Zustimmung gegeben haben.

- - - - -

- 1) Dieser Satz wurde durch Artikel 23 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310, hinzugefügt.

#### **2504ter. (Verbot der Zuteilung von Aktien oder Anteilen)**

Die aus der Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft darf keine Aktien oder Anteile zum Ersatz für Aktien oder Anteile der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften zuteilen, die diesen Gesellschaften unmittelbar oder über Treuhandgesellschaften oder über eine vorgeschobene Person gehören.

Die aufnehmende Gesellschaft darf keine Aktien oder Anteile zum Ersatz für Aktien oder Anteile der aufgenommenen Gesellschaften zuteilen, die den aufgenommenen Gesellschaften oder der aufnehmenden Gesellschaft unmittelbar oder über Treuhandgesellschaften oder über eine vorgeschobene Person gehören.

#### **2504quater. (Ungültigkeit der Verschmelzung)**

Nachdem die Eintragungen des Verschmelzungsakts gemäß dem zweiten Absatz des Artikels 2504 erfolgt sind, darf die Ungültigkeit des Verschmelzungsvertrages nicht mehr ausgesprochen werden.

Das Recht auf Schadenersatz, das allenfalls den Gesellschaftern oder Dritten zusteht, die durch die Verschmelzung einen Schaden erlitten haben, bleibt unberührt.

#### **2505. (Aufnahme von Gesellschaften, die der aufnehmenden Gesellschaft zur Gänze gehören)**

Auf die Verschmelzung durch Aufnahme einer Gesellschaft in eine andere, der alle Aktien oder Anteile der erstgenannten gehören, finden die Bestimmungen des Artikels 2501ter, erster Absatz, Ziffer 3, 4 und 5, sowie jene der Artikel 2501quinquies und 2501sexies keine Anwendung.

Der Gründungsakt oder die Satzung kann vorsehen, dass eine Verschmelzung durch Aufnahme einer Gesellschaft in eine andere, der alle Aktien oder Anteile der ersteren gehören, von den entsprechenden Verwaltungsorganen mit einem in der Form einer öffentlichen Urkunde gefassten Beschluss entschieden wird, unter der Voraussetzung, dass bezüglich einer jeden an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaft die Bestimmungen des Artikels 2501ter und, in Rücksicht auf die aufnehmende Gesellschaft, auch jene des Artikels 2501septies, erster Absatz, Ziffer 1 und 2, beachtet werden.

Die Gesellschafter der aufnehmenden Gesellschaft, die mindestens fünf Prozent des Gesellschaftskapitals vertreten, können in jedem Fall mit einem Antrag, der innerhalb von acht Tagen ab der im dritten Absatz des Artikels 2501ter vorgesehenen Hinterlegung an die Gesellschaft zu richten ist, verlangen, dass die Entscheidung der aufnehmenden Gesellschaft über die Genehmigung der Verschmelzung gemäß dem ersten Absatz des Artikels 2502 erfolgt.

#### **2505bis. (Aufnahme von Gesellschaften, die der aufnehmenden Gesellschaft zu neunzig Prozent gehören)**

Auf die Verschmelzung durch Aufnahme einer oder mehrerer Gesellschaften in eine andere, der mindestens neunzig Prozent ihrer Aktien oder Anteile gehören, finden die Bestimmungen des Artikels 2501sexies keine Anwendung, wenn den übrigen Gesellschaftern der aufgenommenen Gesellschaft das Recht eingeräumt wird zu verlangen, dass ihre Aktien oder Anteile von der aufnehmenden Gesellschaft zu einem solchen Preis übernommen werden, wie er sich nach den für den Austritt vorgesehenen Richtlinien ergibt.

Der Gründungsakt oder die Satzung kann vorsehen, dass dann, wenn die Ge-

sellschaft eine oder mehrere Gesellschaften, an denen ihr mindestens neunzig Prozent der Anteile oder Aktien gehören, durch Verschmelzung aufnimmt, ihr Verwaltungsorgan mit einem in der Form einer öffentlichen Urkunde gefassten Beschluss darüber entscheidet, immer vorausgesetzt, dass die Bestimmungen des Artikels 2501septies, erster Absatz, Ziffer 1 und 2, beachtet werden und dass die in Artikel 2501ter, dritter Absatz, vorgesehene Eintragung hinsichtlich der aufnehmenden Gesellschaft mindestens dreißig Tage vor dem Tag erfolgt, der für die Entscheidung der aufzunehmenden Gesellschaft über die Verschmelzung festgesetzt ist.

Die Bestimmung des dritten Absatzes des Artikels 2505 findet Anwendung.

#### **2505ter. (Wirkungen der Veröffentlichung der Rechtshandlungen des Verschmelzungsverfahrens im Handelsregister)**

Die Eintragungen im Handelsregister gemäß den Artikeln 2501ter, 2502bis und 2504 haben die in Artikel 2448 vorgesehenen Wirkungen zur Folge.

#### **2505quater. (Verschmelzungen, an denen keine Gesellschaften teilnehmen, deren Kapital durch Aktien verkörpert ist)**

Beteiligen sich an der Verschmelzung keine Gesellschaften, die in den Abschnitten 5 und 6 dieses Titels geregelt sind, und auch keine Genossenschaften auf Aktien, finden die Bestimmungen der Artikel 2501, zweiter Absatz, und 2501ter, zweiter Absatz, keine Anwendung; die in den Artikeln 2501ter, vierter Absatz, 2501septies, erster Absatz, und 2503, erster Absatz, vorgesehenen Fristen sind auf die Hälfte herabgesetzt.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Artikels laut Artikel 1 Abs. 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 13.10.2009, Nr. 147.

### **3. Teil**

#### **Spaltung von Gesellschaften**

##### **2506. (Formen der Spaltung)**

Bei einer Spaltung weist eine Gesellschaft ihr gesamtes Vermögen mehreren bestehenden oder neuzugründenden Gesellschaften oder einen Teil ihres Vermögens, in diesem Fall auch nur an eine einzige Gesellschaft zu und weist die entsprechenden Aktien oder Anteile ihren Gesellschaftern zu.

Zulässig ist ein Ausgleich in Geld, sofern er nicht zehn Prozent des Nennwerts der zugewiesenen Aktien oder Anteile überschreitet. Außerdem ist es bei einstimmiger Zustimmung zulässig, dass einigen Gesellschaftern keine Aktien oder Anteile einer der übernehmenden Gesellschaften, sondern Aktien oder Anteile der gespaltenen Gesellschaft zugewiesen werden.

Die gespaltene Gesellschaft kann mit der Spaltung die eigene Auflösung ohne Liquidation vornehmen oder die eigene Tätigkeit fortführen.

Die Beteiligung an einer Spaltung ist den in Liquidation befindlichen Gesellschaften, wenn die Verteilung des Vermögens bereits begonnen hat, nicht gestattet.

##### **2506bis. (Spaltungsplan)**

Das Verwaltungsorgan der an der Spaltung beteiligten Gesellschaften erstellt einen Plan, aus dem die im ersten Absatz des Artikels 2501ter bezeichneten Angaben sowie darüber hinaus die genaue Beschreibung der Vermögensbestandteile, die jeder der übernehmenden Gesellschaften zugewiesen werden, und des allfälligen Geldausgleichs hervorgehen müssen.

Wenn die Zuweisung eines Bestandteils des Aktivvermögens aus dem Plan nicht abgeleitet werden kann, so wird dieser im Fall einer Zuweisung des gesamten Vermögens der gespaltenen Gesellschaft zwischen den übernehmenden Ge-



sellschaften in dem Verhältnis aufgeteilt, in welchem das Reinvermögen jeder dieser Gesellschaften zugewiesen wird, wobei als Wert dieses Reinvermögens jener gilt, der zum Zweck der Bestimmung des Umtauschverhältnisses angenommen worden ist; wenn nur ein Teil des Vermögens der Gesellschaft zugewiesen wird, bleibt dieser Bestandteil bei der übertragenden Gesellschaft.

Für Bestandteile des Passivvermögens, deren Bestimmung aus dem Plan nicht abgeleitet werden kann, haften im ersten Fall die übernehmenden Gesellschaften und im zweiten Fall die gespaltene Gesellschaft und die übernehmenden Gesellschaften jeweils als Gesamtschuldner. Die gesamtschuldnerische Haftung ist auf den tatsächlichen Wert des Reinvermögens beschränkt, das jeder begünstigten Gesellschaft zugewiesen wird.

Aus dem Spaltungsplan müssen die Richtlinien für die Aufteilung der Aktien oder Anteile der begünstigten Gesellschaften hervorgehen. Falls der Plan eine Zuweisung der Beteiligungen an die Gesellschafter vorsieht, die nicht dem Verhältnis ihres ursprünglichen Beteiligungsanteils entspricht, muss dieser das Recht der Gesellschafter, die der Spaltung nicht zustimmen, vorsehen, verlangen zu können, dass ihre Beteiligungen zu einem solchen Preis übernommen werden, wie er sich nach den für den Austritt vorgesehenen Richtlinien ergibt, wobei jene bezeichnet werden müssen, die zur Übernahme verpflichtet sind.

Der Spaltungsplan muss gemäß der Vorschrift des letzten Absatzes des Artikels 2501ter veröffentlicht werden.

#### **2506ter. (Anzuwendende Vorschriften)**

Das Verwaltungsorgan der an der Spaltung beteiligten Gesellschaften hat eine Aufstellung über die Vermögenslage und einen erläuternden Bericht entsprechend den Artikeln 2501quater und 2501quinquies zu errichten.

Der Bericht des Verwaltungsorgans muss darüber hinaus die Richtlinien für die Aufteilung der Aktien oder Anteile erläutern und den tatsächlichen Wert des Reinvermögens angeben, das den übernehmenden Gesellschaften zugeteilt wird und das allenfalls der spaltenden Gesellschaft verbleibt.

Auf die Spaltung findet Artikel 2501sexies Anwendung; der dort vorgesehene Bericht ist nicht erforderlich, wenn die Spaltung durch Gründung einer oder mehrerer neuer Gesellschaften erfolgt und für die Zuteilung der Aktien oder Anteile keine anderen Richtlinien als jene der anteiligen Zuteilung vorgesehen ist.

Mit der einstimmigen Zustimmung der Gesellschafter und der Besitzer anderer Finanzinstrumente, die zur Stimmabgabe in den an der Spaltung beteiligten Gesellschaften berechtigen, kann das Verwaltungsorgan von der Errichtung der in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Urkunden entbunden werden.

Darüber hinaus finden auf die Spaltung die Artikel 2501septies, 2502, 2502bis, 2503, 2503bis, 2504, 2504ter, 2504quater, 2505, 2505bis und 2505ter Anwendung. Alle in diesen Artikeln enthaltenen Bezugnahmen auf die Verschmelzung verstehen sich auch als auf die Spaltung bezogen.<sup>1)</sup>

- - - - -

1) Fassung dieses Absatzes laut Artikel 24 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 28.12.2004, Nr. 310.

#### **2506quater. (Wirkungen der Spaltung)**

Die Spaltung ist wirksam, sobald beim Handelsregisteramt, bei dem die übernehmenden Gesellschaften eingetragen sind, die letzte Eintragung des Spaltungsakts erfolgt ist; außer im Fall einer Spaltung durch Gründung neuer Gesellschaften kann auch ein späterer Stichtag festgesetzt werden. Für die Wirkungen, auf die sich Artikel 2501ter, Ziffer 5 und 6, bezieht, können auch frühere Stichtage festgesetzt werden. Der vierte Absatz des Artikels 2504bis findet Anwendung.

Jede übernehmende Gesellschaft kann die auf die gespaltene Gesellschaft bezogenen Veröffentlichungen vornehmen.

Jede Gesellschaft haftet als Gesamtschuldner und in den Grenzen des tatsächlichen Wertes des ihr zugewiesenen oder des bei ihr verbliebenen Reinvermögens

für die Verbindlichkeiten der gespaltenen Gesellschaft, die von der Gesellschaft, der sie auferlegt worden sind, nicht befriedigt werden.

## 11. Abschnitt

### **Im Ausland gegründete Gesellschaften<sup>1)</sup>**

1) Dieser Abschnitt (Artikel 2507 bis 2510) wurde durch Artikel 7 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 17.1.2003, Nr. 6, eingefügt.

#### **2507. (Verhältnis zum Gemeinschaftsrecht)**

Die Auslegung und die Anwendung der in diesem Abschnitt enthaltenen Bestimmungen erfolgt nach den Grundsätzen der Rechtsordnung der Europäischen Gemeinschaft.

#### **2508. (Ausländische Gesellschaften mit einer Zweigniederlassung im Inland)**

Die im Ausland gegründeten Gesellschaften, die im Inland eine oder mehrere Zweigniederlassungen mit ständiger Vertretung errichten, unterstehen für jede dieser Niederlassungen den Bestimmungen der italienischen Gesetze über die öffentliche Bekanntmachung der Rechtshandlungen der Gesellschaft. Sie haben weiters nach denselben Bestimmungen den Zunamen, den Vornamen, den Tag und den Ort der Geburt jener Personen öffentlich bekanntzumachen, die sie im Inland ständig vertreten, wobei auch die ihnen zustehenden Befugnisse anzugeben sind.

Den Dritten, die mit der Zweigniederlassung Geschäfte getätigt haben, kann nicht entgegengehalten werden, dass die gemäß den vorhergehenden Absätzen öffentlich bekanntgemachten Rechtshandlungen nicht mit jenen übereinstimmen, die im Staate, in welchem sich der Hauptsitz befindet, öffentlich bekanntgemacht worden sind.

Die im Ausland gegründeten Gesellschaften unterstehen außerdem hinsichtlich ihrer Zweigniederlassungen den Bestimmungen, die den Betrieb des Unternehmens regeln oder die das Unternehmen von der Beachtung besonderer Bedingungen abhängig machen.

In den Urkunden und im Schriftverkehr der Zweigniederlassungen von im Ausland gegründeten Gesellschaften müssen die in Artikel 2250 verlangten Angaben enthalten sein; außerdem müssen das Handelsregisteramt, bei dem die Zweigniederlassung eingetragen ist, und die Eintragsnummer angegeben werden.

#### **2509. (Ausländische Gesellschaften mit einer von den inländischen Gesellschaften verschiedenen Rechtsform)**

Die im Ausland gegründeten Gesellschaften mit einer Rechtsform, die von den in diesem Gesetzbuch geregelten Rechtsformen verschieden ist, unterstehen hinsichtlich der Verpflichtungen zur Eintragung der Rechtshandlungen der Gesellschaft in das Handelsregister und der Haftung der Verwalter den Vorschriften über die Aktiengesellschaft.

#### **2509bis. (Haftung bei Nichtbeachtung der Förmlichkeiten)**

Bis zur Erfüllung der oben angegebenen Förmlichkeiten haften diejenigen, die im Namen der Gesellschaft handeln, unbegrenzt und als Gesamtschuldner für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

#### **2510. (Gesellschaften mit vorwiegend ausländischen Interessen)**

Die Bestimmungen der Sondergesetze, welche die Ausübung bestimmter Tätigkeiten durch Gesellschaften, in denen ausländische Interessen vertreten sind, verbieten oder besonderen Bedingungen unterstellen, bleiben unberührt.